



St. Wendel, Grabenstraße – nach einem Original von Adolf Bender

Heimatbuch des Landkreises St. Wendel

XXIV. Ausgabe
1991/1992

Heimatbuch
des Landkreises St. Wendel

XXIV. Ausgabe 1991/1992

Ein Volksbuch
für Heimatkunde,
Naturschutz
und Denkmalpflege

Herausgegeben
vom Landrat des Kreises St. Wendel

Schriftleitung/Redaktionsausschuß: Gerhard Weber, Günter Stoll, Peter Klein, Ludwin Vogel
Druck: St. Wendeler Druckerei und Verlag, St. Wendel, November 1992

Für Form und Inhalt der einzelnen heimatkundlichen Beiträge sind die Verfasser selbst verantwortlich.
Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Zum Geleit

Seit 45 Jahren gibt der Landkreis St. Wendel ein Heimatbuch heraus. Das vorliegende ist die 24. Ausgabe in ununterbrochener Reihenfolge. Dem Redaktionsausschuß gebührt daher mein Dank und meine Anerkennung, zumal dies das erste Heimatbuch ist, das ich als Landrat herausgeben darf.

Das Buch läßt eine klare Gliederung in drei größere Kapitel erkennen, so daß ein wirkliches Volksbuch mit starkem Bezug zur Historie, aber auch zum Geschehen im Landkreis und im Landratsamt zu erkennen ist. Insofern ist auch das vorliegende Buch dem Anspruch, als Bindeglied zwischen Kreisverwaltung und Bevölkerung zu wirken, voll gerecht geworden.

Vor zwei Jahren hat sich der Redaktionsausschuß entschlossen, das Format des Buches zu ändern. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man sich bewußt war, mit einer Tradition zu brechen. Dafür gab es gute Gründe: Denn ich



glaube, daß das neue Format eine bessere Verknüpfung von Text, Grafiken sowie Fotos zuläßt und somit letztlich der Lesbarkeit zugute kommt.

Mit der Einführung einer Chronik der Jahre 1990 und 1991 wurde das Heimatbuch des Landkreises um ein dokumentarisches Element erweitert, zu dessen Fortführung ich den Redaktionsausschuß nur ermuntern kann.

Ich bin der Überzeugung, daß die 24. Ausgabe unseres Heimatbuches wieder seine treue Leserschaft finden und zugleich neue Interessenten gewinnen wird.

St. Wendel, im November 1992

A handwritten signature in black ink, consisting of the initials 'F.J.' followed by a stylized surname.

Franz Josef Schumann
Landrat

Inhalt

Zum Geleit	Landrat Franz Josef Schumann	5
Verzeichnis der Mitarbeiter		8

1

Aus unserem Heimatkreis

Führungswechsel an der Spitze des Landkreises St. Wendel: Franz Josef Schumann folgt Dr. Waldemar Marner als Landrat	Ludwin Vogel	10 - 16
Ein Blick zurück: 18 Jahre lang trug Dr. Waldemar Marner Verantwortung für den Kreis	Ludwin Vogel	17 - 23
Tourismus im St. Wendeler Land: Bestand und Perspektiven	Martina Scheer	24 - 28
10 Jahre Amt für Wirtschaftsförderung im Landkreis St. Wendel	Armin Fechler	29 - 32
Die Kreisvolkshochschule St. Wendel und ihre Kurse „Deutsch für Aussiedler“	Harry Hauch	33 - 36
Die Arbeit der Schuldnerberatungsstelle beim Landkreis St. Wendel	Harald Becker	37 - 39
Die Stadt- und Kreisbibliothek	Heribert Catrein	40 - 44
Der Rathausneubau in Nohfelden	Markus Frey	45 - 48
Der 5. Wettbewerb für saarländische Bauernhäuser 1992	Klaus Bonaventura	49 - 50

2

Aus unseren Tagen

Die Kreisvereinigung der Lebenshilfe für geistig Behinderte besteht seit 25 Jahren	Bernhard Müller	52 - 55
Die St. Wendeler Post heute	Ferdinand Kömen	56 - 61
Bildhauer Josef Wagner zum 80. Geburtstag - Ein Portrait	Peter Klein	62
Das Kleinwasserkraftwerk Oberthal-Gronig der VSE	Egon Hoffmann	63 - 64
Das Hospital St. Wendel: Eine alte Einrichtung geht neue Wege	Klaus Kunz	65 - 69

Die St. Wendeler Mundart	Uwe Krämer	70 - 78
Nachruf: Emil Wagner	Günter Stoll	79 - 80
Nachruf: Claus Recktenwald	Bernhard Schumacher	81
Pinsweiler erbaute dem hl. Wendalinus eine Kapelle	Gerhard Weber	82 - 83
Die Technik der ehemaligen Schwerspatgrube „Korb“ bei Eisen	Gerhard Müller	84 - 104
Die erste Industrieansiedlung in St. Wendel nach dem 2. Weltkrieg: Die Firma Wolf-Geräte	Karl-Heinz Hönigfeld und Ulrich Eichling	105 - 107
Die kleine Stadt · Hasborn	Johannes Kühn	108
Schaumberg-Traumberg	Felicitas Frischmuth	109 - 110

3

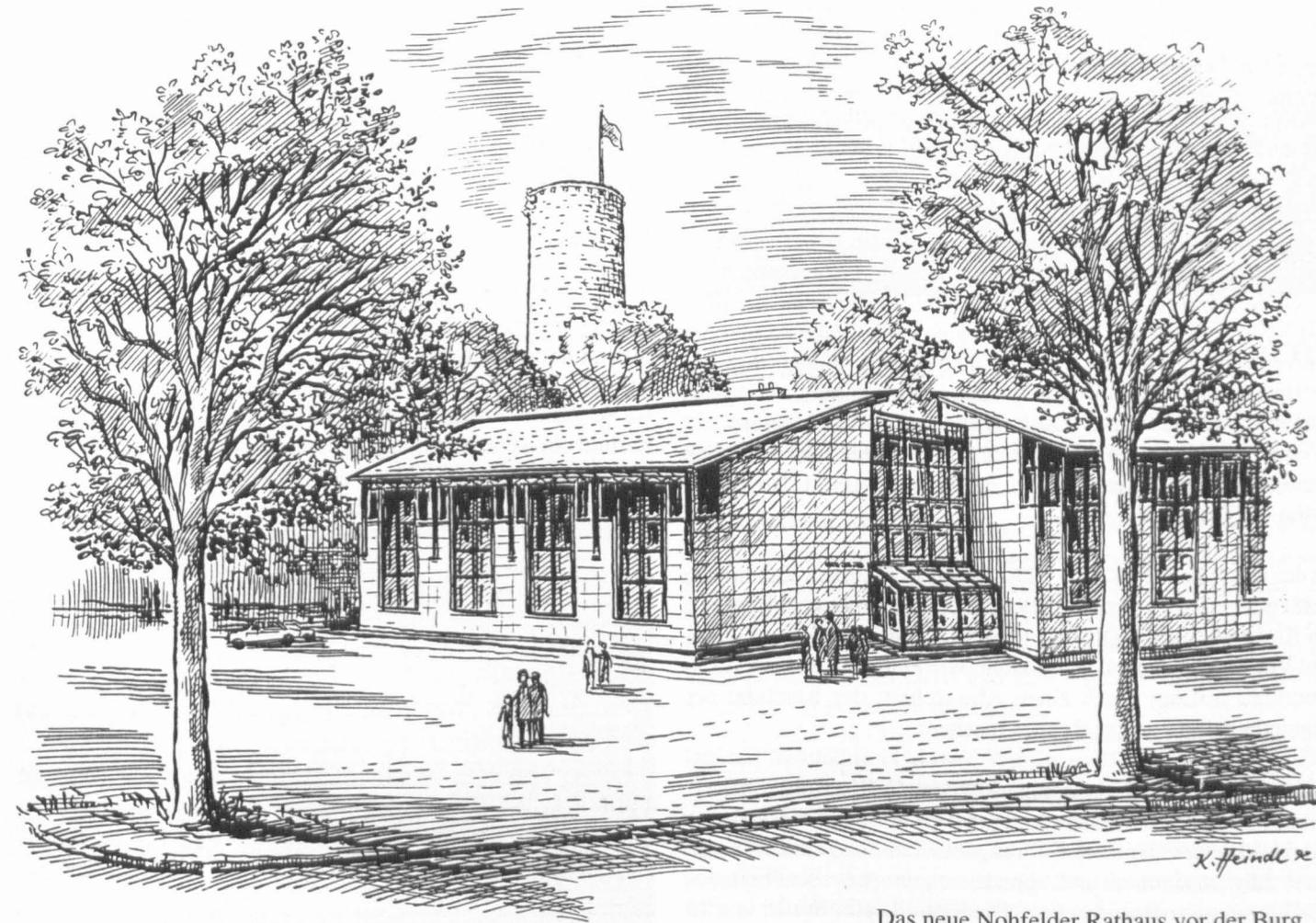
Aus vergangener Zeit

Ein 270 Millionen Jahre alter Fisch bei Otzenhausen	Ulrich Heidtke	112 - 113
Ausgrabungen im römischen Heiligtum von Tholey	Sabine Schmidt	114 - 121
Albrecht Meydenbauer - Ein großer Sohn der Gemeinde Tholey	Franz J. Gräff	122 - 125
Wie der Langenfelder Hof in den Besitz der Steyler Missionsgesellschaft kam	Franz J. Gräff	126 - 128
Die Bürgermeisterei St. Wendel - Land	Wilhelm Pfaff	129 - 134
Der Kreisausschuß im Jahre 1934 - Erläuterungen zu einem Foto	Franz J. Gräff	135 - 136
Bunker des Westwalles im Kreis St. Wendel	Dieter Bettinger	137 - 159
Nonnweiler und Hermeskeil: Historische Beziehungen im Raum Hochwald	Rudolf Müller	161 - 174
Die kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform im Kreis St. Wendel	Josef Mailänder	175 - 197
Winteranfang	Renate Kiefer	198
Chronik 1990/91	Markus Frey	199 - 216

BECKER, Harald, Diplom-Sozialpädagoge, 6690 St. Wendel
BETTINGER, Dieter, Lehrer, 6682 Ottweiler
BONAVENTURA, Klaus, Kreisbaurat, Landratsamt
6690 St. Wendel
CATREIN, Heribert, Leiter der
Stadt- und Kreisbibliothek, 6690 St. Wendel
EICHLING, Ulrich, Diplom-Ingenieur, Geschäftsführer,
5240 Betzdorf
FECHLER, Armin, Diplom-Betriebswirt, Leiter des
Amtes für Wirtschaftsförderung, Landratsamt
6690 St. Wendel
FREY, Markus, M.A, freier Journalist, 6690 St. Wendel
FRISCHMUTH, Felicitas, Schriftstellerin,
8000 München
GRÄFF, Franz J., Bürgermeister a. D. 6690 St. Wendel
HAUCH, Harry, Leiter der Kreisvolkshochschule
St. Wendel, Landratsamt 6690 St. Wendel
HEIDTKE, Ulrich, Pfalzmuseum für Naturkunde,
6702 Bad Dürkheim
HEINDL, Karl, Maler und Grafiker, 6690 St. Wendel
HÖNIGFELD, Karl-Heinz, Diplom-Wirtschaftsingenieur,
Werksleiter, 6639 Siersburg
HOFFMANN, Egon, Betriebsleiter i. R.
6690 St. Wendel
KIEFER-SIEBERT, Renate, Germanistin,
8025 Unterhaching

KLEIN, Peter, Verwaltungsleiter i. R., St. Wendel
KÖMEN, Ferdinand, Postamtsrat,
Leiter des Postamtes 6690 St. Wendel
KÜHN, Johannes, Schriftsteller, 6695 Hasborn
KUNZ, Klaus, Hospitaldirektor, 6694 Berschweiler
MAILÄNDER, Josef, Direktor des
Statistischen Amtes des Saarlandes, 6600 Saarbrücken
MÜLLER, Bernhard, Diplom-Sozialpädagoge,
6791 Breitenbach
MÜLLER, Gerhard, Dr., Diplom-Mineraloge,
6601 Scheidt
MÜLLER, Rudolf, Studienassessor, 5501 Hofweiler
KRÄMER, Uwe, Bankkaufmann, 6690 St. Wendel
PFAFF, Wilhelm, Oberamtsrat i. R., 6696 Hofeld
SCHEER, Martina, Diplom-Geographin,
Leiterin des Fremdenverkehrsamtes St. Wendeler Land,
6692 Bosen
SCHMIDT, Sabine, M.A., 8000 München
SCHUMACHER, Bernhard, Gemeindeinspektor, Rathaus
6690 Freisen
STOLL, Günter, Realschuldirektor i. R., 6690 St. Wendel
THIRY, Wolfgang, Pressefotograf, 6695 Tholey
VOGEL, Ludwin, M.A., Pressereferent,
Landratsamt 6690 St. Wendel
WEBER, Gerhard, Diplom-Pädagoge, Oberstudienrat,
6690 St. Wendel

Über unseren Heimatkreis



Das neue Nohfelder Rathaus vor der Burg

Führungswechsel an der Spitze des Landkreises St. Wendel

Franz Josef Schumann folgt Dr. Waldemar Marner als Landrat

Von Ludwin Vogel

Nach 18jähriger Tätigkeit an der Spitze des Landkreises St. Wendel, davon knapp fünf als vom Kreistag gewählter, „kommunaler Landrat“, trat Dr. Waldemar Marner zum 29. Februar 1992 mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Damit stand fest, daß der Kreistag sich Gedanken um die Nachfolge machen mußte, um einen kontinuierlichen Fortgang der Verwaltungsgeschäfte zu ermöglichen.

Entsprechend den Bestimmungen des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) beschloß der Kreistag in der Sitzung am 9. September 1991, die Stelle öffentlich auszuschreiben. Nach dem Gesetz wird der Landrat vom Kreistag als Beamter auf Zeit für die Dauer von 10 Jahren gewählt. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist am 20. 10. 1991 hatten fünf Männer ihre Bewerbung eingereicht. Davon gehörten vier, nämlich Friedbert Becker (Theley), Walter Laux (Dillingen), Roland Lorenz (St. Wendel) und Franz Josef Schumann (St. Wendel) der CDU, ein weiterer, Horst Backes (Theley), der SPD an. Am 11. November sollte die Wahl erfolgen.

In der Folge mußte sich die CDU-Fraktion auf einen Kandidaten festlegen, insbesondere deshalb, weil die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag mit 14 CDU und 13 SPD-Mandaten ein geschlossenes Votum erzwingen, sollte nicht, wie einige Monate zuvor in Oberthal, bedingt durch einen Abweichler, der Kandidat der Minderheitsfraktion das Rennen machen.

Die Entscheidungsfindung innerhalb der CDU erfolgte in verschiedenen Gremien. Zuerst trat am 24. Oktober der erweiterte Kreisvorstand unter der Führung des Landtagsabgeordneten Hans Ley zusammen und sprach sich in Anwesenheit des CDU-Landesvorsitzenden Prof. Dr. Klaus Töpfer mit 18 von 23 Stimmen für den Kandidaten Franz Josef Schumann aus.

Am Ende der ersten CDU-internen Meinungsbildung „mit vier respektablen Kandidaten“ (Hans Ley) stand lediglich eine Empfehlung. Das letzte Wort hatte die Kreistagsfraktion, die am 4. November zusammentrat. Ihr Vorsitzender Robert Wagner verkündete im Anschluß an die Sitzung, daß sich die CDU-Fraktion „am 11. November einstimmig und geschlossen für den St. Wendeler Bewerber, den 43jährigen Juristen Franz Josef Schumann, aussprechen“ (Saarbrücker Zeitung) wird.

So standen sich also am 11. November 1991 zwei Kandidaten gegenüber. Die SPD hatte sich intern auf Horst Backes festgelegt. Der Diplomvolkswirt (Jahrgang 1952) begann seine berufliche Karriere als Referent für Aus- und Fortbildung bei der Stadt Saarbrücken. 1985 wechselte er als persönlicher Referent des damaligen Wirtschaftsministers Hajo Hoffmann in die Dienste der Landesregierung. Seit 1986 leitete er im gleichen Ministerium ein Referat. Anfang 1991 wurde er stellvertretender Abteilungsleiter. Backes gehört seit 1972 der SPD an und war hier unter anderem stellvertretender Landesvorsitzender der Jungsozialisten und Mitglied des SPD-Landesvorstandes.

Der Kandidat der CDU-Fraktion, Franz Josef Schumann, ist Jurist. Zuletzt war er Verwaltungsdirektor bei der Kreisverwaltung und leitete hier das Rechtsamt sowie das Dezernat für Jugend, Soziales, Schulen und Kultur. Franz Josef Schumann (Jahrgang 1948), stand seit 1975 in Diensten der Landratsverwaltung, zunächst als Dezernent der Kreispolizei- und Straßenverkehrsbehörde sowie seit 1982 bis zum Wechsel in die Kommunale Abteilung als Ständiger Vertreter des Landrats im Staatlichen Bereich. Landrat Dr. Waldemar Marner ließ keinen Zweifel daran, daß Schumann sein Wunschkandidat als Nachfolger sei.

Politisch hatte sich Schumann zunächst in der Jungen Union und danach seit 1970 in der CDU engagiert. Ein Jahr lang war er



Zweimal herrschte großer Andrang im Saalbau St. Wendel: Zum ersten Mal, als am 11. November 1991 die mit Spannung erwartete Wahl des Nachfolgers von Dr. Waldemar Marner anstand und zum zweiten Mal, als am 21. Februar 1992 der Landkreis zu der offiziellen Verabschiedung von Dr. Waldemar Marner sowie zur Amtseinführung seines Nachfolgers Franz Josef Schumann eingeladen hatte.

Die Feierstunde am 21. Februar nutzten etwa 700 Vertreter des öffentlichen Lebens, von Institutionen, Parteien und Verbänden, um Dr. Marner zu danken und seinem Nachfolger die besten Wünsche mit auf den Weg zu geben.



Strahlende Gesichter bei den Siegern im Augenblick der Entscheidung: 14 Ja- und 13 Nein-Stimmen - das Ergebnis entspricht exakt den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag - konnte Franz Josef Schumann auf sich vereinigen. Zu den ersten Gratulanten gehörten neben seiner Frau Brigitte seine beiden Freunde Klaus Bouillon sowie der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Hans Ley.

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat. 1988 wurde er als Nachfolger von Lothar Wiesen zum CDU-Stadtverbandsvorsitzenden gewählt. Umfangreich war auch sein Engagement im außerpolitischen Bereich. Als aktiver Sportler stand der von 1979 bis 1991 dem Turnverein St. Wendel vor. 1984 wurde er Vorsitzender der der Orts- und Kreisverkehrswacht. Im DRK-Kreisverband amtiert er als Justitiar.

Die mit Spannung erwartete Wahl verlief vor zahlreichen Zuschauern im Saalbau ohne Überraschungen. Unter dem Vorsitz von Dr. Waldemar Marner verzichteten beide Fraktionen auf eine ausführliche Vorstellung der Kandidaten. Die Wahl erfolgte nach den Bestimmungen des KSVG geheim, indem der Vorsitzende die Kreistagsmitglieder einzeln zur Abgabe ihrer Stimme aufrief. Schweigen erfüllte den Raum während des Verle-

sens der Stimmzettel. Es löste sich in Jubel und minutenlange Ovationen auf, als feststand, daß der Kandidat der CDU, Franz Josef Schumann, die 14 Stimmen der Mehrheitsfraktion auf sich vereinigt hatte. Die ersten Glückwünsche nahm der gewählte Landrat von seiner Frau, seinen beiden Töchtern und seinen daneben plazierten Freunden Klaus Bouillon und Hans Ley entgegen. Als nächster folgte Ministerpräsident a. D. Werner Zeyer. Erst danach war es Schumann möglich, die Frage des Wahlleiters Dr. Waldemar Marner, ob er die Wahl annehme, mit „Ja“ zu beantworten.

Die Amtsübergabe von Dr. Waldemar Marner an Franz Josef Schumann war auf den 1. März terminiert. Die öffentliche Übergabe, also die Verabschiedung des scheidenden und Einführung des neuen Landrats, erfolgte in einer offiziellen Feierstunde an dem gleichen Ort, an dem sich auch die Wahl vollzog, nämlich am 21. Februar 1992 im Saalbau St. Wendel. Zahlreiche Vertre-

Der 1. Kreisbeigeordnete Robert Wagner würdigte die Arbeit des scheidenden Amtsinhabers. Gleichzeitig wünschte er dem neuen Landrat viel Glück bei seiner Tätigkeit. Aus seinen Händen nahmen die beiden „Landräte“ die Urkunden entgegen.



Der Geschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Dr. Becker-Birck, würdigte Dr. Waldemar Marner unter anderem als einen Landrat, der Brücken der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich aufbaute.

ter des öffentlichen Lebens, an ihrer Spitze Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer und Vertreter von Institutionen, Vereinen, Verbänden und Gruppen verliehen der Veranstaltung einen würdigen Rahmen. Daß Dr. Waldemar Marner nicht zu unrecht als „populär“ (Saarbrücker Zeitung) bezeichnet werden konnte, bewies allein die Tatsache, daß etwa 700 Menschen in den Saalbau gekommen waren. Es war eine historische Stunde.

Sie wurde eingeleitet vom 1. Kreisbeigeordneten Robert Wagner, der auch zu der Feierstunde geladen hatte. Vor der Überreichung der Entlassungs- bzw. Ernennungsurkunde bescheinigte er dem scheidenden Landrat Dr. Waldemar Marner, „Großes zum Wohle des Landkreises“ geleistet zu haben. Wagner nannte die Erschließung des Bostalsees, davon ausgehend die Entwicklung des Fremdenverkehrs, Erfolge in der Wirtschaftsansiedlung und Strukturverbesserung. Dem Zusammenwirken von Kreistag und Verwaltungsspitze sei es zu verdanken, daß sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Kreis St. Wendel günstiger gestalte als im Landesdurchschnitt. In seine Amtszeit seien auch wegweisende Entscheidungen durch die Gründung der Wasser-

versorgungsgesellschaft sowie die Schaffung eines leistungsfähigen wohnortnahen Bildungssystems erfolgt. Seinem Nachfolger wünschte er Glück, das er angesichts der bevorstehenden finanziellen Belastungen, wie sie durch die Übertragung der Gymnasien auf die Landkreise bevorstehe, benötige. „Bangemachen gilt nicht“ gab der 1. Beigeordnete Franz Josef Schumann mit auf den Weg.

Prof. Töpfer würdigte in seiner Ansprache den scheidenden Landrat als „knorrige Persönlichkeit“, der man durch seine zupackende Art anmerkte, daß er vom Geist der Aufbaujahre nach dem 2. Weltkrieg geprägt war. Dr. Marner habe nicht nur verwaltet, er habe dem Amt des Landrats „Profil“ verliehen und „dadurch selbst an Profil gewonnen“. Er habe ungewöhnlich hohe Popularität gewonnen, „nicht etwa, weil er dem Volk nach dem Mund geredet, sondern ihm aufs Maul geschaut hat“. Die Entscheidungen Marners seien oft spontan und „unbürokratisch“ gewesen. Daß sie sich als richtig und oft als weitsichtig erwiesen hätten, sei einer funktionierenden Verwaltung zu verdanken, die unbürokratisches Handeln erst ermögliche. Dem Nachfolger Franz Josef Schuman bestätigte der Minister genügend Ausdauer und Durchhaltevermögen, das ihn befähige, die schwierigen Aufgaben zu bewältigen.

Der Vertreter der Landesregierung, Staatssekretär Dr. Richard Dewes, zollte Dr. Marner Respekt, nicht zuletzt deshalb, weil er der dienstälteste Landrat im Saarland sei. Für politische Freunde und Gegner sei er kein einfacher, aber fairer Partner gewesen. Die Bevölkerung habe an seinem Stil Geschmack gefunden und ihn als Ombudsmann für ihre Interessen gesehen. Der Staatssekretär wies auf bevorstehende Kompetenzverlagerungen von der staatlichen auf die kommunale Ebene hin. Die schwierige Finanzlage des Landes mache politisches Handeln nicht einfacher, so daß auch der neue Landrat vor schwierige Aufgaben gestellt sei.

Für den Deutschen Landkreistag, dem Dr. Waldemar Marner durch verschiedene Tätigkeiten verbunden war, sprach dessen Geschäftsführer Dr. Becker-Birck. Er würdigte die Verdienste Marners als Mahner vor einem Abbau der kommunalen Selbst-



Das Kreissymphonieorchester umrahmte die Feierstunde musikalisch. Vielen werden die Klänge zur Bonanza-Musik in Erinnerung bleiben, als Dr. Waldemar Marner zum Renerpult schritt. Gelungen war auch die musikalische Begleitung der Tanzgruppe „La Volte“, die ebenfalls einen künstlerischen Akzent setzte.

verwaltung. Da Kreis und Gemeinden die gleichen Interessen vertreten würden, habe Marner vor Konflikten zwischen beiden Trägern der Selbstverwaltung gewarnt. Verdienste habe sich der scheidende Landrat um die deutsch-französische Partnerschaft auf kommunaler Ebene erworben.

Für die Kreistagsfraktionen sprach zunächst Arnold Merscher (CDU). Mit Stolz verwies er darauf, daß die CDU die bestimmende Kraft im Kreis sei und der alte wie der neue Landrat trotz aller gebotenen Überparteilichkeit nie einen Hehl um ihre politische Verankerung in der CDU gemacht hätten. Helwin Peter, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, bescheinigte Dr. Marner Fairnis und Konstruktivität. Den Nachfolger mahnte er, mehr als nur die Kreisstadt St. Wendel bei anstehenden Entscheidungen im Auge zu haben.

Stellvertretend für alle Bürgermeister im Kreis, aber auch als Freund „einer gemeinsamen langen Wegstrecke mit Franz Josef

Schumann“ sprach der Bürgermeister der gastgebenden Kreisstadt, Klaus Bouillon. Seine sehr persönliche Ansprache war getragen von Respekt vor den Verdiensten des scheidenden Landrats, an denen auch sein Nachfolger gemessen werde. Als Freunde, die nicht zuletzt die Liebe zum Radsport miteinander verbinde, verglich der die bevorstehende Amtszeit Schumanns mit einem Radmarathon, der viel Mut und Willensstärke erfordere. Das Ziel werde er nur mit der Hilfe guter Freunde erreichen. Großen Rückhalt biete ein intaktes Familienleben.

Der neue Landrat sagte in seiner Antrittsrede wörtlich: „Am 11.11.1991 wurde ich vom Kreistag mit knapper Mehrheit zum Landrat des Landkreises St. Wendel gewählt. Ich habe dieses Amt angestrebt und darf mich deshalb auch bei den Mitgliedern des Kreistages dafür bedanken, daß Sie mich gewählt haben.“

Ich weiß, von welcher Fraktion ich gewählt worden bin und werde wohl auch meine politische Heimat nicht vergessen; ich weiß aber genauso gut, daß ich Landrat nicht nur für einen Teil der Bevölkerung dieses Landkreises bin. Dies gilt sowohl für die politische Weltanschauung als auch für die regionale Herkunft. Das heißt, wenn ich auch St. Wendeler und ein Freund des Bürgermeisters unserer Stadt bin, darf das nicht zum Nachteil für die übrigen Gemeinden des Kreises führen.

Ich möchte auch für jeden Bürger ansprechbar bleiben, weiß jedoch aus Erfahrung, daß es schon aus Termingründen nicht immer möglich sein wird, den Landrat zu sprechen. Ich verspreche jedoch, auch in Zukunft in berechtigten Anliegen zu helfen und schränke auch hier ein, daß oft effektive Hilfe nicht möglich ist und Recht gerade von einem Landrat nicht gebeugt werden kann.

Sie werden zu Recht fragen, was ist denn von dem neuen Landrat zu erwarten. Zunächst einmal darf ich bemerken, daß die finanziell besten Zeiten für die Landkreise im Saarland vorüber sind. Dies hängt damit zusammen, daß gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu bewältigen sind, deren Kosten, ohne daß der Kreistag darauf Einfluß hätte, permanent ansteigen, hier insbesondere zu nennen die Sozialhilfe und die Jugendhilfe. Darüber

hinaus sind durch den Landesgesetzgeber den Landkreisen neue Aufgaben übertragen worden, die die Landkreise finanziell ganz entscheidend belasten. Am stärksten ins Gewicht fällt hierbei die Übertragung der Gymnasien vom Land auf die Kreise, ohne daß die Kreise hierfür einen finanziellen Ausgleich erhalten haben. Vielen hier im Saal wird bekannt sein, daß die Landkreise überhaupt keine nennenswerten eigenen Einnahmen haben, so daß diese Kosten nur an die Gemeinden des Kreises weitergegeben werden können.

Im Hinblick darauf, daß in naher Zukunft auch im öffentlichen Personennahverkehr höchstwahrscheinlich Belastungen auf uns zukommen, kann sich jeder vorstellen, welchen finanziellen Spielraum der Landkreis St. Wendel in Zukunft haben wird und in welchem Rahmen Vorstellungen und Ideen eines Landrates Aussicht auf Verwirklichung haben können.

Aber selbst unter diesen Vorzeichen kann es Spaß machen, Politik für die Bürger dieses Landkreises mitzugestalten. Wir leben hier in einem Landkreis, in dem glücklicherweise die Welt noch in Ordnung ist. Es gibt bei uns noch überdurchschnittlich viel Engagement von Bürgern in Vereinen, Verbänden und Institutionen. Die Umwelt ist bei uns noch weitgehend von gravierenden Eingriffen verschont geblieben.

Auf diesem Kapital will ich aufbauen und mit dafür sorgen, daß unsere Umwelt sauber bleibt und wir somit einen entscheidenden Faktor für einen Ausbau des Fremdenverkehrs haben. Ich wünsche mir und will hierzu auch meinen Beitrag leisten, daß Naturschützer, Landwirte, Jäger und alle übrigen Naturnutzer miteinander nach Kompromissen suchen und gemeinsam aktiven Naturschutz betreiben. Ich weiß dabei sehr wohl, daß einige von der Landwirtschaft erwartete Leistungen nicht ohne finanziellen Ausgleich zu erbringen sind. Ich werde die Bemühungen des Kreisnaturschutzbeauftragten, Herrn Feldkamp, unterstützen, eine stärkere Identifikation der Dorfbevölkerung mit ihrer Gemarkung zu erreichen, wobei die Naturschützer eine wesentliche Rolle spielen sollen, so daß diese, ich darf hier zitieren, „vom renitenten Nein-Sager zum Anbieter von Naturchutzprodukten werden sollen“.

Ich werde mich dafür einsetzen, daß der Kristallisationspunkt unserer Fremdenverkehrsbemühungen, der Bostalsee, weitestgehend so bleibt wie er ist, d. h. frei von jeder Bebauung des Ufers und möglichst uneingeschränkt für jedermann zugänglich. Dennoch werden wir für unsere Fremdenverkehrsregion werben müssen. Dies können wir auch tun, indem wir durch attraktive Veranstaltungen z. B. nationale und internationale Sportmeisterschaften, Besucher in den Kreis St. Wendel locken, mit dem Selbstbewußtsein, daß unser Kreis so schön ist, daß diese Besucher selbstverständlich zu einem Kurzurlaub einmal wiederkommen.

Auch in der Wirtschaftsförderung haben wir Erfolge aufzuweisen, und es gilt für die Zukunft, die beschrittenen Wege weiterzugehen. Die beste Investition in die Zukunft unseres Landkreises ist hierbei die Qualifizierung unserer Arbeitskräfte. Deshalb müssen wir uns bemühen, bestausgestattete Schulen zu erhalten und Weiterqualifizierungsangebote zu machen.

Das meiste Geld gibt der Landkreis St. Wendel im Sozialbereich aus. Für mich als Christ ist es selbstverständlich, daß der Staat soziale Ungerechtigkeiten ausgleichen muß und durch soziale Leistungen und Angebote das Leben so menschenwürdig wie möglich gestalten muß. Wenn wir dies jedoch gewährleisten wollen, müssen wir uns sehr wohl überlegen, wo und wie wir soziale Einrichtungen fördern. Es wird finanziell nicht tragbar sein, Jeden, der etwas Gutes tut, auch finanziell zu fördern. Bei aller Vorliebe für eine möglichst große Pluralität muß der örtliche Träger der Sozialhilfe koordinieren und eventuell auch einmal einen Antrag negativ bescheiden. Es dürfte mittlerweile nicht mehr umstritten sein, daß Menschen, die man überversorgt, nicht zufriedener, sondern unzufriedener werden. Auch sollten wir darauf achten, daß wir ehrenamtliches Engagement nach Kräften unterstützen und nicht durch eine Überprofessionalisierung ersticken.

Ein Schwerpunkt meiner künftigen Arbeit wird sicherlich auch die Altenpolitik sein. Obwohl wir, bei aller Bescheidenheit, im Landkreis St. Wendel einige vorbildliche Einrichtungen vorzei-

gen können, wird der Altenhilfeplan, der Ende dieses Jahres vorliegen wird, auch Schwachstellen aufzeigen.

Schließlich darf ich noch als Sportler meine Wunschvorstellung vortragen. Ich wäre glücklich, wenn es mir gelingen würde, so wie das zur Zeit im Bereich des Judo-Sports schon realisiert ist, die besten Sportler des Landkreises in Stützpunkten zusammenzubringen, um mit Hilfe von Sponsoren und qualifizierten Trainern auch im Bereich des Sports nicht nur als Veranstalter dem Landkreis St. Wendel ein positives Image zu verleihen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich darf sie sehr herzlich um ihre Unterstützung bei der Ausübung meines neuen Amtes bitten. Sparen sie nicht an Kritik, wobei es mir am liebsten wäre, wenn sie mir dies unter vier Augen vorträgen. Geben sie mir insbesondere konstruktive Anregungen, denn die Bürde des Amtes, insbesondere angesichts des so populären Vorgängers, ist recht groß. Ich biete meinerseits allen politischen Kräften eine offene und faire Zusammenarbeit an und erhoffe von meinen Freunden, daß sie mit dazu beitragen, daß ich nicht in Versuchung komme, sogenannte Ungeschicklichkeiten zu begehen.“



Drei Männer, deren Wort Gewicht hat im Landkreis St. Wendel: Dr. Waldemar Marner, Franz Josef Schumann und Klaus Bouillon.

Eingestimmt durch „Bonanzrhythmen“ des Kreissymphonieorchesters nahm Dr. Wademar Marner Abschied von der politischen Bühne des Landkreises, wie er zu Beginn seiner Ansprache betonte. Es war eine große Rede, wie meistens frei vorgetragen, geleitet von jenem preußischen Impetus, der seine Amtszeit prägte: Eine spärliche Wortwahl, kurze Sätze, keine Worthüllen, keine Wiederholungen. Er dankte allen, die ihn in 18 Jahren auf seinem Weg an der Spitze des Kreises begleitet hatten, beim Kreistag, bei der Partei, der er sich nach wie vor verbunden fühle, bei den Bediensteten der Kreisverwaltung, bei seinen Vorgängern, nicht zuletzt Werner Zeyer, bei den zahlreichen Gremien, in denen er tätig war, bei den Freunden, die ihm zur Seite gestanden haben, bei der Bevölkerung, die sich nicht vorschreiben lasse, was sie zu denken habe und schließlich bei Frau und Tochter, die er selten zu Gesicht bekommen habe.

Was die Rede auszeichnete, war nicht zuletzt der Humor, der ihn bei den Menschen im Landkreis so beliebt machte und die Bereitschaft, selbst menschliche Schwächen wie gelegentliche

Eitelkeit einzugestehen und damit sich selbst nicht zum Mittelpunkt allen Geschehens zu machen. Dr. Waldemar Marner machte den Menschen im Landkreis Mut, indem er auf das Selbstbewußtsein verwies, das „uns Menschen vom Land gegenüber den Städtern abhebt und sich in einem funktionierenden, von menschlicher Wärme getragenen Gemeinschaftsleben beweist“. Weil dies so sei, brauche auch sein Nachfolger keine Angst vor den vor ihm liegenden Aufgaben zu haben.

Dr. Marner dankte schließlich den Mitwirkenden, die ihm und seinem Nachfolger diese gelungene Feierstunde ermöglicht haben, nämlich den Bediensteten der Kreisverwaltung, dem Kreissymphonieorchester, und der Tanzgruppe La Volte, deren Engagement er kennen und schätzen gelernt habe. Dr. Marner schloß mit den Worten: „Ein Hoch auf die Menschen in diesem schönen Landkreis.“

Die Nationalhymne beschloß die Feierstunde.

Ein Blick zurück:

18 Jahre lang trug Dr. Waldemar Marner Verantwortung für den Kreis

Von Ludwin Vogel

Vier Schwerpunkte nannte Dr. Waldemar Marner kurz nach seiner Ernennung durch den damaligen Innenminister Alfred Wilhelm für seine künftige Tätigkeit als Landrat des Landkreises St. Wendel: Die Industrieansiedlung, die Sicherung der Wasserversorgung, den Personennahverkehr und die Weiterentwicklung des Bostalseeprojektes. Das war im März 1974. Daß er gerade in Bezug auf den letzten Punkt seiner Zielvorstellungen unmittelbar nach der feierlichen Amtseinführung zum 23. März buchstäblich ins kalte Wasser geworfen wurde, hatte sich der neue Landrat sicherlich nicht gewünscht. Heute fast vergessen ist nämlich, daß die Anlegung des Bostalsees zunächst zügig vorschritt, dann aber, als es in die entscheidende Phase eintrat, das Projekt von einigen Schwierigkeiten begleitet war.

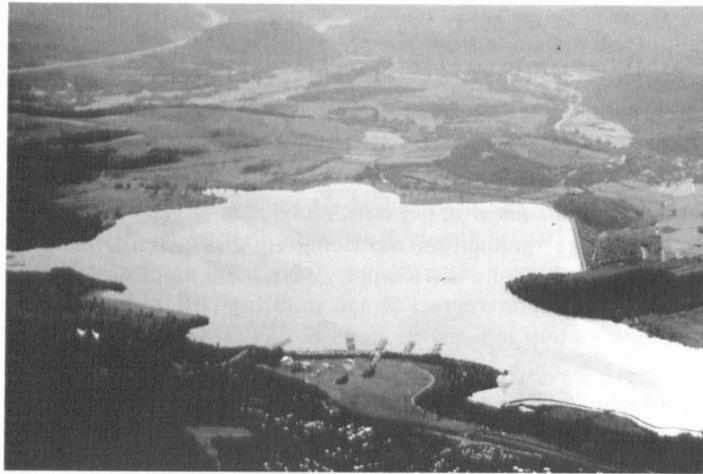
Was war geschehen? Am 24. März 1974 schreckte ein Bericht in der Saarbrücker Zeitung¹ die Öffentlichkeit auf. Der als „Dambaukapazität“ geltende Prof. Dr. Breth stellte fest, daß der eben zum ersten Mal angestaute Bostalsee wieder abgelassen werden mußte. Weniger das Ablassen beunruhigte die Gemüter als vielmehr die Feststellung, daß sich an der Dichtung des Staudammes Ablösungserscheinungen zeigten. Dieses ausschließlich technische Problem war der Auftakt zu Befürchtungen in der Bevölkerung des Seeumlandes über die Sicherheit des Staudammes, die teils bewußt geschürt, teil unterbewußt, die enorme Dimension des Projektes für den Fremdenverkehr und die Wirtschaftsstruktur im industrieschwachen nordsaarländischen Raum völlig in den Hintergrund drängten.

Bis der zweite Probestau am 6. November 1975 erfolgen konnte, sollte ein halbes Jahr vergehen, nicht zuletzt, weil neue Klappen für den Grundablaß, die einem höheren Druck standhalten sollten, eingebaut werden mußten. In diesem Zusammenhang zeigte sich zum ersten Mal der bisweilen bissige Humor des

neuen Landrats, als er in der entsprechenden Kreisausschußsitzung die Angelegenheit mit der Bemerkung kommentierte: „Das ist wie überall: Wenn die Klappe zu ist, kann nicht viel passieren.“²

Es sollte alles noch schlimmer kommen. Gerade war der Bostalsee zum ersten Mal mit fast 3 Millionen Kubikmeter Wasser gefüllt, vernahm der Landrat, soeben von einer Fremdenverkehrspräsentation des Landkreises aus Belgien zurückgekehrt, die zweite Hiobsbotschaft: Seewasser drängte sich aus dem Überlaufschacht am Staudamm, weil die Abwasserleitung durch den See defekt war. Ein weiteres Mal produzierte „der größte Freizeitstausee in Südwestdeutschland“ negative Schlagzeilen. Obwohl der Schaden die vorläufige Freigabe des Gewässers für den 17. Juni 1977 nicht gefährdete, sahen sich Landrat und Kreistag im Vertrauen auf die Experten - es war nicht das erste und sollte auch nicht das letzte Mal bleiben - getäuscht. Im Nachhinein blieb nur die lapidare Feststellung, daß man sich ursprünglich für die teurere Lösung, eine Abwasserleitung außerhalb des Sees zu bauen, ausgesprochen habe. Diesem Lösungsvorschlag des Kreisbauamtes sei man aber nicht gefolgt, weil die Techniker des Abwasserverbandes für die Verlegung der Abwasserleitung durch den See plädiert hätten.

Alle diese Unannehmlichkeiten konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der endgültigen Inbetriebnahme des Bostalsees im Jahr 1979 ein für das Saarland einzigartiges Freizeitzentrum geschaffen worden war. 40 Millionen DM waren eine „Anschubinvestition“ für die Entwicklung des Fremdenverkehrs, der von jetzt an eine gewisse Bedeutung in einer strukturschwachen Region erhalten sollte. Der Landrat sah die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen dieser Entwicklung durchaus realistisch, als er „einen langen Weg“ voraussagte. Ähnlich vorsichtige Formulie-



Trotz einiger Schwierigkeiten zu Beginn entwickelte sich der Bostalsee zum bedeutendsten Freizeitgewässer in Südwestdeutschland.

ungen gebrauchte er immer wieder, wenn es um Mutmaßungen über die Chancen des Tourismus im St. Wendeler Land ging.

Aber der Anfang war gemacht. Als weiter Schritt wurde 1974 auf der Grundlage eines Ideenwettbewerbes und Planungen des Kreisbauamtes die Ufergestaltung in Angriff genommen. Sie war nur möglich geworden, weil der Landkreis nicht nur Eigentümer der rund 120 Hektar großen Wasserfläche, sondern auch des 340 Hektar großen Umlandes wurde. Am Westufer entstanden ein Biotop-Bereich, der Campingplatz, der Segelhafen des Landkreises, ein Strandbad und schließlich das Verwaltungsgebäude mit dem davor gelegenen Anlegeplatz für Tretboote. Der Rundwanderweg verband das Westufer mit der zu Gonesweiler hin gelegenen Seite, an der nach und nach ein Strandbad und schließlich die Surferbasis entstanden. Begleitet wurde das Ausbauprogramm, das die gleiche Summe wie die Anlage des Sees verschlang, von einer großflächigen Anpflanzungsaktion, die den Bostalsee nicht nur als vorbildliche Freizeitanlage, sondern auch als Modell für einen naturnah belassenen Lebensraum zur Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt heranreifen ließ. Schon bald folgten private Investitionen. Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen entstanden. Allein eines

der größten und renommiertesten Hotels bietet mehr als 80 Menschen Arbeit. Insgesamt sind mehr als 200 Arbeitsplätze direkt auf die Anlage des Sees zurückzuführen. Auf Initiative der Gemeinde Nohfelden entstand das Wellenhallenbad „Bosaarium“.

Der Landkreis erwarb die Bosener Mühle, in die bis Vollendung des Erweiterungsbaues 1989 insgesamt 1,3 Millionen DM investiert wurden. 1977 wurde die Verantwortung für den Betrieb in die Hände eines Vereins gelegt. Dieser stellte sich zur Aufgabe, die Bosener Mühle zu einem Künstlerzentrum auszubauen. 1982 fanden zum ersten Mal die Bosener Sommerkurse statt, die seither Besucher aus der gesamten Bundesrepublik anziehen. Mit Fertigstellung des Erweiterungsgebäudes 1989 wurde das Programm, das bisher im wesentlichen Konzerte und Ausstellungen umfaßte, um Wochenendkurse und Kreativangebote erweitert.

Parallel dazu wurde der institutionelle Rahmen für das Freizeitzentrum geschaffen, und zwar als Eigenbetrieb des Kreises mit dem Landrat als Betriebsleiter. Sieben Mitglieder des Kreis-

Das Seehotel Weingärtner entstand 1979. Heute verfügt das beliebte Urlaubs- und Tagungshotel nach mehreren Erweiterungen über rund 100 Zimmer. Mit 28 Millionen DM ist es die größte Investition von privater Seite, die am Bostalsee erfolgte.

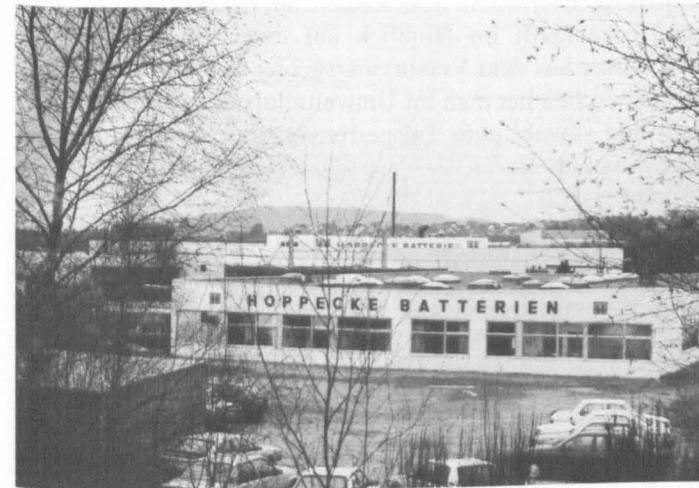


tages gehören dem Gremium an, ebenso der Bürgermeister der Gemeinde Nohfelden. Dieser Lösung gab der Kreistag den Vortzug vor einer „Bostalsee GmbH“, an der der Landkreis mit 75, die Gemeinde Nohfelden mit 25 Prozent beteiligt sein sollte.

Dr. Waldemar Marner ist sicherlich nicht „der Erfinder des Bostalsees“. Sein Verdienst besteht jedoch darin, eine Konsensbildung herbeigeführt zu haben, wonach „dieser See ein See für alle erholungs- und entspannungssuchenden Menschen“ werden und bleiben soll. 1979 gebrauchte er zum ersten Mal eine Formulierung, die zum ungeschriebenen, damals durchaus nicht selbstverständlichen Konsens werden sollte: Danach war der unmittelbare Uferbereich von privater Bebauung freizuhalten und blieb allein Besuchern und Wassersportlern vorbehalten.

Wie die Anlage des Bostalsees sind auch die Bemühungen um neue Arbeitsplätze Ende der sechziger und siebziger Jahre unter dem Aspekt einer verbesserten Infrastruktur und damit besserer Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu betrachten. Wichtige Weichen waren 1974 bereits gestellt, und zwar insbesondere durch das Gemeinschaftsprogramm zwischen Bund und Saar-

Mit der Ansiedlung der Firma Hoppecke begann der Aufschwung des kreiseigenen Industriegebietes Otzenhausen. In den Betrieben finden heute annähernd 700 Menschen Arbeit.



land zur Verbesserung der Infrastruktur im Raum Saar-Westpfalz und die Bemühungen des damaligen Landrates und späteren Bundestagsabgeordneten Werner Zeyer. In den siebziger Jahren begann jedoch unter dem Eindruck erster wirtschaftlicher Krisenerscheinungen und Schließung sogenannter „verlängerter Werkbänke“ ein Paradigmawechsel: Die Bemühungen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze konnten nicht mehr den großen Ansiedlungsversuchen gelten, sondern zielten stattdessen darauf, den Mittelstand als Rückgrat der heimischen Industrie zu stärken. Man begann, die Rahmenbedingungen für die Expansion und Neugründungen im Landkreis und der näheren Umgebung zu schaffen.

Der erste Schritt, industrielle Arbeitsplätze in einem überwiegend von der Landwirtschaft geprägten Landkreis anzusiedeln, war 1970 die Ausweisung des kreiseigenen Industrie- und Gewerbegebietes Otzenhausen, in dem in den siebziger Jahren, beginnend mit der Firma „Hoppecke“, Zug um Zug 700 neue Arbeitsplätze entstanden. Parallel dazu wurde die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten in den Gemeinden unterstützt. Damit sollte vor allem dem Handwerk und dem ortsansässigen Mittelstand Gelegenheit gegeben werden, sich in der angestammten Umgebung zu erweitern oder neue Produktionsstätten zu entwickeln. Die Investitionen hierfür beliefen sich zwischen 1975 und 1991 auf mehr als 5,7 Millionen DM. Modellcharakter kam der Einrichtung der beiden Lehrwerkstätten in Trägerschaft des Landkreises in Freisen (1968) und Tholey (1969) zu. Das gleiche gilt für den Aus- und Fortbildungsförderverein, mit dessen Gründung 1985 in einer konjunkturell schwierigen Zeit mit 12 Prozent Arbeitslosigkeit insbesondere arbeitslosen jungen Menschen der Einstieg in das Berufsleben erleichtert wurde.

Neue Wege beschritt Dr. Waldemar Marner bei der Sicherstellung der Wasserversorgung im Landkreis. Hintergrund der Bemühungen, eine kreisweite Wasserversorgungsgesellschaft zu gründen, war, daß einer Prognose der Kreisverwaltung zufolge der Grundwasserbedarf nur noch für zehn Jahre sicherzustellen war. Hinzu kam, daß eine ständig steigende Menge Wasser

von außerhalb zugekauft werden mußte, kein Verbundnetz bestand und die Gemeinden aufgrund der bevorstehenden Sanierung der Leitungsnetze finanziell überfordert waren. Das Kreisbauamt bezifferte allein die Investition der kommenden fünf Jahre auf etwa 7 Millionen DM.

Die Gründung der Gesellschaft vollzog sich bereits zum 1. Januar 1975. Ihr gehörten der Landkreis, die Kreisstadt und fünf weitere Kreisgemeinden an. Nonnweiler und Namborn betrieben weiterhin eigene Wasserwerke. Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde der Landrat. Das Stammkapital belief sich auf 20 Millionen DM. Die Zahl der Beschäftigten im Gründungsjahr betrug 27; heute sind es mehr als 50. Zunächst wurde Kreissyndikus Josef Mailänder vorläufig mit der Geschäftsführung beauftragt. 1976 folgte Paul Brück. Ein neues Gebäude in der Werkstraße konnte bereits 1978 bezogen werden.

Noch in den siebziger Jahren begann der Ausbau des Verbundleitungssystems. Nicht zuletzt der trockene Sommer 1976 machte deutlich, daß es langfristig der Erschließung neuer Bezugsquellen bedurfte, um die Trinkwasserversorgung im Landkreis zu sichern. Hier bot sich die Talsperre Nonnweiler an, über deren Nutzungsoption als Trinkwasserreservoir zwischen Landkreis und Landesregierung Einigkeit bestand. Als Alternative wurde der Fernbezug von Trinkwasser aus Vorkommen der Saarbergwerke genannt. Konkretisiert wurden die Pläne, mittels einer Wasseraufbereitungsanlage Trinkwasser zu gewinnen, als 1986 die Landesregierung einwilligte, das insgesamt auf 40 Millionen DM veranschlagte Projekt mit 50 Prozent zu unterstützen. Auf rund 25 Millionen DM beliefen sich allein die Berechnungen für den Bau einer Trinkwasseraufbereitungsanlage am Primstalsee in Nonnweiler. Grundlage der Wirtschaftlichkeitsrechnung war auch, daß die Verbandsgemeinde Hermeskeil in Aussicht stellte, sich an einer entsprechenden Anlage zu beteiligen.

Unter diesen Vorzeichen wurde das „Jahrhundertprojekt“ Trinkwasseraufbereitung durch den Bau des Hochbehälters in Steinberg-Deckenhardt in Angriff genommen. Die Rücknahme der Finanzierungszusage, begründet mit der Weigerung der Landes-



Neue Wege bei der Wasserversorgung beschritt die WVV durch die Beteiligung der VSE im Jahre 1991. Den Vertrag unterzeichneten für die WVV der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Dr. Waldemar Marner, sieben Bürgermeister für die der Gesellschaft angehörenden Kommunen und VSE-Vorstandsmitglied Günter Marquis.

regierung, Oberflächenwasser aus der Talsperre Nonnweiler mittels Aufbereitung in das Leitungsnetz einspeisen zu dürfen, stellte die Gesellschaft 1989 vor große finanzielle Probleme. 1990 war man gezwungen, wie in einem Gutachten empfohlen, die bisherigen Arbeiten, insbesondere am Hochbehälter in Steinberg-Deckenhardt im Hinblick auf einen Fremdbezug von Trinkwasser aus dem Versorgungsgebiet der WVO auszurichten. Inzwischen hat man im Umweltministerium erneut umgedacht und sowohl dem Talsperrenverband als auch der Verbandsgemeinde Hermeskeil die Wasserrechte am Primstalsee erteilt.

In der schwierigen Situation der Jahre 1988 bis 1990 war es der Aufsichtsratsvorsitzende, der Ausschau nach neuen Partnern aus der Privatwirtschaft hielt. Hintergrund der Bemühungen war, sowohl finanziell als auch technisch die Wasserversorgung langfristig zu sichern, aber auch die Erkenntnis, daß überall, wo zweckmäßigerweise Privatisierungsmöglichkeiten bestehen, auch privates Engagement zugelassen werden sollte. Zugleich

müsse aber auch die öffentliche Hand dort Einflußmöglichkeiten behalten, wo es sich im Angelegenheiten von öffentlichem Interesse handele. Nach längeren Verhandlungen beteiligte sich im Juli 1991 die Vereinigte Saarländische Elektrizitäts AG an der WVV. Sie übernahm 26 Prozent oder 19,5 Millionen DM Anteil am Stammkapital. Auch personell wirkte sich der Einstieg aus, indem das Energieunternehmen einen zweiten Geschäftsführer stellt.

Äußerst schwierig, letztlich aber erfolgreich, gestaltete sich der Neubau des Marienkrankenhauses³, eine Angelegenheit, die seit den sechziger Jahren diskutiert und seit 1974 konkret angegangen wurde. Umstritten zwischen Landkreis und Landesregierung waren die Bettenkapazität und die Höhe der Finanzierung. Was die Kapazität anging, so mußten erste Planungen von 1974 von 310, wie im Gutachten des Deutschen Krankenhausinstituts für sinnvoll erachtet, auf 256 nach dem Krankenhausbedarfsplan des Landes von 1979 und schließlich auf 240 Betten im Krankenhausfinanzierungsprogramm des Jahres 1981 revidiert werden. Ebenso schwierig gestaltete sich die Finanzierung: Nach-

Nach mehr als zehnjährigem Tauziehen entstand auf dem Hirschberg der Neubau des Marienkrankenhauses. Es wird durch ein geriatrisches Rehabilitationszentrum erweitert.



dem sich der Kreistag 1974 bereit erklärt hatte, für die Planungskosten in Vorlage zu treten und diese Bereitschaft mehrfach erneuert wurde, stellte der Finanzierungsbescheid vom 23. Februar 1982 eine Förderung von 66 Millionen DM sicher. Letztlich waren es nach Inbetriebnahme des Neubaus am 2. Mai 1988 etwa 72 Millionen DM, die voll zuschufähig sind. Der „mehr als zehnjährige Kampf“ um den Neubau hatte sich also gelohnt. Zurückzuführen war er auf das Beharrungsvermögen von Landrat und Kreistag, dem schließlich mit Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten Werner Zeyer Erfolg beschieden war.

Schon bald nach Inbetriebnahme des Neubaus am Hirschberg stellte sich heraus, daß allen Prognosen zum Trotz das Marienkrankenhaus sehr gut angenommen wurde und infolgedessen die Kapazität nicht ausreichend ist. Bemühungen setzten ein, zur Entlastung ein geriatrisches Rehabilitationszentrum einzurichten. Auch diese Bemühungen sollten in den letzten Amtstagen von Dr. Marner Erfolg zeigen. Im Rahmen eines Modellprojektes erklärte sich die Bundesregierung bereit, 45 Prozent der auf etwa 28 Millionen DM bezifferten Baukosten zu übernehmen. Da die Landesregierung allerdings zunächst nur einen „Anerkennungsbetrag“ von 500000, dann von einer Million DM gewährte, ist der Landkreis gezwungen, sich finanziell in erheblichem Umfang zu engagieren, was beim Neubau noch vermieden werden konnte.

Wie beim Bau des geriatrischen Rehabilitationszentrums sichtbar wurde, engen geringere finanzielle Möglichkeiten und gewollt andere politische Zielsetzungen des Landes, insbesondere nach dem Regierungswechsel 1985, den politischen Spielraum des Landkreises ein. Sie riefen den energischen Widerspruch des Landrates hervor, der seine Stimme immer dann erhob, wenn er Benachteiligungen des Landkreises befürchtete. Wichtig in diesem Zusammenhang war, daß Dr. Waldemar Marner seit der Wahl durch den Kreistag am 26. September 1986 aufgrund einer Änderung der Gemeindeordnung nicht mehr „staatlicher“, sondern in Selbstverwaltungsangelegenheiten „kommunaler“ Landrat und damit weniger weisungsgebunden war.

Ein Thema, das von jetzt an in öffentlichen Äußerungen zunehmend durchklang, war die Sorge um die künftigen Lebensbedingungen der jüngeren Generation, wozu insbesondere die Akzentuierung des Natur- und Landschaftsschutzes zählte. Sichtbares Zeichen dafür war, daß sich die Zahl der Naturschutzbeauftragten auf über 100 im Jahr 1991 steigerte. Dieses Engagement widersprach nicht dem Eintreten für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft, die seiner Auffassung nach nach wie vor unterstützungsbedürftig war. Das Eintreten für beide Belange entspricht vielmehr einem konservativen Wertbewußtsein, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Danach verbietet der Blick für das Ganze ideologisch motiviertes Handeln, zumal eine intakte Natur wertvolles Kapital sowohl für den Fremdenverkehr als auch als sogenannter „weicher“ Standortfaktor für die Ansiedlung von Industriebetrieben ist.

Wie unangenehm Dr. Waldemar Marner als Verhandlungspartner sein konnte, zeigte sich bei der Übertragung der Gymnasien in die Schulträgerschaft der Landkreise zum 1. April 1992, ohne daß dafür ein finanzieller Ausgleich geschaffen wurde. Dieses Vorgehen der Landesregierung geißelte er nicht nur als Landrat, sondern auch in seiner zeitweiligen Funktion als Vorsitzender des saarländischen Landkreistages. Eingeengte finanzielle Spielräume sind seiner Auffassung nach das Ende der kommunalen Selbstverwaltung.

Diese ist auch ohne Zutun der Landesregierung ständig größeren Zwängen ausgesetzt. Zwar ist das Haushaltsvolumen des Landkreises zwischen 1975 und 1991 von rund 32 auf 59 Millionen DM, also um fast das Doppelte angewachsen. Aber allein der Anstieg der Sozialkosten einschließlich der Jugendhilfe zeigt, daß ein großer Teil des Haushaltsvolumens durch gesetzliche Aufgaben vorgegeben ist. Betrug der Anteil 1975 noch rund 11 Millionen DM, so hat er sich 1991 mit rund 34 Millionen DM mehr als verdreifacht. Kommunale Selbstverwaltung beschränkt sich jedoch nur auf finanzielle Handlungsfähigkeit; sie verlangt auch Bürgernähe. Hier hat, wie der Landrat immer wieder beklagte, das Saarland Nachholbedarf, weil die staatlichen Abteilungen der Landratsämter nach wie vor nachgeordnete Stellen



Das Technisch-gewerbliche Berufsbildungszentrum war das letzte Gebäude, das im Rahmen eines Schulneubauprogrammes des Landkreises fertiggestellt wurde. Als eine seiner ersten Amtshandlungen als Landrat konnte es Dr. Waldemar Marner seiner Bestimmung übergeben.

der Landesregierung bleiben. Die Übertragung der Gymnasien oder anderer staatlicher Institutionen, so sehr sie bei finanzieller Kostenerstattung zu begrüßen ist, bietet hier nur teilweisen Ersatz. Derartige Entwicklungen lassen bei der Betrachtung der siebziger und der beginnenden achtziger Jahre fast Wehmütigkeit aufkommen, müssen aber relativiert werden Tendenzen, die finanziellen Spielräume der Gemeinden und Gemeindeverbände einzuengen, waren immer vorhanden, etwa bei der ersten Änderung des kommunalen Finanzausgleiches im Jahr 1983, die auf energischen Widerstand des Landkreises stieß.

Wie eine Erfolgsstory liest sich, was im schulischen Bereich erreicht wurde: 1982 war der Landkreis Träger von 15 Schulen, darunter allein drei Berufsbildungszentren, vier Realschulen in St. Wendel, Theley, Marpingen und Türkismühle sowie Sonderschulen in Balterweiler, Nonnweiler, St. Wendel und Tholey. In den sechziger Jahren wurden zahlreiche neue Gebäude errichtet, wobei das jüngste, das Technisch-gewerbliche Berufsbildungszentrum, kurz nach dem Amtsantritt von Dr. Waldemar Marner, im April 1974 seiner Bestimmung übergeben wurde.

Die Investitionen, bedingt durch die zahlreichen Neubauten beliefen sich 1975 auf 7,4 Millionen DM. 1982 waren es 4 Millionen. Der durchschnittliche Betrag seither bewegt sich etwa bei 3 Millionen DM jährlich.

Parallel dazu entwickelten sich Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule, wobei sich der Landkreis allein die musikalische Aus- und Weiterbildung jährlich etwa 1 Million DM kosten läßt. Die Kreismusikschule, die als eine der ersten im Saarland bereits 1975 entstand, und die Kreisvolkshochschule, die 1971 aus dem Kreisvolksbildungswerk erwuchs, wurden 1991 organisatorisch zum Kultur- und Bildungsinstitut des Landkreises (KuBI) zusammengefaßt, ohne daß sich an der Aufgabenstellung etwas änderte.

Wie eng kulturelle Einrichtungen und Fremdenverkehr miteinander verbunden sind, zeigte bereits die Entstehung der Bosener Mühle, die nur im Zusammenhang mit der Anlage des Bostal-sees zu verstehen ist. Eine ähnliche Konzeption, nämlich die Bedeutung des Fremdenverkehrs in der Schaumbergregion zu stärken, liegt der Restaurierung der Johann-Adams-Mühle in Theley zum Kreismühlenmuseum zugrunde. Drei Jahre nach ihrer vorläufigen Fertigstellung ist dieses Ziel, zumindest teilweise, erfüllt. Die Johann-Adams-Mühle ist als Teil eines Gesamtkonzeptes zu sehen, wonach gebietstypische Häuser restauriert und ihre einstige Funktion heute in einem Museum wiedererkennbar sein soll. Neben der Johann-Adams-Mühle in Theley, ein Gemeinschaftsprojekt, zu dessen Verwirklichung 1982 die Gemeinde Tholey die Initiative ergriff, wurde 1991 in ähnlicher Weise gemeinsam mit der Gemeinde Freisen der Grundstock dafür gelegt, daß ein historisches Bauernhaus in Reitscheid zu einem landwirtschaftlichen Museum ausgebaut werden kann. In beide Projekte wurden bisher etwa 440000 DM investiert. Nicht zuletzt zur Finanzierung der Einrichtung dieser Museen wurde am 5. Dezember 1988 die „Stiftung Kulturbesitz im Kreis St. Wendel“ gegründet, deren Vorsitzender der Landrat ist.

Kreismuseen lassen sich jedoch nicht allein mit dem Hinweis auf ihre Bedeutung für den Fremdenverkehr rechtfertigen. Sie sind vielmehr ein Beitrag zur „Identitätsfindung der Menschen

auf dem Lande. Nur, wer die Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Vorfahren kennt, kann die Gegenwart verstehen. Nur, wer die historische Wurzeln seiner Heimat kennt, begreift das besondere Lebensgefühl, welches die Menschen im ländlichen Raum gegenüber den Städten abhebt und zu besonderen Leistungen befähigt, wie sie nur unter erschwerten Bedingungen erwachsen können“. Diese Passage aus der Ansprache des Landrats zur Eröffnung der Johann-Adams-Mühle sagen viel über das Selbstverständnis des ländlich geprägten St. Wendeler Landes aus.

Ebenfalls eine Bereicherung des kulturellen Lebens ist die Errichtung des Mia-Münster-Hauses in St. Wendel, ein Beispiel für das besondere Verhältnis, das Stadt und Landkreis auszeichnet. Mit Kreiszuschüssen von einer Million DM entstand 1989 ein „Kulturhaus“, das dank privater Unterstützung sowohl ein Museum als auch die Stadt- und Kreisbibliothek an zentraler Stelle im Landkreis beherbergt.

Ein Beitrag, der sich mit der Amtszeit einer Persönlichkeit befaßt, die fast 18 Jahre lang an der Spitze eines kommunalen Gemeinwesens stand, kann nur Schlaglichter auf Entwicklungen werfen. Ihre Gewichtung fällt zwangsläufig subjektiv aus, so daß eine schlüssige Würdigung unter Berücksichtigung aller Sachverhalte der Geschichtsschreibung überlassen bleiben muß. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist dieser Beitrag der Versuch, einer Persönlichkeit einigermaßen gerecht zu werden, die einiges im Landkreis St. Wendel initiiert hat. Andererseits waren bereits Entwicklungen vorgezeichnet, die einer bisweilen problematischen Ausführung bedurften. Beide Leistungen werden, ohne einer abschließenden Betrachtung vorzugreifen, Bestand haben.

Anmerkungen:

¹ Saarbrücker Ztg. Nr. 71 v. 25. 3. 74

² Saarbrücker Ztg. Nr. 228 v. 3. 10. 74

³ siehe dazu den Beitrag von Josef Mailänder im Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXII, S. 156 ff.

Tourismus im St. Wendeler Land

Bestand und Perspektiven

Von Martina Scheer

Das St. Wendeler Land ist die Fremdenverkehrsregion Nummer eins im Saarland. Tourismus hat hier eine lange Tradition, da in Nonnweiler schon sehr früh ein reger Kurbetrieb entstand, und Tholey durch die Abteikirche und den Schaumberg ein beliebtes Ausflugsziel war. Das waren allerdings vereinzelte Ansätze.

Einen regelrechten Schub erhielt der Fremdenverkehr durch die 20 Jahre zurückliegende Entscheidung des Kreistages, das Bostalseeprojekt anzugehen. In den mittlerweile 12 Jahren seines Bestehens hat sich der See nicht nur zur wichtigsten Freizeiteinrichtung des Sankt Wendeler Landes, sondern geradezu zu einem Vorzeigeobjekt des Saarlandes entwickelt, das ständig an Anziehungskraft gewinnt.

In erster Linie wirtschaftliche Überlegungen haben den Bau des Sees herbeigeführt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem neuen Wirtschaftssektor und die infrastrukturelle Aufwertung eines bis dahin landwirtschaftlich geprägten Gebietes waren die Antriebsfedern für eine Gemeinschaftsleistung zwischen Bund, Land und Kreis. Genauso wichtig und gewollt war die Förderung der Privatinitiative in den Dörfern: Etliche Hotels, Pensionen und Restaurationsbetriebe wurden gegründet und haben bis heute ihre Stellung ausgebaut. So sind rund die Hälfte aller Gästebetten im Landkreis in den Orten um den See zu finden. Zudem bot sich die Möglichkeit des Zuerwerbs durch die Bereitstellung von Gästezimmern. Für die Bevölkerung ergaben sich sozusagen über Nacht neue Zukunftsperspektiven, die echte Alternativen zum stark minimierten Arbeitsplatzangebot in der saarländischen Industrie darstellten. Stete Investitionen durch die private und öffentliche Hand in Freizeiteinrichtungen (Bau von Tennisplätzen, Schwimmbädern, Anlage von Wanderwegen u.s.w.) führten zu einer Verbesserung des Images der Region,

das nicht nur den Gästen, sondern auch den Einheimischen zugute kommt. Der hohe Freizeitwert wirkt sich zudem positiv auf die Ansiedlungswilligkeit von Industrie- und Gewerbebetrieben aus.

Das Sankt Wendeler Land als Fremdenverkehrsregion mit dem Bostalsee gleichzusetzen, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Eine abwechslungsreiche und weitgehend intakte Natur- und Kulturlandschaft sowie viele Sehenswürdigkeiten, die Zeugen einer bedeutungsvollen historischen Vergangenheit unserer Heimat sind, laden zur Stippvisite oder zum längeren Aufenthalt geradezu ein. Vor allem Kelten und Römer hinterließen viele Spuren, die unsere Region mit einmaligen Monumenten segnete, allen voran der „Hunnenring“, die größte prähistorische Wallanlage in Europa, viele Hünengräber, das Fürstengrab von Schwarzenbach, der Fuchshübel, der direkt an der Grenze zum Saarland liegende Mithras-Tempel in Schwarzerden sowie die Befestigungsanlage auf dem Momberg bei Gronig und nicht zu vergessen die Abteikirche in Tholey oder der Schaumbergturm, die auf römischen Grundmauern ruhen.

Die gallo - römische Vergangenheit, typische bäuerlich geprägte Dorfformen, deren Charakter allerdings verloren ging und nun langsam wieder durch Förder- und Renovierungsprogramme zum Vorschein kommt, und die waldreiche Mittelgebirgslandschaft beschränken sich allerdings nicht auf den Landkreis St. Wendel, sondern sind ebenso im Bereich der unteren Saar, der Mosel und im Hunsrück zu finden. Diese Gemeinsamkeiten führten nicht zuletzt zur Gründung des Naturparks Saar - Hunsrück. Dem länderübergreifenden 2150 qkm großen Schutz- und Erholungsgebiet gehören sechs Landkreise an. Auf saarländischer Seite sind es die Landkreise St. Wendel, Saarlouis und Merzig-Wadern, auf rheinland-pfälzischer Seite die Landkreise

Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld und Trier-Saarburg. Das Ziel des Naturparks ist die Erhaltung der natürlichen Grundlagen zur Schaffung einer ausgewogenen Erholungslandschaft.

Neben diesen natürlichen und kulturhistorischen Eigenarten und Besonderheiten weist der Landkreis ein reiches Angebot an Freizeiteinrichtungen auf: Hallen- und Freibäder, Tennisplätze und -hallen, Minigolfanlagen sowie eine Schalenrutschbahn auf dem Peterberg. Ein außergewöhnliches Angebot bietet sich durch das Segelfliegen in Marpingen und das Ultraleichtfliegen ab Peterberg. Auf Radfahren, Reiten, Kegeln, Angeln und insbesondere das Wandern brauchen die Gäste des Sankt Wendeler Landes nicht zu verzichten. Das alles sind Freizeiteinrichtungen und Möglichkeiten, die sich in dieser Form ohne die private und öffentliche Kräfte weckende Anlage des Bostalsees sicherlich nicht entwickelt hätten.

Ein Schwerpunkt der infrastrukturellen Weiterentwicklung vorhandener Ansätze ist der Ausbau des Wanderwegenetzes. Sehr beliebt ist der 123 Kilometer lange Rundwanderweg Sankt Wendeler Land, der Grundlage des siebentätigen Pauschalangebotes „Wandern ohne Gepäck“ ist. Zu erwähnen sind einige bedeutende überörtliche Wanderwege, die durch unsere Region führen, wie der Europäische Fernwanderweg vom Atlantik zum Böhmerwald, der Saar-Mosel-Weg, der Jugendherbergsweg, der Naheweg, der Saarland-Rundwanderweg oder der Saar-Wanderweg. In Kürze werden auch die Gemeindegewandertwege durch die kurz vor Beendigung stehenden Gemeindegewandertkarten ergänzt, so daß sich hier eine sinnvolle Verknüpfung von örtlichen, regionalen und überregionalen Wanderwegen ergibt. Sie sind die Grundlage für weitere Pauschalangebote, die nach innen die Orte miteinander verbinden, nach außen aber auch die Regionen innerhalb des Naturparks Saar - Hunsrück zu einer Zusammenarbeit erschließen, von der alle profitieren.

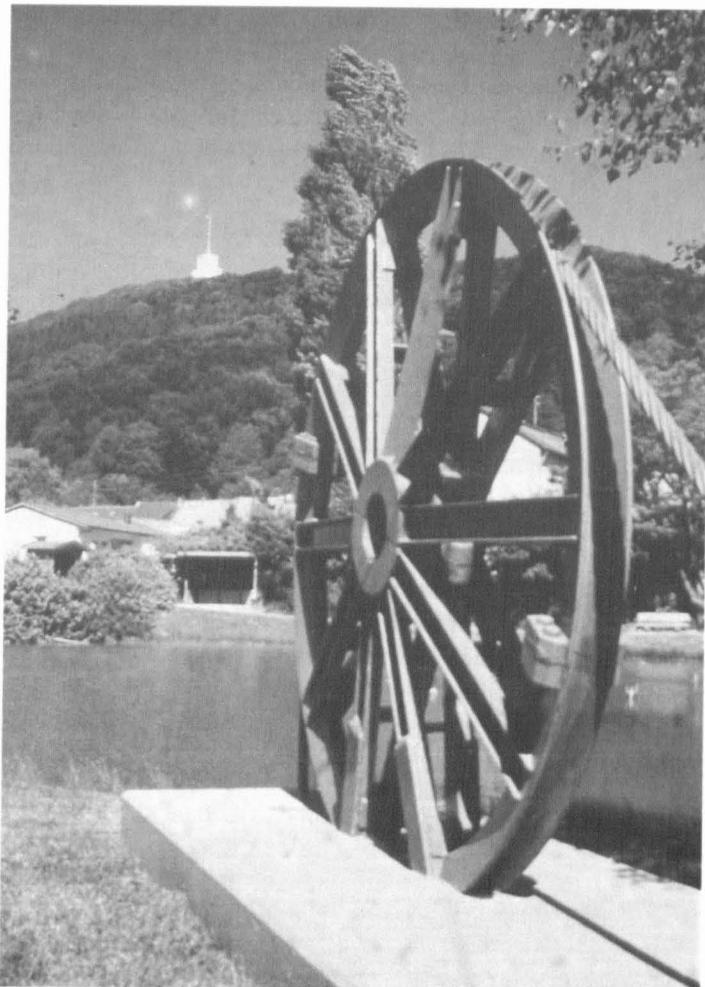
In diesen Kontext passen die Kreativangebote, die in der Boserer Mühle und der Johann-Adams-Mühle angeboten werden. Sie sind darauf ausgerichtet, eine neue Gruppe von Gästen, die ihren Zweit- oder Dritturlaub in deutschen Landen verbringen, anzusprechen, wie es in der vom Kreistag in Auftrag gegebenen



Die Johann-Adams-Mühle ist als Kreismuseum restauriert worden und zieht mittlerweile zahlreiche Besucher an.

Studie zum Fremdenverkehr im St. Wendeler Land heißt. Gerade im Hinblick darauf sind zum ersten Mal im St. Wendeler Land in der Regie des Fremdenverkehrsamtes und der Kreisvolkshochschule Gästeführer ausgebildet worden, deren Service mittlerweile rege in Anspruch genommen wird. Museen, eine für das Saarland neue Initiative war die Ausbildung von Gästeführern im St. Wendeler Land.





Der Schaumberg mit dem Aussichtsturm gehört zu den klassischen Sehenswürdigkeiten im St. Wendeler Land.

Ausstellungen, die Skulpturenstraße, viele kulturelle und sportliche Veranstaltungen sowie Dorffeste runden das Bild eines lebendigen Urlaubsgebietes ab.

Dennoch steht das St. Wendeler Land als nicht originäre Fremdenverkehrslandschaft in großem Wettbewerb zu anderen deut-

schen Regionen, die, wie etwa der Schwarzwald oder Oberbayern, über einen Vorsprung verfügen, der nicht eingeholt, sondern allenfalls verringert werden kann. Dazu gehört Professionalität, vor allem in der Werbung und Darstellung auf Messen.

Als äußerst hinderlich erweist sich dabei das allgemein schlechte Image des Saarlandes, das eher mit Industrie als mit Urlaub in Verbindung gebracht wird. Deshalb bemühen sich der Fremdenverkehrsverband Saarland und alle Kreisverkehrsämter gemeinsam, durch eine intensive Werbe- und Medienarbeit dieses Bild ins rechte Licht zu rücken - eine recht langwierige, schwierige und teure Aufgabe, die einen höheren Finanzbedarf erfordert, als zur Zeit vom Land zur Verfügung gestellt wird.

Überregionale Messen werden grundsätzlich gemeinsam besucht. Darüber hinaus vertritt der Fremdenverkehrsverband das Saarland auf vielen nationalen und internationalen Messen, wie beispielsweise auf dem Reisemarkt in Köln, der Vacantie Utrecht (Niederlande), der Grünen Woche in Berlin, der CMT Stuttgart, der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin sowie dem Maimarkt in Mannheim.

Als sehr erfolgreich haben sich Pressereisen erwiesen, die ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsverband erfolgen. Sie sollen helfen, das negative Image des Saarlandes abzubauen. Werbeaktionen mit Leserserviceaktionen großer Zeitungen erlauben, in direkten Kontakt mit den zukünftigen Gästen zu treten und durch Gespräche und Beratungen das Urlaubsgebiet vorzustellen. Orte dieser Werbeveranstaltungen sind die Fußgängerzonen großer Städte in bestimmten Zielgebieten, zum Beispiel Düsseldorf oder Essen.

Der Weg der Kräftebündelung wird auch in der Zusammenarbeit zwischen Kreis und Gemeinden beschritten. Über den vor fünf Jahren gebildeten Arbeitskreis für Tourismus und Öffentlichkeitsarbeit, in dem alle Gemeinden und der Landkreis vertreten sind, werden Informationen ausgetauscht, Inserate und Anzeigenkollektive festgelegt und Veranstaltungen besprochen. In diesem Arbeitskreis weiß man: Nur zufriedene Gäste sind Gäste, die wiederkommen und durch Mundpropaganda zum

Abbau des Imagenachteils unserer Region beitragen. Gerade in diesem Punkt stellen sich für das Fremdenverkehrsamt Sankt Wendeler Land und die Verkehrsämter der Gemeinden immer neue Aufgaben. Planung, Initiieren von tourismusfördernden Maßnahmen, die Entwicklung von ideenreichen Angeboten, das Erstellen eines Marketingkonzeptes, die Koordination der Tourismusarbeit auf allen Ebenen, die Entwicklung eines einheitlichen Erscheinungsbildes, Weiterbildung, Pressearbeit, Marktkontrolle, Vertrieb, Werbung und die Gästebetreuung sind Stichworte, welche die Tagesarbeit prägen. Sichtbar wird diese Arbeit innerhalb des Kreises oft nur durch Erarbeitung neuer Prospekte, Pauschalkataloge, oder Unterkunftsverzeichnisse. Detaillierte Informationen über einzelne Sehenswürdigkeiten, Öffnungszeiten oder Veranstaltungen interessieren den Gast vor Ort aber ebenso wie Abfahrtszeiten von Bussen oder Ausflugsziele in der Umgebung. Die Öffnungszeiten der Büros müssen dabei selbstverständlich auf die Bedürfnisse der Gäste abgestimmt sein.

Zu einer erfolgreichen Arbeit gehört die Betreuung der gastronomischen und Beherbergungsbetriebe, da sie meist die ersten Anlaufstellen für die Gäste sind. Informationen über Veranstaltungen am Ort oder in der Umgebung können an die Gäste direkt vermittelt werden. Vom Verkehrsamt geplante Werbemaßnahmen gestalten sich effektiver, wenn die Betriebe sich mit konkreten Angeboten darstellen. Durch die Kontakte mit den Betrieben werden Anregungen und Kritiken vermittelt, die in die praktische Arbeit beider Partner eingebunden werden können. Auf diesem Gebiet wird derzeit intensiv darüber nachgedacht, wie PC-gesteuerte Buchungs- und Vermittlungssysteme auch im St. Wendeler Land zum Einsatz kommen können.

Bei allen Bemühungen, neue Besucher aus den weiter entfernten Ballungsräumen als länger verweilende Urlauber in das St. Wendeler Land zu ziehen, darf nicht vergessen werden, daß die klassischen Ausflugsziele wie Bostalsee, Freizeitzentrum Peterberg oder die Schaumbergregion zuvörderst Naherholungsgebiete sind. Das Sankt Wendeler Land ist daneben ein beliebtes Gruppenausflugsziel, was durch entsprechende Maßnahmen

weiter gefördert werden muß. Besichtigungsmöglichkeiten, Wanderungen, Grillplätze, Planwagenfahrten oder Tretbootrennen auf dem Bostalsee finden sich in vielen Ausflugsprogrammen. Das sogenannte Gruppengeschäft muß sich derzeit noch auf den Tagesausflugsverkehr beschränken, da nur zwei Betriebe im Landkreis in der Lage sind, Busgruppen von den Übernachtungskapazitäten her zu beherbergen.



Schwerpunkt der Arbeit des Fremdenverkehrsamtes ist derzeit die Ausarbeitung eines Radfahrkonzeptes.

Dennoch ist man bemüht, auch hier weiterzukommen. Im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen des saarländischen Landkreistages zum Département Moselle wird angestrebt, über einen Austausch von Angeboten, grenznahe Besuchergruppen aus Frankreich zu einer Stippvisite in das St. Wendeler Land und umgekehrt saarländische Gruppen zu einer Fahrt in die Nachbarregion Moselle zu animieren. Die ersten Erfolge sind immerhin so ermutigend, daß man versuchen will, auch im Rahmen der partnerschaftlichen Beziehungen zu Lane County in Oregon amerikanische Gruppen während ihres Europaaufenthaltes für eine Besichtigungstour im St. Wendeler Land zu interessieren. Dies sind langfristige Zielsetzungen, die jedoch schon heute angegangen werden müssen.

Nachholbedarf hat das St. Wendeler Land bezüglich des Radtourismus. Zur Förderung dieser ständig an Bedeutung gewinnenden Freizeitbeschäftigung wurden 7 Tourentips ausgearbeitet. Die Routenvorschläge wurden insbesondere für Familien mit Kindern erstellt und verlaufen deshalb überwiegend auf Feldwegen oder auf wenig befahrenen Straßen. Das Erleben von Natur und Landschaft spielt bei diesen Radwandertouren eine große Rolle. Deshalb achtete man darauf, daß alle Routen miteinander verbunden werden können, so daß auch geübte Radfahrer auf ihre Kosten kommen. Das vorgesehene Netz beträgt 180 Kilometer. Anbindungsmöglichkeiten bestehen in die benachbarten Landkreise Saarlouis, Neunkirchen und Kusel, so daß ein Netz von Kusel bis nach Frankreich besteht. Auf der Grundlage der Tourentipps wird derzeit eine Radwanderkarte für das St. Wendeler Land erarbeitet.

Tourismusförderung im St. Wendeler Land ist eine Arbeit, die langfristige Zielsetzungen bedarf und auch von Rückschlägen begleitet ist. In Bezug auf den Bostalsee war trotz hervorragender Infrastruktur eine Stagnation bei den Besucherzahlen zu verzeichnen. Eine Reihe von Großveranstaltungen, die an die Erfahrungen der Zehnjahresfeier anknüpfte, hat hier zumindest zu einer Trendwende geführt. Die wieder steigenden Besucherzahlen (wobei hier die jährlich stark schwankenden Witterungsverhältnisse nicht außer acht gelassen werden dürfen) zeigen, daß gebündelte Anstrengungen auch kurzfristige Erfolge zeigen können.

Abschluß der Veranstaltungsreihe am Bostalsee war ein Klassik-Feuerwerk zu Händels Feuerwerksmusik, das Tausende Besucher anlockte.



Diesen Weg gilt es weiterzuschreiten. Der Kreis St. Wendel mit dem Bostalsee, seinen Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen ist die touristische Visitenkarte des Saarlandes. Darauf kann die Bevölkerung stolz sein. Die Aufgabe des Kreisverkehrsamtes ist es, zusammen mit den politisch Verantwortlichen dafür zu sorgen, daß die Entwicklung auch über die nächsten Jahrzehnte hinweg positiv verläuft.

Zehn Jahre Amt für Wirtschaftsförderung im Landkreis St. Wendel

Expansion und Betriebsgründungen schufen neue Arbeitsplätze

Von Armin Fechler

Wie das gesamte Saarland stand auch der Landkreis St. Wendel nach der Rückgliederung des damaligen Saargebietes in die Bundesrepublik Deutschland seit 1957 bzw. 1959 vor schwierigen Aufgaben. In den sechziger Jahren ging es vor allem darum, Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Bundesländer zu finden.

Kaum war dieser schwierige Anpassungsprozeß überwunden, zeichnete sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zum ersten Mal eine Krise des Kohlebergbaus ab, der zusammen mit der Stahlindustrie die saarländische Wirtschaftsstruktur prägte. Die Neuordnung des Kohlebergbaus und in stärkerem Ausmaß die weltweite Rezession im Stahlsektor ein Jahrzehnt später verdeutlichten nicht nur die Abhängigkeit der Saar-Wirtschaft, sie erforderte Initiativen, um diese Duostruktur abzubauen.

Zusätzlich zu dieser negativen Entwicklung im industriellen Sektor hatte der ländliche Raum, hier besonders der im Nordosten des Saarlandes gelegene Landkreis St. Wendel, auch noch den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft, und die damit verbundene Abwanderung von in der Landwirtschaft tätigen Personen in seinem ohnehin schon strukturschwachen Raum zusätzlich zu verkraften.

Langfristige Zielsetzungen

Vor diesem schwierigen Hintergrund wurden frühzeitig durch gemeinsame Anstrengungen von Land und Landkreis Initiativen entwickelt, die Infrastruktur durch eine gezielte und langfristig angelegte Wirtschaftsförderungspolitik zu verbessern. Eine dieser Initiativen war die Einrichtung eines Amtes für Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatzbeschaffung und Industrieansiedlung zu Beginn der achtziger Jahre durch den Kreistag, dessen Strategie nach drei grundsätzlichen Zielen ausgerichtet ist:

1. Im Rahmen der Bestandspflege und durch die Schaffung von guten Rahmenbedingungen den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, eine ausreichende Zahl von möglichst qualifizierten Arbeitsplätzen für das vorhandene und heranwachsende Arbeitskräftepotential zu schaffen und zu sichern, und mitzuhelfen, eine ausreichende Zahl zukunftssträchtiger Ausbildungsplätze bereitzustellen. Von großer Bedeutung ist, mitzuhelfen, im Rahmen der Möglichkeiten eine vielseitige, krisensichere und umweltverträgliche Mischung aus Klein- und Mittelbetrieben des produzierenden Gewerbes, Handels und des Dienstleistungsbereichs zu schaffen,

2. neue Unternehmer aus dem Ausland, vor allem im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt, anzusiedeln sowie

3. in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen (Kammern, Arbeitsamt und Berufsbildungszentren) die berufliche Qualifikation der kreisansässigen Arbeitnehmer durch eine „Qualifizierungsoffensive“ im Hinblick auf die Anforderungen neuer Technologien in den nächsten Jahren voranzutreiben.

Vorbildliche Erfolge

Daß bei der Durchführung dieser Strategien der richtige Weg eingeschlagen wurde, belegen einige Ansiedlungserfolge und Betriebsneugründungen sowie eine Vielzahl von Betriebserweiterungen und -verlagerungen, die in den Ansiedlungsschwerpunkten des Landkreises in St. Wendel, Nonnweiler-Otzenhausen, Nohfelden, Tholey und Freisen realisiert wurden. So gelang es nicht nur, eine ganze Reihe renommierter Betriebe mit zukunftsorientierter Technik zur Ansiedlung zu gewinnen, sondern sie auch zu bewegen, in konjunkturell rückläufigen Zeiten ihre Produktionsstätten im Landkreis St. Wendel weitgehend beizubehalten und sogar zu erweitern.



Das Industriegebiet in St. Wendel

„Pizza Wagner“ - Ein Beispiel für heimische Unternehmen, die im Industriegebiet Otzenhausen expandieren konnten.



Diese Kronzeugen der Ansiedlungspolitik sind heute zusammen mit alteingesessenen Unternehmern und den vielen Existenzgründern der letzten Jahre ein wesentliches Beschäftigungs- und Entwicklungspotential für die Wirtschaft des Landkreises St. Wendel. Dies belegt auch der Anstieg der Beschäftigungszahl von 22.056 im Jahre 1977 auf 25.985 im Jahre 1990. Sie liegt

damit über dem Landesdurchschnitt. Auch die Arbeitslosenquote fällt im Landkreis niedriger aus als in anderen Landesteilen.

Darüber hinaus trug eine vorausschauende Erschließungspolitik in den Gemeinden des Landkreises (Unterstützung durch Darlehen und Zuschüsse) für ausreichendes und preisgünstiges Ansiedlungsgelände dazu bei, daß sich kleine und mittelständische Unternehmen ausdehnen sowie zahlreiche Existenzgründungen - unterstützt durch eine intensive Beratung des Amtes für Wirtschaftsförderung - zu gesunden und zu leistungsfähigen Betrieben entwickeln konnten. Unter dem Slogan „Die Wirtschaft im St. Wendeler Land - vielseitig und interessant“ beliefern viele dieser Unternehmen heute den europäischen und weltweiten Markt mit technologisch hochwertigen Spitzenprodukten.

Auch auf dem Gebiet der Ausbildung und beruflichen Qualifizierung der kreisansässigen Arbeitnehmer hat die Wirtschaftsförderung des Landkreises landesweit Schwerpunkte gesetzt: So unterhält der Landkreis neben einem gewerblichen, kaufmännischen und sozialpflegerischen Berufsbildungszentrum als einziger Kreis im südwestdeutschen Raum zwei überbetriebliche Lehrwerkstätten für Handwerk und Industrie in Tholey und Freisen.

Ferner betreibt der Landkreis in enger Verzahnung mit der Arbeitsverwaltung und 20 kreisansässigen Unternehmen einen Ausbildungs- und Fortbildungsförderverein e. V. mit einem Trainingszentrum für EDV-orientierte Betriebswirtschaft, in dem zwischen 1985 - 1989 120 zusätzliche Verbundausbildungsplätze geschaffen wurden und bisher 140 arbeitslose kaufmännische Angestellte vermittlungsfähig qualifiziert wurden. Mit einem Investitionsvolumen von nahezu 4 Millionen DM (finanziert durch Landkreis, Arbeitsverwaltung, Wirtschaftsministerium) für modernste Technologie und Einrichtung wurden in den Kreislehrwerkstätten Tholey und Freisen Möglichkeiten geschaffen, in denen sich seit 1983 über 1.000 Teilnehmer in Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen auf die Anforderungen des hiesigen Arbeitsmarktes qualifiziert haben und damit ihre Vermittlungsfähigkeit wesentlich steigern konnten.



Die beiden Kreislehrwerkstätten in Tholey und Freisen sind die einzigen im Saarland in Trägerschaft eines Landkreises.

Wer Unternehmen will, muß viel unternehmen:
Technologiezentrum und verbessertes Informationssystem

Trotz der positiven Entwicklung der letzten 10 Jahre sind sicherlich noch nicht alle Nachteile überwunden. Es zeigt sich, daß durch das begrenzte Wachstum der industriellen Massenproduktion die Neuansiedlung industrieller Großunternehmen schwierig geworden ist. Dies hat zur Folge, daß der Landkreis St. Wendel mit 69 Industrie Arbeitsplätzen auf 1.000 Einwohnern unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises stellt fest, daß Sättigungstendenzen der Binnennachfrage auf der Nachfrageseite, steigende Lohn-, Sozial- und Rohstoffkosten und in steigendem Maße auch Umweltkosten sowie damit verbunden sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit zumindest in einem Teilbereich des produzierenden Gewerbes zu Stagnation in der Investition und Beschäftigung geführt haben.

So ist das bislang dominante Ziel der Wirtschaftsförderung, die Neuansiedlung, heute fast zur Ausnahme geworden. Stattdessen zeigen die technischen Innovationen Potentiale auf, die es auf-

zugreifen gilt. So zum Beispiel berichtet die EG-Kommission, daß bis zum Jahre 2000 direkt oder indirekt 60 % der Arbeitsplätze von der Telekommunikation tangiert werden, und daß die Telekommunikationsindustrie in etwa 10 Jahren bedeutsamer sein wird als die Automobilindustrie. Dies bedeutet große Entwicklungschancen für kleinere und mittlere Unternehmen. Die Wirtschaftsförderung des Landkreises ist deshalb in ihrem Wirken in den nächsten Jahren verstärkt darauf gerichtet, das vorhandene innovative Potential im Landkreis und den umliegenden Regionen durch gezielte Information und Beratung neuerungsfähiger und neuerungsbereiter Personen sowie der Herbeiführung attraktiver wirtschaftlicher Bedingungen auszuerschöpfen.

Für die Wirtschaftsförderung des Landkreises bedeutet es, neben dem Neu- und Ausbau der hierfür notwendigen Infrastrukturen, Nutzungsvoraussetzungen zu fördern, in denen Beratungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechniken bereitgestellt werden.

Als erster Schritt hierzu dient die Errichtung eines vom Landkreis und der Kreisstadt St. Wendel geplanten Unternehmer- und Technologiezentrums (UTZ) im Gebäude der ehemaligen Marschall-Tabakwarenfabrik in St. Wendel als neues Element der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Anziehungskraft durch „weiche“ Faktoren

Dieses Technologiezentrum versteht sich zukünftig als gute Adresse für technologieorientierte Existenzgründer, Jungunternehmen und auch etablierte Unternehmen, die zur Umsetzung neuer Ideen zu marktfähigen Produkten alle nur denkbare Hilfe erfahren werden. Ziel der Wirtschaftsförderung ist es, durch eine schnellere und effektivere Umsetzung von technologischen Innovationen einen Beitrag zur Stärkung und Modernisierung der Wirtschaft im Landkreis zu leisten und das Investitionsklima noch zu verbessern. Neben diesen „harten“, einsatzbezogenen Standortfaktoren kommt heute im Zuge weiterer Wohlstandsmehrung und steigender verfügbarer Freizeit den „wei-

chen“ Standortfaktoren im Standortwettbewerb eine immer herausragendere Bedeutung zu.

Dazu gehören günstige, anspruchsvolle Wohngrundstücke, ein vielfältiges Einzelhandels- sowie wohnungs- und wirtschaftsnahes Dienstleistungsangebot sowie die Qualität der vorhandenen Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Auch hier haben die politisch Verantwortlichen des Landkreises die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und als erste im Saarland haben wir es im St. Wendeler Land verstanden, den Fremdenverkehr systematisch zu erschließen.

Mit der Anlage des Bostalsees verfügt das St. Wendeler Land über die größte für Wassersport- und Freizeitaktivitäten nutzbare Wasserfläche in Südwestdeutschland. Beschleunigt durch die Erschließung des Bostalsees ist „die weiße Industrie“ im St. Wendeler Land zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor herangewachsen, was durch die Schaffung von 220 neuen Arbeitsplätzen eindrucksvoll dokumentiert wird. Weitere Initiativen von Landkreis und Gemeinden versprechen, in den nächsten Jahren in diesem Bereich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Chancen des Europäischen Binnenmarktes

Ein weiteres Augenmerk der Wirtschaftsförderung gilt dem Europäischen Binnenmarkt. Das Binnenmarktprogramm wird ab 1993 nationale Grenzen und Regulierungen beseitigen, um im Interesse des Verbrauchers den Wettbewerb zu intensivieren.

Nach den bisherigen Erfahrungen suchen eine Reihe von Unternehmen nach neuen Standorten, vornehmlich für Marketing, Vertrieb und Service. Hinzu kommt, daß das unternehmerische Leitbild nicht mehr darin besteht, zentral zu produzieren und von dort aus für die Teilmärkte zu verteilen. Immer mehr stehen die Gründungsabsichten von zentralen Stützpunkten für Produktion, Verteilung und Betreuung in den Teilmärkten auf der Tagesordnung. Es beginnt das Zeitalter der Logistikzentren. Diese sich abzeichnenden Veränderungen werden nach einhelliger Meinung der Experten sehr nachteilig sein und an das Wirtschaftsförderungsmanagement des Landkreises Anforderungen stellen. Als Konsequenz hieraus und aufgrund der guten wirtschaftli-

chen Rahmenbedingungen wie

- Perspektive Gesamtdeutschland und Ostgeschäfte,
- relativ gutes Arbeitskräfte- und Gewerbeflächenangebot
- relativ gutes Flächenangebot

hat die Wirtschaftsförderung unter dem Motto: „Wer Unternehmen will, muß was unternehmen“ ein professionelles Marketingkonzept entwickelt, dessen Bausteine wie folgt lauten:

- Erhöhung der Bekanntheit des Standortes Landkreis St. Wendel,
- Aufbau, Korrektur und Pflege des Images,
- Steigerung der Attraktivität (z. B. preisgünstige Industrie- und Gewerbeflächen in verschiedener Größe und Qualität) sowie
- Mithilfe beim Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der kreisansässigen Unternehmen.

Dieses Konzept wird zur Zeit im Sinne einer zielgruppenorientierten Ansiedlungswerbung umgesetzt. Als erste Schritte sind anzusehen:

- kreisweite Zuliefererbefragung,
- Video-Clip,
- Standortpräsentationen bei Marketing-Clubs, Wirtschaftsverbänden, Messen und Ausstellungen,
- Beschäftigung einer Euro-Kontakterin,
- Schaffung eines EDV-orientierten Informationssystems

Um zukünftig auch weiterhin sowohl eine ansiedlungs- als auch eine bestandspflegeorientierte Wirtschaftsförderung zu gewährleisten, ist eine vorausschauende Gewerbeflächenpolitik der Gemeinden und der Stadt St. Wendel zu betreiben; denn angesichts einer zunehmenden Verknappung der Industrie- und Gewerbeflächen, richten Unternehmen an einen potentiellen Standort die Erwartung ausreichender Verfügbarkeit von Gewerbeflächen. Deshalb wird das Amt für Wirtschaftsförderung im Rahmen seiner weiteren Planungen den Meinungs austausch mit den heimischen Unternehmern im Hinblick auf den Erhalt frühzeitiger Überlegungen in planerischer Art forcieren. Denn Innovations- und Investitionsförderung haben nur dann Erfolg, wenn sie fachlich und finanziell von beiden Seiten getragen werden.

Die Kreisvolkshochschule St. Wendel und ihre Kurse „Deutsch für Aussiedler“ (1988 - 1992)

Von Harry Hauch

1. Aussiedler in Deutschland

Im Zuge der Veränderungen in den Staaten des Ostblocks unter dem Einfluß der Perestrojka Michail Gorbatschows tat sich in der Bundesrepublik Deutschland ein Problem auf, das vielen Bürgern nicht mehr bewußt war. Kaum jemand dachte daran, daß in diesen Ländern noch Millionen deutschstämmiger Menschen lebten. Zwar waren zwischen 1950 und 1987 ca. 1,4 Millionen Aussiedler zu uns gekommen, doch war deren Eingliederung so problemlos erfolgt, daß diese Tatsache kaum ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit trat. Nun aber entwickelten sich die Dinge jedoch dramatisch, wie folgende Tabelle beweist.

	Gesamtzahl	Polen	UdSSR	CSSR	Ungarn	Rumänien	Sonstige
1980 - 89	984 084	632 800 64,3%	176 565 17,9%	12 727 0,27%	6 620 0,7%	151 157 15,4%	4 218 0,4%
1990	397 075	113 253 28,5%	147 455 37,1%	1 324 0,3%	1 038 0,3%	107 189 27,0%	568 0,1%

Die materielle Eingliederung dieser vielen Menschen gestaltete sich zunehmend schwieriger, vor allem bei der Versorgung mit Wohnraum und Arbeitsplätzen.

Eine unentbehrliche Eingliederungshilfe stellt die Sprachförderung dar. Je weiter wir uns zeitlich vom 2. Weltkrieg entfernen, und je mehr sich die Nationalisierungsbemühungen der Ostblockstaaten an den Deutschen auswirkten, desto mehr Aussiedler kommen mit wenigen oder gar keinen Deutschkenntnissen - dafür nicht selten mit einem um so ausgeprägteren Bewußtsein,

trotzdem Deutsche zu sein! - und ihnen allen erschließt erst ein Sprachkurs die Möglichkeit, ihren Wunsch nach einem gleichberechtigten Leben als „Deutsche unter Deutschen“ auch wirklich zu erfüllen. Erst mit ausreichenden Sprachkenntnissen sind berufliche und bei Kindern schulische Eingliederung zu bewerkstelligen.

2. Die Situation im Landkreis St. Wendel

Vor dieser plötzlichen Herausforderung, eine große Anzahl von Aussiedlern aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion einzugliedern, stand in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 auch der Landkreis St. Wendel. Schnell und unbürokratisch mußte in dieser

Situation reagiert werden. Neben anderen Stellen, die diese Aufgabe zu lösen versuchten, war in besonderer Weise die Kreisvolkshochschule St. Wendel gefordert. Sie erhielt durch das Arbeitsamt den Auftrag, Intensivsprachkurse durchzuführen. Dabei vollbrachten der damalige Leiter Günter Stoll und seine Helfer eine große organisatorische Leistung. Innerhalb kürzester Zeit stellten sie einen „Rahmen-Stoffplan“ für einen „Deutschkurs für

Aussiedler“ auf. Die verschiedenen verfügbaren Lehrwerke wurden gesichtet, Unterrichtsräume beschafft, die ersten Lehrpersonen eingestellt. Sie alle hatten die Fakultas für das Fach Deutsch (Lehramt an Gymnasien/Realschulen).

3. Konzeption und Durchführung der Kurse

Am 26. September 1988 begannen die ersten beiden vom Arbeitsamt finanzierten Kurse mit Teilnehmern im Alter zwischen 23 und 45 Jahren im Sozialpflegerischen Berufsbildungszentrum in St. Wendel.

Dabei kristallisierte sich gleich das Hauptproblem auch aller folgenden Kurse heraus: Die meisten „Schüler“ verfügten über keine oder nur sehr geringe Deutschkenntnisse. Insbesondere die Aussiedler aus den ehemals deutschen Oder/Neiße-Gebieten, wo es nach dem Krieg keine deutschen Schulen mehr gab, ja die deutsche Sprache zeitweise verboten oder zumindest geächtet war, hatten in ihren Herkunftsländern keine Möglichkeit, ihre eigentliche Muttersprache zu pflegen. Hier erwies es sich als Glück, daß an jedem Kurs zumindest eine Person teilnahm, die über Deutschkenntnisse verfügte und so als Dolmetscher fungieren konnte. Dieses Problem entspannte sich im Zuge der Entwicklung, als mehr Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion und Rumänien kamen. Sehr viele sprachen noch Deutsch, wenn auch den jeweiligen Dialekt. Hier zeigte sich zum ersten Mal die besondere Verpflichtung, die gerade wir in den südwestdeutschen Gegenden zu tragen haben.

Diese Wolgadeutschen, Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sind Nachkommen von Menschen, die im 18. Jahrhundert aus unseren damals sehr armen Gebieten in der Hoffnung auf Besserung ihrer Lage gen Osten zogen. Hört man diesen Menschen zu, lassen sich immer noch große Ähnlichkeiten in der Sprache feststellen. Auch sie essen noch gerne „Grumbiere“ - und welche jungen Leute bei uns kennen noch wie sie den Unterschied zwischen „Gelleriewe“ und „Gellerei“? Die Teilnehmerlisten unserer Kurse lesen sich teilweise wie Auszüge aus den Familienbüchern unserer hiesigen Gemeinden, fast ausschließlich typisch deutsche Namen.

Ein weiteres Problem war die Differenzierung innerhalb der Kurse, saß doch der Arzt neben dem Bauern, der Ingenieur neben dem „einfachen“ Arbeiter. Fast immer gelang es jedoch, ein positives Lernklima zu entwickeln.

Die ersten Kurse in den Jahren 1988/89 dauerten zehn Monate, also eine ideale Zeit, um konkrete Fortschritte für jeden Teilnehmer zu erreichen. Im Zuge von Konzeptionsänderungen wurde der sprachliche Teil auf sieben Monate verkürzt, hinzu trat ein dreimonatiges Betriebspraktikum, wobei die Aussiedler weiterhin von ihren Klassenlehrern betreut wurden. Dafür stellten

viele Firmen im gesamten Kreis St. Wendel und auch darüberhinaus Plätze zur Verfügung. Im Gegenzug erhielten sie meist engagierte und lernbereite Arbeitskräfte auf Zeit, die gewillt waren, das Praktikum als Sprungbrett für ihre berufliche Zukunft zu nutzen. Es ist bedauernd, daß diese Regelung nur für drei unserer Kurse galt. Seit dem Jahre 1990 gibt es leider nur noch sechsmonatige Kurse. Hier sind besonders die Lehrer sehr gefordert, den gleich groß gebliebenen Stoff auch in dieser kürzeren Zeit zu vermitteln.

Die Schüler erhalten 35 Wochenstunden Unterricht, das heißt pro Tag 7 Stunden, die sich folgendermaßen verteilen: Dabei sollen folgende Lernziele erreicht werden:

- 20% Hörverstehen (= 7 Wochenstunden)
- 25% Sprechen (= 9 Wochenstunden)
- 25% Leseverstehen (= 8 Wochenstunden)
- 20% Schreiben (= 7 Wochenstunden)
- 10% „Integrationsübungen“ wie Länderkunde (= 4 Wochenstunden)

1. Hörverständnis:

Befähigung des Lernenden, in normalem Sprechtempo gegebene Äußerungen aus alltäglicher sozialer und beruflicher Praxis in ihren Einzelheiten und in der Gesamtaussage zu verstehen.

2. Sprachfertigkeit:

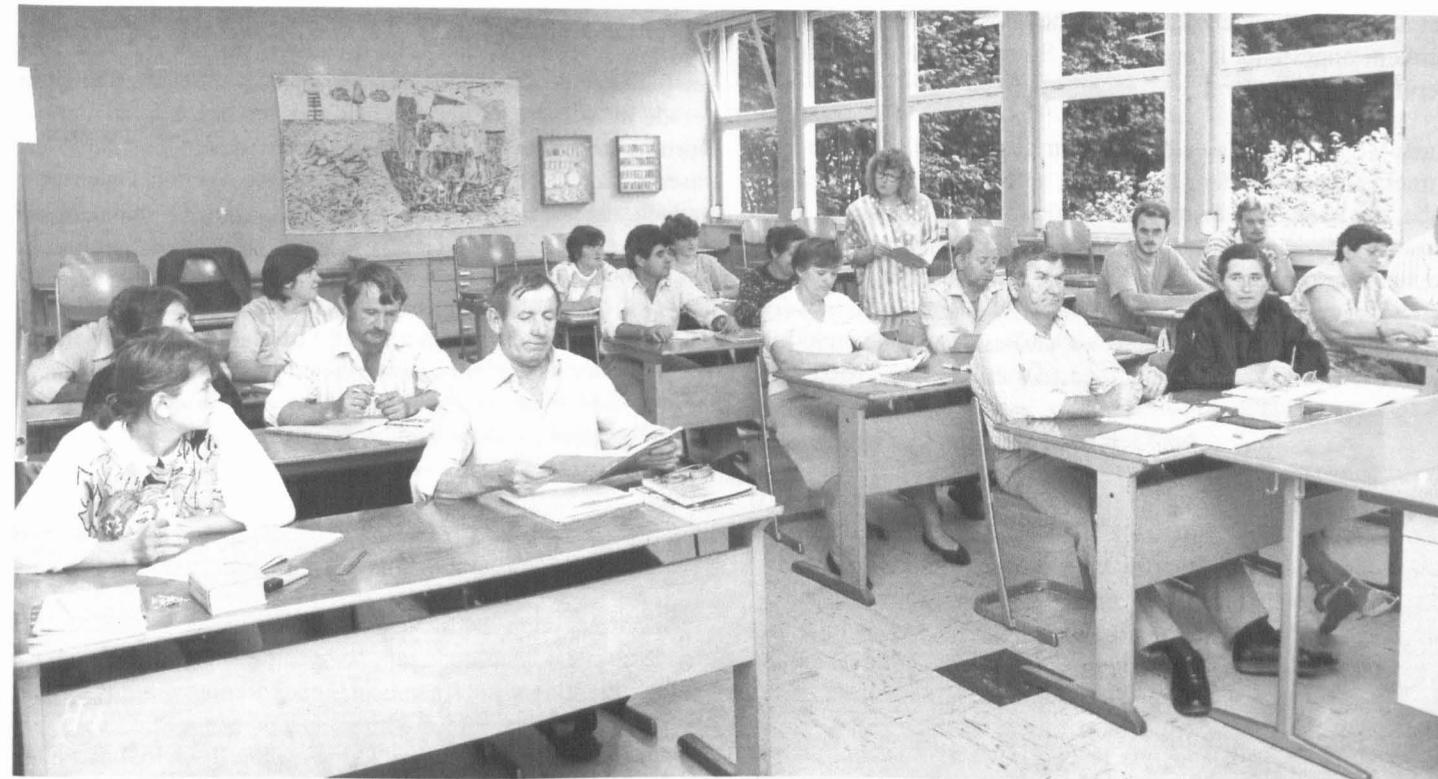
Ausbildung der Fähigkeit, sich inhaltlich und im Ausdruck angemessen, mit einer das Verständnis sichernden Aussprache und möglichst regelgerecht verständigen zu können.

3. Leseverständnis:

Ausbildung eines Leseverständnisses, das den Lernenden befähigt, unbekannte Texte mittleren Schwierigkeitsgrades zu verstehen.

4. Schriftlicher Ausdruck:

Ausbildung der Fähigkeit, Texte wie z. B. Bewerbungen, Lebensläufe oder persönliche Briefe in Ausdruck und Form angemessen und sprachlich möglichst regelgerecht zu verfassen.



5. Landes-, Sozial- und Wirtschaftskunde:

Erreichen eines Informationsstandes über landes-, sozial- und wirtschaftskundliche Inhalte, der den Lernenden befähigt, sich im sozialen und beruflichen Umfeld möglichst in eigener Initiative zurechtzufinden.

Dabei orientieren sich die ausführenden Pädagogen an den Anforderungen, wie sie für die Prüfung für das Zertifikat „Deutsch als Fremdsprache“ des Deutschen Volkshochschulverbandes und des Goethe-Institutes vorgegeben sind. Während des Kurses müssen sich die Teilnehmer ständig Tests zur Kontrolle des Lernerfolgs unterziehen.

Für unseren Bereich im Landkreis St. Wendel ist zu konstatieren, daß durch den überdurchschnittlichen Einsatz - auch außer-

schulischer Art - der bisher eingesetzten Lehrkräfte und die sehr große Motivation der weitaus meisten Kursteilnehmer die o. a. Ziele weitgehend erreicht werden konnten.

Sehr viele unserer Schüler haben sich inzwischen vollständig integriert. Sie stehen in ihren Berufen ihren Mann bzw. ihre Frau. Oft bemerkt man nur an speziellen Eigenheiten wie der etwas härteren Aussprache oder dem rollenden „R“ ihre Herkunft aus anderen Gegenden Europas bzw. Asiens (Kirgisien, Kasachstan, Turkmenistan).

Die Kreisvolkshochschule St. Wendel führte in enger und guter Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt bisher 28 Sprachkurse durch, die von fast 700 Aussiedlern besucht wurden. Dabei unterrichteten 17 Deutschlehrer nahezu 27 000 Stunden. Der

Landkreis St. Wendel gibt somit arbeitslosen Lehrern die Möglichkeit, angesichts ihrer prekären Situation adäquat in ihrem Beruf tätig zu werden.

Auch wenn die Aussiedlerzahlen in den letzten Monaten eine zurückgehende Tendenz aufweisen, verbleibt dennoch die Aufgabe, die noch nach Deutschland kommenden Menschen so zu fördern, daß sie in das für sie ungewohnte Leben im Westen eingliedert werden können. Nur mit entsprechenden Sprachkenntnissen ist die Integration in den Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen. Alle Sparpläne können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Da noch Hunderttausende von Menschen

angesichts der derzeitigen Wirren in Osteuropa in das Land ihrer Ur-Ur-Großeltern zurückkehren wollen, wird in Zukunft auch der Landkreis St. Wendel sich dieser Aufgabe stellen müssen, gerade in Anbetracht der oben skizzierten besonderen Verantwortung gegenüber den Rückwanderern, deren Vorfahren aus unserer Gegend einmal ihr Glück in den Weiten Osteuropas suchten.

Der Landkreis St. Wendel mit seiner Kreisvolkshochschule bildet bei dieser Aufgabe einen Mosaikstein neben den Kindergärten und Schulen, dem Arbeits- und Sozialamt, den Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen sowie vielen privaten Helfern.



„Wo Schulden sind, da ist auch Geld im Spiel“

Von der Arbeit der Schuldnerberatungsstelle beim Landkreis St. Wendel

Von Harald Becker

Vorgenannte Anmerkung eines Zeitgenossen zum Thema „Schulden“ mag vielleicht etwas flapsig klingen, trifft aber das Kernproblem beim „Schuldenmachen“ recht genau: Wo viele Schulden gemacht wurden, wurde auch zu viel Geld ausgegeben.

Nun ist das Geldausgeben zunächst keine sozial schädliche Angelegenheit und gehört zu den angenehmen Tätigkeiten im Leben. Auch ist das Verschulden, also z. B. die Aufnahme eines Kredites oder ein Kauf auf Ratenbasis, volkswirtschaftlich gesehen, ein sicheres Erkennungsmerkmal von Wohlstand und individuell betrachtet, ein Zeichen von Kreditwürdigkeit.

Spätestens bei der **Überschuldung** sind wir aber auf der Schattenseite des „Schuldenmachens“ angekommen. Hiervon spricht man, wenn die monatlichen Ausgaben vom regelmäßigen Einkommen nicht mehr gedeckt werden. Man schätzt, daß in den alten Ländern der Bundesrepublik **mehr als 1 Million Haushalte ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr einhalten können**. Die Tendenz ist steigend.

Es sei die Prognose erlaubt, daß Ver- und Überschuldung eine Dimension annehmen werden, die erheblichen „sozialen Sprengstoff“ beinhaltet. Unser Grundgesetz verpflichtet uns dazu, ein **sozialer** Staat zu sein. Wie aber soll z. B. eine Gesellschaft mit jungen Menschen umgehen, die bereits im Alter von 25 oder 30 Jahren hoffnungslos überschuldet sind? Welche Perspektiven haben diese Menschen?

Auch in der Vergangenheit gab es immer Menschen, die Schulden machten oder mit Geld nicht umgehen konnten. Aber erst Ende der 70er Jahre entstand ein **gesamtgemeinschaftliches Phänomen**: Die Überschuldung privater Haushalte nahm eine Größenordnung ein, die sozial „auffällig“ wurde.

Diese Entwicklung hat natürlich auch unseren Landkreis nicht unberührt gelassen. Sichere Daten, woran auf örtlicher Ebene die Ver- und Überschuldungssituation abgelesen werden könnte, existieren leider nicht. Ein untrügliches Erkennungszeichen ist jedoch, daß im Bereich des gerichtlichen Mahnverfahrens, der Zwangsvollstreckung und der Eidesstattlichen Versicherung - besonders in den letzten beiden Jahren - von einem sprunghaften Anstieg der Fallzahlen berichtet wird.

Aufgrund des steigenden Druckes in der Öffentlichkeit hatte die saarländische Landesregierung von 1986 bis 1988 modellhaft Schuldnerberatungsstellen in allen Landkreisen des Saarlandes gefördert. Träger waren die freien Wohlfahrtsverbände oder die Kommunen/Landkreise. Nach Ablauf der Modellphase arbeiteten die Beratungsstellen z. T. in gleicher Trägerschaft weiter, z. T. wechselte die Zuständigkeit.

Auch in unserem Landkreis war zunächst eine Beratungsmöglichkeit bei einem freien Träger gegeben. Mit Beschluß des Kreistages wurde aber zum **2. Juli 1990** beim Landratsamt in St. Wendel eine Beratungsstelle in eigener Regie eingerichtet. Die Einrichtung hatte zum Ziel, diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger des Landkreises, die in finanzielle Not geraten sind, grundsätzlich **unabhängig und kostenfrei zu beraten**. Im Idealfall soll sich eine Beratung auf alle für eine Bereinigung oder Besserung der Notlage bedeutsamen Verhältnisse des Hilfesuchenden erstrecken.

Es hat sich gezeigt, daß allein die Abklärung der rechtlichen Probleme, z. B. durch einen Rechtsanwalt, nicht ausreichend ist. Es genügt auch nicht, die Lösung ausschließlich auf die pädagogische oder psychologische Ebene zu verlagern. Erforderlich ist die sachgemäße Zusammenarbeit mehrerer Fachgebiete. Schuldnerberatung geht deshalb von dem Ansatz aus, daß die

Beratung **juristische, ökonomische und psychologische Aspekte** umfassen muß.

Wie kann es aber überhaupt soweit kommen, daß Menschen in eine finanzielle Misere gelangen? Sind diese Menschen -wie vielerorts behauptet wird - selbst daran schuld oder sind sie eher schuldlos in eine solche Situation geraten?

Wie so oft, liegt die Wahrheit vermutlich irgendwo in der Mitte. Neben „äußeren“ Umständen, wie unvorhersehbare Arbeitslosigkeit, plötzliche Krankheit, Scheidung usw. spielen individuelle Faktoren auf Seiten der Klienten eine entscheidende Rolle.

Das erlernte Konsumverhalten ist auf Sofortbefriedigung materieller Bedürfnisse ausgerichtet und hat im Slogan „heute kaufen - morgen bezahlen“ seinen Ausdruck gefunden. Ein einmal erworbener Lebensstandard wird mit allen Mitteln versucht beizubehalten - auch wenn sich das Einkommen vermindert hat und man eigentlich etwas „kürzer treten“ müßte. Oft wird die eigene Finanzkraft überschätzt - besonders bei jungen Menschen paaren sich mangelnder Weitblick mit jugendlichem Leichtsin. Manchmal werden auch einfach die Augen vor der Realität verschlossen. Hinzu kommen Angst und Unsicherheit bei der Wahrnehmung eigener Rechte und beim Umgang mit Behörden, so daß bestehende soziale Sicherungen ungenützt bleiben.

Wie aber sieht der gesellschaftliche Hintergrund aus? Gelinde ausgedrückt könnte man sagen, daß ein Überangebot an Waren besteht, das verlockend zum Kauf angeboten wird; „böse Zungen“ sprechen in diesem Zusammenhang allerdings auch schon von „Konsumterror“. Sicher ist aber, daß eine zunehmend aggressivere Werbung die Umsätze im Konsumgüterbereich ständig zu steigern versucht und damit auch das Anspruchsdenken der Verbraucher ständig steigt. Ergänzend hierzu scheint ein prall gefüllter Kapitalmarkt jeden Kreditwunsch erfüllen zu wollen.

Auch die „große Politik“ gibt ein trauriges Beispiel -vom Haushalten und Sparen wird meist nur geredet. Die Öffentliche Hand hat beim „Schuldenmachen“ sogar die Vorreiterrolle übernom-

men. Wen wundert's, wenn die „kleinen Leute“ dem nacheifern.

Ob Überschuldung nun mit persönlichem Verschulden gleichzusetzen ist, dürfte wohl von Fall zu Fall unterschiedlich zu beurteilen sein. Zurückhaltung tut bei solchen Einschätzungen jedoch gut. Denn, ist man erst einmal in den „modernen Schuldenturm“ hineingeraten, nimmt ein Teufelskreis seinen Lauf: Verzug, Stundung, Mahnung, Verzugszinsen und -kosten, Titulierung (festgestellter Anspruch des Gläubigers), Vollstreckung, neue Kredite, Umschuldung und dies alles zu oft überzogenen „Preisen“. Die Folge ist: Der Schuldenberg wächst und wächst... Hinzu kommt, daß solide Kreditgeber allzugerne das „Feld räumen“, wenn ihre Kunden sich überschuldet haben. Was bleibt, sind weniger solide Partner und in deren Folge überhöhte Zinsen und Kosten.

Was soll oder kann eine Schuldnerberatungsstelle angesichts solcher Situationen leisten?: Wunder gibt es auch hier nicht, und Schulden lassen sich nicht so einfach „wegmachen“. Im Regelfall ist Überschuldung nicht „gestern“ entstanden und somit auch nicht „morgen“ wieder zu beseitigen. Auf Seiten des Schuldners sind Verhaltensänderungen beim Umgang mit Geld und Konsum erforderlich und dies ist erfahrungsgemäß nur in einem **langwierigen und schmerzlichen Prozeß** zu erreichen.

Bei der Methodik in der Schuldnerberatung wird dem einzelnen Klienten nur soweit geholfen, daß er **selbst** befähigt wird, seine Verbindlichkeiten regulieren zu können. Hierzu bedarf es meist „klärender Worte“; sachliche Informationen sind immer erforderlich, ebenso klare Handlungsanweisungen für die Zukunft. Der Umfang der Beratung reicht von einem einmaligen Gespräch bis zur langfristigen Betreuung. Grundsätzlich sollten dem Ratsuchenden jedoch nicht verfrüht die „Arbeit“ und die „unliebsamen Gänge“ abgenommen werden. Es geht hier um **Hilfe zur Selbsthilfe** und nicht um die Einrichtung eines Abhängigkeitsverhältnisses. Effektive Beratung beinhaltet, die richtigen Akzente zur rechten Zeit zu setzen.

Was können überschuldete Bürgerinnen und Bürger erwarten, wenn sie sich an die Schuldnerberatung wenden ?:

1. Vertrauliche Aussprache

Überschuldung geht meist einher mit gesellschaftlicher Isolation. Diesem Personenkreis wird - oft zum ersten Mal - Gelegenheit geboten, über die Gründe ihrer Misere zu sprechen.

2. Erfassung und Überprüfung der gesamten Schuldenlage

Das ganze Ausmaß der Überschuldung wird von den Klienten meist nur zögerlich aufgedeckt. Hier gilt es zu ordnen und die Rechtmäßigkeit der Forderungen zu prüfen.

3. Verhandlungen mit Gläubigern

Im Rahmen der Sozialverträglichkeit wird gegebenenfalls zwischen Gläubigern und Schuldern vermittelt, Perspektiven geklärt und Alternativen vorgeschlagen. In jedem Fall wird versucht, **weitere Kosten einzusparen**.

4. Hilfe bei der Durchsetzung von eigenen Ansprüchen

Mangelhafte Rechtskenntnisse und fehlender Eigenantrieb sind oft dafür verantwortlich, daß Leistungen nicht beansprucht und Forderungen nicht geltend gemacht werden.

Das gesamtgesellschaftliche Phänomen der Überschuldung ist allein auf der individuellen Ebene nicht zu lösen. Es sind auch Forderungen an den Gesetzgeber zu richten:

Im Jahre 1977 wurde die **Schlüssigkeitsprüfung im gerichtlichen Mahnverfahren** (Prüfung des Amtsgerichts, ob der vom Gläubiger geltend gemachte Anspruch überhaupt so entstanden sein könnte) abgeschafft. Diese Prüfung sollte m. E. wieder eingeführt werden. Ansonsten können -wie in der Vergangenheit häufig geschehen- auch unberechtigte Forderungen, überhöhte Kosten und Verzugszinsen zur Titulierung und in der Folge zur Vollstreckung kommen. Die Praxis zeigt, daß viele Schuldner das gerichtliche Mahnverfahren nicht durchschauen und den Rechtsfolgen hilflos ausgesetzt sind.

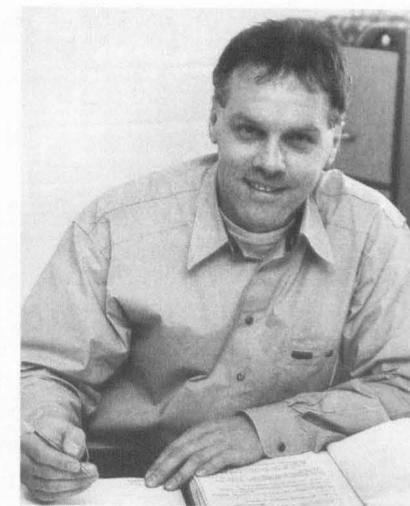
Die **Pfändungsfreigrenze** wurde - abgesehen von diesem Jahreltztmalig im Jahre 1984 angepaßt. So konnte es in der Vergangenheit geschehen, daß berufstätige Schuldner aufgrund von Lohn- und Gehaltspfändung mit Ihrem verbleibenden Einkom-

men unter das Sozialhilfeniveau - das seinerseits ständig angegliehen wurde - geraten sind. Einem arbeitenden Schuldner konnte dadurch „unter dem Strich“ weniger verbleiben, als einem Schuldner, der lediglich von der Sozialhilfe lebte.

Zum Juli diesen Jahres hat der Bundesgesetzgeber nun endlich die fällige Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen

beschlossen. Für die Zukunft ist eine regelmäßige Anpassung ggfls. im Verordnungswege und in Anlehnung an bestimmte Bezugsgrößen wünschenswert. Ob die Änderung der Freigrenzen allerdings auch zu einer Zurückhaltung bei der Vergabe von Krediten und damit zu einem allgemeinen Abbau der Verschuldung führen wird, dürfte eher skeptisch zu beurteilen sein.

Ein Teilziel der von der Bundesregierung vorbereiteten **Gesamt-Reform des Insolvenzrechtes** (=Rechtsnormen, die im Falle der Zahlungsunfähigkeit das Verfahren einer möglichst gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger regelt) ist es, redlichen Schuldnern nach Ablauf einer „Wohlverhaltensphase“ eine **Restschuldbefreiung** zu gewähren. Die Willensbildung hierzu ist noch nicht abgeschlossen. Angesichts der zunehmenden Überschuldung sollte diese jedoch bald konkrete Formen annehmen. So wird z. B. darüber gestritten, wer in dem Entschuldungsverfahren die Aufgabe des Treuhänders übernehmen sollte. Im Gespräch sind Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, Inkassounternehmen. Diese verursachen aber alle wiederum neue Kosten, die letztlich den bereits zahlungsunfähigen Schuldner treffen. Der Einsatz von - für den Schuldner - „kostenlosen“ Schuldnerberatern ist eine überlegenswerte Alternative.



Die Stadt- und Kreisbibliothek

Von Heribert Catrein

Bis zu einer lückenlosen Literaturversorgung und dem breiten Informationsangebot, wie es die Stadt- und Kreisbibliothek heute bietet, war es ein weiter Weg.

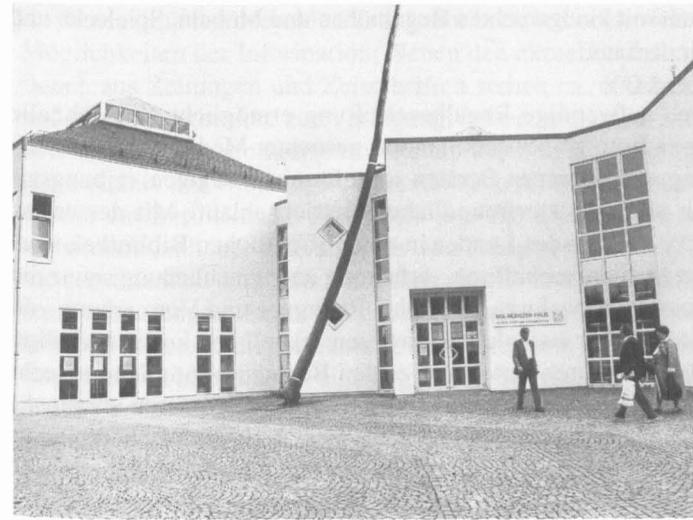
Die ersten Bemühungen, den Bürgern Bücher anzubieten und damit das Interesse am Lesen zu fördern, kamen von privater oder kirchlicher Seite. Bereits um 1850 muß in St. Wendel eine katholische Pfarrbücherei bestanden haben, denn im Jahre 1891 wird im St. Wendeler Volksblatt¹ berichtet, daß die seit etwa 60 Jahren bestehende Borromäusbücherei mit finanzieller Unterstützung der Stadt 360 neue Bücher erwerben konnte. Der Gesamtbestand erhöhte sich dadurch auf 1.200 Bände, die 4.500 mal kostenlos ausgeliehen wurden.

Eine evangelische Volks- und Schulbibliothek wurde im Jahre 1901 eröffnet. 1904 verfügte diese Bücherei nach einem Bericht der Nahe-Blies-Zeitung über 250 Bände.² Über die vielfältigen Versuche, eine städtische Bücherei zu gründen, wurde im Festbuch „650 Jahre Stadt St. Wendel“ berichtet.³ Die Eröffnung der ersten „Kreis- und Stadtbücherei“ erfolgte am 8.9.1936.

Als „schöner Grundstock, große Auswahl bester Dichter und Schriftsteller im Dienste der Heimat“ werden die 1.150 Bücher im St. Wendeler Volksblatt bezeichnet.⁴ Am 10.4.1937 konnte dasselbe Blatt berichten, daß bereits 3.336 Buchausleihen - diese waren kostenlos - getätigt waren. Bis zum Jahr 1941 war der Bestand auf 3.400 Bände angestiegen.⁵ Im Jahre 1950 wurde die Bibliothek in die renovierte Magdalenenkapelle verlegt und war bis 1958 dort „unzulänglich untergebracht, die räumlichen Verhältnisse erlaubten nur eine Thekenausleihe.“⁶ In einem Raum neben der Bücherei war ein Kulturheim eingerichtet, das wichtige deutsche und ausländische Zeitungen und Zeitschriften sowie einen kleinen Buchbestand anbot.

Am 3. Dezember 1958 konnte die Bibliothek in einen für die damalige Zeit ausreichenden und gut ausgestatteten Raum in der Bezirksberufsschule, Wendalinusstraße einziehen. Alle Bücher waren systematisch nach der „Allgemeinen Systematik für öffentliche Bibliotheken“ (ASB) geordnet, die heute noch in modifizierter Form verwendet wird. Mit der Umstellung auf Freihandbetrieb änderte sich auch das Selbstverständnis der Bücherei. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten Büchereien und Bibliotheken versucht, einen volkserzieherischen Auftrag zu erfüllen. Bibliothekare suchten die „passende“ Literatur für die Leser aus. Jetzt konnte jeder Bürger frei wählen, was und wieviel er lesen wollte. Eine Beschränkung der Ausleihe bestand nicht mehr. Heute verstehen sich moderne Bibliotheken als Dienstleistungsbetriebe, die die stark angestiegenen Bedürfnisse nach Information, Weiterbildung, aber auch Unterhaltung befriedigen. In einem Bericht der Wochenpost von 1958⁶ wird besonders „die wärmste Förderung von Seiten der Stadt, des Kreises und des Staates“ erwähnt. Mit den 8.500 Bänden wurden damals 16.307 Ausleihen erzielt.

Über die Entwicklung der Stadt und Kreisbücherei von 1957 bis 1965 hat Rudolf Welsch in der Monographie „Der Landkreis St. Wendel“⁷ von 1968 ausführlich berichtet. Der Buchbestand wuchs in diesen 9 Jahren von 7.268 auf 12.219, die Zahl der Ausleihen stieg im gleichen Zeitraum von 16.247 auf 27.558 Einheiten. Im Hinblick auf die überörtliche Bedeutung und die gestiegene Nutzung der Bücherei durch die gesamte Kreisbevölkerung beteiligte sich der Landkreis St. Wendel von Ende 1968 an mit einem Anteil von 50 %. Die Gesamtausgaben der Bücherei, also Personal- und Sachkosten, betragen im Rechnungsjahr 1991 414.585 DM. In diesem Betrag sind ebenfalls 86.922 DM für Medienbeschaffung sowie der Zuschuß des Landkreises St. Wendel oder Spenden (1991: 209.794 DM) enthalten.



Das Mia-Münster-Haus in der Mott ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Stadt und Landkreis St. Wendel. Es beherbergt ein Museum und zugleich die Stadt- und Kreisbibliothek.

Die Bibliothek bietet den Benutzern nicht nur Bücher, Zeitungen und Zeitschriften an, sondern verfügt auch über ein modernes Angebot an Schallplatten, Cassetten und Videos.



Leiter der Bibliothek ist Heribert Catrein. Außer ihm sind in der Bücherei noch sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon zwei ABM-Kräfte, beschäftigt.

Beim Bau der Bibliothek wurde darauf geachtet, daß der Lesesaal und die Ausleihen benutzerfreundlich gestaltet sind. Durch einfaches Verschieben der Regale kann ein Veranstaltungsraum geschaffen werden.



Diese Kostenteilung zwischen Stadt und Kreis, sowie der Umzug in das gründlich renovierte Schmolll'sche Haus am 2.9.1969 brachten der Bibliothek einen enormen Aufschwung. Im ersten Jahr standen 14.722 Bände zur Verfügung, die 33.599 Ausleihen erzielten. Das entspricht einem Durchschnitt von 152 Ausleihen pro Tag (1968: 118). In den folgenden 20 Jahren war eine stetige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. 1988, dem letzten Jahr im Schmolll'schen Haus wurden mit 23.513 Bänden 60.710 Ausleihen erreicht. Das sind bereits durchschnittlich 316 Ausleihen pro Tag. Mit diesem Bestand und der stark angestiegenen Benutzung war die Bücherei im Schmolll'schen Haus vollständig ausgelastet und eine neue Lösung mußte gefunden werden. So entstand auf Vorschlag von Bürgermeister Klaus Bouillon in den Jahren 1986 bis 1989 in der Mott in zentraler Lage ein Neubau mit moderner Bibliothek und Museum, der am 6.3.1989 eingeweiht und nach der St. Wendeler Künstlerin Mia Münster benannt wurde. Die zentrale Lage über der City Garage gewährleistet einen optimalen Standort für das Mia-Münster-Haus.⁸

Im Innern stehen je 650 qm für das Museum im Obergeschoß und für die Bibliothek im Erdgeschoß zur Verfügung. Bei der Planung wurde auf behinderten- und seniorengerechte Ausstattung größten Wert gelegt, z.B. auf stufenlosen Zugang, ausreichenden Regalabstand und Behindertentoilette. Die Innenausstattung wurde mit der Lieferfirma¹⁰ zusammen teilweise neu entwickelt, um eine optimale Funktionalität und Flexibilität zu erreichen.

So ist es z.B. durch die Verwendung von fahrbaren Regalen möglich, innerhalb kurzer Zeit Raum für Veranstaltungen innerhalb der Bibliothek zu schaffen. Die Räumlichkeiten, die mit Fußbodenheizung, Teppichboden und hochwachsende Pflanzenarrangements ansprechend gestaltet sind, sorgen für eine ansprechende Atmosphäre. Durch die landesweit längsten wöchentlichen Öffnungszeiten von 31,5 Stunden hat sich die Bibliothek zu einem beliebten Treffpunkt und Kommunikationszentrum für Jung und Alt entwickelt. Die Einrichtung des Kinder- und Jugendbereichs wurde besonders phantasievoll und großzügig ge-

plant mit kindgerechten Regalhöhen und Möbeln, Spielecke und Kinderhaus.

Eine aufwendige Regalbeschriftung ermöglicht eine schnelle Orientierung über den Standort gesuchter Medien. Die Ausstattung mit modernen Geräten sorgt für einen zügigen, reibungslosen und benutzerfreundlichen Betriebsablauf. Mit der ersten EDV-Anlage des Landes in einer öffentlichen Bibliothek werden Medienbeschaffung, -erfassung und -erschließung sowie die Benutzerverwaltung, Ausleihe, Rückgabe und Vormerkung von Medien aber auch das Mahnwesen schnell und korrekt erledigt. Als besonderer Service ist es den Benutzern möglich gemacht worden, Verlängerungen der Leihfristen telefonisch vorzunehmen. Desweiteren stehen ein Kopier- und Mikrofichelesegerät zur Verfügung. Mittels einer zentralen Abspielvorrichtung für CD's und Cassetten können die Besucher an zehn verschiedenen Plätzen über Kopfhörer mit Musik oder Hörspielen versorgt werden. Eine Raumbeschallungsanlage ergänzt die Geräteausstattung.

Der modernen Einrichtung entspricht das vielseitige Angebot:

35.000	Bücher
12	Zeitungen
116	Zeitschriften
140	Sprachkurse
100	Spiele
1.000	Klassik CD's
1.500	Rock-Pop-Jazz CD's
1.000	Kinder-u.Jugendcassetten
1.000	Rock-Pop-Jazz Cassetten
600	Literaturcassetten

Sämtliche Medien sind nicht nur in der EDV erfaßt und gespeichert sondern auch durch Zettelkataloge, die den Benutzern zur freien Verfügung stehen, nachgewiesen und erschlossen. Für Bücher wird neben einem Autoren-, einem Titel- und einem Systematischen Katalog ein Biographischer Katalog geführt. Die Musikmedien sind in einem Interpreten- bzw. Komponistenkatalog, ebenfalls einem Titel- und Systematischen Katalog und die Klassik zusätzlich in einem Epochenkatalog nachgewiesen.

Zu diesem umfassenden Medienangebot kommen noch vielerlei Möglichkeiten der Information: Neben den aktuellen Informationen aus Zeitungen und Zeitschriften stehen ca. 600 Lexika und Nachschlagewerke zur Verfügung, teilweise als stets aktualisierte Loseblattsammlungen wie z.B. Munzingers Biographisches Archiv und Munzingers Internationales Handbuch und die Blätter zur Berufskunde. Besonders gepflegt wird der Bestand an heimatkundlicher Literatur, der von Besuchern aus dem gesamten Saarland und den Nachbarregionen entsprechend genutzt wird. Jüngste Attraktion der Bibliothek ist das Angebot an Literaturcassetten, die seit Anfang des Jahres zum Einsatz kommen. Sie sind nicht nur als eine Ergänzung der vielfältig vorhandenen Großdruckbücher, also für Sehbehinderte und ältere Menschen, gedacht, sondern auch als didaktisches Unterrichtsmittel für Schulen.

Außerdem bieten einige Institutionen ihre für alle Bürger wichtigen Veröffentlichungen kostenlos an:

- Verbraucherberatung
- Verkehrsämter
- Umweltberater
- Arbeitskammer u.a.

Trotz des großen Literaturangebots kann nicht jeder Wunsch sofort erfüllt werden, wenn ein Titel momentan ausgeliehen oder nicht vorhanden ist. Hier wird als weitere Dienstleistung fast jedes gewünschte Buch für den Leser vorgemerkt, beim Buchhändler gekauft oder in einer anderen Bibliothek ausgeliehen. Trifft es ein, wird der Benutzer benachrichtigt.

Zur Einführung in die Bibliotheksbenutzung werden zahlreiche Gruppenführungen fachkundig organisiert, wobei die speziellen Interessen der einzelnen Gruppen selbstverständlich berücksichtigt werden. Neben sehr vielen Schulklassen aus allen Kreisgemeinden, Seniorengruppen, Über- und Umsiedlerklassen u.ä. haben Fachbesucher und Kommunalpolitiker aus dem Saarland, und aus anderen Bundesländern die Bibliothek besucht, um sich über die funktionsgerechte Ausstattung mit multifunktionalen

Nutzungsmöglichkeiten, die moderne Organisation und die benutzerfreundliche Medienpräsentation und -erschließung zu informieren.

Das Dienstleistungsangebot der Bibliothek wird ergänzt durch Veranstaltungen, wie Lesungen, Vorträge, Diskussionen, Kinderveranstaltungen und Ausstellungen, die mittlerweile von einem festen Stammpublikum besucht werden.

	1989	1990	1991
Leser	5.471	7.877	9.970
Neuanmeldungen	4.409	2.406	2.093
Ausleihen	151.971	189.220	204.000
Ausleihen pro Tag	700	790	861

Nach der Eröffnung im März 1989 war ein unerwartet hoher Anstieg der Medienausleihe und der Bibliotheksbenutzung zu verzeichnen, die sich in den folgenden Jahren kontinuierlich fortsetzten. (s. **Grafik 1**).

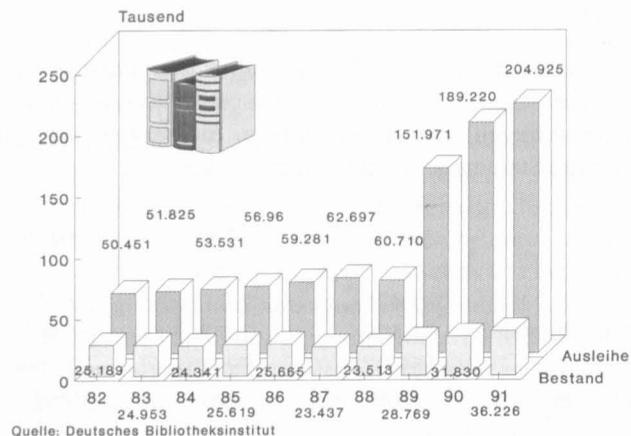
So konnte Bürgermeister Klaus Bouillon bereits am 28.10.91 zur 500.000 Ausleihe im Mia-Münster-Haus Susanne Sommer beglückwünschen und ein Geschenk überreichen.¹¹

Besonders stark gestiegen ist die Ausleihe an Kindergärten, Schulen, kirchliche öffentliche Bibliotheken u.a. Institutionen (Versorgungsausleihen):

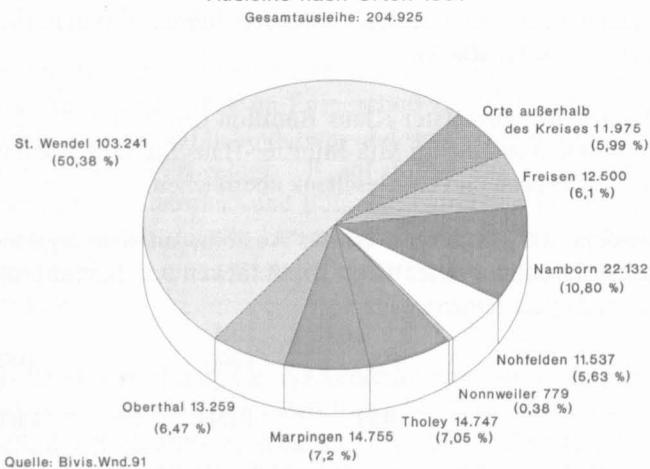
	1989	1990	1991
	451	1.094	1.815

Die Ausleihen an Bürger aus Gemeinden des Kreises St. Wendel und der Nachbarkreise liegt bei 50 %. Etwa 12.000 Medieneinheiten, also ungefähr 6 %, wurden von regelmäßigen Benutzern aus Gemeinden außerhalb des Kreises St. Wendel entliehen. Aus sechs von sieben Kreisgemeinden haben deren Bürger rund 90.000 oder 44 % der Ausleihen getätigt. Für jede einzelne Gemeinde sind das über 13.000 Ausleihen pro Jahr.

Stadt- und Kreisbibliothek St. Wendel
Ausleih- und Bestandsentwicklung 1982-91



Stadt- und Kreisbibliothek St. Wendel
Ausleihe nach Orten 1991



Diese Ergebnisse wurden mit einem, im Vergleich zu anderen Bibliotheken, sehr geringen Medienbestand erreicht. Deshalb mußten aus zahlreichen Bibliotheken der Bundesrepublik, in einigen Fällen sogar aus dem Ausland, Bücher und Zeitschriftenartikel für wissenschaftliche Zwecke im Rahmen des „Leihverkehrs der deutschen Bibliotheken“ besorgt werden. Außerdem

wird immer wieder auf den Buchbestand der Ergänzungsbücherei beim Staatl. Büchereiamt für das Saarland zurückgegriffen. Die Fremdausleihen stiegen von 1034 bzw 1069 in den Jahren 1989 und 1990 auf 1175 Bände im Jahr 1991 an.

Diese stark angestiegenen Fernleihen beweisen, daß der Ausbau des Medien-, besonders des Buchbestandes in Zukunft größte Anstrengungen erfordern wird, denn das Hauptziel, das Buch und das Lesen zu fördern, wurde allen Kulturpessimisten zum Trotz erreicht: Zweidrittel der Ausleihen entfallen auf Bücher und Zeitschriften.

Information:

Stadt- und Kreisbibliothek im Mia-Münster-Haus (Mott)

Telefon: 06851 / 809182, 6690 St. Wendel

Öffnungszeiten:

Montag - 13 - 16.30 Uhr Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10 bis 16.30 Uhr, Donnerstag von 10 -18.30Uhr.

Leiter:

Heribert Catrein

Außerdem sind in der Bücherei 7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (5 Planstellen und 2 ABM - Stellen) beschäftigt.

Literaturangaben:

- ¹ St. Wendeler Volksblatt vom 14.12.1911.
- ² Nahe-Blies-Zeitung vom 15.11.1904.
- ³ Heribert Catrein: Die Stadt u. Kreisbibliothek in St. Wendel in; 650 Jahre Stadt St. Wendel, S. 111., 1982.
- ⁴ St. Wendeler Volksblatt vom 10.09.1936.
- ⁵ Saarländische Tageszeitung vom 25.10.1941.
- ⁶ Wochenpost Nr. 10, 1959
- ⁷ Rudolf Welsch: Die Stadt und Kreisbücherei in: Der Landkreis St. Wendel, St. Wendel, 1986.
- ⁸ Architekt: Hanns Schönecker, St. Ingbert.
- ⁹ Cornелиke Lagerwaard: Das Museum im Mia-Münster-Haus. In: Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXIII. Ausgabe 1989/90.
- ¹⁰ Fa. Bibliothekseinrichtung Schulz, Speyer.
- ¹¹ Stadtanzeiger vom 6.11.1991

Der Rathausneubau in Nohfelden

Von Markus Frey

Der 11. März 1986 wird als historisches Datum in die Geschichte der Gemeinde Nohfelden eingehen. An diesem Tag stimmte der Gemeinderat mit 18:13 Stimmen dafür, daß das neue Rathaus auf dem freien Platz neben dem Nohfelder Amtshaus gebaut werden sollte. Bürgermeister Hermann Scheid bezeichnete diesen historischen Beschluß als Beitrag zu einer aktiven Kommunalpolitik. Die CDU hatte zuvor in Person ihres Sprechers Werner Hahn für den nach seiner Meinung verkehrsgünstigeren und „bürgerfreundlicheren“ Standort Türkismühle plädiert. Über die Notwendigkeit eines neuen Verwaltungszentrums für die 11.500 Einwohner zählende Gemeinde hatte dagegen über Parteigrenzen hinweg seit Jahren Einmütigkeit geherrscht. Das alte Rathaus in der Bahnhofstraße befand sich seit langem in einem maroden Zustand und war zudem einsturzgefährdet.

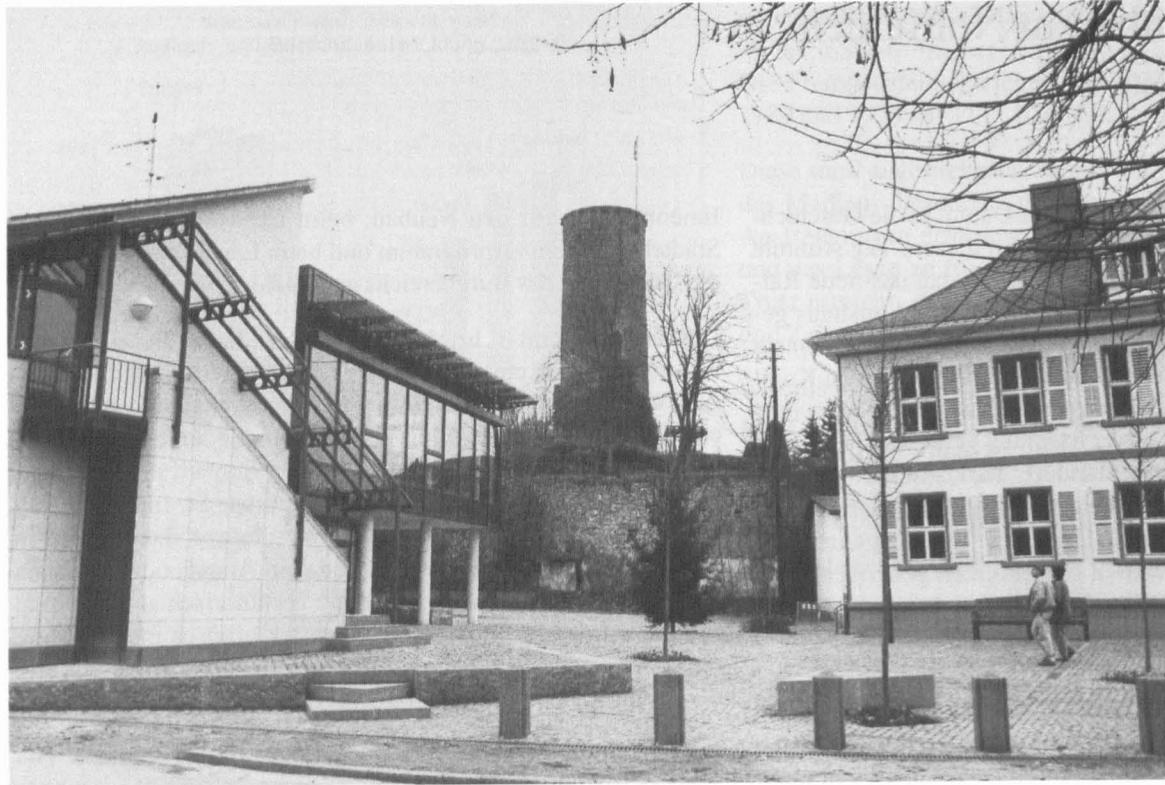
Zunächst schien der geplante Neubau stark in Frage gestellt zu sein. Zu den anfangs veranschlagten Baukosten in Höhe von 8 Mio. DM versagte der Innenminister einen Zuschuß von mehr als 20 Prozent. In diesem Stadium der Entwicklung plädierte der neugewählte Bürgermeister Dr. Heribert Gisch (CDU) für den Umbau der früheren Nohfelder Schule bei gleichzeitiger Verlagerung des evangelischen Kindergartens in die frühere sozialpflegerische Schule nach Türkismühle. Diese Lösung, so Gisch, habe den Vorteil, daß trotz etwa gleich großer Kosten, die an beiden Gebäuden wegen der zu erwartenden Sanierungskosten zu erwarten seien, die einzelnen Baumaßnahmen entsprechend der Finanzkraft der Gemeinde in mehreren Bauabschnitten verwirklicht werden könnten. Schließlich fand jedoch der Beschlußantrag der FDP-Fraktion der eine Ortskernsanierung Nohfeldens und den Rathausneubau auf der Grundlage der Vorentwürfe des Architekten Köhl vorsah, die Mehrheit von SPD und FDP gegen die Stimmen der CDU. Um die notwendigen Zuschüsse erhalten zu können, wurde die Gesamtmaßnahme beim

Innenminister für den Neubau, beim Umweltminister für das Städtebauförderungsprogramm und beim Landeskonservator für die Gestaltung des Burgbereichs angemeldet.

Der Gemeinderat schrieb auf der Grundlage dieser Grundsatzentscheidung einen Architekturwettbewerb aus. Ein Preisgericht unter Vorsitz von Dipl. Ing. Martin Kirchner aus Hamburg entschied sich nach zweitägigen Beratungen am 8. April 1988 schließlich unter 34 Teilnehmern für den Entwurf des Architekturbüros Norbert Köhl und Peter Gergen aus St. Ingbert. Einig war sich das Preisgericht, daß es sinnvoller sei, das Rathaus in gebührendem Abstand zur Burg und dem Amtsgericht zu bauen und den dazwischen liegenden Platz gestalterisch aufzuwerten. Gelobt wurde am Entwurf des Architekturbüros insbesondere die gelungene Aufgliederung der einzelnen Gebäudeteile mit dem einladenden Forum und dem Foyer im Eingangsbereich.

Somit stand dem Baubeginn nichts mehr im Weg. Am 6. Dezember 1989 wurde im Beisein von Innenminister Friedel Läßle und Bürgermeister Dr. Heribert Gisch der Grundstein auf dem Baugelände an der Burg gelegt. Damit sei eine jahrzehntelange Diskussion über ein neues Rathaus förmlich beendet worden, meinte Dr. Gisch im Rahmen der Feierstunde. Die Urkunde im Grundstein trug u. a. folgende Aufschrift: „Im Jahre des Herrn 1989, mit Dr. Richard von Weizsäcker als Bundespräsident, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident des Saarlandes Oskar Lafontaine, Landrat Dr. Waldemar Marner und Dr. Heribert Gisch als Bürgermeister der Gemeinde Nohfelden wird am 8. Dezember dieser Grundstein zum Rathausneubau bei der Burg Nohfelden gelegt.“

Es entsteht ein Rathaus für die Gemeindeverwaltung mit Sitzungssaal für den Gemeinderat, in dem 33 Ratsmitglieder die Geschicke der 12 Gemeinde-Bezirke Bosen, Eckelhausen,



Rathaus und Burg Nohfelden bilden ein Ensemble, stellen sozusagen das alte und das neue Verwaltungszentrum der Gemeinde dar.

Bilder unten : Sowohl die Büroräume als auch der Sitzungssaal sind einfach und funktional gestaltet.



Eisen, Eiweiler, Gonneseiler, Mosberg-Richweiler, Neunkirchen, Nohfelden, Selbach, Sötern, Türkismühle, Walhausen und Wolfersweiler lenken werden. Das Rathaus entsteht nach den Plänen der Architektengemeinschaft Peter Gergen, Dillingen und Norbert Köhl, St. Ingbert, die beim Architekturwettbewerb vom 8. April '88 mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurden. Die Grundsteinlegung wird durch eine kleine Feier begleitet. Alle Anwesenden wünschen den Handwerkern Gottes Segen und eine geschickte Hand bei der Durchführung ihrer Arbeiten. Der Herr möge die Bauschaffenden und das Werk selbst vor Unbilden bewahren. Dr. Heribert Gisch, Bürgermeister.“

Mit dem Argument, einen „wegweisenden Akzent für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde Nohfelden zu setzen,“ hatte der Gemeinderat seine Absicht begründet, ein neues Rathaus in unmittelbarer Anbindung an das Burggelände zu errichten. Nachdem die zuschufähigen Kosten des Neubaus Ende 1989 auf 5,695 Millionen DM gestiegen waren, schritten die Bauarbeiten in der Folgezeit zügig voran, so daß am 1. Juni 1990 das Richtfest gefeiert werden konnte.

Hatten die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Rathausneubaus noch für erheblichen parteipolitischen Wirbel gesorgt, so zeigte sich im Verlauf der Bauarbeiten, daß die Befürworter eine strenge Ausgabendisziplin walten ließen, während die Gegner des Neubaus gleichzeitig den Fortgang der Arbeiten akribisch überwachten. Ein aus den Reihen des Gemeinderats gebildeter, den politischen Mehrheitsverhältnissen entsprechender Ausschuß mit sieben Mitgliedern traf sich zu regelmäßigen „Jour Fixes“, um in Abstimmung mit den verantwortlichen Architekten die einzelnen Bauabschnitte zu begleiten.

Das hatte zur Folge, daß der bis Ende Dezember 1991 eingestellte Kostenansatz von 5,7 Millionen DM nicht überschritten wurde. An reinen Baukosten wurden 5,53 Millionen DM verausgabt, an Begleitkosten für die Gestaltung des Umfeldes fielen weitere 500.000 DM an und der Erwerb und die Sanierung des alten Amtshauses schlug mit weiteren 1,2 Millionen DM zu Buche.

Bereits am 25. - 27. September konnte die Verwaltung aus dem alten Rathaus in der Bahnhofstraße in das neue Domizil an der Burg umziehen. Die offizielle Einweihung fand schließlich am 6. Dezember 1991 statt. Zuschüsse von insgesamt 2,278 Millionen DM zu den Gesamtbaukosten von rund 5,7 Millionen DM waren aus dem Haushalt des Innenministeriums sowie aus Städtebauförderungsmitteln geflossen.

Zusammen mit der Burg und dem Alten Amtshaus bildet das neue Rathaus eine gelungene Abrundung und Ergänzung zum ursprünglichen Burgring. Während die Burg die Zeit des früheren Amtes Nohfelden bis zur Französischen Revolution verkörpert, steht das Alte Amtshaus stellvertretend für die oldenburgische Zeit von 1816/17 bis Anfang des 20. Jahrhunderts, als Nohfelden untere Verwaltungs- und Gerichtsbehörde war. Im Alten Amtshaus ist noch heute das Grundbuchamt Nohfelden, eine Zweigstelle des Amtsgerichts St. Wendel, untergebracht. An gleicher Stelle soll das Fremdenverkehrsamt untergebracht werden.

„Die Qualität der Architektur drückt sich vor allem darin aus, wie funktional sie ist,“ begründete Bürgermeister Dr. Heribert Gisch die Konzeption des Rathausneubaus. Aus Kostengründen verzichtete man im Inneren des Gebäudes auf Natursteinböden. Stattdessen verlegte man Fliesen. Die Büros sind mit modernstem Mobiliar ausgestattet, lichtdurchflutet und durch ihre variablen Wände anpassungsfähig angelegt. Die verschiebbaren Wände erlauben es, die Büroeinheiten je nach Bedarf zu verändern. Vom Parkplatz aus wird der Besucher zum Rathaus geführt und gelangt in den Foyer-Bereich mit Informationsstelle und Wegweisern. Das Foyer ist dank seiner großflächigen Anlage multifunktional zu nutzen und soll auch als Ausstellungsraum dienen. Die publikumsintensiven Bereiche wie Meldeamt, Gemeindekasse und Sozialamt sind ebenfalls im Erdgeschoß untergebracht. Im Obergeschoß befinden sich neben weiteren Büroräumen, dem Trauzimmer, einem Sozialraum und einem Besprechungsraum der 180 Quadratmeter große Ratssaal, der über einen separaten Ausgang und sanitäre Einrichtungen verfügt. Außerhalb der Verwaltungszeiten kann er für kulturelle

Veranstaltungen genutzt werden. Im Keller schließlich befindet sich das Archiv und die Technik. Das Rathaus wird über eine moderne Energie-Regelungstechnik zur Energieeinsparung beheizt. Das neue Rathaus erstreckt sich über eine Grundstücksfläche von ca. 4.000 Quadratmeter, die sich wie folgt untergliedern:

Bebaute Fläche: ca. 810 Quadratmeter
Umbauter Raum: ca. 6.086 Quadratmeter
Nutzfläche: ca. 1.440 Quadratmeter
Funktionsflächen: ca. 70 Quadratmeter
Verkehrsflächen: ca. 360 Quadratmetern
Max. Gebäudehöhe: ca. 8,36 m

Auf einer Gesamtfläche von 1.870 Quadratmetern sind 35 Bedienstete auf zwei Etagen in rund 25 Büroeinheiten inklusiv Sozialraum und Sitzungssaal untergebracht. Weiterhin stehen 5.500 Quadratmeter Parkplatzfläche zur Verfügung. Seit dem 30. Oktober 1991 läuft im Nohfelder Rathaus der offizielle Verwaltungsbetrieb.



Die Eingangshalle ist besucherfreundlich gestaltet. Hier finden auch kulturelle Veranstaltungen statt.

Der fünfte Bauernhauswettbewerb 1992

„Saarländische Bauernhäuser - Zeugnisse unserer Heimat“

Von Klaus Bonaventura

Zum fünften Mal führten die Sparkassen-Finanzgruppe und das Institut für Landeskunde im Saarland im Sommer und Herbst 1992 den Saarländischen Bauernhauswettbewerb durch. Die Wettbewerbsbedingungen entsprachen denen der Wettbewerbe der vergangenen Jahre. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, das Bewußtsein für die Bauernhäuser als kulturelles Erbe unserer Heimat zu stärken. Die Eigeninitiative der Eigentümer oder Besitzer alter Bauernhäuser soll angeregt und gefördert werden.

Der Wettbewerb soll dazu beitragen, alte ortsbildprägende Häuser, insbesondere landwirtschaftliche Anwesen, soweit wie möglich in ihrem ursprünglichen Charakter durch stilgerechte Pflege und gegebenenfalls Instandsetzung zu erhalten und damit vor einem unwiederbringlichen Verlust durch eine unsachgemäße, oft schablonenhafte Modernisierung zu bewahren. Vorbildliche Leistungen sollen im Rahmen des Wettbewerbes herausgestellt und prämiert werden. Dies soll weitere Eigentümer oder Besitzer solcher Bauernhäuser zur Nachahmung bewegen.

Der Wettbewerb war wieder zweistufig aufgebaut. In den einzelnen Landkreisen und dem Stadtverband Saarbrücken fand jeweils eine Vorentscheidung statt. Die Kreissieger wurden für den Landeswettbewerb gemeldet. Im Landkreis St. Wendel war die Kreisjury am 16. September 1992 unterwegs. Folgende fünf Häuser für die Teilnahme am Landeswettbewerb ausgewählt:

- Guido Biehl, Dorfer Weg 5 in Neipel
- Hubert Bier, Am Mühlenweg 3 in Gudesweiler
- Frieda Gaukler, Im Mitteldorf 8 in Berschweiler
- Ferdi und Christine Jost, Im Gries 16 in Kastel
- Hans-Josef Schmidt, Niederhofer Straße 1 in Bliesen

In die Jury wurden mit Herrn Thiel und Herrn Hauptenthal Vertreter der örtlichen Handwerker und Architekten mit eingebun-

den. Weitere Jurymitglieder waren Frau Gansen als Vertreterin der Landfrauen, Herr Merscher als Kreisbeigeordneter und Vertreter des Landrates, die Herren Schu und Weber als Vertreter der beiden Kreistagsfraktionen und Herr Federkeil und Herr Bonaventura vom Kreisbauamt.



Die Entscheidung beim Wettbewerb für die schönsten Bauernhäuser fiel 1992 sehr schwer. Am Ende belegte das Anwesen der Familie Jost in Kastel den 2. Platz.

Die Landeskommision hat die fünf Teilnehmer des Landkreises St. Wendel am 8. Oktober 1992 besichtigt. Dabei erreichten die Teilnehmer aus dem Kreis St. Wendel hervorragende Erfolge: Das Bauernhaus der Familie Jost in Kastel konnte auf Landesebene einen 2. Platz belegen und das Haus von Frau Gaukler in Berschweiler einen 3. Platz. Herr Bier konnte mit seinem Anwesen in Gudesweiler eine Anerkennung verbuchen. Diese Preise und Anerkennungen wurden mit Preisgeldern in Höhe von 3.000 DM, 2.000,00 DM und 1.000 DM honoriert.

Neben der eigentlichen Hausgestaltung bestach in Kastel insbesondere die Gestaltung des privaten Hausumfeldes. Angefangen von der Natursteintrockenmauer über das Natursteinpflaster über den typischen Holzlattenzaun, den kleinen symmetrisch angelegten Bauerngarten, den vorhandenen Hausbaum bis zur Auswahl der Pflanzen stimmte die stilgerechte Auswahl von Material, Form und Pflanzen.

Das Haus in Berschweiler ist das einzige, welches noch landwirtschaftlich genutzt wird, so daß alle vorhandenen Elemente in ihrer ursprünglichen Form genutzt werden können. Neben dem guten Erhaltungszustand waren es gerade diese, durch die Landwirtschaft geprägten Elemente (Bauerngarten, Misthaufen, freilaufende Hühner usw.), die den Reiz dieses Anwesens ausmachen. Hinzu kommt, daß dieses Gebäude den Endpunkt einer ganzen Reihe von noch gut erhaltenen Bauernhäusern darstellt und somit wichtiger Bestandteil eines Gesamtensembles ist.



Das Anwesen von Frieda Gaukler in Berschweiler belegte den 3. Platz auf Landesebene.

Allerseelen

Verloren im Nebel
die Spur des lichtlosen Tages.
Erstickt jeder Laut.
Kaum, daß der Schleier sich hebt,
senkt grabesfeucht
er sich wieder.
Schemengleich huscht
zwischen dunklen Tannen
schwarzer Schwingen
ermüdeter Schlag.
Über den Gräften,
chrysanthemengeschmückt,
leuchtet golden

der Birke letztes Laub,
tiefrot der Schein
der vieltausend Laternen -
Allerseelen.
Aller entschlafener Seelen
gedenkender Tag.
Im Herrn entschlafen
für das Leben.
Nicht Krankheit noch Tod
werden mehr sein.
Allerseelen -
Aller Seelen tröstlicher Tag.
(Renate Kiefer, Juni 1992)

Wendalinus - Kapelle Pinsweiler
mit Blick auf den Schaumberg



Die Kreisvereinigung der Lebenshilfe für geistig Behinderte besteht seit 25 Jahren

Von Bernhard Müller

Im Jahre 1991 konnte die Lebenshilfe für geistig Behinderte - Kreisvereinigung St. Wendel - ihr 25jähriges Bestehen feiern. An einem Geburtstag ist es üblich, den Blick nach hinten zu richten, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren.

Nach langen Vorbereitungen, verbunden mit vielen Mühen, fand am Mittwoch, dem 19. Januar 1966 um 17.00 Uhr in der Gaststätte Lindenau in St. Wendel die Gründungsversammlung der Lebenshilfe St. Wendel statt. Das Fachreferat hielt damals der unermüdlich wirkende Geschäftsführer der Bundesvereinigung der Lebenshilfe, Tom Mutters. Die Versammlung wurde von Ilse Schneider, Fürsorgerin aus Niederlinxweiler und Friedel Läßle, dem heutigen saarländischen Innenminister, geleitet.

Der Einladung waren immerhin 150 Personen gefolgt, von denen 45 noch in der Sitzung Mitglieder der neu gegründeten Lebenshilfe wurden. Die Gründungsversammlung wählte Frau Ilse Schneider zur 1. Vorsitzenden der Kreisvereinigung.

Da die Versorgung der geistig behinderten Menschen und ihrer Familien keinen langen Aufschub duldete, wurde bereits im Februar 1966 die Errichtung einer Tagesstätte für geistig Behinderte in St. Wendel beschlossen. Nach zahlreichen Verhandlungen mit den Kostenträgern und den Hauseigentümern wurden am 19.06.1967, nach einem längeren Umbau, sechs geistig behinderte Menschen in der neuen Tagesstätte in der Gymnasialstraße in St. Wendel betreut.

Der Anfang war gemacht. Die Stimmung, die damals in der Lebenshilfe geherrscht haben könnte, läßt sich wohl vortrefflicher nicht beschreiben als mit den Worten einer Mutter eines geistig behinderten Kindes aus Bremen. Diese Mutter hat vor 25 Jahren folgendes gesagt: „Hier tut sich eine Tür auf aus sehr dunkler Vergangenheit... Ein Weg zeichnet sich ab, den wir Eltern mit

unserem Kind gehen müssen, damit sein Leben menschenwürdiger wird“.

Bei vielen Eltern mit geistig behinderten Kindern waren die Schrecken der Nazidiktatur noch nicht vergessen, in deren Ideologie geistig behinderte Menschen keinen Platz hatten. Daß der neue Weg, den die Eltern geistig Behinderter und ihre Freunde gegangen waren, richtig war, läßt sich daran messen, daß in der Tagesstätte im September 1967 bereits 42 geistig behinderte Menschen betreut wurden. Die Lebenshilfe hatte bereits 134 Mitglieder. Der Weg der Lebenshilfe zu einer anerkannten Einrichtung im Dienst der geistig behinderten Menschen und ihrer Eltern war auch in unserer Region steinig.

Neue Einsichten drangen nur langsam vor und erreichten zunächst nur wenige. So war auch ein Großteil der medizinischen Fachleute lange Jahre davon überzeugt, daß es am besten sei, „schwachsinnige“ Kinder aus ihren Familien herauszunehmen und in Heimen und psychiatrischen Kliniken unterzubringen. Viel Überzeugungsarbeit war notwendig, um ein offenes Klima für eine den Behinderten gerecht werdende gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen.

Doch der kleine Anfang, der vor 25 Jahren auch hier in St. Wendel gemacht wurde, führte zu einem langen Prozeß des Umdenkens, zu einer Veränderung der Sichtweise des geistig behinderten Menschen, der einzigartig und unverwechselbar ist. Auch der geistig behinderte Mensch hat Vorlieben, Abneigungen, Stärken und Schwächen, die es zu akzeptieren gilt. Die Erkenntnis setzte sich durch, daß niemand nur ausschließlich behindert oder nicht behindert ist, wie auch niemand nur krank oder völlig gesund ist.

Die Gründer der Lebenshilfe in St. Wendel haben jenes in Be-



Das neue Zentrum der Lebenshilfe in der Werkstraße bietet optimale Bedingungen für Gruppenarbeit.

wegung gesetzt, was es uns heute weitgehend möglich macht, den geistig behinderten Menschen seine Persönlichkeit entfalten zu lassen und ihn in größter Gemeinsamkeit mit anderen Menschen leben zu lassen. Die Förderung der geistig behinderten Menschen in der neuen Tagesstätte schaffte Öffnung und Entlastung der Familien. Neue Formen des Miteinanders konnten erprobt werden.

Die 1. Tagesstätte in der Gymnasialstraße in St. Wendel wurde im Herbst 1971 nach Reitscheid verlegt. Die „Reitscheider Jahre“ waren in der Entwicklung der Einrichtung wohl schwere Jahre. Die Einrichtung zeigte sich bald als zu klein. Enge und

behinderteneungeeignete Räume ließen die letzten Jahre zu einer Belastung für Behinderte und das Betreuungspersonal werden. Neben der Tagesstätte in Reitscheid wurde ein Frühförderdienst eingerichtet. Wie immer bei der Einführung neuer Dienste waren auch bei der Schaffung dieses Dienstes Probleme zu überwinden. Jahrelange Bemühungen, viel Geduld und Durchsetzungsvermögen haben die Grundlage dafür geschaffen, daß heute in der Frühförderstelle der Lebenshilfe St. Wendel 80 bis 90 Kinder gefördert werden. Durch das engagierte Wirken der Mitarbeiterinnen der Frühförderstelle konnte vielen Behinderten und ihren Familien geholfen werden.

Wie das nun bei einem wachsenden Gebilde wie der Lebenshilfe nicht anders zu erwarten ist, waren die Räume in der Tagesstätte dem kleinen Pflänzchen „Frühförderstelle“ in Reitscheid aber bald zu eng. Nach langen Bemühungen und mit vielfältiger Unterstützung durch Freunde, Behörden und Förderer konnten 1984 die neuen Räume in der Tagesstätte Urweiler bezogen werden. Urweiler brachte gegenüber Reitscheid eine erhebliche Verbesserung der Arbeit mit den Behinderten.

Aber bereits nach fünf Jahren konnte die Tagesstätte Urweiler mit der Frühförderstelle den steigenden Ansprüchen der Arbeit mit geistig Behinderten nicht mehr gerecht werden. Enge Räume, schwierig zu überwindende Treppen, fehlende Therapieräume und die ständig steigenden Zahlen der zu betreuenden Behinderten stellten eine Herausforderung dar, die nach einer Lösung suchte.

Bei allen Entscheidungen war zu bedenken, daß die Lebensbedingungen für die geistig Behinderten verbessert werden sollten. Von den Eltern der geistig Behinderten wurden familienentlastende Hilfen gefordert.

Für Eltern mit älteren behinderten Kindern stellte sich die bange Frage: „Was geschieht mit unseren behinderten Kindern, wenn wir ihre Versorgung nicht mehr sicherstellen können?“ Die Angst, daß ihr behindertes Kind in weit entfernte Pflegeeinrichtungen gebracht werden müßte, machte immer wieder die Forderung laut, im Landkreis St. Wendel eine Wohneinrichtung für geistig Behinderte zu schaffen. Nach langen Diskussionen und Verhandlungen, ständigem Sammeln von Spenden, durch Zuschüsse der Aktion Sorgenkind, des Landkreises St. Wendel und der Stadt St. Wendel wurde die Basis für den Bau des Lebenshilfezentrums gelegt. Der Weg zu einem neuen Wohnheim wurde geebnet.

Der Neubau eines Lebenshilfezentrums wurde im Jahr 1990 begonnen. Mit dem Lebenshilfezentrum, das in der Werkstraße in St. Wendel entstanden ist, wird eine neue, den Bedürfnissen geistig behinderter Menschen gerecht werdende Einrichtung geschaffen. Großzügige Räume, die behindertengerechtes Arbeit



Insbesondere die beengten Verhältnisse bei der Frühförderung ließen nach langen Überlegungen den Entschluß reifen, eine neue Tagesstätte zu errichten.

ten zulassen und eine den Ansprüchen einer modernen Behindertenbetreuung gerecht werdende Grundlage bilden, werden eine behindertengerechte Atmosphäre schaffen.

Vieles wurde in den 25 zurückliegenden Jahren im Dienste der geistig behinderten Menschen und ihrer Eltern geleistet. Die Steine, die in den zurückliegenden Jahren den Weg der Lebens-

hilfe oft beschwerlich machten, mußten beseitigt werden. Manche konnten jedoch nicht beseitigt werden, mußten umgangen oder zur Seite gelegt werden.

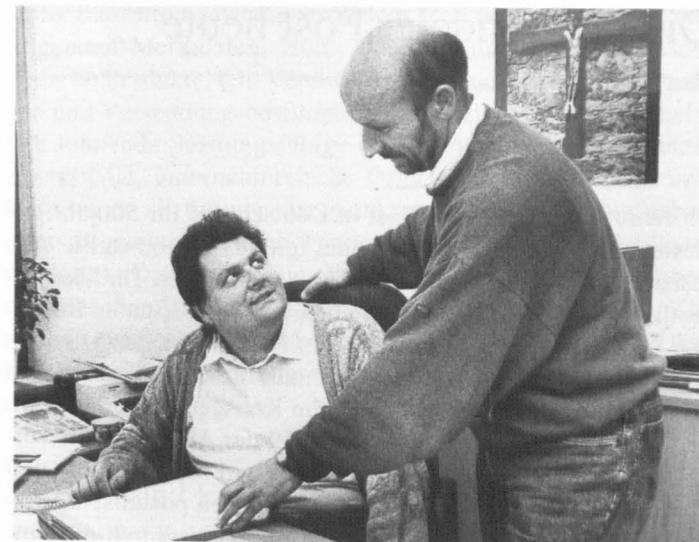
Ein Geburtstag gibt aber auch Anlaß, nicht nur nach hinten zu schauen, sondern den Blick auch nach vorne zu richten, das aufzuarbeiten, was noch nicht bewältigt werden konnte und jenes ins Auge zu fassen, was noch vor uns liegt.

Vor uns liegt das ständige Bemühen, die Anliegen geistig behinderter Menschen zu artikulieren, da sie selbst dazu oft nicht ausreichend in der Lage sind. Geistig behinderte Menschen müssen so normal wie möglich leben können. In einer leistungsorientierten Gesellschaft wie der unseren sind jene schnell vergessen und an den Rand gedrängt, die diesem Leistungsanspruch nicht gerecht werden. Viele Alltagsprobleme geistig behinderter Menschen und ihrer Familien können nur mit Hilfe Dritter bewältigt werden. Um eine wirksame Hilfe sicherzustellen, ist die Lebenshilfe St. Wendel auch in Zukunft bemüht, eine Verbesserung der Lebensbedingungen von geistig behinderten Menschen und ihren Familien zu erreichen.

Auf diesem Weg wird es vordringlich notwendig sein:

- familien- und gemeindenahe Förderangebote und Einrichtungen, einschließlich integrativer Maßnahmen zu schaffen. Integration darf dabei niemals zum Selbstzweck werden.
- familienentlastende und familienberatende Dienste einzurichten.
- Leistungen und Einrichtungen im Freizeitbereich für geistig Behinderte auszubauen.
- Erwachsenenbildung für geistig Behinderte zu fördern und ergänzende Einrichtungen zu schaffen.
- neue Wohnformen für geistig Behinderte zu erproben.

Wir alle sind aufgefordert, an der Lösung dieser Probleme mitzuwirken. An dieser Stelle ist all denen zu danken, die durch Spenden, Zuschüsse und Zuwendungen oder auch durch ihr ganz persönliches Engagement mitgewirkt haben, daß wir 25 Jahre Lebenshilfe feiern konnten.



Seit 1. September 1992 steht dem Vorsitzenden der Kreisvereinigung der Lebenshilfe, Bernhard Müller, mit Hermann Scharf ein hauptamtlicher Geschäftsführer zur Seite.

Die Arbeit der Lebenshilfe wird in Zukunft noch erfolgreicher sein, wenn alle gemeinsam für die Sache der geistig behinderten Menschen arbeiten. Wie in der Vergangenheit braucht die Lebenshilfe Engagement vieler Kräfte, seien es ehrenamtliche Mitarbeiter, Spenden, hauptberufliche Mitarbeiter, Eltern, Schulen, Behörden usw. Die Liste derjenigen, die sich für die Lebenshilfe engagiert haben, ist lang. Da geistig behinderte Menschen ständig Hilfe brauchen, steht auch in Zukunft eine große Aufgabe und ständige Herausforderung vor uns. Lebenshilfe heißt: Leben mit und für geistig behinderte Menschen.

Neben der Frühförderstelle, die bereits in der Werkstraße untergebracht ist und in modernen Räumen arbeiten kann, werden im Lebenshilfezentrum die Tagesstätte, der Sonderkindergarten und eine Freizeitstätte eingerichtet. Die Räume der bisherigen Tagesstätte in Urweiler werden zukünftig als Wohnheim für 18 bis 20 geistig Behinderte genutzt. Mit der Einrichtung dieses Wohnheimes wird ein lang gehegter Wunsch der Eltern erfüllt.

Die St. Wendeler Post heute

Von Ferdinand Kömen

Im Jahre 1990 feierte die Post in Deutschland ihr 500jähriges Bestehen. Das Postamt St. Wendel feierte mit und stellte sich insbesondere im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ der Öffentlichkeit am 26.5.1990 vor. In drei hochinteressanten Beiträgen in der Saarbrücker Zeitung vom 1. 5. und 24. 5. sowie 1.6.1990 hat seinerzeit Martin Weiler aus diesem Anlaß über die „Die frühe Postgeschichte bis 1860 im Kreisgebiet“ berichtet. In den Jahrzehnten danach führte ab 1850 der Ausbau der Eisenbahnlinien zu umwälzenden Änderungen in der Personen- und Postsachenbeförderung zu einer umfassenden postalischen Erschließung des gesamten St. Wendeler Landes durch die Einrichtung vieler Postagenturen (heute Poststellen und Zweigpostämter) und dem Ausbau des Postamtes St. Wendel.

In den nachfolgenden Beiträgen werden die derzeitige Betriebs- und Verwaltungsorganisation dargelegt, die in den nächsten Jahren aufgrund der Auswirkungen des Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vom 1. 7. 89 zum Teil grundlegende Änderungen, deren Ausmaß im Augenblick noch nicht voll absehbar ist, erfahren.

Ämter und Amtsstellen
des Postdienstes im Kreis St. Wendel

Der Zuständigkeitsbereich des Postamtes (V) St. Wendel das „V“ bedeutet Postamt mit Verwaltungsdienst - ist deckungsgleich mit dem Landkreis St. Wendel. Derzeitiger Amtsvorsteher ist der Postamtsrat Ferdinand Kömen. Sein ständiger Vertreter und gleichzeitig für den Betrieb zuständige Abteilungsleiter ist der Postamtsrat Friedhelm Meuler. Mit rund 380 Bediensteten (einschl. Auszubildenden und Beamtenanwärtern) werden 95000 Einwohner auf einer Fläche von 474 qkm postalisch versorgt. Hierzu sind neben dem Postamt (V) St. Wendel in den sieben Einheitsgemeinden Freisen (in Oberkirchen), Marpingen, Nam-



Das Postamt St. Wendel - Blick vom Bahnhof.

born (in Hofeld), Nohfelden, Nonnweiler, Oberthal, Tholey und darüber hinaus in Urexweiler (Marpingen 3) und Hasborn-Dautweiler (Tholey 6) Postämter eingerichtet, die von je einem Betriebsleiter geleitet werden.

Dem Postamt (V) und den Postämtern 1 der Einheitsgemeinden sind Poststellen I und 15 Poststellen II zugeordnet. Maßgebend für diese organisatorische Gliederung - bezogen auf die Einheitsgemeinden - war die Gebiets- und Verwaltungsreform aus dem Jahre 1974.

Für die neben den Postämtern eingerichteten Poststellen sind das Verkehrsaufkommen und die Größe des Versorgungsbezirks (eingelieferte und zuzustellende Sendungen) ausschlaggebend. Die Ver- und Entsorgung des Postamtsbereichs mit Brief- und Paketpost ist in einem besonderen Beitrag dargestellt.

Auswirkungen des Poststrukturgesetzes

Am 1. 7. 1989 ist das Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost in Kraft getreten. Es wurden die selbständigen Unternehmen

- Deutsche Bundespost Postdienst
- Deutsche Bundespost Telekom und
- Deutsche Bundespost Postbank

gebildet, die mittelfristig jedes Unternehmen für sich kostendeckend arbeiten bzw. Gewinne erwirtschaften sollen. Für das Unternehmen Postdienst werden hierzu eine Reihe von Konzepten erarbeitet und in den nächsten Jahren umgesetzt:

- Die Leitung der EMS (= Express Mail Service) Kurierpost GmbH - einer 100prozentigen Tochter der Deutschen Bundespost Postdienst - nahm am 1. 1. 91 ihre Geschäfte auf und begann mit der Einrichtung von Regionalniederlassungen in Ballungsräumen.

- Das Frachtdienstkonzept ist im Februar 1991 verabschiedet worden. Bis 1995 sollen danach 33 Frachtzentren errichtet werden, denen Zustellbasen zugeordnet sind. Nach dem derzeitigen Stand besteht Aussicht, daß in St. Wendel eine Zustellbasis eingerichtet wird. Kürzere Laufzeiten, Leitwegverfolgungssystem, Anhebung der Gewichtsgrenzen auf 31,5 kg werden die wichtigsten Vorteile für die Kunden sein, wobei innerbetrieblich rationalisiert und Betriebsabläufe automatisiert werden.

- Das Briefkonzept soll in diesem Jahr erstellt werden. Entschieden ist bereits, daß 1993 neue, fünfstellige Postleitzahlen, hauptsächlich auch wegen der Einbeziehung der neuen Bundesländer, eingeführt werden. In großen Briefverteilzentren wird die Briefeingangsverteilung weiter automatisiert.

- Das Schalterkonzept soll bis Ende 1992 ebenfalls erstellt sein, wobei die Lösung des Problems der Leistungen des Postdienstes für die Postbank und Telekom eine wichtige Rolle spielt.

Die Umsetzung dieser und sicherlich noch anderer Konzepte wird den Postdienst in den 90er Jahren in der Aufbau- und Ab-

lauforganisation gewaltig verändern. Ziel ist ein Postdienst mit folgenden Merkmalen: Hohe Qualität, guter Kundenservice, einfache Produkte, d.h. Vereinfachung der Zulassungsbedingungen und Versendungsbestimmungen, effiziente, d.h. wirtschaftlich lohnende, leistungsfähige und hochtechnisierte Produktionssysteme, unternehmerische Organisation für Kunden und Mitarbeiter, Erfüllung der konkreten Infrastrukturaufgaben (Verkehrseinrichtungen, Einrichtungen der Nachrichtenübermittlung). Dabei sind die Anforderungen des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes ab 1993 zu berücksichtigen. Zusätzlich zur Poststrukturreform sind gewaltige Leistungen in den neuen Bundesländern erforderlich.

Die Ver- und Entsorgung des Postamtsbereichs St. Wendel mit Brief- und Paketpost

Von Friedrich Meuler

Mit der Einführung der vierstelligen Postleitzahlen wurde das Postamt St. Wendel Leitbereichsamt, d. h. es wurde zuständig für die Abteilung aller im damaligen Amtsbereich eingelieferten Brief- und Paketsendungen sowie für die Versorgung aller Postorte im Amtsbereich mit diesen Sendungen. Mit der Gebiets- und Verwaltungsreform 1974 wurde der Zuständigkeitsbereich des Postamtes St. Wendel deckungsgleich mit dem Kreis St. Wendel.

Rückblick

Bis etwa Ende der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts wurden die ein- und abgehenden Brief- und Paketsendungen für St. Wendel und seine Amtsstellen ausschließlich über sog. Bahnposten befördert. Bahnposten sind posteigene Waggons, die regelmäßig verkehrenden Zügen der Deutschen Bundesbahn angehängt sind. In ihnen wurden Briefsendungen während der Fahrt von Begleitern sortiert und mit ihnen gleichzeitig Paketsendungen transportiert.

St. Wendel war in dieser Zeit ein Umschlagplatz an der Bahnstrecke Saarbrücken - Bingerbrück. Mit fortschreitender Motorisierung wurde der Transport der Sendungen zunehmend auf die Straße verlagert.

Derzeitiger Zustand

Heute erfolgt die gesamte Ver- und Entsorgung der Brief- und Paketpost ausschließlich über die Straße. Dazu ist grundsätzlich zu sagen, daß das Postamt St. Wendel 4 PKW's, 25 Transporter und 1 LKW einsetzt. Um diesen heutigen Zustand zu beschreiben, ist folgende Unterteilung notwendig: Verkehrszahlen, Ver- und Entsorgung des Postamtes St. Wendel mit Briefsendungen, Ver- und Entsorgung des Postamtes St. Wendel mit Frachtsendungen, Ver- und Entsorgung der übrigen Orte im Kreisgebiet und Wochenendverkehr.

Wir unterscheiden in unserer Betriebsorganisation einmal nach Verkehrsaufkommen zwischen Postämtern und Poststellen sowie nach Aufgabenbereichen zwischen Zustellpostämtern oder -poststellen und Annahmepostämtern oder -poststellen.

Verkehrszahlen

Im Briefeingang werden beim Postamt St. Wendel wöchentlich etwa 165000 Kurzbriefe, 54500 Langbriefe, 15000 Zeitungen und Zeitschriften sowie 1000 Stückbriefe bearbeitet. Kurzbriefe sind Briefe in rechteckiger Form, die höchstens 23,5 cm lang, 1 cm breit und 0,5 cm hoch sind. Stückbriefe sind Briefsendungen, die sich zum Transport nicht mit anderen zu Bunden vereinigen lassen. Im Frachteingang sind wöchentlich 9200 Sendungen umzuarbeiten, davon etwa 7900 Pakete und 1300 Päckchen. Hinzu kommen während der Hauptversandzeiten 8000 bis 100000 Versandhauskataloge. Im Briefeingang liegt das wöchentliche Verkehrsaufkommen bei 37500 Kurzbriefen, 12300 Langbriefen und 300 Stückbriefen. Die wöchentliche Verkehrsmenge im Frachtabgang beträgt 4600 Sendungen (2100 Pakete und 2500 Päckchen). Diese Zahlen zeigen eindeutig, daß im Kreis St. Wendel mehr Sendungen eingehen als eingeliefert werden. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Ver- und Entsorgung.

Ver- und Entsorgung des Postamtes St. Wendel mit Briefsendungen

Grundsätzlich ist zu sagen, daß das Postamt St. Wendel sowohl in der Ver- als auch in der Entsorgung von der zentralen Briefeingangs- bzw. Briefabgangsstelle beim Postamt Saarbrücken abhängig ist. Alle am Schalter oder über die Briefkästen eingelieferten Briefsendungen werden zunächst nach Kurz- oder Langbriefen getrennt. Nach dieser Formaltrennung, bei der gleichzeitig die für unser Kreisgebiet bestimmten Sendungen aussortiert werden, werden die Briefe gestempelt. Dabei wird je nach Format das aufgeklebte Postwertzeichen maschinell oder von Hand mit einem Tagsstempel entwertet und gleichzeitig der Einlieferungstag dokumentiert. Der Transport der Sendungen zur zentralen Briefabgangsstelle für den Leitraum 66 in Saarbrücken erfolgt dann in Briefbehältern oder Briefbeuteln abends um 18.45 Uhr. Bei dieser Briefabgangsstelle werden die Briefe nach Orten und Leitbereichen fein verteilt und zum größten Teil mit direkten Fahrten noch am gleichen Abend zum Flughafen Frankfurt transportiert. Hier findet in der Nacht ein reger Postaustausch zwischen gecharterten Flugzeugen aus allen Großstädten Deutschlands statt. Die Briefeingangsstelle Saarbrücken erhält für den gesamten Leitraum 66 (=Saarland) die Briefpost aus allen Teilen Deutschlands über diese Flugverbindung. Der Weitertransport erfolgt mit Fahrzeugen, die abends zum Flughafen Frankfurt und zurück fahren.

Nur ein geringer Teil der täglichen Briefsendungen wird heute noch ab Saarbrücken mit Bahnposten weitergeleitet. Für den Leitbereich 6690 St. Wendel bestimmte Briefsendungen gehen dem Postamt im wesentlichen in den frühen Morgenstunden zu. Ein großer Teil der Briefpost kommt um 5.10 Uhr an. Hierbei ist auch die gesamte Briefpost aus der Nacht vom Flughafen Frankfurt. Ein weiterer Briefposteingang um 5.45 Uhr bringt die Post aus der Nord-Süd-Bahnpost Dortmund - Basel bzw. Dortmund - München, die in Mannheim abgestoßen und mit einem Kraftfahrzeug nach hier gebracht wird. Der letzte werktägliche Briefposteingang kommt um 6.05 Uhr hier an. Mit ihm geht die Post ein, die in Saarbrücken im Laufe der frühen Morgenstunden aus allen Richtungen eingegangen ist. Die eingegangenen Briefsen-

dungen werden in der hiesigen Briefeingangsstelle auf die 25 Zustellbezirke der Stadt und die 7 Zustellpostämter verteilt. Die im Postabgang beschriebene Formattrennung bleibt auch hier beibehalten.

Ver- und Entsorgung des Postamtes St. Wendel im Frachtdienst

Alle an den Schaltern beim Postamt und seinen Amtsstellen eingelieferten Frachtsendungen (Pakete und Päckchen) werden



Entladen der ankommenden Post.



Verteilen der Pakete

Verteilen der Päckchen



abends um 19.00 Uhr mit einem Fahrzeug der Paketumschlagstelle Mannheim unmittelbar zugeführt. Beim Verladen werden nur Frachtsendungen für das Saarland sowie alle Schnellsendungen aussortiert und mit dem Fahrzeug, das die Briefpost nach Saarbrücken bringt, dem Postamt Saarbrücken zur weiteren Bearbeitung zugeführt. Auch im Frachtingang kommen die meisten Sendungen abends um 18.20 Uhr sowie nachts um 1.30 Uhr von Saarbrücken aus. Wie die Briefsendungen werden auch die Frachtsendungen nach dem Eingang auf die 9 Zustellbezirke der Stadt und die 7 Zustellpostämter verteilt.

Ver- und Entsorgung
der übrigen Orte im Kreis St. Wendel

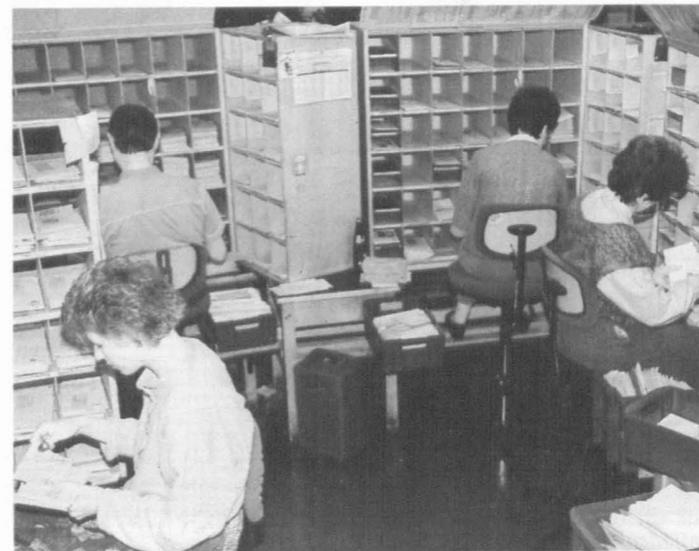
In jeder Gemeinde des Kreises St. Wendel gibt es ein Zustellpostamt, das die Zustellung aller eingegangenen Brief- und Frachtsendungen in der Gemeinde besorgt. Darüber hinaus gibt es in einzelnen Ortsteilen der Gemeinden noch Poststellen, die auch noch Zustelldienst verrichten. Während die Postämter von St. Wendel aus mit den Sendungen versorgt werden, versorgen die Zustellpostämter von sich aus wiederum die Poststellen mit Zustellung. Die Versorgung der Zustellpostämter erfolgt in aller Regel werktags um 7.20 Uhr ab St. Wendel. Der Eingang bei den Postärtern ist dann - je nach Entfernung - spätestens um 8.00 Uhr.

Bei den Postärtern erfolgt dann eine erneute Verteilung der Sendungen auf die Zustellbezirke innerhalb der Gemeinde bzw. auf die Poststellen, denen die Post dann etwa 70 Minuten nach dem Eingang beim Zustellamt zugeführt wird. In 4 Rundkursen werden die bei den Poststellen und Postärtern des Kreises eingelieferten Sendungen in besonderen Einsammelfahrten von St. Wendel aus abgeholt. Diese Fahrten sind zeitlich so geplant, daß sie den Briefpostabgang nach Saarbrücken sowie den Frachtabgang nach Mannheim in St. Wendel erreichen. In St. Wendel müssen die Sendungen noch umgearbeitet werden. Briefsendungen werden für die Briefabgangsstelle Saarbrücken und Frachtsendungen für die Paketumschlagstelle Mannheim vorbereitet. Deshalb treffen die Einsammelfahrten in St. Wendel zwischen 17.30 Uhr und 17.45 Uhr ein.



Feinverteilen der Langbriefe und Zeitungen auf die Zustellbezirke

Feinverteilen der Kurzbriefe auf die Zustellbezirke



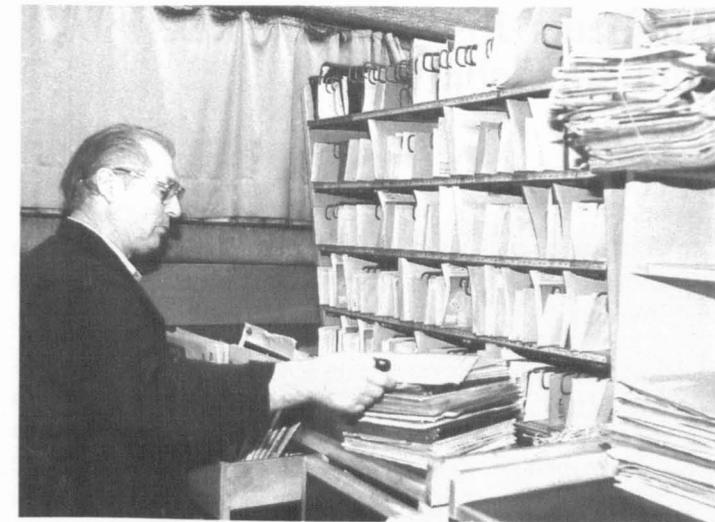
Wochenendverkehr

Da die Postschalter samstags nachmittags geschlossen sind, erfolgt die Entsorgung aller Annahmestellen an diesem Tag so früh, daß die Fahrt von St. Wendel nach Saarbrücken bereits um 13.45 Uhr erfolgen kann. Nach Mannheim werden samstags keine Fahrten ausgeführt. Die sonntags zuzustellenden Eilsendungen werden mit einem Fahrzeug in Saarbrücken abgeholt und gehen um 8.05 Uhr in St. Wendel ein. Im Anschluß daran werden Briefkastenleerungsfahrten durch das gesamte Kreisgebiet durchgeführt, bei denen auch die vorliegenden Eil- und Schnellsendungen sowie die Telegramme zugestellt werden.

An allen Posthäusern werden dann die Briefkästen geleert. Darüber hinaus wird auch ein Teil der Briefkästen in der Stadt St. Wendel sonntags geleert. Alle Briefkästen, die sonntags geleert werden, sind mit einem roten Punkt versehen, damit unsere Kunden sofort die Briefkästen mit Sonntagsleerung erkennen können. Die Rundfahrten kehren gegen 11.30 Uhr zurück. Die aus der Sonntagskastenleerung stammenden Briefsendungen werden um 12.25 Uhr noch mit der Bundesbahn der Briefabgangsstelle in Saarbrücken zugeführt. Dies ist die letzte noch verbliebene Verbindung zum Transport von Postsendungen auf der Schiene zwischen St. Wendel und Saarbrücken. Wie lange sie noch bestehen bleibt, ist derzeit ungewiß.

Ausblick

Die Deutsche Bundespost Postdienst entwickelt derzeit verschiedene Konzepte zur Abwicklung des Dienstbetriebs. Ein



Einsortieren der Briefe und Zeitungen durch den Zusteller in der Reihenfolge der Begehung eines Zustellbezirkes

Fotos: Franz-Rudolf Klos/1990

Brief - sowie ein Schalterkonzept sollen im Laufe des Jahres 1992 vorgestellt werden. Das neue Frachtkonzept wurde bereits vorgestellt. Es sieht bundesweit 33 Frachtzentren (Umschlagplätze) vor, an die Zustellbasen angebunden werden. Nach dem derzeitigen Stand gehört St. Wendel zum Frachtzentrum Mannheim und soll eine eigene Zustellbasis erhalten. Das bedeutet, daß nach der endgültigen Einrichtung die Zustellung aller Frachtsendungen (Pakete und Päckchen) für das gesamte Kreisgebiet nur von St. Wendel aus erfolgen wird.

Bildhauer Josef Wagner zum 80. Geburtstag

Ein Portrait

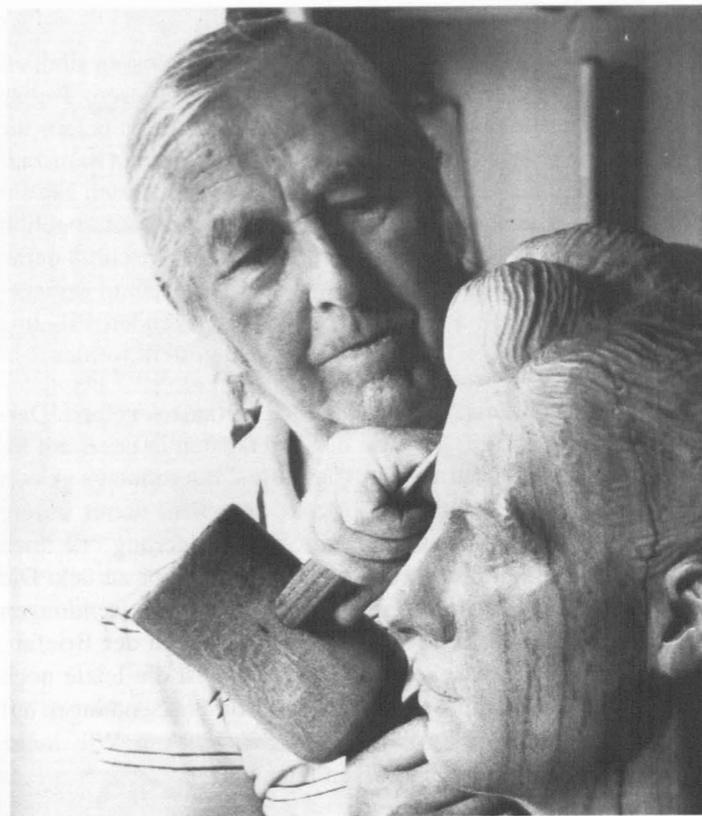
Von Peter Klein

Die Vollendung des 80. Lebensjahres 1992 war Anlaß zu einem Besuch bei Josef Wagner in seinem Atelier in der Ostertalstraße in St. Wendel.

Holz- und Steinbildhauer ist er nun seit 65 Jahren, wie eine Urkunde in seiner Wohnung bezeugt. Zunächst widmete er sich der Holzbildhauerei. Von alten St. Wendelern, die sein Leben und seine Arbeit aus dieser Zeit kennen, wird er mit Achtung und Respekt auch „Herrgottsschnitzer“ genannt. Neben dem Werkstoff Holz kam er später zur Steinbildhauerei.

Doch zum Lebenslauf: Josef Wagner ist am 4. November 1912 in Simmern im Hunsrück geboren. In den Mettlerschen Kunstwerkstätten in Morbach und St. Wendel erlernte er sein Handwerk, studierte von 1930 bis 1933 an der Saarbrücker Kunstschule und kam wegen seiner besonderen Begabung als Meisterschüler in die Bildhauerklasse. Nach den Lehr- und Wanderjahren, die ihn u. a. nach Lippstadt, München und Oberammergau führten, machte er sich 1938 als Steinbildhauer in St. Wendel selbständig. Im Zweiten Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren galt in schwerer Zeit zunächst die Sorge der Familie und dem Haus und Atelierbau in der Ostertalstraße.

Ab 1948 entfaltete sich sein künstlerisches Schaffen. Es entstanden eine Vielzahl von Arbeiten in Stein und Holz für private, kirchliche und kommunale Auftraggeber; Heiligenfiguren, Statuen, Kreuze, Brunnen, Wappen und Sgraffitos. Bei uns im St. Wendeler Land und in den Nachbarregionen begegnet man seinen Werken. So wurden die Kreuzigung hinter der Apsis der Wendalinusbasilika sowie die Reliefs von Judas Thaddäus und Antonius im Kircheninnern von ihm geschaffen. Josef Wagner ist nicht den sogenannten „Modernen“ Kunstschaffenden zuzuordnen, die den künstlerischen Zeitgeist in ihren Skulpturen aus-



drücken; er ist ein Künstler, der mit handwerklicher Akribie des Holzschnitzers oder des Steinmetzen seine Werke gestaltet. Seine Arbeiten drücken Erlebtes - Schmerz und Leid, Freude und Besinnliches aus, oft ohne Skizze oder Entwurf gestaltet er intuitiv aus der Materie die Form.

Josef Wagner, Zeitzeuge unseres Jahrhunderts, erinnert sich an viele bewegten Stationen seines künstlerischen Lebens. Seine Aufgeschlossenheit zum Leben und zum Kunstschaffen hat er sich als 80jähriger bewahrt, Müßiggang ist ihm fremd und so arbeitete er während des Gesprächs an einer Holzplastik.

Mögen ihm Stechbeitel und Meisel noch viele gesunde Jahre in seinem Atelier begleiten.

Das Kleinwasserkraftwerk Oberthal - Gronig der VSE

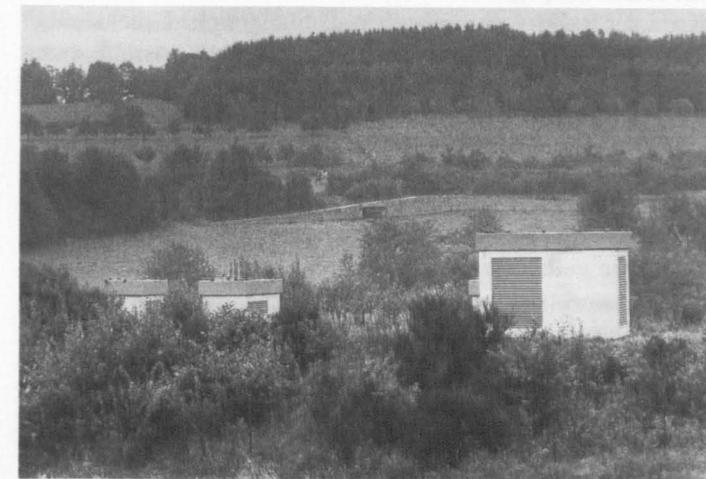
Von Egon Hoffmann

Das Kleinwasserkraftwerk Oberthal - Gronig ist im sogenannten Auslaufbauwerk der Talsperrenleitung Nonnweiler - Blies in Gronig untergebracht. Eigentliche Aufgabe der Talsperrenleitung ist es, Wasser von der Talsperre Nonnweiler aus in die Blies bei Gronig überzuleiten, um der Industrie und den Kraftwerken auch zu Niedrigwasserzeiten ausreichend Brauch- bzw. Kühlwasser bereitzustellen. Das Kleinkraftwerk wandelt die kinetische Energie des in die Blies einzuleitenden Wassers in elektrischen Strom um. Es nahm am 13. Dezember 1984 den Betrieb auf.

Bauträger der Talsperre und Talsperrenleitung ist die Regierung des Saarlandes, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen. Sie wird durch das Landesamt für Umweltschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft vertreten. Bauherr und Betreiber des Kleinkraftwerkes ist die Vereinigte Saar - Elektrizitätswerke - AG (VSE).

Die Rohrleitung ist 18,6 km lang und hat einen Innendurchmesser von einem Meter. Sie besteht aus Gußrohren mit Einzellängen von 6 Metern, die mittels Steckmuffen miteinander verbunden sind. Die maximale Nutzfallhöhe beträgt etwa 130 Meter. Darunter versteht man die Höhendifferenz zwischen der Wasserspiegellage der Talsperre und der Einlaufstelle des Wassers in die Turbine, abzüglich eines Anteils für Reibungsverluste in der Rohrleitung und den Armaturen. Die Rohrleitung kann ein Wasservolumen von 100 Litern pro Sekunde fördern.

Die höchste elektrische Leistung, die im Endausbau erzeugt werden kann, beträgt 1000 Kilowatt (KW). Dazu sind zwei Maschinensätze, bestehend aus einer Turbine und einem Generator, mit einer Leistung von jeweils 500 KW vorgesehen. Vorerst ist jedoch nur ein Maschinensatz installiert. Der zweite Maschinensatz wird eingebaut, wenn die Durchflußmenge den Betrieb



einer weiteren Turbine wirtschaftlicher macht. Die von dem Kleinwasserkraftwerk erzeugte elektrische Energie wird in das örtliche 10 KV - Netz der VSE eingespeist. Bei einer durchschnittlichen Durchflußmenge von 5,3 Millionen Kubikmetern Wasser pro Jahr können etwa 1,4 Millionen Kilowattstunden erzeugt werden.

In der Energieversorgung dienen Speicherkraftwerke in erster Linie der Deckung des schwankenden Strombedarfs. Leider kann der Speicher der Talsperre Nonnweiler das Wasser nicht dem schwankenden elektrischen Bedarf entsprechend abgeben, sondern liefert sein Wasser so, wie die Industrie Brauchwasser benötigt. Die Stromerzeugung aus dem Kleinwasserkraftwerk kann daher nur theoretisch den Bedarf von etwa 300 Haushalten sicherstellen.

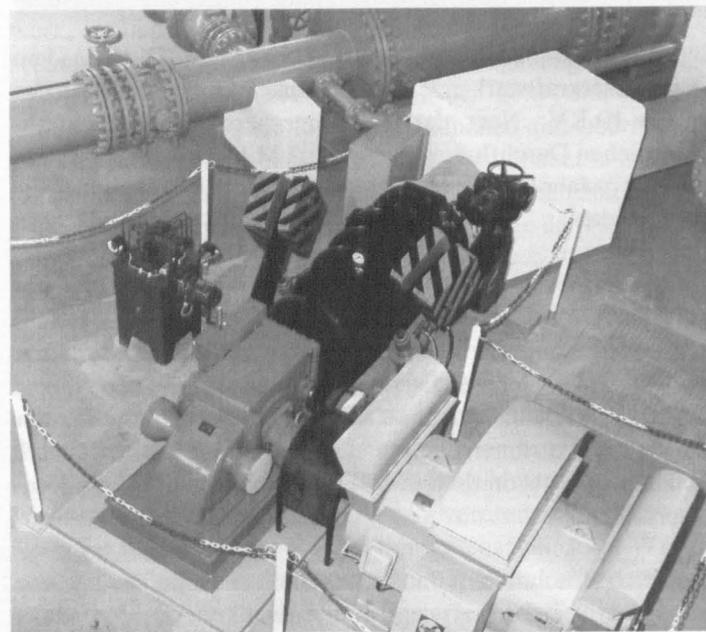
Noch eine Besonderheit unterscheidet diese kleine Anlage von den großen Speicherkraftwerken, und zwar konnte aufgrund der

topographischen Gegebenheiten das bei solchen Druckrohrleitungen übliche Wasserschloß nicht eingerichtet werden, da hierfür ein Bauwerk mit einer Höhe von weit mehr als 50 Metern erforderlich gewesen wäre. Ein solches Wasserschloß ist, vereinfacht ausgedrückt, ein großer Ausgleichsbehälter, in dem Druckstöße ausgeglichen werden, die durch das Schließen und Öffnen der Rohrleitung entstehen. Umfangreiche Druckstoßberechnungen des Instituts für Wasserbau der TU Karlsruhe waren notwendig, um die auftretenden technischen Probleme zu lösen. Die Ergebnisse dieser Druckstoßberechnungen mußten bei der Auslegung der Turbinenanlage berücksichtigt werden.

Die Steuer- und Regeleinrichtungen des Kleinkraftwerkes sichern einen vollautomatischen wärterlosen Betrieb der Anlage. Das Kraftwerk wird von einer elektrischen Steuereinrichtung automatisch an- und abgefahren. Den An- und Abfahrtbefehl erhält das Kraftwerk über eine Fernsteuerung von der Warte der Talsperre Nonnweiler aus.

Turbine mit Generator

Foto: VSE



Der vollautomatische Betrieb des Kleinkraftwerkes wird möglich durch die Überwachung aller wichtigen Anlagenteile. Die Überwachungseinrichtungen verhindern bei Unregelmäßigkeiten oder Störungen an den Antrieben, den Lagern der Maschinen, der Eigenbedarfsversorgung usw. das Anfahren. Falls notwendig, setzen sie das Kraftwerk außer Betrieb, bevor größere Schäden entstehen.

Bei kurzzeitigem Spannungsausfall im Verteilernetz, beispielsweise verursacht durch Gewitterstörungen, wird nach Wiederkehr der Netzspannung das Kraftwerk automatisch wieder angefahren. Störungen des Kraftwerks meldet eine zur Talsperrenleitung gehörende Fernwirkanlage an die Warte der Talsperre Nonnweiler. Parallel dazu erfolgt eine Meldung über die Fernwirkanlage der Umspannanlage Alsweiler zur ständig besetzten VSE-Netzsteueranlage in Saarwellingen. Die Anlagen des Kleinkraftwerkes werden im wesentlichen durch turnusmäßige Sichtkontrollen und Abschmieren der Turbinen- und Generatorlager gewartet. Betreut wird das Kraftwerk von der VSE-Betriebsstelle in St. Wendel.

Die Gesamtinvestitionen belaufen sich beim Einbau von zwei Maschineneinsätzen auf rund 1,25 Millionen DM. Davon entfallen etwa 25 Prozent auf die Schaltanlagen mit den Transformatoren. Der größte Anteil der Investitionen - etwa 57 Prozent - entfällt auf die Turbinen bzw. die Generatoranlage, wobei die Bypaßleitung und Armaturen mit einbegriffen sind. Die Einrichtungen zum vollautomatischen Betrieb der Turbinen sowie der Regelungs- und Überwachungseinrichtungen machen nur drei Prozent der Gesamtkosten aus.

Mit dem Bau des Kleinwasserkraftwerkes in Gronig hat die VSE nachdrücklich bewiesen, daß sie als Dienstleistungsunternehmen für Energie und Umwelt bereit ist, jede ökologisch und technisch sinnvolle Chance zur Förderung regenerativer Energien zu nutzen.

Quelle:

Sonderdruck der VSE : Kleinwasserkraftwerk Oberthal - Gronig, Vereinigte-Saar-Elektrizitätswerke-AG, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Herstellung: Ottweiler Druckerei und Verlag GmbH (o. J.)

Das Hospital St. Wendel

Eine alte Einrichtung geht neue Wege

Von Klaus Kunz

Das Hospital St. Wendel ist eine Stiftung des privaten Rechtes und als korporatives Mitglied dem Deutschen Caritasverband angeschlossen. Seit über 500 Jahren prägt sie das soziale Geschehen des Kreises und der Stadt St. Wendel entscheidend mit. Der Stiftungsauftrag aus dem Jahre 1455 sieht die Gründung eines ewigen Spitäles „Zur Aufnahme und Pflege armer, elender Personen, welche einen unbescholtenen Lebenswandel und ein Alter von 60 Jahren hatten, als Kirchliche Stiftung“ vor.

Diese Aufgabenstellung für eine ganz bestimmte Gruppe von notleidenden Menschen ist die Ausgangslage für das Wirken dieser Stiftung seit ihrer Gründung; das Ausrichten und das Angebot ihrer Hilfen orientiert sich seit jeher auf ganz bestimmte Zielgruppen der Gesellschaft. Es waren immer notleidende Menschen, die im jeweiligen geschichtlichen Zeitabschnitt am meisten der Hilfe bedurften. Dieses zielgruppenorientierte Arbeiten und Wirken war für die Verantwortlichen des Hospitalen Anspruch und Verpflichtung zugleich.

Das Hospital hat im Laufe der Jahrhunderte unter Beweis gestellt, daß es in der Lage war, sozialpolitischen Problemen wirksam mit entsprechenden Angeboten und Hilfen zu begegnen. Aufbauend auf den jeweiligen Erfahrungen wurden Hilfeformen verbessert und weiterentwickelt. Aus dem „Heim“ entwickelte sich ein modernes soziales Dienstleistungszentrum.

Gerade auch das Arbeiten sozialer Einrichtungen wird in der heutigen Zeit mehr denn je von wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmt und geprägt. Sie lassen den hilfsbedürftigen Menschen in einem anderen Licht erscheinen. Es gibt z. B. nicht mehr den alten hilflosen Menschen, sondern den alten Menschen mit der Alzheimer Krankheit, dem Parkinson-Syndrom, mit seniler Demenz usw.

Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse sind jedoch nur dann nützlich, wenn sich Hilfeformen daran orientieren, sich von der Prävention zur Rehabilitation entwickeln.

Einrichtungen können nur dann auch glaubwürdige Arbeit leisten, wenn ihren Hilfsangeboten fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde liegen und verantwortungsbewußt mit diesen umgegangen wird.

Diese Tatsache erfordert von Institutionen im Bereich der Sozialpolitik Offenheit zu Neuem, Flexibilität und Risikobereitschaft insbesondere in den Fällen, wo tradierte Hilfen in Frage gestellt und neue Wege gegangen werden. Das Hospital wird sich dieser Herausforderung und Notwendigkeit auch weiterhin stellen.

Kindergarten und Kinderkrippe

Von Marianne Backes

Der Kindergarten

Die geschichtliche Entwicklung des Hospital-Kindergartens „St. Wendelin“ geht auf die Jahre 1875 und 1912 zurück. Die das Hospital leitenden Borromäerinnen übernahmen 1912 die „Kinderbewahrschule“ von den Franziskanerinnen, die diese seit 1875 geführt hatten.

Der Hospitalkindergarten St. Wendelin gehört heute zu den größten Vorschuleinrichtungen des Landkreises St. Wendel. In den sechs altersgemischten Gruppen werden 150 Kinder im Alter von 3 - 6 Jahren von qualifiziertem Fachpersonal betreut.

Die Räumlichkeiten und das Außenspielgelände sind den Bedürfnissen dieser Altersgruppe bestens angepaßt. Seit Jahren bietet das Hospital flexible Öffnungszeiten (ab 7.30 Uhr) an, um der Arbeitszeit von berufstätigen Eltern bzw. Elternteilen gerecht zu werden. Auch den besonderen Problemen der Aus- und Übersiedler konnte Rechnung getragen werden. Seit 1988 besteht eine sogenannte „Über-Mittag-Betreuung“ bis die Eltern



Die Kinder des Kindergartens auf dem neu gestalteten Spielgelände.

In der Kinderkrippe herrscht reges Treiben, wie hier beim Tanzen



der Kinder ihre Sprachkurse beendet haben. Das neueste Angebot von 50 Ganztagsplätzen komplettiert das zeitliche Betreuungsspektrum. Die Integration von Kindern aus anderen Ländern und Kulturen, insbesondere von Aus- und Übersiedlerkindern, wird im Hospitalkindergarten mit viel Fachverstand und Sensibilität gewährleistet.

Die Kinderkrippe

20 Kinder im Alter von 6 Wochen bis 3 Jahren finden in der Hospitalkinderkrippe Pflege und pädagogische Betreuung. 1988 war die Kinderkrippe vom Regionalcaritasverband Schaumberg-Blies im Rahmen eines Betreuungskonzeptes für Aus- und Übersiedler ins Leben gerufen worden. 1989 übernahm das Hospital diese Aufgabe und richtete eigene, vorbildlich gestaltete und eingerichtete, Räumlichkeiten her. Insbesondere alleinerziehende Berufstätige nehmen diese Tageseinrichtung in Anspruch, um ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit umfassend betreut und versorgt zu wissen.

Der Jugendhilfebereich des Hospitals

Von Ernst R. Ollinger

Heimerziehung ist eine Förderung junger Menschen außerhalb der Ursprungsfamilie. Sie war früher häufig angezeigt bei Ausfall der Erziehungspersonen, z.B. durch Tod, oder wenn das Elternhaus nicht mehr in der Lage war, die Erziehung der Kinder sicherzustellen. Von der Historie her gesehen hatte Heimerziehung den Auftrag, Familie zu ersetzen.

Heute wird in erster Linie die familiäre soziale Situation als ursächlich für die Unterbringung im Heim angesehen. Die Unterbringung erfolgt durch die zuständigen Jugend- und Sozialbehörden. Der familiäre Hintergrund bestimmt immer mehr die Arbeit, die Konzeption und die Struktur der Heimerziehung. Dadurch entwickelte sich das Hospital zu einem Verbundsystem verschiedener sozialpädagogischer Hilfeformen. Die Erziehung der im Hospital betreuten Kinder und Jugendlichen geschieht nach den Erkenntnissen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik,



Spiel und Freizeit sind Bestandteil der pädagogischen Arbeit im Hospital St. Wendel.

unter besonderer Berücksichtigung individueller Persönlichkeitskonzepte.

Die verschiedensten Hilfeformen für Kinder und Jugendliche sind im Jugendhilfebereich des Hospitales zusammengefaßt. Dieser besteht aus einem stationären, teilstationären und ambulanten Angebot.

Der stationäre Bereich umfaßt die Angebote, in denen Kinder im Hospital leben. Dazu zählen im einzelnen 4 hausinterne Wohngruppen, 6 Außenwohngruppen, verteilt in den einzelnen Gemeinden des Landkreises (Alsweiler, Marpingen, Oberthal, Freisen, Remmesweiler und St. Wendel) mit jeweils 9 Kindern und Jugendlichen, 4 sozialpädagogischen Fachkräften, sowie einer Hauswirtschaftskraft, ferner eine Jugendwohngruppe mit 3 Plätzen, ein heilpädagogisches Pflegenest mit 3 Plätzen und eine Jugendschutzstelle mit 6 Plätzen für kurzzeitige Unterbringung aufgegriffener oder hilfeschuchender Kinder und Jugendlicher. Die Erziehung erfolgt in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen.

Dem genannten Bereich ist auch „Betreutes Wohnen“ angegliedert, eine Betreuungsform zur Verselbständigung junger Menschen nach der „Heimerziehung“, für die eine Entlassung in die eigene Familie aus den verschiedensten Gründen nicht mehr in Frage kommt.

Der teilstationäre Bereich besteht aus fünf Tagesgruppen, in denen Kinder nur tagsüber bis abends betreut werden. Es werden in der Regel Schulkinder aufgenommen und die Betreuung erfolgt wohnortnah.

Die Tagesgruppen befinden sich in St. Wendel, Wiebelskirchen (zwei Gruppen), Neunkirchen und Lebach.

Der ambulante Bereich besteht aus dem Berufsbildungsangebot für den Arbeitsamtsbezirk Neunkirchen und wird in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung für junge Menschen in dieser Region angeboten. Die Ausbildung erfolgt in den Berufsbildern Hauswirtschaft, Maler/Lackierer, Gartenfachwerker und Schreiner.

Zu diesen Bereichen zählt ebenso die Sozialpädagogische Familienhilfe, die in Kooperation mit dem Jugendamt St. Wendel angeboten und durchgeführt wird. Das Angebot umfaßt ebenfalls Erziehungsbeistandschaften in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Jugendämtern des Saarlandes. Diese Maßnahmen sollen die Erziehungsfähigkeit der Familie unterstützen und fördern und die Einleitung teilstationärer sowie stationärer Maßnahmen erübrigen.

Die aufgezeigten Bereiche machen eine in den letzten Jahren geänderte Sicht des Problems Heimerziehung deutlich. Es findet eine stärkere Sichtweise der Zusammenhänge zwischen den Problemen einzelner junger Menschen und den Herkunftsfamilien statt. Auch aus diesem Grunde haben sich in den letzten Jahren die Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld gewandelt. Durch die Erkenntnisse der Sozialwissenschaft, durch die geänderten gesellschaftlichen Anforderungen und die Einführung teilstationärer und ambulanten Hilfeformen, wird die Arbeit „im Heim“ nicht mehr als „famili-

enersetzend“ sondern als „familienergänzend“ charakterisiert. Dies reicht von Elternkontakten über Elternarbeit bis hin zur Familientherapie. Erziehung und Sozialpädagogik im Hospital verstehen sich als eine Hilfe für Kinder, Eltern und Familie.

Der Altenhilfebereich des Hospitals

Von Engelbert Schreiner

Der Grundstein für das heutige Altenhilfezentrum in der Oberstadt von St. Wendel wurde vor 30 Jahren durch den Neubau eines Altenwohn- und Altenpflegeheimes mit 100 Plätzen gelegt. Heute verfügt das Hospital über einen für das Saarland modellhaften Altenhilfebereich mit einem differenzierten Angebot, das sich an den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen älterer Menschen orientiert.

Traditionsgemäß steht die wohnortnahe Versorgung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Vordergrund sowie das Bestreben, die Selbständigkeit möglichst lange zu erhalten und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder hinauszuschieben. Hierzu gehört die Bereitstellung möglichst vieler Alternativen zum Heimaufenthalt, um den Verbleib der hilfebedürftigen älteren Menschen in der eigenen Wohnung oder bei Angehörigen zu sichern.

Aus diesen Leitlinien entwickelte sich ein Dienstleistungszentrum mit 143 Altenwohn- und -pflegeheimplätzen, einem Sozialtherapeutischen Dienst, 10 Kurzzeit- und 16 Tagespflegeplätzen, einem Mobilien Rehabilitationsdienst und anderen ergänzenden Bereichen. Das Wohnen in der Institution bedeutet, daß jeder ältere Mensch über ein Einzelzimmer, das er sich nach eigenem Geschmack einrichten kann, verfügt und auch bei schwerster Pflegebedürftigkeit in der ihm gewohnten Umgebung verbleiben kann, da es keine Trennung zwischen Wohnen und Pflege gibt. Qualifiziertes Personal sichert eine optimale Versorgung.



Wohnen im Altenhilfezentrum des Hospitals mitten in St. Wendel bedeutet eine hohe Lebensqualität auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit.

Der eigene begleitende sozialtherapeutische Dienst, der die pflegerische Arbeit ergänzt, erweitert und vervollständigt, hat das Ziel, dem Abbau geistiger und körperlicher Fähigkeiten entgegenzuwirken. Die primäre Aufgabe, die Selbständigkeit zu erhalten bzw. zu fördern und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, gilt auch für die neuen Bereiche „Tages- und Kurzzeitpflege“.

Als eine der ersten Altenhilfeeinrichtungen im Saarland bietet das Hospital St. Wendel seit über einem Jahr insgesamt 26 Plätze in der Kurzzeit- und Tagespflege an. Hier werden ältere pfe-

gebedürftige Menschen und ihre Angehörigen tatkräftig unterstützt, in der eigenen Wohnung zu verbleiben und eine frühzeitige stationäre Unterbringung zu vermeiden.

Zu den Hauptaufgaben dieses neuen Angebotes gehören die intensive Entlastung der pflegenden Angehörigen, die Einleitung bzw. Weiterführung rehabilitativer Maßnahmen, die Nachsorge und die Sicherstellung der Rückkehr in die häusliche Umgebung nach einem Krankenhausaufenthalt. Die Tagespflege als erstes Angebot dieser Art im Saarland versteht sich als notwendiges Bindeglied zwischen der stationären und ambulanten Versorgung. Diese neuen Formen der Altenhilfe haben deutlich gemacht, wie dringend notwendig eine Entlastung für viele pflegende Angehörige ist und daß weitere Hilfen geschaffen werden müssen, um den Verbleib älterer Menschen im häuslichen Bereich zu sichern.

Gedächtnistraining (in der Tagespflege) ist eine wichtige Voraussetzung zum Erhalt der geistigen Fähigkeiten.



Zur Umsetzung dieses Zieles hat das Hospital einen weiteren Schritt unternommen. Seit Oktober 1991 bietet das Hospital im Rahmen eines Modellprogrammes des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung einen Mobilien Ergotherapeutischen und Sozialpflegerischen Rehabilitationsdienst an. Eine Ergotherapeutin und eine Krankenschwester tragen mit diesem Dienstleistungsangebot dazu bei, daß pflegebedürftige ältere Menschen z. B. nach einem Krankenhausaufenthalt, einer Rehabilitations- oder Kurzzeitpflegemaßnahme wieder in ihre Wohnungen zurückkehren können.

Die Arbeit des Hospitalen ist auch künftig darauf gerichtet, in Zusammenarbeit mit den anderen Trägern der Seniorenarbeit, den älteren Menschen im Kreis St. Wendel außerhalb und innerhalb der eigenen Wohnung eine hohe Lebensqualität, auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit zu gewährleisten.

Die St. Wendeler Mundart

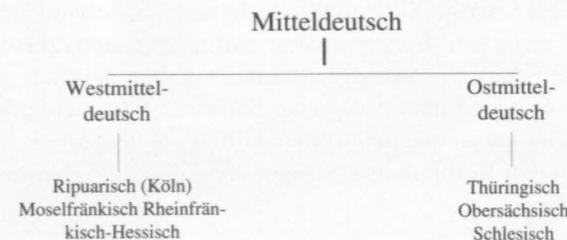
Von Uwe Krämer

Als Anfang Januar diesen Jahres in der Saarbrücker Zeitung über meine Arbeit an einem Wörterbuch des St. Wendeler Dialektes berichtet wurde, war ich sehr überrascht und natürlich hoch erfreut über die starke positive Resonanz seitens der Einwohner St. Wendels und des Kreises. Für die deutsche Dialektwissenschaft ist der St. Wendeler Mundartraum einerseits relativ unbekannt und unerforscht, andererseits aber als Übergangsbereich zwischen den beiden großen Dialektgruppen Moselfränkisch und Rheinfränkisch von großem Interesse.

Bevor ich nun näher auf Mosel- und Rheinfränkisch und natürlich insbesondere auf das „St. Wendlerische“ eingehe, möchte ich einen kurzen Abriss über die gesamtdeutsche Dialektlandschaft geben, in welcher unser Dialekt ja eingebettet ist. Man unterscheidet großräumig zwischen NIEDERFRÄNKISCH, aus dem sich das Niederländische entwickelt hat, FRIESISCH, NIEDERDEUTSCH, MITTELDEUTSCH und OBERDEUTSCH. Die niederdeutschen Dialekte erstrecken sich grob gesagt über den ganzen norddeutschen Raum, vom Westfälischen im Westen über das Brandenburgische bis zum Vorpommerschen an der polnischen Grenze. Niederdeutsch sprach man daneben noch in Hinterpommern und in Ostpreußen (das sogenannte „Niederpreußische“). Die oberdeutschen Dialekte werden gegliedert in Ostfränkisch (etwa zwischen Stuttgart und Bamberg), in Alemannisch und in Bairisch-Österreichisch. Das Alemannische schließt sowohl die schwäbischen Mundarten des Stuttgarter Raums, das Elsässische als auch die Hoch- und Höchstalemanische Dialekte in der Schweiz ein.

Für uns St. Wendeler ist jedoch der mitteldeutsche Dialektraum maßgebend, den ich im Folgenden kurz schematisieren möchte: Unsere heimische Mundart St. Wendels und der St. Wendeler Stadtteile liegt nun gerade auf der Grenze zwischen Moselfränk-

kisch und Rheinfränkisch. Mitteldeutsch, genauer gesagt der Grenzraum zwischen Hessisch und dem Ostmitteldeutschen mit Zentrum um Meißen ist aber auch Entstehungsgebiet der neu-



hochdeutschen Schriftsprache. Man erkennt also, daß St. Wendlerisch und Hochdeutsch dem gleichen Dialekt-Großraum entstammen. Dies ist auch der Grund, warum unser Dialekt näher mit Hochdeutsch verwandt ist als z. B. die Dialekte von Hamburg, Wien oder Zürich. Mundartgrenzen sind jedoch nicht scharf gezogen. Der Übergang von einer Mundart zur anderen erfolgt vielmehr gestaffelt. Es kann lediglich sein, daß an einigen Dialektgrenzen diese Staffelung sehr weit gefächert ist, an anderen Grenzen sehr eng. Im St. Wendeler Raume liegt eine äußerst enge Staffelung der Grenzen zwischen Mosel- und Rheinfränkisch vor; fast alle wichtigen Grenzlinien (=Isoglossen) beider Dialektgruppen verlaufen mitten durch das Stadtgebiet (d. h. Kernstadt und Stadtteile). Demzufolge ist der St. Wendeler Dialekt als Grenzdialekt typisch und, gerade weil so viele Grenzlinien hier zusammentreffen, sprachwissenschaftlich von großem Interesse.

Was unterscheidet nun Moselfränkisch von Rheinfränkisch? Es ist vor allem die Verbreitung lautlicher Entwicklungen einzelner häufig vorkommender Wörter, anhand derer Mundartgrenzen

gezogen werden und durch welche sich Dialekte voneinander unterscheiden. Für unser Gebiet kommen vor allem folgende Wortpaare zur Unterscheidung Moselfränkisch - Rheinfränkisch in Frage:

Moselfränkisch	Rheinfränkisch	Hochdeutsch
dad, wad, ed	das, was, es	das, was, es
èich	ich	ich
dòu	duu	du
mèich, dèich, sèich	mich, dich, sich	mich, dich, sich
òuch, òuer	èich, eier	euch, euer
dihr	ihr, ehr	ihr (Mehzahl)
uus	óns	uns
Kõrf	Kõrb	Korb
nõu	nèi	neu
ich hanner vier	ich hann vier	ich habe vier (Stück)
Naad	Naachd	Nacht
nèischd	niggs	nichts

Sowohl die rheinfränkischen als auch die moselfränkischen Formen kommen im St. Wendeler Dialekt vor, wobei sie zum Teil auf einzelne Stadtteile beschränkt sind. Beispielsweise sind Kõrf und dihr nur noch vereinzelt in den westlichsten, am meisten moselfränkischen Stadtteilen, nämlich Bliesen und Winterbach vertreten.

Die wichtigste Grenzlinie ist die dad-das-Linie; diese verläuft dergestalt, daß zum dad-Gebiet die Stadt und die Orte Alsfassen-Breiten, Bliesen, Winterbach, Urweiler und St. Wendel zählen, wobei die Kernstadt selbst heute eher als Mischgebiet anzusehen ist, da die Verbreitung von „dad“ zugunsten „das“ stark zurückgeht. Die übrigen Stadtteile Remmesweiler, Oberlinxweiler, Niederlinxweiler, Werschweiler, Dörrenbach, Saal, Niederkirchen, Marth, Bubach, Osterbrücken, Hoof und Leitersweiler gehören dem das-Gebiet an. Der gesamte übrige Landkreis gehört mit Ausnahme von Schwarzerden zum dad-Gebiet.

Man darf jedoch den St. Wendeler Dialektraum nicht zweiteilen in einen eher moselfränkischen Unterdialekt und einen eher

rheinfränkischen. Alle Formen beider Dialektgruppen vereinigen sich hier im Stadtgebiet zu einer einzigen Mundart, einer Art Übergangs- oder Grenzdialekt, wo sich zwei große Dialekträume überlappen und weswegen im Grunde unsere Sprache keiner der beiden Gruppen direkt zugeordnet werden kann. Diese besondere Lage beschert unserer Mundart eine große Formenvielfalt, da nicht nur Formen beider Dialektgruppen auftreten, sondern durch Vermischung und andere Faktoren eigene typisch St. Wendeler Weiterentwicklungen entstanden sind. Zu diesem letzten Punkte möchte ich eine kurze Übersicht geben, aus der ersichtlich ist, wie sich zwischen zwei großen Dialektblöcken in St. Wendel eigene „Zwischenformen“ entwickelt haben.

Moselfr.	St. Wendel	Rheinfr.	Hochdeutsch
Gruuf	Gruuw	Gruub	Grube
geschrief	geschriew	geschrieb	geschrieben
(ich) mached	(ich) macheds	(ich) makes	(ich) mache es
(ich) machened	(ich) machend/ machens	(ich) makes	" "
Vuul	Vool/Vóchel	Vòchel/ Voochel	Vogel
lossen	lósse/lõnn	lasse	lassen
Koor	Kôôre	Korn	Korn

Am deutlichsten ist der Übergangs- und Mischcharakter an den beiden oberen Beispielen zu erkennen: der Entwicklung '-be(n)' am Wortende zu '-f' im Moselfränkischen und zu '-b' im Rheinfränkischen entspricht in St. Wendel die Entwicklung zu '-w' (welches jedoch immer mehr durch '-b' ersetzt wird oder ist).

Im Folgenden möchte ich nun einige Besonderheiten der St. Wendeler Sprache aufzeigen und diese, wenn möglich, dem Rheinfränkischen Dialekt Saarbrückens gegenüberstellen, da dieser mir sehr geläufig ist und weil die Saarbrücker Mundart immer wieder fälschlich als Musterbeispiel des „Saarländischen Dialektes“ angesehen wird.

Es wird in der deutschen Dialektwissenschaft oft und gerne behauptet, mitteldeutsche Dialekte seien besonders arm an Vokalen (Selbstlauten) und Konsonanten (Mitlauten). Daß diese Aussage viel zu pauschal ist und nicht auf jeden mitteldeutschen Dialekt angewandt werden kann, beweist gerade unsere Mundart, die nicht nur fast alle Laute (Phoneme) des Hochdeutschen kennt, sondern darüber hinaus auch solche, die im Hochdeutschen und anderen Dialekten nicht vorkommen. Auf einige lautliche Besonderheiten will ich eingehen, da sie typisch sind für die St. Wendeler Sprache. Sehr auffällig sind für Sprecher anderer saarländischer oder auch pfälzischer Dialekte die langen Diphthonge (Zwielaute) 'aai' und 'aau'.

Im Saarbrücker Dialekt kommen alle beiden Laute nicht vor, auch im Hochdeutschen nicht. Die hochdeutschen Wörter Ei, zwei, (er) haut, Mai, schreien, Schleier oder auch Heu haben in St. Wendel das lange 'aai' und lauten demzufolge Aai, dswaai, (èr) haaid, Maai, schraaie, Schlaaier, Haai; hochdeutsche Wörter wie z. B. Auge, Frau, taugen, kauen, hauen, verdauen, genau oder auch wieder Heu haben in unserer Sprache langes 'aau'. Sie lauten daher in St. Wendel Aau, Fraau, daaue, kaauue, haauue, verdaauue, genaau, Haau.

Südlich unseres Landkreises bis nach Saarbrücken hin sagt man 'Au, Fraa, daache, kaue, haue, verdaue genau'. 'Fraa' (Frau) ist jedoch schon im Stadtgebiet vertreten und zwar in den Stadtteilen Ober- und Niederlinxweiler, Dörrenbach, Werschweiler und den Stadtteilen des Ostertales. Es sind dies gerade diejenigen Stadtteile, die am meisten rheinfränkisch beeinflusst sind.

Eine weitere lautliche Besonderheit ist die Tatsache, daß zumindest im älteren St. Wendeler Dialekt zwischen 'ai' und 'èi' (ähn-

ai	èi	au	òu
Laib	Lèib	Dau	dòu
(Laib)	(Leib)	(Tau)	(du)
Mais	Mèis	Schaumbärbch	Schòum
(Mais)	(Mäuse)	(Schaumberg)	(Schaum)
dsaie	dsèie	Audo	òus

(zeigen)	(zeugen)	(Auto)	(aus)
haiser	Hèiser	rauche	bròuche
(heiser)	(Häuser)	(rauchen)	(brauchen)
graische	grèische	rauue	ròuh
(kreischen)	(heulen)	(rauben)	(rauh)

lich wie im Englischen 'day') und zwischen 'au' und 'òu' unterschieden wird. Lediglich die Stadtteile Bliesen, Winterbach, Alsfassen-Breiten, Urweiler, St. Wendel, Remmesweiler und Oberlinxweiler kennen diese beiden Unterscheidungen. Die übrigen Stadtteile machen diese Differenzierung nicht, es gibt dort nur den Laut 'ai' bzw. den Laut 'au'. Man kann dort lautlich also nicht unterscheiden zwischen 'Mais' und 'Mäuse' bzw. zwischen 'Tau' und 'du', da jeweils beide Wortpaare gleich klingen, nämlich 'Mais' (es empfiehlt sich für diese Orte die Schreibung mit 'ei', also 'Mais') und 'Dau'.

In jüngerer Zeit vollzieht sich jedoch in allen Stadtteilen und allen anderen Orten unseres Landkreises, wo ai und èi, au und òu unterschieden werden, ein Lautwandel, wobei au und òu zu ai und èi zu ai zusammenfallen. Es findet also eine Angleichung an die südlicheren Dialekte und ans Hochdeutsche statt. In der Kernstadt St. Wendel ist dieser Wandel nahezu vollzogen, nur noch wenige Leute, meist ältere, differenzieren zwischen ai und èi bzw. au und òu.

Eine besondere Eigenheit unseres Dialektes, die seiner Rolle als Übergangsmundart gerecht wird, ist das Vorkommen des w-Lautes am Wortende, so wie etwa im französischen élève oder im englischen to give. Das Hochdeutsche kennt am Wortende diesen Laut nicht, ebenso fast alle saarländischen Dialekte nicht. An dieser Position haben die rheinfränkischen Mundarten b, die moselfränkischen f. W am Wortende entstand praktisch an der Grenzlinie zwischen beiden Dialektgebieten.

Wie in allen Orten, die w am Wortende kennen, so wird auch im Dialekt von St. Wendel w immer stärker durch b ersetzt, wodurch St. Wendel dem Rheinfränkischen näherrückt. Meiner Generation und den noch jüngeren ist diese Erscheinung praktisch unbekannt.

Einige Beispiele:

älterer Dialekt	jüngerer Dialekt	Hochdeutsch-
schrèiw!	schrèib!	schreibe! ge-
schriew	geschrieb	geschrieben
Schdääw	Schdääb	Stäbe
Kérw	Kérb	Kirmes
geschdôr	geschdôrb	gestorben
Leew	Leeb	Löwe
Heew	Heeb	Hefe
Hoow	Hoob	Hoof (Stadtteil)
Schwalw	Schwalb	Schwalbe
daaw	daab	tau
Buschdaaw	Buschdaab	Buchstabe
Schèiw	Schèib	Scheibe
mêrw	mêrb	mürbe
Dseh	Dsehb	Zehe

Aber auch in der jüngeren Mundart wird b wieder zu w, wenn z. B. eine Endung angehängt wird, z. B.:

schrèib!	schrèiwem!	(schreibe! schreibe ihm!)
Dsehb	Dsehwe	(Zehe, Zehen)
mêrb	mêrwer Daich	(mürbe, mürber Teig)

Die Aufzählung lautlicher Besonderheiten der St. Wendeler Sprache möchte ich beschließen mit der Behandlung eines Merkmals, das für Sprecher anderer saarländischer Dialekte wohl eines der auffälligsten ist. Es handelt sich hierbei um den sogenannten RHOTAZISMUS (von der griechischen Bezeichnung 'rho' für r). In der Sprachwissenschaft bedeutet Rhotazismus der Wandel eines Lautes zu r; bezogen auf den St. Wendeler Dialekt meint Rhotazismus den Wandel von dialektalem d (entspricht hochdt. d oder t) zu r (z. B. Flaade zu Flaare (Fladen)) und in geringerem Ausmaße von dialektalem s zur r (z. B. uusem zu uurem (unserem)). Der Rhotazismus, sofern er Wandel von d zu r meint, ist eine Erscheinung, die sich von unserem Gebiet über das gesamte Hunsrückgebiet erstreckt; der St. Wendeler Dialekt ist demnach der südlichste Ausläufer des Rhotazismusgebietes. Den Rhotazismus gibt es im gesamten Kreis St. Wendel und z. T. in angrenzenden Gemeinden der Nachbarkrei-

se, so vor allem in Eppelborn, ist aber mit Ausnahme fast ausgestorbener Reste im Saar-Pfalz-Kreis - im Saarland unbekannt.

Hat das Gebiet des Wandels d zu r eine recht große Verbreitung nördlich unseres Kreises bis über den Hunsrück, so ist der Wandel s zu r eine reine St. Wendeler Erscheinung und in anderen rhotazierenden Dialekten unbekannt. Zwei Stadtteile von St. Wendel, nämlich Oberlinxweiler und Niederlinxweiler, haben den Rhotazismus ebenfalls nicht. Doch hat sich dort statt dessen ein wesentlich seltener vorkommendes Phänomen entwickelt, der sogenannte LAMBDAZISMUS (von griechisch Lambda für L). Das bedeutet, in beiden Orten haben sich d und s nicht zu r sondern zu L weiterentwickelt. (Lambdazismus gibt es übrigens noch in den Mundarten um Ensheim).

Beispiele:

a)

d-Form	r-Form	l-Form	Hochdeutsch
Oöder	Oörer	Oöler	Ader
Bruuder	Bruurer	Bruuler	Bruder
Schaade	Schaare	Schaale	Schaden
biede	biere	biele	bieten
rèide	rèire	rèile	reiten
hadder	harrer	haller	hat
lèid er	lèir er	lèil er	liegt er
huddich	hurrich	hullich	hatte ich
wad ich	warr ich	wall ich	was ich
e gudder	e gurrer	e guller	ein guter
mèddem	mèrrem	mèllem	mit dem;mit ihm

b)

s-Form	r'-Form	l-Form	Hochdeutsch
greeser	greerer	greeler	größer
bèsser	bèrrer	bèller	bis er
dasser	darrer	daller	das er; daß er
lössed	lòrred	lòlled	laß es
mèsse	merre	melle	müssen
móss ich	mórr ich	móll ich	muß ich
wääs ich	wäär ich	wääll ich	weiß ich
èsser	èrrer	èller	ist er

used	uured	uuled	unseres
òusem	òurem	òulem	aus dem, aus ihm

Es ist sinnvoll, im St. Wendeler Dialekt „ursprüngliches“ r von dem aus d bzw. s entstandenen r zu unterscheiden. Viele Dialektsprecher sprechen beide r-Arten verschieden aus, und auch bei der Flexion/Beugung der Verben ist es sinnvoll, beide r-Arten auseinanderzuhalten, wie Beispiel einer Verbflexion mit „normalem“ r(1) und mit r(2) aus dialekt. d:

- r(1) schiere - ich schiere - er schierd - de schierschd
(schüren - ich schüre - er schürt - du schürst)
 (2) biere - ich biere - er biedd - de biedschd
(bieten - ich biete - er bietet - du bietest)

Während das „normale“ r immer erhalten bleibt, wird jedes r (2) wieder zu d bzw. zu s, wenn direkt ein weiterer Mitlaut/Konsonant folgt (wie in: de biedschd) oder wenn es am Wortende steht (wie in: er bied).

Nach der Behandlung bedeutender Lautmerkmale der St. Wendeler Sprache, möchte ich noch auf einige grammatische Besonderheiten unseres Dialektes eingehen. Dazu zählt unter anderem der Umlaut in der 2. und 3. Person Einzahl bei der Verbflexion. Das Hochdeutsche kennt diesen Umlaut auch z. B.

laufen - er läuft, fangen - du fängst,
aber auch
brechen - er bricht.

Viele Dialekte des nördlichen Saarlandes kennen diesen Umlaut bei Verben, natürlich in unterschiedlicher dialektaler Prägung. Die Anzahl umlautender Verben ist im St. Wendelerischen außergewöhnlich hoch, höher als in Nachbardialekten und auch höher als im Hochdeutschen. Die Dialekte des südlichen Saarlandes, wie z. B. Neunkirchen, Homburg, Saarbrücken, kennen diese grammatische Erscheinung nicht.

Andere St. Wendeler Verben haben den Umlaut aus der 2. und

<u>St. Wendel</u>	<u>Saarbrücken</u>	<u>Hochdeutsch</u>
blòöse - er blèèsd	blòöse - er blòòsd	blasen - er bläst
brèche - er brichd	bresche - er breschd	brechen - er bricht
draan - er dreed	draan - er draad	tragen - er trägt
èsse - er issd	esse - er essd	essen - er ißt
fahre - er fehrd/fihrd	fahre - er fahrd	fahre - er fährt
frèsse - er frissd	fresse er fressd	fresse - er frißt
fròde - er frèèd	fròde - er fròdd	fragen - er fragt
	fròde er	geben - er gibt
gènn - er gibbd/gifft	genn - er gebbd	halten - er hält
halle - er hèlld	halle - er halld	holen - er holt
hòlle - er hilld	hoole - er hoold	hauen - er haut
haaue - er haaid	haue - er haud	kommen - er
kómme - er kémmmd	kumme - er kummd	kommt
laafe - er lääfd	laafe - er laafd	laufen - er läuft
lònn - er lissd	lasse - er lassd	lassen - er läßt
lòsse - er lissd	lasse - er lassd	lassen - er läßt
mache - er michd	mache - er machd	chen - er macht
rèffe - er riffd	raffe - er raffd	raffen - er rafft
ruufe - er rièfd	ruufe - er ruufd	rufen - er ruft
saan - er sääd/seed	saan - er saad	sagen - er sagt
sòufe - er sèifd	saufe - er saufdma	saufen - er säuft

3. Person Einzahl in alle Formen übernommen, so z.B.

wèsche - èr wèschd	waschen - er wäscht
gille - ed gilld	gelten - es gilt
fèlle - èr fèlld	fallen - er fällt
(aber er èss gefall, (er ist gefallen))	
fènge -er fèngd	fangen - er fängt
(aber: èr hadds gefang/geföng, er hat es gefangen)	
schmildse - ed schmildsd	schmelzen - es schmilzt

Ähnlich wie das Hochdeutsche besitzt auch die St. Wendeler Sprache Verben, die den sogenannten Rückumlaut bei Mittelwörtern/Partizipien haben. Diese grammatische Erscheinung ist den Dialekten südlich St. Wendels (praktisch schon ab Ottweiler) unbekannt. Im Hochdeutschen haben Rückumlaut z. B. brennen - gebrannt, nennen - genannt u. a.. In den moselfränkischen

Dialekten ist der Rückumlaut sehr häufig. Saarbrücken, als Vertreter der rheinfränkischen Gruppe, kennt den Rückumlaut nicht. Beispiele:

a) Verben, die auch im Hochdeutschen Rückumlaut haben:

<u>St. Wendel</u>	<u>Saarbrücken</u>	<u>Hochdeutsch</u>
brènnè - gebrannt	brenne - gebrennt	brennen- gebrannt
kénne - kónnd	kinne - gekinnt	können - gekonnt
dèngge - gedaachd	dengge - gedenggd	denken - gedacht
kènne - kannnd	kenne - gekennd	kennen - gekannt
meene - gemòònd	meesche - gemeeschd	mögen - gemocht
nènne - genannnd	nenne - genennd	nennen - genannt
dêrfe - gedórfd	dirfe - gedirfd	dürfen - gedurft
rènne - gerannnd	renne - gerennd	rennen - gerannt
wènne - gewannnd	wenne - gewnnd	wenden - gewandt
wisse - gewóschd	wisse gewissd	wissen - gewußt

b) Verben, die im Hochdeutschen keinen Rückumlaut haben:

<u>St. Wendel</u>	<u>Saarbrücken</u>	<u>Hochdeutsch</u>
heere - gehoord	heere - geheerd	hören - gehört
hidde - gehudd	hiede - gehied	hüten - gehütet
schidde - gschudd	schidde - geschidd	schütten - geschüttet
wärfe - gewórfd	werfe - geworf	werfen - geworfen
wille - gewólld	wolle - gewolld	wollen - gewollt
wêrje - gewórch	wirsche - gewischd	würgen - gewürgt

Während in Gruppe a) der St. Wendeler Rückumlaut in seiner Existenz gestärkt wird durch die Tatsache, daß diese Verben auch in der hochdeutschen Schriftsprache Rückumlaut haben, sind die Rückumlaute aus Gruppe b) in ihrem Fortbestehen stark gefährdet, da diese nicht durch hochdeutsche Entsprechungen gestützt werden. Zu schidde/schirre (schütten) gibt es noch eine seltene Nebenform schudde/schurre, in welcher sich das u des Rückumlautes von geschudd in allen Verbalformen durchgesetzt hat. Obwohl es noch wesentlich mehr Besonderheiten des

St. Wendeler Dialektes gibt, möchte ich dieses Thema beschließen, um von der Arbeit und der Problematik, ein St. Wendeler Wörterbuch zu schreiben, zu berichten.

Was ist das Ziel dieser Arbeit? Ganz sicher nicht soll und wird es eine „Kuriensammlung“ sein mit lustigen St. Wendeler Wörtern „auf Platt“ oder Redewendungen, über die man schmunzeln kann und sagen mag: „jòd, esoo hammer aach frieher émmèr gesaad!“ Es soll ein modernes Wörterbuch sein auf sprachwissenschaftlicher Basis, jedoch für jedermann verständlich und interessant; ein Buch das versucht, unseren Dialekt, die Sprache, wie sie tagtäglich im St. Wendeler Raume gesprochen wird, zu erfassen.

Alles, was in St. Wendel von Mundartsprechern gesprochen wird, ist St. Wendeler Dialekt und gehört folglich in ein solches Wörterbuch. Wir St. Wendeler sind ja keine Relikte aus alter Zeit, die nur ureigene Wörter wie Gròbbeere (Kartoffeln), Bèddsaaièr (Löwenzahn), Parrablie (Regenschirm), Grèhnaau (Hühnerauge) oder Schdambes (Kartoffelpürrè) sagen; wir leben im ausgehenden 20. Jahrhundert und verwenden zwangsläufig auch moderne Wörter wie Attoom (Atom), Kadòffele (Kartoffeln), Blanned (Planet), Brèssedènd (Präsident) oder Drèèning (Training). Welche Sprache tut dies nicht? Es ist gang und gäbe, daß Sprachen einander Wörter entlehnen, auch die hochdeutsche Schriftsprache tut dies, vornehmlich aus dem Englischen. Selbst typische Mundartwörter wie Schèsslòng (Sofa) oder Lambrie (Fußleiste) sind französischen Ursprunges. Dürften Wörter wie Attoom, Blanned oder Drèèning nicht im St. Wendeler Wörterbuch stehen, weil es nun eben nicht typisch St. Wendeler Wörter, ja nicht einmal typisch saarländische, so dürften 'Atom' und 'Training' auch nicht im Duden stehen, denn typisch hochdeutsch sind sie auch nicht, 'Atom' ist griechischen, 'Training' englischen Ursprungs.

Außerdem ist es klar, daß zwei Sprachformen wie das St. Wendelerische und das Hochdeutsche, welche demselben Dialektgroßraum (Mitteldeutsch) entstammen, einander nicht total unähnlich sein können. Wäre jedes der über 30.000 Begriffe meiner Mundartsammlung ein Wort, das es im Hochdeutschen

nicht gäbe, wäre der Unterschied zwischen Hochdeutsch und dem St. Wendeler Dialekt größer als zwischen Hochdeutsch und Italienisch.

Geographisch umfaßt das St. Wendeler Wörterbuch die Kernstadt St. Wendels und alle Stadtteile. Natürlich unterscheiden sich die Dialekte der Nachbargemeinden des Kreises nicht so stark, daß das Wörterbuch dort keine Geltung mehr hätte. Nur konnten auf spezielle Formen einzelner Orte außerhalb St. Wendels wie Balterweiler oder Alsweiler nicht eingegangen werden, so interessant diese auch gewesen wäre, da es schon sehr schwierig war, das gesamte Stadtgebiet zu erfassen.

Daher lege ich trotz des weiter oben gesagten auch großen Wert auf das Aufspüren, Erfassen und Bewahren alter Wörter, alter grammatischer Formen und Redewendungen, die vom Aussterben bedroht sind, wie z. B. Naróngskuh - Milchkuh, èr hadd gekich - er hat gekeucht, de Märg - der Markt, ääm di Määning saan - jemanden die Meinung sagen.

Ich hoffe, dadurch ein stärkeres Bewußtsein für den Wert und auch die Schönheit unserer Sprache zu wecken, welches bei uns leider nicht so sehr ausgeprägt ist wie etwa bei den Schwaben, Bayern oder gar Schweizern. Ich hoffe, daß mein Buch das Fortbestehen unseres Dialekts sichern hilft. Vielleicht kann es dazu beitragen, längst „abgelegte“ Wörter, Redewendungen oder Aussprachevarianten wieder zu gebrauchen, und vor allem junge Leute ermutigen, veraltet geglaubte Formen wieder aktiv zu verwenden. Die Arbeit an einem Dialektwörterbuch besteht nicht allein aus dem Sammeln und Notieren von Wörtern oder Redensarten. Wie für jede Sprache muß auch für die unsrige eine Orthographie geschaffen werden. Eine effektive Orthographie auf der Basis des vorherrschenden Lautsystemes. Für mich war das Ziel bei der Erstellung der St. Wendeler Orthographie eine Schreibweise, aus der einerseits direkt die Aussprache eines Wortes erkannt werden kann, aber andererseits eine gewisse Nähe zur üblichen hochdeutschen Schreibweise zu halten, an welche wir ja gewöhnt sind. Deshalb wird z. B. langes i nicht wie in vielen Dialektschriften als 'ii' sondern wie im Hochdeutschen jeweils mit 'ie' oder mit 'ih' geschrieben, z. B. 'Bien'

(Biene), 'ihr' (ihr). Auch die Wortendung '-er' wird als 'er' geschrieben, obwohl sie eher wie kurzes a oder in manchen Orten wie kurzes ä klingt; aber auch im Hochdeutschen wird '-er' fast wie a ausgesprochen. Mußte ich jedoch wählen zwischen lautlich genauer Wiedergabe und hochdeutscher Schreibgewohnheit, wurde der lautlich präzisieren Wiedergabe der Vorzug gegeben.

Da unser Lautsystem wesentlich vielfältiger als das hochdeutsche ist, gibt es nicht genug Einzelbuchstaben für die St. Wendeler Orthographie; deshalb muß auf einige diakritische Zeichen wie z. B. Akzente zurückgegriffen werden.

Im Folgenden möchte ich einige Beispiele in St. Wendeler Orthographie anführen:

jagen - jaae, jääe
bügeln - biele, bichele
nirgends - nêrjends, nêrnnds, nêains
ärgern - äärjere, aiere
Partei- Padèi
plagen - blaae, blòde
Nudeln - Nuddele, Nurrele, Nul.le
imstande- émschdann
Blatt - Bladd, Blaad
Zeiger - Dsaaier
durcheinander - dōinanner
Handtuch-Hannduch
Weigerung - Waaieróng
Predigt - Bréddich, Brérrich, Breedichd
Eiche - Aich
Pfau - Fau, Pòd
taufen - daafe, dääfe
Ziegel - Dsichel, Dsiel
Krüge - Griech, Grich, Grie
Farbe - Faarb, Färb, Färw
räumen - rèime, ròume
Horn - Hòrn, Hòrre
gekauft - kaaf, kaafd kääf kääfd
Gruppe - Gróbb

Regen - Rään, Rèèn
Pferd - Päärd
montags - mòndaas, mòndes, mèendes
bräuchte - brèichd, brichd, brieichd
zehn - dsehn, dseh, dsehe
selbst - sèlbschd, sebbschd
morgens - môrjens, môrns, môins, môains, môôridds
Schaf - Schòdōf

Man sieht an einigen der Beispiele, daß einige Formen sehr vom hochdeutschen Schreibgebrauch abweichen. Aber primär soll ja die Basis unserer Orthographie nicht das Hochdeutsche sein, sondern die genauestmögliche Wiedergabe der Aussprache. Es ist nicht immer damit getan, einfach zu den entsprechenden Mundartwörtern eine Ein-zu-Eins-Übersetzung ins Hochdeutsche zu geben. Oftmals gibt es verschiedene Bedeutungsnuancen, und manchmal läßt sich ein Wort gar nicht einfach ins Hochdeutsche übertragen. Als Beispiel soll unser Wort 'nòmmò' dienen. Die direkte Übersetzung lautet 'noch mal, noch einmal'. Diese Bedeutung hat unser 'nòmmò' zwar, doch übernimmt das Wort in St. Wendel auch die Funktion des hochdeutschen Wortes 'wieder'. Sagt man z. B. „es ist wieder kalt geworden“ oder „er ist wieder da“, so heißt das in St. Wendel "ed èss nòmmò kald gènn" bzw. „èr èss nòmmò dòdò“. Für 'wieder mal' heißt es dann bei uns 'mò nòmmò, z. B. „es hat wieder mal geregnet“ ist in St. Wendel „ed hadd mò nòmmò gerèènd“. Eine wörtliche Übersetzung von 'mò nòmmò' als 'nochmal' bringt keinen Sinn.

Ein Wörterbuch kann aber nicht allein nur Übersetzungen oder Worterklärungen bieten. Auch grammatische Details müssen aufgezeigt werden. Zum Beispiel muß Hauptwörtern/Substantiven eine Mehrzahlform/Pluralform zugeordnet werden. Oftmals entsprechen hochdeutsche und St. Wendeler Mehrzahlbildungen einander wie z. B. 'Dach - Dècher' (hochdeutsch: Dach - Dächer); zuweilen gibt es im St. Wendeler Dialekt besondere Mehrzahlformen zu einzelnen Wörtern wie z. B. ed Gefach - die Gefacher (das Gefach - die Gefächer), de Daach - die Daae, die Dääch (der Tag, die Tage) die Naachd - die Naachde (die Nacht

- die Nächte),) ed Määde/Määre - die Määd (das Mädchen - die Mädchen), de Schlaach - die Schlää, die Schlèèch, die Schlèè (der Schlag - die Schläge; die ältere Mehrzahlform 'Schlee' bedeutet heute 'Prügel'), de Waan - die Wään (der Wagen - die Wagen), de Oowe - die Oowe (der Ofen - die Öfen). Dann ist es wichtig, dem jeweiligen Wort sein grammatisches Geschlecht zuzuordnen. Dabei gibt es oft Unterschiede zwischen dem Hochdeutschen und unserer Sprache.

Logisch läßt sich meistens ein einem Wort zugeordnetes grammatisches Geschlecht nicht erklären; jahrhundertealte Sprachgewohnheiten legten diese Zuordnungen fest, in verschiedenen Gegenden in unterschiedlicher Weise. Selbst heute gibt es im Hochdeutschen Wörter, die noch zwischen mehreren Geschlechtern schwanken.

Einige Beispiele unterschiedlicher grammatischer Geschlechter im St. Wendeler Deutsch und im Hochdeutschen:

Di Schaal	der Schal	de Bèndsien	das Benzin
de Daal	das Tal	die Bach	der Bach
de Gloo	das Klo	die Hawwer	der Hafer
de Kisse	das Kissen	die Mill	der Müll
de Wieruss	das Virus	ed Schachd	der Schacht
de Fèdd	das Fett		
de Jógurd	das Joghurt		
de Bègge	das Becken		

Die Liste ließe sich noch um viele Beispiele verlängern. Bei Eigenschaftswörtern/Adjektiven ist es vor allem wichtig, unregelmäßige Steigerungsformen aufzuführen wie etwa 'groos - greeser - greeschd' (groß - größer - größt) oder 'ald - èller - èldsched' (alt - älter - ältest).

Oftmals verändert sich in der St. Wendeler Mundart der Wortstamm, wenn an manche Adjektive Endungen angehängt werden, während im Hochdeutschen der Stamm unverändert bleibt. Auch solche Veränderungen müssen im Wörterbuch festgehalten werden

z. B.
halb - e halwer Dëller
halb - ein halber Teller
richdich - richdije Sôôrje
richtig - richtige Sorgen
gudd - e gurrer/gudder Ròdd - ein guter Rat

Am vielfältigsten und auch am kompliziertesten sind Erscheinungsformen, die bei der Beugung/Konjugation der St. Wendeler Verben auftreten. Diese Vielfalt möchte ich ohne weitere Erklärung anhand des Wortes 'siehn' (sehen) darstellen:

siehn - sehen
ich siehn - ich sehe
de sischd, de sichd - du siehst
sische, siche - siehst du
sije! - siehste!
ër sidd - er sieht
sirrèr (sidder) - sieht er
mer siehn - wir sehen
siehmer - sehen wir
ër siehn - ihr seht
siehner - seht ihr

gugg! - sieh! (eine dialektale Befehlsform 'sieh' kommt nur in einigen Redewendungen wie 'sieh mò aan', 'sieh mò gugg' vor; ansonsten werden ersatzweise die Formen des Verbs 'gugge' (sehen, schauen) für die Befehlsform verwendet).

guggen! - seht!
gesiehn - gesehen
gesiehner Aaue - zusehends
ich sèhng - ich sähe, ich würde sehen
ich hanns gesiehn kómme - ich habe es kommen sehen

Die obigen Beispiele zeigen deutlich, als wie vielfältig sich eine Wortform erweisen kann; besonders interessant sind dabei die im schnellen Sprechen verwendeten „Verschleifformen“ wie etwa „dò hâichsaad“ - da habe ich gesagt (â ist nasales a), oder z. B. „dad kâimer dèngge!“ - das kann ich mir denken!, „ich hangemènd“ - ich habe gemeint/gedacht, „dann ed gudd“ - dann ist es gut.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich zum Schluß, daß ich sehr großen Wert darauf gelegt habe, Wörter und grammatische Formen, die nur in einem Stadtteil bzw. nur in bestimmten Stadtteilen St. Wendels auftreten, zu erfassen. Im Wörterbuch steht hinter einem solchen Wort oder einer solchen Form abgekürzt der Name des Stadtteiles, wo dieses Wort vorkommt, z. B.

Voole (Le., O.) /Leitersweiler, gesamtes Ostertal/statt Veel
sonst (Vögel)

(ge) dròffd (Le.) /Leitersweiler statt (ge) dröff sonst (getroffen)
Gèrrerèi (Re.) /Remmesweiler/statt Gallerèi sonst (Sülze)
Voolsbèrn (StW) /Kernstadt/statt Volskèrsch sonst (Vogelkirsche)

Hèisel (A.) /Alsfassen - Breiten/statt Tèischel sonst (Deichsel)
Beercher (U.) /Urweiler/ statt Ärbeere/ Eer (d)beere sonst (Erdbeeren)

Maansel (Ma.) /Marth/ statt Määsel/Maisel sonst (Meißel)
gemuschd (Wi.) /Winterbach/statt gemósched sonst (gemußt)
machend (O.) /Ostertalstadtteile/statt machen sonst (macht!)

Nachruf Emil Wagner

geb. am 29. November 1903 in Berschweiler
gest. am 24. Juli 1991 in Berschweiler
Von Günter Stoll

Am 24. 07.1991 starb der Realschuldirektor i. R. und Ehrenbürger der Gemeinde Marpingen, Emil Wagner.

Er wurde am 29.11.1903 in Berschweiler geboren. Nach dem Besuch der Volksschule besuchte Emil Wagner das Lehrerseminar zu Ottweiler, wo er am 26.04.1924 die erste Lehrerprüfung ablegte; zweite Lehrerprüfung: 1928.

Er wirkte zunächst an den Volksschulen in Wellesweiler und Stenweiler, dann ab 23.04.1925 an der Knabenmittelschule Saarbrücken. 1929 bestand er die Prüfung als Mittelschullehrer in Koblenz.

Von 1930 bis 1938 war Emil Wagner an der Mittelschule Oebisfelde in der Altmark eingesetzt. 1937 heiratete er die Lehrertochter Irene Böhler. Die drei Söhne des Ehepaares Wagner folgten - in beruflicher Hinsicht - den Spuren des Vaters, sie wurden Lehrer. Von 1938 bis 1940 war Emil Wagner als Lehrer in Marpingen bedienstet; danach kam er an die Hauptschule nach Sierck (Lothringen).

Von 1943 bis 1945 war Emil Wagner Soldat. Ab 1949 war er Bediensteter der Knabenmittelschule Saarbrücken. 1957 wurde er zum Direktor der Kreis-Mittelschule in Neunkirchen (später Kreisrealschule) ernannt. Beim Aufbau dieser Schule konnte er seine pädagogischen Fähigkeiten und die jahrelangen Erfahrungen auf dem Gebiete des Schulwesens einbringen. Mit großem Können und viel Idealismus baute er diese Schule mit seinem Kollegium auf. Mit der Gründung eines Schullandheimvereines schuf er die Grundlage zur Errichtung eines Schullandheimes in Berschweiler (1961). Dieses Haus wurde 1983 - anlässlich seines 80. Geburtstages - in „Emil Wagner Heim“ umbenannt.



Nach dem Kriege gehörte Emil Wagner zu den Gründungsmitgliedern des „Verbandes Saarländischer Lehrer“, der sich ein Jahr nach dem Saar-Referendum der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ anschloß. Er war in dieser Institution lange Jahre Vorstandsmitglied und ab 1952 Redakteur der „Saarländischen Schulzeitung“. Emil Wagner war darüberhinaus Vorsit-

zender der Fachgruppe „Realschule“ und Vertreter des Landes im Bundesfachgruppenausschuß Realschule der GEW. In den Gremien der Schullandheimbewegung war Emil Wagner auf Bundesebene noch bis 1991 tätig.

Emil Wagner war aber nicht nur im schulischen und schulpolitischen Bereich tätig, er fühlte sich auch seiner Heimat stark verbunden. So war er Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Heimat- und Verkehrsvereins Berschweiler und über mehrere Jahre Leiter der Außenstelle Berschweiler der Kreisvolkshochschule St. Wendel. In der „Saarbrücker Zeitung“ hieß es in einer Würdigung über Emil Wagner: „Seine ausgeprägte Liebe zur Heimat drückte sich aber auch in seinen unermüdlichen heimatgeschichtlichen Arbeiten aus. Er recherchierte und verfaßte eine Sippengeschichte über Berschweiler Familien und gab 1983 sein Buch „Berschweiler - eine Chronik“ heraus.“ Das Buch wurde bearbeitet von Emil Wagner im Auftrag der Gemeinde Marpingen. Die Gemeinde Marpingen ehrte ihren Mitbürger Emil Wagner „in Würdigung und Anerkennung seiner besonderen Verdienste“ durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts am 21.05.1983.

Emil Wagner war ein ruheloser Mensch, ein Lehrer, der bei Kollegen, Schülern und Eltern angesehen war, ein Mensch, der auch „Ecken und Kanten“ hatte.

Edith Preußker schreibt in der Verbandszeitung: „Erziehung und Wissenschaft im Saarland“ Nr. 8/9 1991: „Emil Wagner war ein streitbarer Kollege, er brauchte und suchte das Gespräch, er konnte überzeugen, aber sich auch überzeugen lassen. Sein Rat wurde gesucht von vielen Institutionen, auch als er längst im Ruhestand war. Er war ein geselliger Mensch, der aber auch die Stille und die Muße zu schätzen wußte. Bei aller Weltläufigkeit und Aufgeschlossenheit war er fest verwurzelt in der Berschweiler Erde.“

Zum letzten Geleit waren viele Menschen auf den Berschweiler Friedhof gekommen. Pädagogisches Können, verantwortungsbewußtes Handeln, Fleiß, Liebe zu seinen Schülern und zur Heimat und ein großes Maß an Mitmenschlichkeit sichern dem Realschuldirektor und Ehrenbürger Emil Wagner ein ehrendes Andenken.

Nachruf

Claus Recktenwald

geb. am 3. Januar 1926 in Oberkirchen

gest. am 4. Mai 1992 in St. Wendel

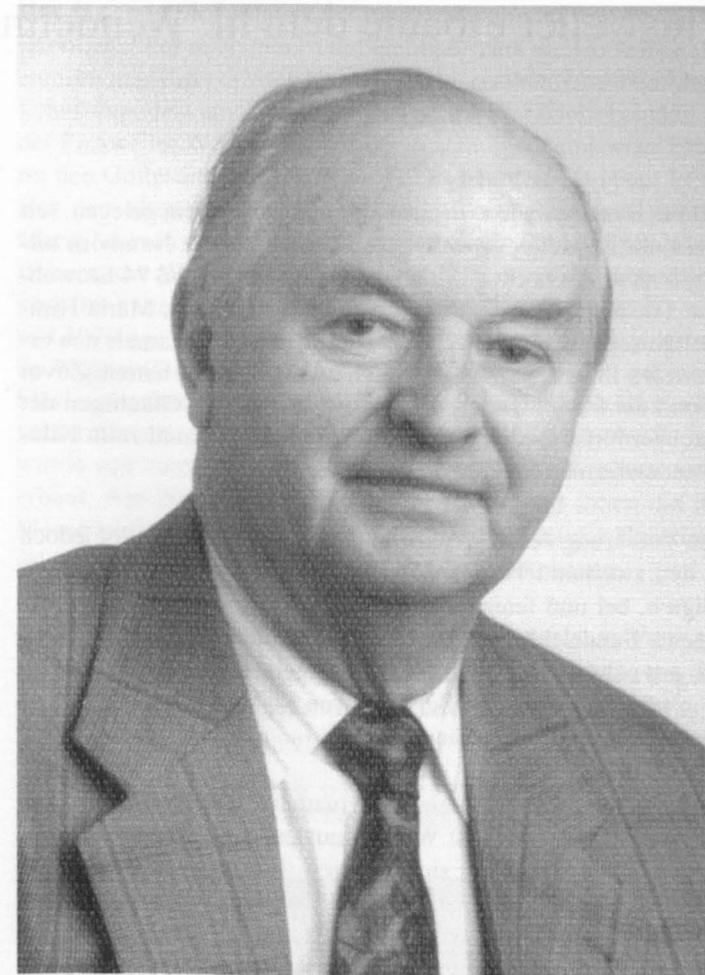
Von Bernhard Schumacher

„Das erste Heimatbild eines Kindes ist der ursprünglichste, tiefste und reinste Wesenskern aller Heimat. Er bleibt als wertvolles Besitztum als Mark unseres Lebens. Um die Gegenwart zu bewältigen, sollte man die Vergangenheit kennen, weil sie nachhaltig auf unsere Tage Einfluß nimmt.“ (Originaltext Claus Recktenwald anl. der Verleihung der Ehrenbürgerwürde).

Claus Recktenwald hat sich als Heimat- und Geschichtsforscher um das öffentliche Wohl der Gemeinde Freisen und hier im besonderen um das Wohl des Ortsteiles Oberkirchen verdient gemacht. Inspiriert zu seinem Wirken wurde Recktenwald von der Heimatliebe seines Vaters, der von 1904 bis 1936 Rektor der Schule in Oberkirchen war. So trug er in jahrzehntelanger mühevoller Kleinarbeit und in Kontakten mit anderen Heimatforschern historische Fakten seiner Heimat Stein um Stein zusammen.

Das Ergebnis seines Forschens und Sammelns, das Heimatbuch „Oberkirchen - eine heimatkundliche Zusammenstellung“, welches im Jahre 1985 erschienen ist, stellte Recktenwald seiner Heimatgemeinde kostenlos zur Verfügung. Aufgrund seiner Verdienste um die Historie Oberkirchens wurde der Chemie-Laborant i. R. Claus Recktenwald am 24. Mai 1986 zum Ehrenbürger der Gemeinde Freisen ernannt. Sein profundes Wissen um die Vergangenheit seines Dorfes machten ihn zu einem wertvollen Ansprechpartner für alle, denen die Heimatgeschichte nicht gleichgültig war.

Große Verdienste erwarb sich Recktenwald auch um die Gründung und Entwicklung der Oberkircher Karnevalsgesellschaft (OKG). Er gehörte 1947 zu den Gründungsmitgliedern und war lange Jahre ihr Vorsitzender. Zu dem aus Anlaß des 50jährigen



Jubiläums der Ostertalbahn 1987 erschienenen Buch „Chronik der Ostertalbahn“ (360 Seiten, Herausgeber: Dörrenbacher Heimatbund) steuerte Claus Recktenwald einen fundierten Artikel über Oberkirchen bei.

Durch sein Lebenswerk und sein Wirken für das örtliche Gemeinwesen hat sich Claus Recktenwald ein ehrendes Andenken verdient.

Pinsweiler erbaute dem hl. Wendelin eine Kapelle

Von Gerhard Weber

An der Bundesstraße zwischen Hofeld und Hirstein gelegen, seit 1974 mit Eisweiler einen Ortsteil der Gemeinde Namborn bildend, zählt Pinsweiler 1992, wie bereits 1949, bloß 74 Einwohner. Die Katholiken wurden 1953 nach Namborn, Mariä Himmelfahrt, eingepfarrt, nachdem sie seit 1792 zur damals neu errichteten Pfarrei St. Anna in Furschweiler gehört hatten. Zuvor waren die Furschweiler, die Pinsweiler wie die Gläubigen der Nachbardörfer in der Pfarrei St. Wendelin im rund zehn Kilometer entfernten St. Wendel eingepfarrt gewesen.

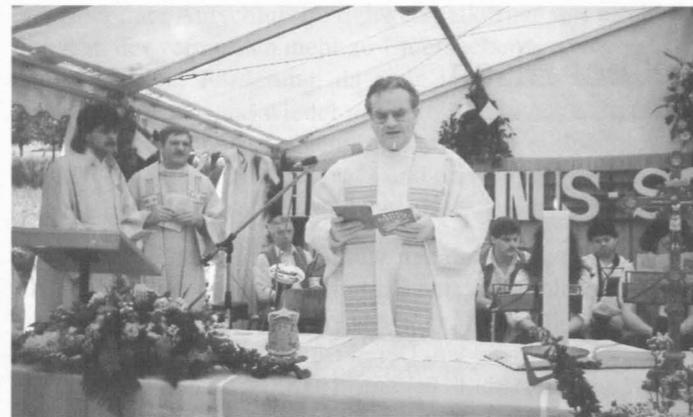
Die Verehrung des hl. Wendelin behielten die Pinsweiler jedoch in den zweihundert Jahren, die der pfarrlichen Ausgliederung folgten, bei und feierten alljährlich am 20. Oktober ihre dorfeigene Wendelskirmes. Aus dieser Tradition des Wendelin-Kultes erwuchs in der kleinen Dorfgemeinschaft der einmütige Wunsch, dem verehrten Schutzpatron St. Wendelin in Pinsweiler eine Flurkapelle zu bauen.

Deshalb wurde 1985 in einem Privathaus von Pinsweiler eine „Interessengemeinschaft Wendalinuskapelle Pinsweiler e. V.“ gegründet. Unter der zielstrebigsten Führung von Marlene Schneider und unter beharrlicher Förderung durch den Namborner Pfarrer Franz Schlemmer (1965 bis 1990), einen gebürtigen St. Wendeler, bereitete dieser erste Verein in der Pinsweiler Dorfgeschichte das Bauvorhaben vor und trieb es geschickt voran. Es gelang ihm, auch Anhänger und Förderer in der Nachbarschaft, in der Kreisstadt wie im Kreisgebiet zu gewinnen. Jährliche Kapellenfeste am Wendelstag, zunächst bis 1990 im ausgeräumten Geräteschuppen eines landwirtschaftlichen Anwesens gefeiert, danach in einem Festzelt, dienten der Finanzierung des Bauvorhabens. Nach dreijähriger Bauzeit war das vorbildliche Gemeinschaftswerk im Sommer 1992 dank hoher Eigenleistung und auswärtiger Unterstützung vollbracht. Pinswei-

ler besitzt erstmals in seiner Dorfgeschichte eine Kapelle und damit einen öffentlichen Versammlungsraum.

Der Kapellengrundriß in den Abmessungen fünf mal acht Meter stellt ein unregelmäßiges Achteck dar mit zwei größeren Längsseiten. An der Ostseite befinden sich drei rundbogige Chorfenster. Die Glasmalereien, neugotischen Vorlagen folgend, zeigen den Kapellenpatron als Schafhirten mit Heiligenschein zwischen einer Königsburg als Geburtsort und seiner Wallfahrtskirche als Begräbnisort. Auf die laut der Wendelslegende königliche Abkunft aus Schottland bezieht sich auch die stilisierte Lilie im Rundfenster an der Westseite. In den je zwei Chorfenstern an der Nord- wie an der Südseite sind in Form von Medaillons vier im Saarland vielverehrte Heilige abgebildet: Barbara und Elisabeth, Christophorus und Josef. Schließlich schmückt die westliche Innenwand ein als Lindenholz geschnitztes, an die Ikone der Gottesmutter von Wladimir (östlich von Moskau) erinnerndes

Westseite der Wendalinuskapelle mit Rundfenster und Eingangstür. - Blick auf Pinsweiler in Richtung Hirstein an der alten B 41.



Am 28. Juni 1992 zelebrierten im überfüllten Festzelt Pfarrer Werner-Schäfer, Namborn, Regionaldekan Alfred Becker, Neunkirchen, und P. Ernst Ziegler SVD, Missionshaus St. Wendel, die Festmesse.

Marienbildnis. Auch den schmucken Altartisch aus Oberkircher Eiche schnitzte Hermann Roos als Stiftung für die Kapelle. Sämtliche bemalten Buntglasfenster wurden von der Glasmalerei Kaschenbach in Trier entworfen und gefertigt. Finanziert wurden sie, wie die Festschrift berichtet, durch großzügige Einzelspender, darunter auch der Heimatverein St. Wendel.

Als am letzten Junisonntag der Kapellenneubau „In der Brunk“, am westlichen Dorfrand von Pinsweiler gelegen, durch den Namborner Ortspfarrer nach einem Dreiherrnamt im benachbarten Festzelt eingeseget wurde, nahm die Bevölkerung des Umlandes bis hin zur Wendelsstadt an diesem Ereignis teil. Während der dreitägigen Freudenfeier über die glückliche Vollendung des Sakralbauwerkes erwies sich der Kapellenheilige auch als Wetterpatron, indem er dem ganzen St. Wendeler Land sonniges Sommerwetter bescherte. Sogar der Trierer Weihbischof Dr. Alfred Kleinermeiert machte den Pinsweiler Kapellenbauern seine Aufwartung. Vom Festzelt aus ließ er sich, begleitet von Marlene Schneider, in der zweirädrigen Kutsche von Ludwig Brass, die dessen Shetlandpony „Lukas“ zog, neben dem wiederum die Ziege „Cilly“ lief, zur Wendalinuskapelle fahren, um dort dem Kapellenheiligen, dem Menschen-, Tier- und Naturfreund, seine Verehrung zu bekunden.

Um das erste Meßopfer in der neuen Kapelle zu Pinsweiler zu feiern, war der in Namborn auf Heimaturlaub weilende Brasilienmissionar Pater Alfons Hasenfratz ausersehen, und zwar zum Schutzengelfest am 2. Oktober, bevor am 17. Oktober anlässlich der Pinsweiler Wendelskirmes der zuständige Namborner Pfarrer den Gottesdienst hielt. Pater Alfons benutzte als erster Priester den alten Meßkelch, den die frühere Pfarrhauhalterin Maria Morsch und Ruhestandspfarrer Franz Schlemmer, beide Bliesen, der Wendalinuskapelle Pinsweiler am Einsegnungstag gestiftet hatten. Zwanzig Kapellen und 1.218 Familien betreut seit 1973 der Namborner Missionspater in seiner Pfarrei Alfredo Wagner (Diozese Florianopolis, Staat St. Catharina) auf einer Fläche, die fast doppelt so groß ist wie das St. Wendeler Kreisgebiet. Eine Kapelle darunter ist dem hl. Wendelin geweiht. Sie wurde von vierzig Familien in der Umgebung in Eigenleistung erbaut. Am 20. Oktober feiert Pater Alfons mit ihnen die hl. Messe zu Ehren des Kapellenpatrons und segnet die Haustiere seiner noch auf Eigenland wirtschaftenden Kleinbauern.

Die Pinsweiler Kapelle ist die jüngste von sechshundert Kapellen, die den Namen des großen Bauern- und Viehpatrons tragen, der in unserer Zeit immer mehr als Patron der bedrohten Schöpfung verstanden und angerufen wird.

Nach der Festmesse zogen die Gläubigen in langer Prozession zur Wendalinuskapelle, um an der Einsegnungsfeier teilzunehmen.

Fotos: privat



Die Technik der ehemaligen Schwerspatgrube „Korb“ bei Eisen

Von Gerhard Müller

Für die untertägige Gewinnung von Stoffen stellen sich grundsätzlich folgende Probleme:

- Zugang zum zu gewinnenden Material (Anlegen der Fahr- und Förderwege).
- Zufuhr von Atemluft und Abfuhr verbrauchter Luft (Bewetterung).
- Abführung von zutretenden Wässern (Wasserhaltung).
- Sicherung der Grubenbaue (Ausbau und Versatztechnik).
- Gewinnung des Materials (Lösen und Fördern).
- Zuführung von Energie.
- Beleuchtung.
- Untersuchung des Vorkommens.
- Stilllegung des Betriebs.

Wie diese Probleme gelöst werden, ist abhängig:

- Von Form und Inhalt des Vorkommens und der gesamten Geologie seiner Umgebung.
- Vom Zeitpunkt und den mit ihm verknüpften technischen Kenntnissen und Methoden.
- Von den finanziellen Möglichkeiten des Betreibers und dessen Einsichtsfähigkeit auch in technische Probleme.
- Von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Steuern, Förderprogramme, gesetzliche Vorschriften und damit verknüpfte Kosten) und allgemeinen Zeitbedingungen (Rohstoffpreise, Kriege)

Aus der Kombination all dieser Punkte stellt sich im Endeffekt jeder Bergbau als ein Objekt dar, das zwar zeittypisch schematisch bestimmten Kategorien zugeordnet werden kann, das aber im Detail durchaus unverwechselbaren eigenen Charakter besitzt.

1. Zeitlicher Rahmen

Das Schwerspatvorkommen wurde entdeckt beim Abbau von zersetzten, dolomitisierten Karbonatgesteinen des Devons, die vor allem als Eisen-Mangan-Mulme in der keramischen Industrie Verwendung fanden. Deren früheste Erwähnung liegt von 1912 vor. Der Abbau begann 1915. Schwerspat wird von LEPLA in einem Gutachten 1922 erwähnt. Der Beginn des Abbaus von Schwerspat ist nicht sicher bekannt; eingestellt wurde er im Jahre 1987.

In der Zeit bis Ende des 2. Weltkrieges war der Abbau von Schwerspat bescheiden und weitgehend auf den Tagebaubereich beschränkt. Erst nach dem 2. Weltkrieg beginnt der eigentliche Bergbau, so daß die Darstellung sich auf diesen Zeitraum konzentriert.

2. Fahrung und Förderung

2.1 Tagebau

Der Tagebau begann auf einer kleinen Verebnungsfläche, über die auch die Zuwegung erfolgte. Obwohl in der direkten Nachbarschaft das tiefeingeschnittene Eisbachtal einen söhligem Aufschluß ermöglicht hätte, kam ein solcher wegen fehlenden Wegen und Platz für Anlagen sowie zunächst erhöhter Investitionskosten nicht in Frage. Von Anfang an also mußte das Material aus dem Tagebau nach oben befördert werden. Dies erfolgte über eine Rampe mit Gleis, auf dem Loren durch einen Haspel (Seilwinde) hochgezogen wurden. Einzelheiten sind nicht bekannt, doch waren die Einrichtungen mit Sicherheit primitiv.

2.2 Tiefbau

Hier können zwei Abschnitte unterschieden werden:

- Vor Fertigstellung des Schachtes zur 6. Sohle.
- Nach Fertigstellung.

Der allererste Aufschluß im Schwerspatkörper war ein kleiner Schacht, der vermutlich mehr zu Untersuchungszwecken diente als zu längerer Förderung, da er ja im Förderprodukt selbst stand. Er verschwand wieder mit dem Abbau des Körpers. Der Aufschluß begann dann eigentlich erst mit dem Auffahren eines Schrägschachtes („Bremsberg“) und damit der gleichen Technik, die im Tagebau stattfand. Über eine geneigte Ebene wurden Loren mit einem Haspel hochgezogen oder abgelassen.

Die Technik hat Vor- und Nachteile:

a) Die Neigung ist so angelegt, daß auch die Befahrung möglich ist, das heißt die Bergleute gehen ohne weitere Hilfsmittel zu Fuß zur Arbeitsstelle.

b) Wegen der kleinen Neigung ist die durch die Maschine aufzubringende Kraft geringer als bei senkrechtem Heben. Zum Ausgleich wird jedoch ein entsprechend längeres Seil benötigt. Es konnten gleichzeitig mehrere Wagen gefördert werden, bei der späteren Schachtförderung immer nur einer.

c) Anfang und Endpunkt eines Bremsberges liegen weit auseinander. Lag der Anfang des ersten Bremsberges am NO-Ende des Körpers, so befand sich dessen Ende am SW-Ende des Körpers. Bei Weiterführen dieses Bremsberges in der gleichen Richtung wäre man also immer weiter vom Objekt des Abbaues weggekommen.

Es mußte daher ein neuer Bremsberg angelegt werden, jetzt aber in der Gegenrichtung. Oder man mußte mit einer söhligem Strecke zuerst bis zum anderen Ende des Körpers fahren, um dort dann einen Bremsberg anzulegen, der parallel zum ersten verlief.

So wurden nach und nach fünf Bremsberge angelegt.

Der Vorteil dieses Betriebes lag in den jeweils verhältnismäßig geringen Investitionskosten. Dagegen standen zwei wesentliche Nachteile:

a) Jeder neue Bremsberg bedeutete immer wieder gebrochene Förderung. Ideal ist eine ungebrochene Förderung, die mit

einem Transportmittel, einer Maschine und einem Bediener auskommt. Mit der Zahl der Bremsberge vergrößerte sich entsprechend die Zahl der Maschinen und des Personals. Hinzu kam am Ende noch die zweimalige söhligem Förderung mit Akkulokomotiven. Parallel zur Anlage immer weiterer Bremsberge ging der Anstieg der Löhne, so daß die Förderung immer teurer wurde und am Ende den ganzen Betrieb unrentabel machen mußte.

b) Je tiefer der Abbau über die Bremsberge wurde, desto tiefer mußte ein später zu bauender seigerer (senkrechter) Förderschacht werden, also auch immer teurer. Umgekehrt konnten dann dessen Kosten nur über einen immer kleineren Schwerspatvorrat erwirtschaftet werden.

Es war also der Zeitpunkt abzusehen, an dem die bisherige Fördertechnik den Betrieb unrentabel gemacht haben würde, gleichzeitig aber die nachgewiesenen Vorräte die Einführung einer besseren Fördertechnik nicht mehr wirtschaftlich zugelassen hätten.

Im Zusammenhang mit anderen Fragen und auf Betreiben des zuständigen Bergamts wurde endlich (1973) der Neubau eines Fahr- und Förderschachtes beschlossen.

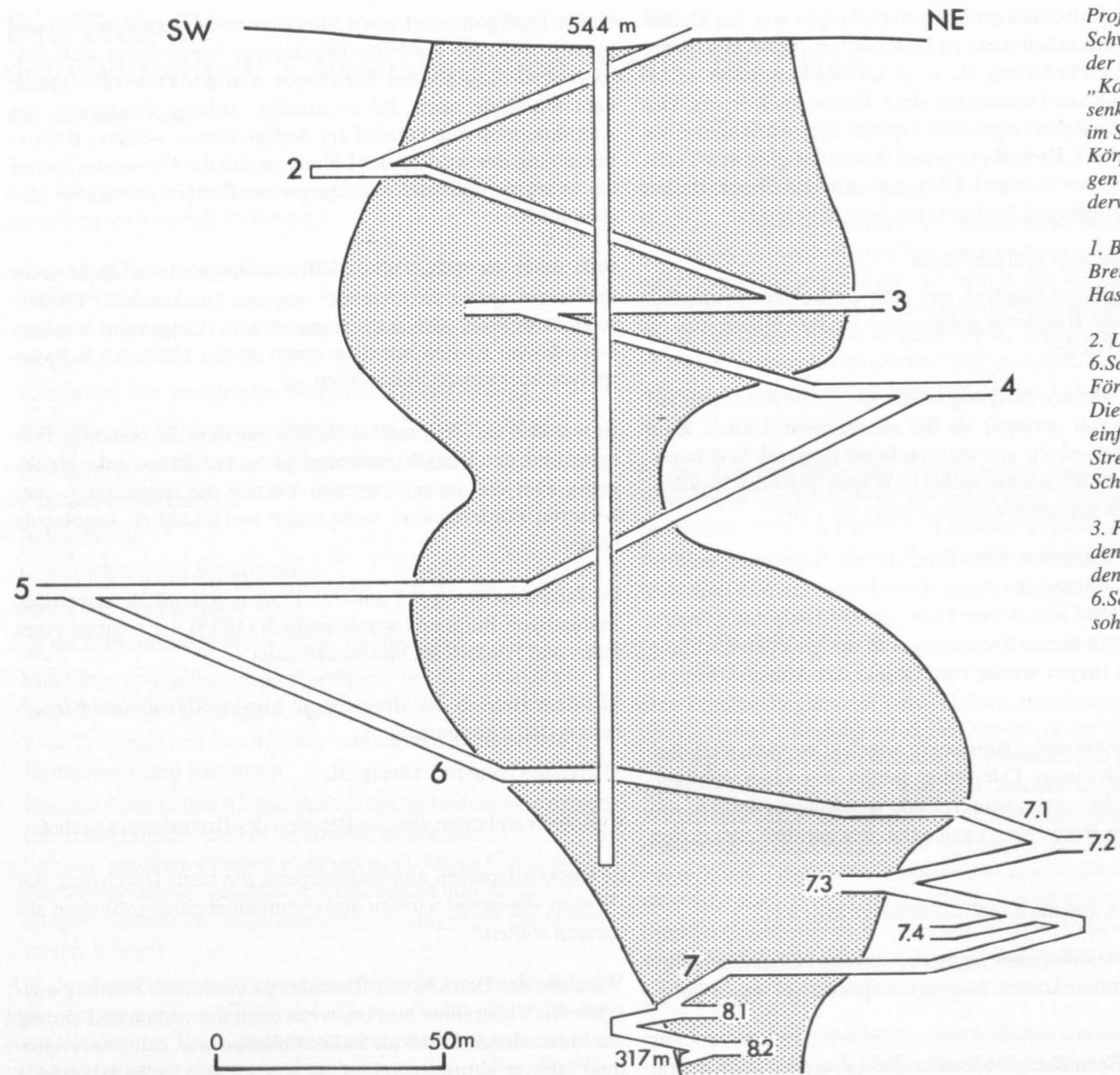
Mit dem Betrieb der Bremsberge hingen Signal- und Sicherheitssysteme zusammen:

a) Signalgebung mit Tonsignal.

b) Rote Warnlampe, die das Betreten des Bremsberges verbot.

c) Rücklaufsperrern aus Stahlträgern, die nach Durchgang der Wagen abgesenkt wurden und eventuell abgängige Wagen abfangen sollten.

Während des Betriebs der Bremsberge verlief die Fahrung ausschließlich über diese zu Fuß, wenn auch die verbotene Fahrung auf unbeladenen Loren nie auszuschließen war. Ein „Nebenprodukt“ dieser Körperertüchtigung war es, daß fußballspielende Bergleute über eine gute Kondition verfügten.



Projektion des Schwerspatkörpers der Grube „Korb“ auf eine senkrechte Ebene im Streichen des Körpers. Eingetragen sind die Förderwege:

1. Bis zur 6. Sohle Bremsberge mit Haspelförderung.

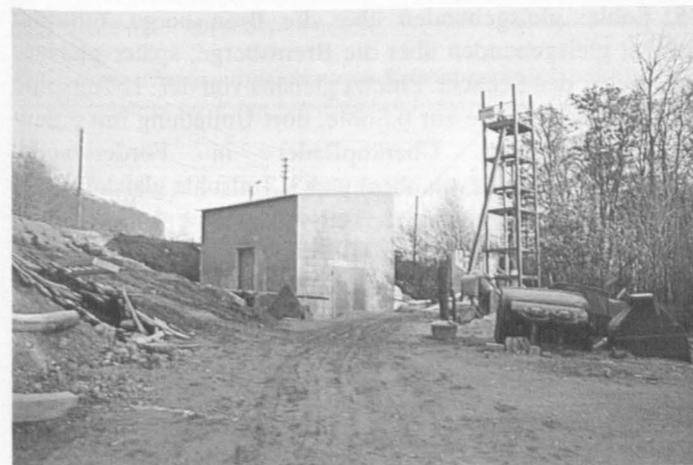
2. Unter der 6. Sohle gleislose Förderung mit Dieselladern über einfallende Strecken zum Schacht.

3. Förderung über den Schacht von den Füllörtern 6. Sohle und Teilsohle 7.2



Tagesanlage, Zustand um 1970. An die Gleisbrücke anschließend das Mahlwerk, dahinter Absack- und Versandanlage. In den flachen Schuppen Magazin (vorn) und Werkstatt (hinten). Im Hintergrund die Siloanlage.

Bauarbeiten am Fahr- und Förderschacht. Standort beim Mahlwerk. Links der Damm mit den Fördergleisen, ganz im Hintergrund (nicht erkennbar) hinter dem unfertigen Schachtgerüst das Mundloch des Bremsbergs. Im Vordergrund das Fördermaschinenhaus.



Der fertige Schacht bei der Einweihung. Der Füllort in Höhe des Dammes wurde später noch umkleidet.

Als zweiter Fluchtweg galt in dieser Zeit der Weg über Fahrten (Leitern) in Überhauen im Abbaubereich. Offen war weiter ein Wetterüberhauen außerhalb des Abbaubereichs, das jedoch ohne Fahrten war.

Mit dem Auffahren einer neuen Sohle wurde außerhalb des Abbaubereiches ein Wetterüberhauen ohne jegliche Einbauten angelegt bzw. verlängert. Dieses Wetterüberhauen war von Beginn an in einer Position angesetzt, in der auch ein Fahr- und Förderschacht sinnvoll war. Nach der Entscheidung zu dessen Bau nach Erreichen der 6. Sohle wurde das Wetterüberhauen zum Fahr- und Förderschacht ausgebaut.

Erste Voraussetzung dafür war der Bau des Schachtgerüsts und die Aufstellung der Fördermaschine. Als Fördermaschine kam ein Förderhaspel zum Einsatz, der bei der Stilllegung des Kalisalzbergwerks Buggingen (Baden) freigeworden war. Die Entscheidung war nicht ganz glücklich, da die zugehörige Seiltrommel nur eine Seillänge bis wenig unter die 6. Sohle zuließ. Weiter zeigte es sich, daß die Fördermaschine in Eisen bei einem Fördergut mit sehr hoher Dichte, also hohem Gewicht des gefüllten Förderwagens im Dauerbetrieb an die Grenze der Leistungsfähigkeit kam. Auch bei einer anderen Seiltrommel wäre keine tiefere Förderung möglich geworden.

In der Zeit des Schachtausbaues diente für die Führung und Materialförderung im Schacht selbst ein Förderkübel. Im Endausbau erhielt der Schachtquerschnitt eine einstöckige Gestellförderung (ein einziger Boden mit Schienen, auf die ein Förderwagen aufgeschoben werden kann), einen mit verzinkten Fahrten und Zwischenbühnen ausgerüsteten Fluchtweg und die Versorgungsleitungen für elektrische Energie und Telefon. Als Signaleinrichtungen lagen vor: elektrisches Anschlagssystem und ein mechanischer Schachthammer, der nur mit großer Kraftanstrengung einwandfrei zu bedienen war. Die Regelung von Führung und Förderung im Schacht entsprach dem Normalfall im Bereich des OBA (Oberbergamt) Saarbrücken.

Gleichzeitig mit dem Bau des Schachtes fiel für den Betrieb unterhalb der 6. Sohle die Entscheidung für eine Umstellung auf

gleislose und dieselbetriebene Förderung. Voraussetzung war dafür das Auffahren einer Rampe, wieder also einer einfallenden Strecke wie bei den Bremsbergen, jedoch ohne Gleisanlagen und mit geringerer Steigung, so daß sie mit Dieselgeräten befahrbar war.

Diese zum damaligen Zeitpunkt modernste Technik ist bei den verwendeten Geräten optimal ausgelegt für kürzere Strecken (100-200 m). Dieser Optimierung entsprach der Betrieb nur kurzzeitig. Aus ähnlichen Gründen wie beim Bremsbergbetrieb entwickelte sich auch dieser Betrieb bei immer längeren Förderstrecken bis zur Unwirtschaftlichkeit.

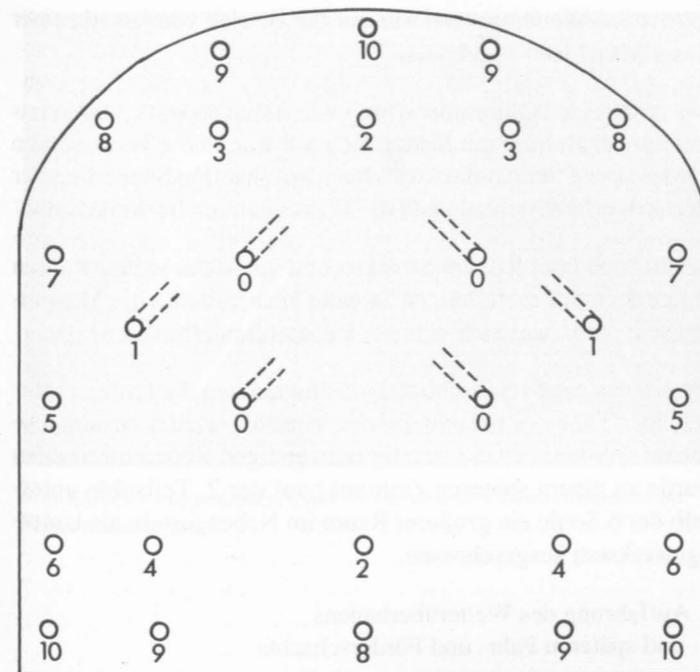
Eine Optimierung hätte zunächst das Weiter-teufen des Schachtes bis zur 7. Sohle verlangt. Ein Vollausschub von oben nach unten war von vornherein zu teuer und auch mit der vorhandenen Fördermaschine nicht möglich. So wurde zunächst die Rampe bis zur 7. Sohle aufgefahren und wie früher ein Wetterüberhauen hochgebrochen. Fehlende Vorräte unterhalb der 7. Sohle ließen einen wirtschaftlichen Ausbau des Schachtes bis zur 7. Sohle dann nicht mehr zu. Die technische Auslegung der Fördermaschine gestattete noch den Vollausschub des Schachtes bis zur zweiten Teilsohle unterhalb der 6. Sohle.

2.3 Übersicht über die Förderungstechnik

1.-5. Sohle: gleisgebunden über die Bremsberge. 6. Sohle: zunächst gleisgebunden über die Bremsberge, später gleisgebunden über den Schacht. Zuletzt gleislos von der 1. Teilsohle unterhalb der 6. Sohle zur 6. Sohle, dort Umladung mit einem druckluftgetriebenen Überkopflader in Förderwagen. 7. Sohle: 1. Teilsohle (von oben) und 3. Teilsohle gleislos zur 6. Sohle und dort umgeladen. 2. Teilsohle, sowie 4. und tiefere Teilsohlen gleislos zur 2. Teilsohle, dort über eine kurze ansteigende Strecke in eine Sturzrolle zur Wagenladung.

3. Auffahrung von Bremsbergen und Strecken außerhalb des Abbaubereiches

Die bergmännische Arbeit beim Auffahren entspricht immer der Abfolge: Bohren, Schießen, Laden. Die Details dieser Arbeit

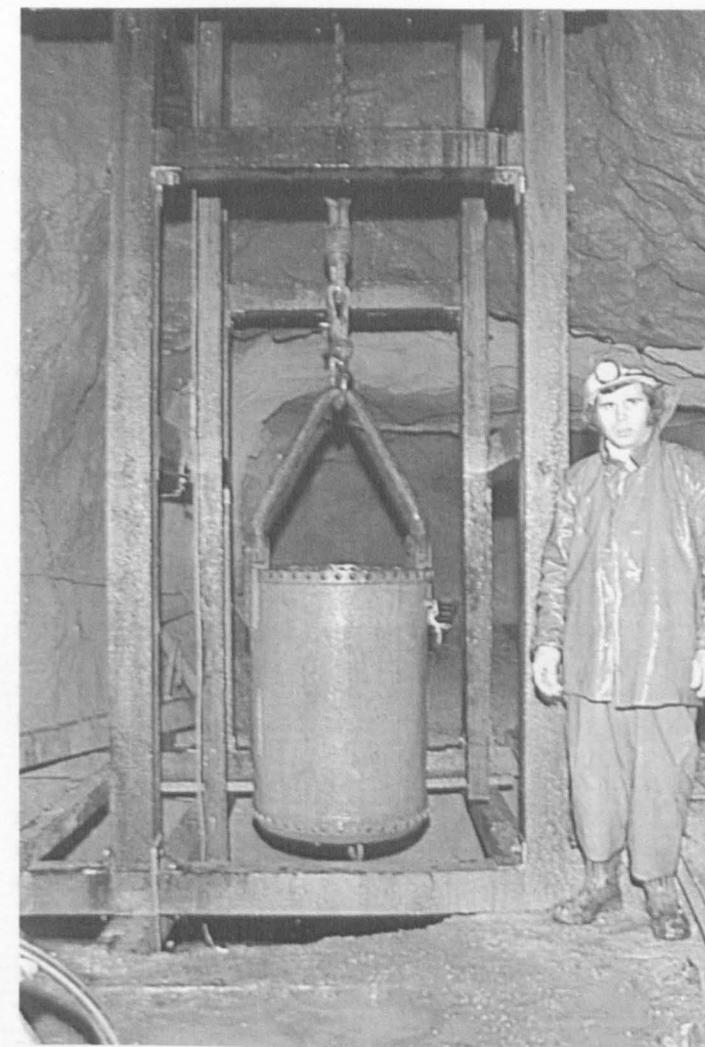


Bohr- und Sprengschema beim Streckenvortrieb.

Bei einem Streckenquerschnitt von $7 - 8 \text{ m}^2$ wurden 27 Löcher gebohrt und mit 24 kg Ammon-Gelit 2 besetzt. Die Abschlaglänge betrug 1,6 m.

Das Sprengschema entspricht einem Keileinbruch und stellte wie die Abschlaglänge nach den betrieblichen Erfahrungen die beste Lösung dar.

Die gestrichelt gezeichneten Bohrlöcher wurden schräg ansteigend, die nur durch einen Kreis angedeuteten Bohrlöcher parallel zur Streckenrichtung gebohrt. Die Zahlen entsprechen den Zeitstufen der Zünder (0 = Momentzünder, 1 - 10 Viertelsekundenzünder, also eine Verzögerung von 250 Millisekunden je Zeitstufe).



Der spätere Füllort auf der 6. Sohle während des Schachtausbaus. Am Seil der Förderkübel.

entsprachen in Eisen durchweg dem Üblichen und sind mir meist unbekannt.

Das Bohren der Sprenglöcher erfolgte bis zum Ende ausschließlich mit druckluftbetriebenen Bohrhämmern auf Bohrsäulen. Bei der Lebensdauer der Grube gab es mit Gewißheit auch den üblichen Entwicklungsgang von Moment- über Halbsekunden- zu Millisekundenzündern und damit zu besserem Ausbruch und stärkerer Zerkleinerung des Materials. Bemerkenswert ist, daß in den letzten Jahren ohne Bohrlochbesatz gearbeitet wurde.

Die Ladearbeit erfolgte von Hand. Seit 1960 wurde erstmals auf der 3. Sohle ein gleisgebundener und druckluftbetriebener Überkopflader (Wurfschaufellader Typ LM 30, Baujahr 1952, von Atlas Copco) eingesetzt.

Dieser wurde ab der 6. Sohle abgelöst durch gleislose, druckluftbetriebene LHD-Geräte (load - haul - dump = Laden - Transportieren - Stürzen). Diese Maschinen besitzen eine Wurfschaukel, mit der sie sich selbst eine mittelgroße Lademulde füllen können. Diese Lademulde läßt sich verkippen und damit entleeren. Abgesehen von einem dicken Druckluftschlauch sind sie frei verfahrbar. (Ab 1974 im Einsatz Typ T2GH und ab 1978 auch Typ Cavo, beide von Atlas Copco.)

Ab dem Abbaubeginn auf der 6. Sohle waren diese Geräte im Bereich zwischen 6. und 5. Sohle außer im Abbau auch beim Auffahren der Nebestrecken auf den jeweiligen Teilsohlen im Einsatz.

Beim Auffahren der Bremsberge wurde ebenfalls von Hand geladen. Beim Auffahren des letzten Bremsberges von der 5. zur 6. Sohle kam statt der Wagenförderung ein gebrauchter Panzergurtförderer zum Abtransport der Massen zum Einsatz, der ständig im Bremsberg verlängert wurde. Seine Antriebseinheit stand auf der 5. Sohle.

Für die Auffahrung der einfallenden Strecke unterhalb der 6. Sohle standen zwei dieselgetriebene Lademaschinen (Schopf Untertage-Radlader L 62) zur Verfügung. Wegen der notwendi-

gen großen Wettermengen war nur der Betrieb von jeweils einer dieser Maschinen zugelassen.

Der Abrieb der Gummibereifung war dabei so stark, daß letztlich nur der Betrieb mit Ketten möglich war. Diese verursachten wieder starke Schlammentwicklung, was häufige Säuberung der Strecken erforderte und auch die Wasserhaltung beeinträchtigte.

Der Betrieb über längere Strecken und vor allem in den starken Steigungen der einfallenden Strecke beanspruchte die Maschinen sehr stark, was sich in hoher Reparaturanfälligkeit zeigte.

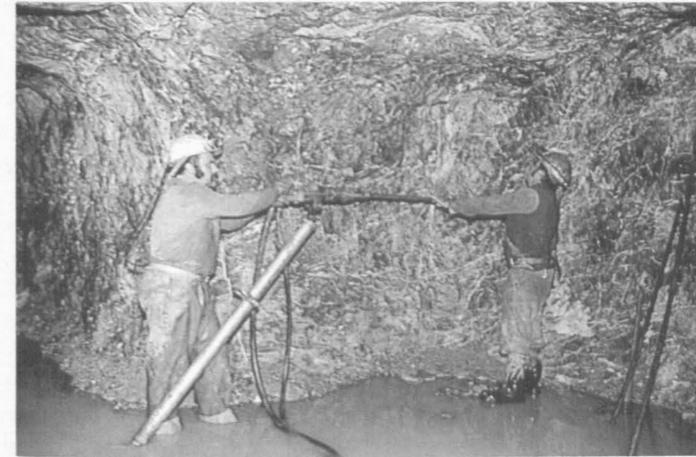
Wegen des engen Schachtquerschnitts mußten die Lademaschinen über Tage zerlegt und auf der 6. Sohle wieder zusammengebaut werden. Für die ständig notwendigen Reparaturarbeiten wurde zu einem späteren Zeitpunkt auf der 2. Teilsohle unterhalb der 6. Sohle ein größerer Raum im Nebengestein als Untertagewerkstatt ausgeschossen.

4. Auffahrung des Wetterüberhauens und späteren Fahr- und Förderschachts

Mit dem Auffahren einer neuen Sohle wurde das Wetterüberhauen erstmals angelegt und später verlängert. Der Ausbruch durch Schießarbeit erfolgte von unten nach oben. Der Vorteil lag dabei darin, daß das Material von selbst bis zur unteren Sohle durchfiel. Nachteilig war, daß bei jedem Arbeitsgang vor dem Schießen alle Einbauten und Materialien entfernt und nach dem Schießen wieder eingebracht werden mußten. Eine Ausnahme bildeten meist die stählernen Fahrten, die zwar einiges vertrugen, am Ende aber doch ruiniert waren.

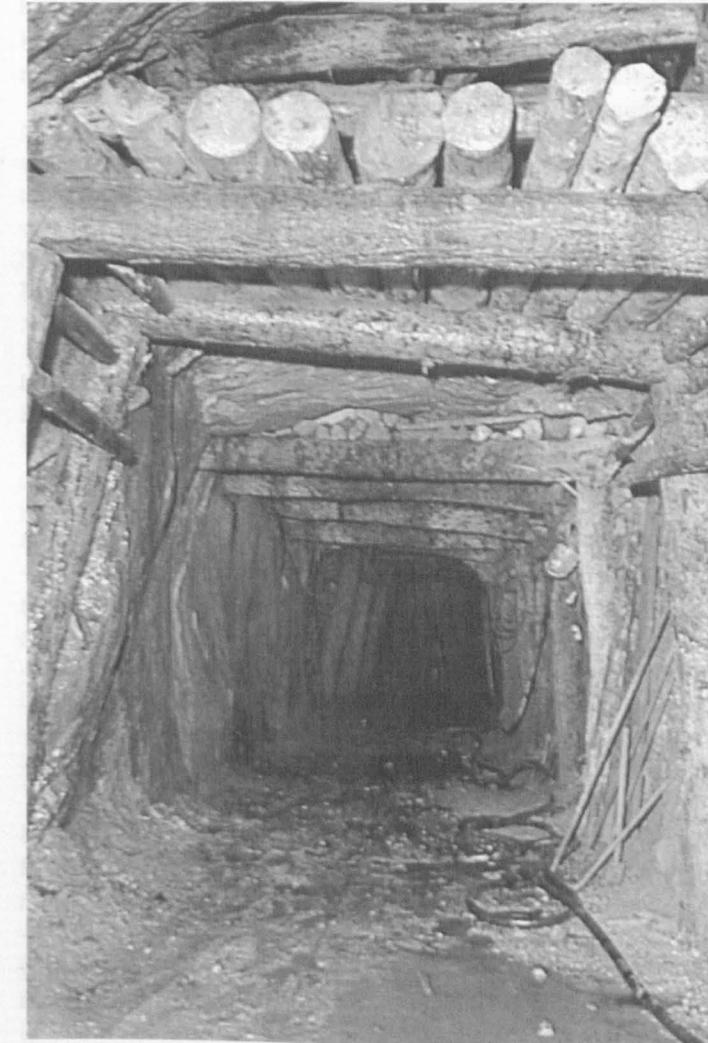
Mit der Höhe des Aufbruchs wuchs der Aufwand. Er konnte etwas begrenzt werden, wenn ein kleiner Seitenort ausgeschossen wurde, in dem Geräte und Material zwischengelagert werden konnten.

Im Frühjahr 1972 führte die Firma Fröhlich und Klüpfel auf der 5. Sohle Untersuchungsbohrungen durch. Dies gab die Möglichkeit gleichzeitig ein Bohrloch von 98 mm Durchmesser von der 5. zur 4. Sohle als Wetterloch zu bohren. Im Herbst 1972 wurde



Bohrhammer auf pneumatischer Vorschubstütze beim Anbohren im Schwerspatkörper.

Firstenstoßbau zwischen 4. und 3. Sohle. Im Mittelgrund der Haspelantrieb, im Vordergrund zu beiden Seiten Führungsrollen und Haspel.



Strecke im Schwerspatkörper in Holzbausbau mit Türstöcken und Verzug.

dann das endgültige Überhauen mit einem Querschnitt von 1m² angelegt. Der Vorteil einer solchen Bohrung liegt darin, daß sie eine vorläufige Bewetterung und auch die Durchführung von Versorgungsleitungen zulässt.

Von der 6. zur 5. Sohle wurde trocken gebohrt und der entstandene Staub durch ein Staubabsauggerät entfernt. Der Querschnitt des Wetterüberhauens war rechteckig.

Der Ausbruch des endgültigen Fahr- und Förderschachtes mit rundem Querschnitt erfolgte von oben nach unten. Die ausgebrochenen Berge fielen durch das Wetterüberhauen bis zur 5. bzw. später zur 6. Sohle, wo sie weggeladen wurden. Im oberen Teil des Schachtes wurde mit Spritzbeton (mit Wasserglaszusatz als Dichtungsmittel) ausgebaut, der aber nicht völlig wasserdicht wurde, so daß Eisbildung im Winter möglich blieb.

Beim Nachreißen zwischen der 3. und 4. Sohle verfangen sich die ausgeschossenen Berge an Eisenfahrten im Bereich zwischen der 4. und 5. Sohle. Der Versuch, die Berge mit Hilfe von Wasser von oben her zu lösen, mißlang zunächst, führte dann aber zu einem so plötzlichen Ausfließen, daß ein Bergmann verschüttet wurde (3 Wochen Krankenhausaufenthalt).

5. Aufschluß des Schwerspatskörpers zum Abbau (Vorrichtung) und Abbau

Der in der Grube „Korb“ gebaute Schwerspatskörper besaß Mächtigkeiten (Dicke) von 0 bis maximal 20 m, in der Regel aber weniger. In den unterhalb der 3. Sohle gebauten Partien waren es zwischen 2 und 12 m. Die horizontale Erstreckung betrug durchschnittlich um 100 m. Die bauwürdige Erstreckung nach der Tiefe war grob 200 m, wobei der Körper praktisch senkrecht stand.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einen solchen Körper abzubauen. Die erfahrungsgemäß einfachste und sicherste ist es, von unten nach oben abzubauen. Der Abbau beginnt auf einem horizontalen Niveau („Sohle“) und geht nach oben. Ist das so zugängliche Material abgebaut, beginnt der gleiche Zyklus dann von einem noch tieferen Niveau aus (z.B. folgt dem Abbau

knapp unterhalb der 2. Sohle der auf der 4. Sohle).

Von den angewandten Methoden her müssen verschiedene Abschnitte unterschieden werden:

- Bereich bis zur 2. Sohle.
- Bereich von der 2. bis zur 4. Sohle, sowie der erste Abbau oberhalb der 5. Sohle.
- Der Restabbau zwischen 5. und 4. Sohle.
- Der Abbau zwischen 6. und 5. Sohle.
- Der Abbau unterhalb der 6. Sohle.

5.1 Der Bereich bis zur 2. Sohle

Eine erste Sohle war vom Tagebau her angelegt. Details sind mir nicht bekannt. Vom ersten Bremsberg aus wurde wenige Meter unter dieser ersten eine zweite Sohle angelegt. Sie bestand, wie auch weiterhin üblich, aus einer zum Schwerspatskörper parallelen „Grundstrecke“ und darauf senkrecht stehenden in den Körper gehenden Querschlägen.

Wegen des wohl regellosen Abbaus im Niveau der 1. Sohle war auch dieser Abbau nicht regelgerecht und hat damit wahrscheinlich nur einen Teil des vorhandenen Schwerspats gewinnen können. (Es erscheint möglich, daß Restmengen später noch vom Tagebau her gewonnen wurden.)

5.2. Der Bereich bis zur 5. Sohle ohne den Restabbau

Das hier angewandte Verfahren entspricht dem üblichen Firsenstoßbau. Es beginnt mit dem Auffahren der Grundstrecke und einer Anzahl von Querschlägen. Der Abstand zwischen den Querschlägen wird danach bemessen, wie weit man Material im Abbau maximal sählig transportieren will, bis man damit in den Bereich eines Querschlags kommt.

Die nächste Arbeit besteht darin, im Körper ein Wetterüberhauen bis zur höheren Sohle aufzubrechen, um die Wetterführung durch den Abbau möglich zu machen.

Danach beginnt von einem Ende aus der Abbau einer ersten Scheibe von etwa 3 - 4 m Mächtigkeit über die ganze horizontale Erstreckung. Der Hohlraum, der nach dem Abfördern verbleibt, wird weitgehend verfüllt mit folgenden Ausnahmen:

a) Die Querschläge werden durch Holz ausgebaut (Türstöcke und Verzug) entweder ganz oder auf einer Teilstrecke offen gehalten.

b) In den Querschlag münden von oben senkrecht geführte offene Räume, sogenannte „Rollen“. Zu unterscheiden sind „Fahrrollen“ und „Sturzrollen“. Die Fahrrollen sind mit Fahrten (Leitern) ausgerüstet. Sie dienen dem Personentransport wie der Bewetterung. Die Sturzrollen dienen dem Transport des gewonnenen Materials. Sie sind unten mit einem „Abzugkasten“ versehen, so daß über einen beweglichen Verschluss das Material direkt in einen untergestellten Förderwagen entladen werden kann. Je Querschlag wird eine Sturzrolle aufgezogen. Die Zahl der Fahrrollen kann gegebenenfalls geringer gehalten werden.

In Eisen entsprach alles diesem Standard. Abgewichen wurde nur im Bereich der 5. Sohle. Die Fahrrollen wurden in Holz ausgebaut, dagegen wurden, soweit meine Kenntnisse reichen, für die Förderrollen Rundbleche benutzt.

Die Bohr- und Schießarbeit entsprach der in den Strecken, allerdings mußte, einmal wegen der größeren Entfernung vom Bohransatzpunkt und zweitens wegen größerer Bohrlochtlängen, mit wesentlich längeren Bohrstangen gearbeitet werden.

Der geschossene Schwerspat wurde durch Schrapper gefördert. Ein Schrapper ist im Prinzip eine große Schaufel. Diese Schaufel kann mit Hilfe von drei Seilen über eine Dreiecksfläche bewegt werden. Das Dreieck wird gebildet durch einen Seilhaspel, in den drei Seile münden, und zwei Umlenkrollen, die an entgegengesetzten Wänden befestigt sind. Die beiden äußeren Seile bewegen den Schrapper im Raum zwischen den beiden Umlenkrollen hin und her und bringen den leeren Schrapper auch wieder in die Ausgangslage zurück. Das mittlere Seil geht direkt

zum Schrapper und bewegt diesen mit dem Fördergut zum Rollloch. Wer den Schrapper geschickt handhabte, konnte das meiste Material ohne zusätzliche Handarbeit fördern.

Nachdem der Abbau leergefördert worden war, mußte er wieder verfüllt werden („Versatz“). Als Versatz kam jedes Gesteinsmaterial in Frage, wobei die billigste Möglichkeit auch die beste war. So wurde im Regelfalle sämtliches Material, das bei Streckenauffahrungen angefallen war, von der nächsthöheren Sohle durch das erstangelegte Wetterüberhauen oder zusätzliche Aufbrüche („Bergerollen“) verstützt.

Soweit auf diese Weise nicht genügend Berge anfielen, wurden im direkten Nebengestein des Abbaus senkrecht zum Streichen Versatzstrecken („Bergemühlen“) aufgefahren, die das notwendige Versatzmaterial lieferten, ihrerseits aber dann unverfüllt blieben. Eine Zeitlang wurden auch Berge aus dem ehemaligen Tagebau direkt abgezogen und auf tieferen Sohlen verstützt.

Der Abbau endete unterhalb der höheren, bereits abgebauten Sohle mit einem zur Sicherheit nicht abgebauten Teil des Körpers, der als eine Art Brücke dann den Abbau überspannte („Schwebe“). Abbauplanung und bergmännisches Geschick beim letzten „Rückbau“ einer solchen Schwebe entschieden über kleineren oder größeren Materialverlust.

Abweichend vom Schema wurde auf der 5. Sohle zunächst nur ein Querschlag angelegt, der den Körper im Bereich seiner maximalen Mächtigkeit von 12 m durchörterte. Von dort aus wurde die gesamte Fläche des Körpers im Sohlniveau aufgefahren. Da nach E hin die Mächtigkeit des Körpers stark abnahm, wurde der Schwerspat nach oben bis zur Bauwürdigkeitsgrenze herabgeschossen. Nach Abtransport verblieb dort ein relativ hoher Hohlraum.

Auch im W wurde deutlich höher abgebaut, als es einer üblichen Scheibe entsprach. Erst dann wurde mit dem Holz ausgebaut des Querschlags begonnen und von diesem aus streichend eine weitere Strecke in Holz ausgebaut gestellt, soweit der Schwerspatskörper noch bauwürdig war.

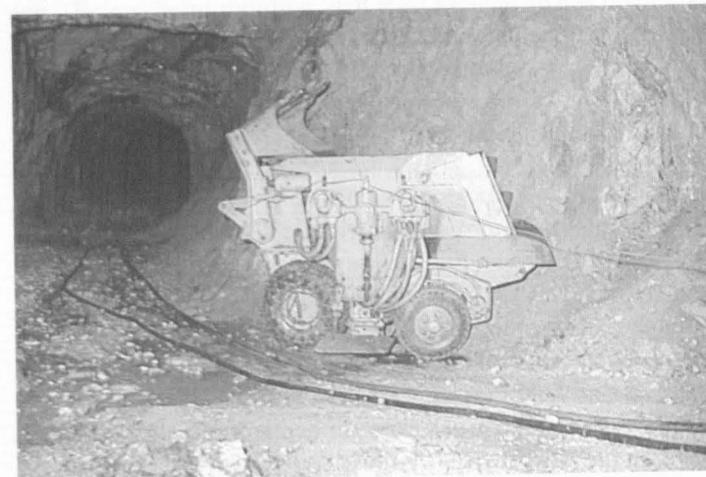
Nach dem Einbringen von Versatz wanderte der Abbau noch einige Meter höher. Dabei verringerte sich die Mächtigkeit allmählich. Unerkannt kam man unter eine Zone, wo die Mächtigkeit des Schwerspatkörpers tektonisch sehr stark reduziert worden war, so daß aus der bislang senkrechten oder schrägen Grenzfläche zwischen Schwerspat und Nebengestein eine horizontale Fläche wurde. In diesem Bereich löste sich beim Beräumen der Firste (Ablösen von gelockerten Stücken nach dem Schießen) eine größere Partie und tötete den Betriebsführer Hermann Wolf mit den Bergleuten Karl Merscher, Kurt Dinger und Hans Klein (2. Juli 1971). Eine direkte Fortführung des bisherigen Abbaues war danach nicht mehr möglich

Bergemauer wenig unterhalb der 6. Sohle.



Förderrolle im Versatz aus Rundblechen.

Druckluftbetriebenes, gleisloses LHD-Gerät. Links hochgeklappt die Wurfschaufel, hinter der Steuereinheit die kippbare Lademulde, am rechten Ende die Verschußklappe.



5.3. Der Restabbau zwischen 5. und 4. Sohle

Zwar lag oberhalb des bisher abgebauten Körpers eine Zone nur noch geringer Mächtigkeit vor, die unter Umständen nicht mehr weiter abgebaut worden wäre, doch war zum damaligen Zeitpunkt noch nicht mit der Erschließung der nächsttieferen 6. Sohle begonnen worden, so daß diese ungünstigen Partien zur Aufrechterhaltung der Förderung abgebaut werden mußten.

Es wurden daher im Bremsberg von der 4. zur 5. Sohle drei Weichen eingebaut und direkt aus dem Bremsberg drei Querschläge angesetzt. Der unterste kam in der Höhe des Unfallortes herein und erlaubte im diesem benachbarten Bereich noch weitere Gewinnung.

Der mittlere Querschlag fuhr einen Bereich auf, in dem nur noch geringe Mächtigkeit (\varnothing - 4 m), und zwar im westlichen Bereich vorlag. Der Körper wurde durch eine streichende Strecke nach W aufgeschlossen, diese in Holz ausgebaut und mit den notwendigen Fahrrollen sowie Abzugkästen versehen. Darüber wurde ein Magazinabbau angesetzt. Es wurde dabei zwar Material geschossen, aber unten nur soviel abgezogen, daß auf dem Haufwerk weitergearbeitet werden konnte. Nachdem der Körper bis auf eine geringe Schwebel geschossen war, wurde der gesamte Schwerspat abgezogen und der Streckenausbau geraubt. Es verblieb also am Ende nur der Hohlraum, der später von der 4. Sohle aus mit Bergen verfüllt wurde.

Der obere Querschlag war am E-Ende knapp unter der 4. Sohle angesetzt. Nach der markscheiderischen Aufnahme hätte dort im Bereich der 4. Sohle noch eine nicht gebaute, geringmächtige Partie des Körpers anstehen sollen. Bei Unterfahrung des Bereichs wurden jedoch nur Versatzmassen angetroffen.

5.4. Der Abbau zwischen 5. und 6. Sohle

Für diesen Abbaubereich war ursprünglich ein modernes Verfahren vorgesehen, nämlich der Teilsohlenbruchbau. Dabei wird der Körper in horizontale Scheiben von einer Mächtigkeit zerlegt, die jeweils ein vernünftiges Bohren und Schießen zulassen. An der Basis jeder Scheibe sitzt eine streichende Strecke, aus

der heraus die ganze Scheibe gebohrt und geschossen werden kann.

Der Abbau beginnt an einem Ende des Körpers mit der ersten Scheibe, wenig später folgt die zweite und so fort. Dadurch ergibt sich eine steile, leicht zu dem Ende, wo der Abbau begann, geneigte Abbaufrent über den gesamten Sohlenabstand. Das Material aller Teilsohlen fällt auf die Hauptsohle und wird dort weggeladen. Der Abbau schreitet sodann rückwärts bis zum anderen Ende. Umgekehrt wird der Versatz vom gleichen Ende her beginnend für den gesamten Sohlenbereich eingebracht und schreitet vorwärts.

Diese ursprüngliche Planung ließ sich nicht verwirklichen. Zunächst erwies sich das E-Ende des Körpers auf der 6. Sohle, wo der Teilsohlenbruchbau beginnen mußte, als von schlechter Qualität und wurde nicht abgebaut. Weiter enthielt sowohl der Körper wie auch das Nebengestein durch Verkarstung stark zersetzte Partien, die einerseits zu Streckenausbau zwangen und andererseits zu Verbrüchen führten.

Nach dem Abbau der ersten Scheibe auf der 6. Sohle, die ohne jede Anlage von Nebenstrecken erfolgt war, begann man von einer kurzen streichenden Grundstrecke aus, Fahr- und Förderrollen im Nebengestein hochzubringen und auf jeder Teilsohle eine (unterschiedlich lange) Grundstrecke und Querschläge aufzufahren. Damit entsprach der Abbau von aufeinanderfolgenden Scheiben dem Firstenstoßbau. Zusätzlich kamen aber auf jeder Teilsohle Grundstrecke und Querschläge vor, und die Rollen lagen nicht im Versatz sondern im Nebengestein. Es entfiel auch das Ausbauen der Querschläge im Körper selbst, wie es beim Firstenstoßbau notwendig war.

Als Besonderheit ist anzumerken, daß die Abzugkästen der Rolllöcher mit Beton und Stahl ausgebaut waren und einen mit Druckluft betriebenen Verschuß besaßen.

Bei der großen Höhe der Teilsohlen war es nicht mehr möglich, beim Bohren von der Teilsohle aus eine glatte und damit sichere Firste zu erhalten. Die Bohrlöcher würden ja steil nach oben

verlaufen. Gebohrt werden mußte daher auf dem zuletzt eingebrachten Versatz. Dadurch ergab sich die Notwendigkeit, den Versatz möglichst dicht an den noch nicht gebauten Schwerspat heranzuführen (auch für die Sicherheit ist dies günstig). Um einen steilen Böschungswinkel zu erzielen, wurde an der Front des Versatzes von Hand aus größeren Brocken eine Bergemauer aufgeführt. Durch den steileren Böschungswinkel sowie die Mauer selbst wurde dann eine saubere Trennung zwischen Bergen und geschossenem Fördergut ermöglicht.

Solche Bergemauern sind durchaus hergebracht, stellten aber in dem immer stärker mechanisierten Abbau eigentlich einen Anachronismus dar. Es erscheint mir möglich, daß der Bergmann Valentin RIEHM, der solche sehr gute Bergemauern aufführte, im Bereich der alten Bundesrepublik Deutschland vielleicht der letzte derart handwerklich tätige Bergmann war.

Fördermittel waren im Abbau die druckluftbetriebenen LHD-Geräte. Schrapper wurden noch eingesetzt beim ersten Auffahren der Teilsohlen, da das Aufbauen der immer wieder zerlegten LHD-Geräte und deren erster Einsatz schon einer vorhandenen größeren Strecke bedurfte. Die durch die Verkarstung bedingten Unregelmäßigkeiten im Körper erschwerten den Abbau und führten auch zu Verbrüchen. So wurde auf der 3. Teilsohle auch eine „Umbruchstrecke“ im nördlichen Nebengestein notwendig, nachdem die im Körper vorliegende streichende Strecke zugegangen war.

Das Auffahren der Begleitstrecken im Nebengestein war gegenüber dem Teilsohlenbruchbau zwar eine zusätzliche kostspielige Arbeit, neben der wesentlich erhöhten Sicherheit lieferte es aber auch die zum Versatz benötigten Berge, so daß nur wenige zusätzliche Bergemühlen notwendig wurden.

Ein besonderes Problem stellte die Gewinnung der Schwebe unterhalb der 5. Sohle dar. In diesem Bereich lag die maximale Mächtigkeit des Körpers, und gleichzeitig besaß der Schwerspat dort die beste Qualität. Bei dem geringen zeitlichen Abstand war nicht damit zu rechnen, daß der Versatz im Niveau der 5. Sohle bereits standfest geworden wäre, was bei geringeren

Mächtigkeiten durch Verkittung mit Eisenhydroxiden durchaus der Fall sein konnte. Teile der Schwebe wurden aus Strecken im Nebengestein heraus gewonnen, nach Sicherung des Hangenden durch Holzpfeiler auch direkt unter der Schwebe. Dennoch mußten Verluste in Kauf genommen werden.

Generell ist in diesem Zusammenhang zu sagen, daß bei einem Produkt, das nur niedrige Preise erzielt, manche Techniken, die einen vollständigen Abbau ermöglichen würden, aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommen können.

Beim Abbau auf dem Niveau der 6. Sohle war im E eine minderwertige Partie stehen geblieben. Gleichzeitig war entsprechendes Material der 1. Teilsohle teilweise stehengeblieben, teilweise als Versatzmaterial auf die 6. Sohle verstürzt worden. Gegen Ende der Gewinnung im Bereich der 7. Sohle wurden nachträglich in diesem Bereich wieder eine streichende Begleitstrecke und Querschläge sowie Rollen auf die darunter folgende erste Teilsohle der 7. Sohle aufgefahren und die anstehenden Restmengen bis in den Bereich der 2. Teilsohle über der 6. Sohle mit der gleichen Technik gewonnen.

5.5 Der Abbau unterhalb der 6. Sohle

Die grundsätzliche Planung für diesen Bereich sah als Fördermittel nur die dieselbetriebenen Lademaschinen vor. Sie erhielten Zugang zu allen Teilsohlen durch eine einfallende Strecke, die vom Schachtort der 6. Sohle ausging und als Wendel angelegt war. Von ihr aus gelangte man durch Querschläge auf die einzelnen Teilsohlen.

Weitere Begleitstrecken waren zunächst nicht vorgesehen und existieren auf der 3. Teilsohle überhaupt nicht, auf der 1. und 5. Teilsohle nur in ganz geringem Maße. Eine streichende Begleitstrecke mußte auf der 2. Teilsohle angelegt werden, um zum Schacht zu gelangen, so daß von dieser aus die Anlage mehrerer kurzer Querschläge sich anbot. Es war dies keine zwingende Notwendigkeit, vereinfachte aber den Abbau.

Im Bereich der 4. Teilsohle wurden Begleitstrecken notwendig aus Gründen, die später zu erörtern sind.

Das regelgerechte Vorgehen wäre es gewesen, vom Niveau der 7. Sohle (5. Teilsohle von oben) auszugehen und Teilsohle um Teilsohle zu gewinnen. Der gebaute Körper hatte im Bereich der 7. Sohle nur noch geringe Mächtigkeit, für tiefergehenden Abbau wären keinerlei Verluste durch eine darunter verbleibende Schwebe aufgetreten.

Zum Beginn des Abbaus lag dieser Teufenaufschluß jedoch noch nicht vollständig vor. Um die Förderung halten zu können, hatte man bereits auf der 1. Teilsohle relativ breit aufgefahren. So erfolgte der Ansatz des Abbaues dann auf der 3. Teilsohle. Die Qualität des Materials war vor allem am W- und besonders am E-Ende so schlecht, daß Teile nicht gebaut wurden.

Der Abbau wanderte dann hoch über die 2. Teilsohle bis zur 1. Teilsohle. Nach deren Abbau verblieb die Schwebe unterhalb der 6. Sohle. Für deren wenigstens teilweise Gewinnung ergaben sich unterschiedliche Situationen.

Im größeren westlichen Teil war im Niveau der 6. Sohle abgebaut und verfüllt worden. Hier lagen auf der Schwebe Berge. Ein Rückbau dieser belasteten und brüchigen Schwebe aus dem bisherigen Abbaubereich war nicht möglich. Es wurde daher noch einmal eine Zwischensohle zwischen 1. Teilsohle und 6. Sohle angelegt (Teilsohle 1/2) mit streichender Grundstrecke und Querschlägen, aus denen heraus der Schweberrückbau erfolgte.

Im kleineren östlichen Teil, wo im Bereich der 6. Sohle noch ein Restpfeiler anstand, konnte der Abbau normal bis auf das Niveau der 6. Sohle steigen, wo dann der bereits genannte Restabbau sich anschloß.

Es stand danach noch der Inhalt der Teilsohlen 4 und 5 (= 7. Sohle) zum Abbau an. Dieser begann regulär auf der 5. Teilsohle. Auf der 4. Teilsohle ergaben sich mehrere Probleme. Es gab von der 3. Teilsohle aus keinen Zugang mehr. Auf der 4. Teilsohle lag der Zugang von der einfallenden Strecke im E, der Abbau mußte aber im W beginnen. Es wurde daher im Niveau der 4. Teilsohle zunächst aus einem Querschlag, der im Körper

ansetzte, eine streichende Strecke nach W aufgefahren und von dieser aus ein Aufbruch angelegt. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde die Grundstrecke noch nach E verlängert.

Ein weiteres Überhauen wurde am W-Ende von der 3. Teilsohle bis ins Niveau der 2. Teilsohle aufgebrochen, so daß Fahrung und Bergetransport von der 2. Teilsohle aus möglich wurden, desgleichen eine ordentliche Wetterführung.

Mit den Gewinnungsarbeiten in diesem Bereich war der eigentliche Abbaubetrieb beendet.

Für das Versetzen der 1. wie das der 4. Teilsohle gab es für die Diesellader keine Zugangsmöglichkeiten. Hier kamen wieder die druckluftbetriebenen LHD-Geräte zum Einsatz.

6. Ausbau

Hohlräume, die vom Bergbau aufgefahren werden, stehen immer in Gefahr, daß Gestein sich löst und entweder dabei dem Menschen schaden kann oder wenigstens die weitere Nutzung des Hohlraums be- oder verhindert. Die Gefahr eines solchen Verbrechens ist umso größer, je größer die offenen Hohlräume sind.

Prinzipiell sind die Gesteine, in denen in Eisen die Grubenräume aufgefahren wurden, recht standfest, insbesondere gilt dies für die Kalke und Dolomite. Die Schiefer neigen dagegen eher zu Hereinbrüchen, die aber im Normalfalle nicht bis zum völligen Verbruch führen.

Im allgemeinen blieben daher die Grubenräume ohne jeglichen Ausbau. Ausnahmen waren:

- a) Die oberflächennahen Teile.
- b) Tektonische Störungen.
- c) Abbaubereiche.

Der oberste Bremsberg stand vom Mundloch ausgehend zunächst in Backsteinmauerwerk und Beton, dann in Holzausbau. In diesem Bereich kam es wiederholt zu Verbrüchen. Eine endgültige Lösung wurde dadurch erzielt, daß vom Tagebau her

mit einem Bagger die einfallende Strecke freigelegt, ein Ausbau gestellt und verzogen und danach betoniert wurde. Die ursprüngliche Bedeckung wurde wiederhergestellt. Entsprechend wurde auch der oberste Teil des Fahr- und Förderschachtes von vornherein mit Spritzbeton ausgebaut.

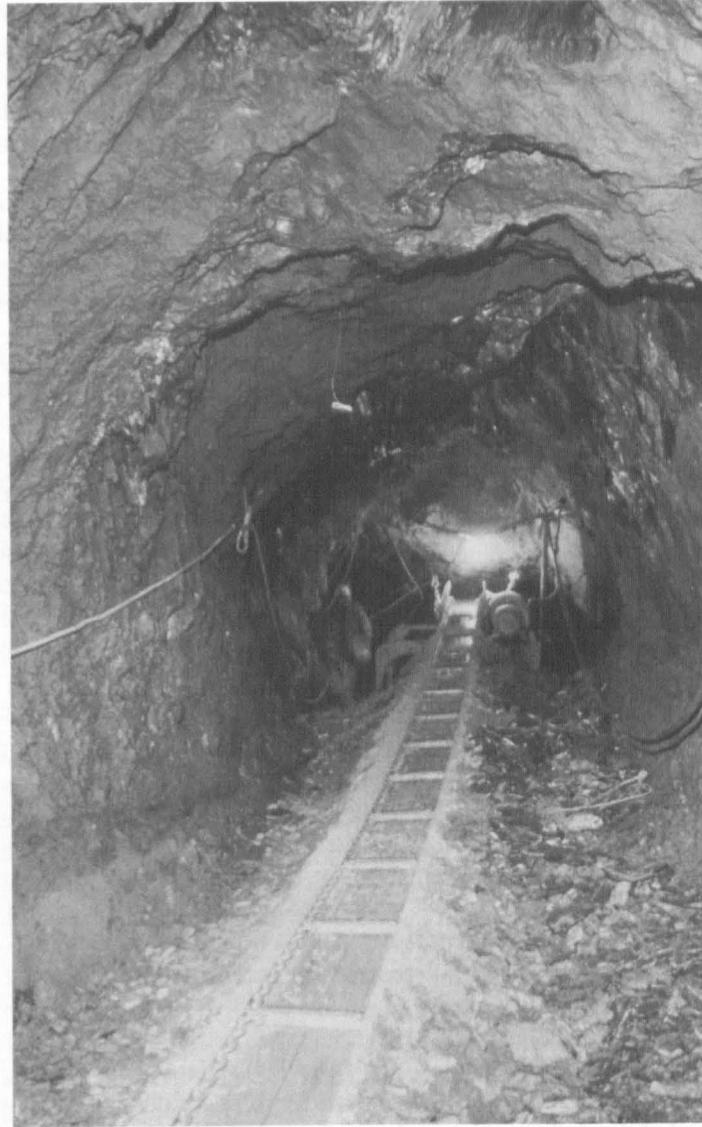
In zwei Bereichen des Grubengebäudes standen tektonische Störungen an, die stark gestörte Gesteine mit sich brachten. Dies war zunächst eine Störung im W, die sowohl auf der 3. wie auf der 5. Sohle durchörtert wurde. In beiden Fällen wurden die Störungen in Holz mit Türstöcken und Verzug ausgebaut. Die Schwachstelle war dabei jeweils der Verzug. Nach dessen Verfaulen flossen die kleinstückig sich auflösenden Schiefer zwischen den Türstöcken durch, die entstehenden Hohlräume brachen nach oben weiter, so daß am Ende beide Durchörterungen vollständig verbrochen waren.

Eine weitere Störungszone verlief zwischen dem Abbaubereich und dem Schacht. Sie wurde von allen Schachtquerschlägen durchörtert. An manchen Stellen bestand sie nur aus einer schmalen unproblematischen Fuge, an anderen wies sie meterbreite mylonitisierte (völlig zerriebene), jedoch wieder verfestigte Zonen auf. Im Bereich der 6. Sohle und darunter zog sich diese in den Schachtbereich bzw. dann in den Schacht.

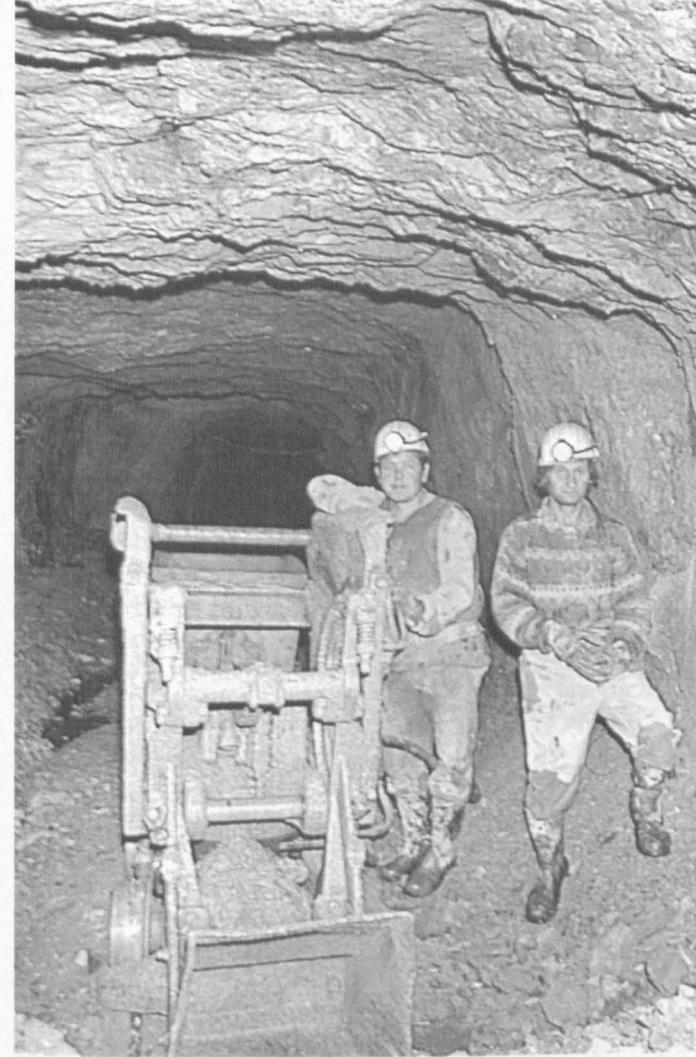
Da der Füllort der 6. Sohle relativ groß aufgefahren wurde (ab hier erfolgte der Einsatz der Diesellader und damit der größere Ausbruch im Bereich der einfallenden Strecke), war dies der auf Dauer gesehen kritischste Punkt des Grubengebäudes. Es wurden zuerst Anker eingebracht, danach Stahlmattenverzug und Spritzbeton. Dieser Ausbau erwies sich als ausreichend.

Letzten Endes am kritischsten war die Situation im Abbaubereich. Auch hier war generell gesehen das Nebengestein durchaus standfest, weswegen auch der Magazinbau im Bereich unterhalb der 4. Sohle verlustfrei durchgeführt werden konnte.

Wenn bei großen Mächtigkeiten jedoch der Schwerspatkörper entfernt war, so fand hier eine einseitige Druckentlastung statt. Das führte einmal zum seitlichen Hereindrücken und damit



Panzergürtelförderer beim Auffahren des Bremsberges von der 5. zur 6. Sohle. Blick nach oben zur Antriebseinheit.



Druckluftbetrieber, gleisgebundener Wurfschaufellader. An der Maschine der spätere Betriebsführer Karl Emde. Daneben der bereits verstorbene Karl Weber.

Lösen größerer Gesteinspartien und zum zweiten zu erhöhtem Druck auf die noch höher anstehenden Teile des Schwerspatkörpers.

Diesen Problemen versucht man im Bergbau dadurch zu begegnen, daß man die im Abbau entstehenden Hohlräume möglichst schnell und vollständig wieder verfüllt. Dem entsprach nicht immer der wirkliche Betrieb, teilweise aus rein wirtschaftlichen Gründen wie zu Beginn des Abbaus auf der 5. Sohle, zum anderen aber gelegentlich auch aus technischen Gründen, wo die Verkarstung des Schwerspatkörpers den Abbau erschwerte.

Andererseits muß man sich darüber klar sein, daß bei den teilweise gegebenen Mächtigkeiten der frisch und locker eingebrachte Versatz immer komprimierbar ist und damit eine Auflockerung des umgebenden Gebirges nicht vollständig vermieden werden kann.

In der Regel gab es im Abbaubereich keinen besonderen Ausbau. In Sonderfällen wurden Holzpfeiler eingebracht, an wenigen Stellen bei ersten Auffahrungen im Schwerspatkörper Türstockausbau gesetzt.

7. Bewetterung

Es sind die natürliche und die Zwangsbewetterung zu unterscheiden. Die natürliche Bewetterung nützt die Temperaturunterschiede zwischen Grubengebäude und Atmosphäre. Sie ist abhängig von starken Temperaturdifferenzen. Sie ist im Regelfalle nur im Frühjahr und Herbst kritisch. Ungünstig im Falle der Grube „Korb“ war die gleiche Höhenlage von Eintritt- und Austrittsstelle im Grubengebäude.

Unproblematisch war die Bewetterung im Winter, wo die im Grubengebäude aufgewärmte Luft geringerer Dichte nach oben und dafür kalte Luft höherer Dichte nach unten strömen konnte. Dagegen besaß im Sommer die Luft in der Grube höhere Dichte, ohne aber irgendwo ausfließen zu können.

Der Wetterstrom zog durch das Wetterüberhauen ein, gelangte durch den jeweiligen Schachtquerschlag zur Abbausohle, dort

durch den Abbau zur nächsthöheren Sohle und zog über die Bremsberge aus. Bei mehreren Verbrüchen im obersten Bremsberg gab es keine reguläre Bewetterung mehr, was zur Einstellung des Betriebes führte.

Der reine Wetterverbrauch für Atemluft war bei den vorhandenen Querschnitten unproblematisch, ebenso war ohne Belang der Verbrauch der Azetylenlampen.

Das eigentliche Problem stellten die beim Sprengen entstandenen Gase dar, die wegen ihrer Giftigkeit vollständig entfernt werden mußten. Wie meist üblich, wurde dieses Problem dadurch entschärft, daß nur zu Ende der Schicht gesprengt wurde.

Teilbereiche, die nicht im natürlichen Wetterstrom lagen, mußten sonderbewettert werden. Dies war besonders der Fall beim Vortrieb von Strecken. Ein Ventilator besorgte in diesen Fällen einen Wetterstrom, der durch flexible Rohre („Lutten“ aus stahlringverstärkten Geweben, später aus Kunststoff) vor Ort geleitet wurde. Im Bereich der 3. Sohle wurde in einem ausgedehnten Untersuchungsbereich im W eine eigene Wetterbohrung niedergebracht.

Bereiche, die nicht bewettert werden mußten, wurden vom Wetterstrom durch Wettertüren oder Abmauerung (Untersuchungsstrecken der 3. Sohle im E) abgetrennt. Zusätzliche Frischluft lieferten druckluftbetriebene Geräte bzw. in Einzelfällen auch die direkte Entnahme von Luft aus dem Druckluftnetz.

Für den Betrieb mit Dieselgeräten konnte die natürliche Bewetterung nie ausreichen. Im ausziehenden Wetterstrom wurde daher am Mundloch des ersten Bremsberges ein starker Ventilator eingebaut. Zusammen mit starker Sonderbewetterung wurde damit auch die Schießerarbeit von der unbedingten Kopplung zum Schichtende gelöst.

Der Führung des Wetterstroms dienten Wettertüren, die die Schachtquerschläge absperreten. Bei strengem Winterwetter und starker Eiszapfenbildung im Schacht, die den Förderkorb blockieren konnte, mußte nach der Schicht der Wetterstrom so

geleitet werden, daß warme ausziehende Wetter in den Schacht gelangen konnten.

8. Wasserhaltung

Der Bergbau in Eisen lag fast von Beginn an unterhalb des Grundwasserspiegels und war daher immer gezwungen, zufließende Wässer abzupumpen.

Grundsätzlich war die Situation zunächst nicht unbedingt schlecht. Abgesehen von der unmittelbaren Umgebung des Körpers, den zum Teil verkarstete Kalke und Dolomite bilden, liegen nur schiefrige Gesteine vor, die kaum wasserdurchlässig sind. Umfangreiche Auffahrungen und zusätzliche Horizontalbohrungen im Bereich der 3. Sohle haben immer nur geringe Wasserzuflüsse verursacht.

Da der Abbau jedoch mit einem Tagebau begann und aus diesem auch später noch Berge entnommen wurden, hatte man eine Hohlform geschaffen, die nur in das Grubengebäude entwässern konnte. Von daher war die Wasserführung der Grube direkt von den Niederschlägen abhängig. Besonders schlimm war der Zufluß an Wässern bei plötzlicher Schneeschmelze, wo im Extremfall die Wässer nicht mehr zu bewältigen waren.

Eine frühzeitige Verfüllung und Abdichtung des Tagebaues hätte manche Kosten ersparen können. Hoffnungen auf spätere Nutzung als gebührenbringende Deponie sind verfliegen.

Mit dem Tiefergehen des Bergbaus erhielt jede Sohle eine neue Wasserhaltung, wo zentral in einem Pumpensumpf das Wasser gesammelt und abgepumpt wurde. Eingesetzt wurden dabei Kreiselpumpen.

Beim Auffahren neuer Sohlen und Teilsohlen wurden zunächst und teilweise auch über lange Zeit druckluftbetriebene Pumpen eingesetzt. Der Endzustand der Wasserhaltung sah so aus (von oben nach unten):

- | | |
|-----------|---------------------------------|
| 3. Sohle: | Kreiselpumpe nach über Tage. |
| 5. Sohle: | Kreiselpumpe nach der 3. Sohle. |
| 6. Sohle: | Kreiselpumpe nach der 5. Sohle. |

7. Sohle, 3. TS: Kreiselpumpe nach der 6. Sohle.

7. Sohle, 5. TS: Kreiselpumpe nach der 7. Sohle, 3. TS.

Zwei weitere Teilsohlen unterhalb der 7. Sohle, die nur noch der Untersuchung dienten, wurden nur mit druckluftbetriebenen Pumpen entwässert.

Ein spezielles Problem ergab sich durch die starke Pyritführung des Schwerspatkörpers. Bis herab zur 6. Sohle führte die schnelle Oxidation des Pyrits zu sehr stark sauren Wässern, die teilweise durchaus den Charakter von nur mäßig verdünnter Schwefelsäure annehmen konnten. Sie führten zu sehr schneller Zersetzung aller Eisenteile, damit auch der Pumpen. Dieses Problem wurde erst durch den Einsatz entsprechender Bronzeteile gelöst.

Die sauren Wässer führten bei Einleitung in den (sowieso leicht sauren) Eisbach zu weiterem Ärger, so daß sie zunächst in einem großen Stahltank neutralisiert werden mußten. Später wurden stattdessen zwei Klärteiche angelegt.

Mit dem Fortschreiten nach der Teufe wurde der Pyrit-Gehalt geringer. Weiter führte der Betrieb der Radlader über den durch die Ketten erzeugten Kalkschlamm schon in der Grube zur Neutralisierung der Wässer.

Die Verkarstung im Schwerspatkörper hatte Hohlräume geschaffen, die nur in den seltensten Fällen leer waren. Meist waren sie mit lockeren Löserückständen gefüllt, deren Porosität aber so groß war, daß sie noch bedeutende Wassermengen halten konnten.

Beim Abbau oberhalb der 5. Sohle waren solche Karstfüllungen oft schon durch Oxidation verfestigt, zumindest aber entwässert. Beim Auffahren des Körpers auf der 6. Sohle kam der Querschlag zunächst in einen frischen karbonathaltigen Teil. Beim weiteren Vortrieb nach E wurde mit einem Abschlag ein vielleicht 0,5 x 1 qm großes Loch in eine Karstspalte geschossen. Diese Karstspalte stand mit einem größeren System von Karsthohlräumen bis ins Niveau der 5. Sohle in Zusammenhang. Die gesamte Inhaltmasse geriet in Bewegung und floß als

Schlammstrom aus, so daß die ganze bislang aufgefahrene 6. Sohle zwischen 0,5 und 1 m² hoch mit Schlamm (mit bis faustgroßen Stücken) eingedeckt war (mindestens 400 m³). Die gesamte Wassermenge wurde auf etwa 3900 m³ geschätzt.

9. Energieversorgung

Die Maschinen und Geräte wurden angetrieben mit:

- Druckluft.
- Elektrischer Energie.
- Dieseltreibstoff.

Für den Bergbau war lange und ist teilweise noch heute Druckluft die wichtigste (Sekundär-) Energiequelle. Ihre Vorteile sind:

a) Betriebssicherheit.

Abgesehen von platzenden Druckluftschläuchen, die durchaus auch zu Verletzungen führen können, ist die Gefahr tödlicher Unfälle viel geringer als bei elektrischen Geräten.

b) Hohe Leistung bei geringem Gewicht.

Druckluftmotoren lassen sich bei hoher Leistung sehr klein bauen. Das ist vor allem bei handbetriebenen Geräten wie Hammer oder Bohrhammer von Vorteil.

c) Der Druckluftbetrieb belastet nicht die Bewetterung sondern unterstützt sie noch. Nachteilig wirkt sich aus, daß die Druckluft teuer ist. Beim Komprimieren wird Wärmeenergie erzeugt, die durch notwendige Kühlung verloren geht. Die Leitungsverluste können groß werden.

Druckluftbetrieben waren in Eisen:

- Bohrhämmer.
- Hämmer zum gelegentlichen Nachzerkleinern zu großer Stücke nach dem Schießen.
- Schrappermotoren
- Ein gleisgebundener Wurf-schaufellader.
- Mehrere gleislose LHD-Geräte.
- Lampen, die vor Ort beim Vortrieb eingesetzt wurden.

Mit elektrischer Energie wurden vor allem ortsfeste Anlagen betrieben:

- Die Fördermittel, also Förderhäspel und Akkulokomotiven.
- Die Kreiselpumpen.
- Lüftermotoren in Sonderbewetterungen.
- Der Antriebsmotor des Kettenbandpanzerförderers.
- Elektrische Beleuchtung gab es zunächst nur in sehr geringem Maße. Erst mit der Auffahrung der 6. Sohle wurden Halogencheinwerfer zur Beleuchtung der Arbeitsstellen eingesetzt.
- Zeitweilig wurde auch ein untertägiger Aufenthaltsraum im Abbaubereich oberhalb der 6. Sohle elektrisch beheizt. Dieseltreibstoff war im Betrieb unterhalb der 6. Sohle Betriebsmittel der Radlader.

Anhangsweise soll hier noch auf die Versorgung mit Druckwasser eingegangen werden, obwohl dieses nicht als Energie sondern nur als Spülflüssigkeit beim Betrieb der Bohrhämmer genutzt wurde.

Im von mir erlebten Bereich unterhalb der 4. Sohle wurde das Bohrwasser auf der 3. Sohle aus dem schwach aufgestauten Ausfluß der Untersuchungsstrecken im W entnommen und durch Rohrleitungen bis zur 7. Sohle geführt. Da im Bereich unterhalb der 6. Sohle der Druck dabei zu hoch geworden war, wurde auf der 5. Sohle ein ausgedienter Förderwagen aufgestellt, in den das Wasser offen einfloß und aus dem es wieder drucklos in das weitere Leitungsnetz eingespeist wurde.

Für die Versorgung der Bohrhämmer war der Nachfluß ausreichend. Wenn das Wasser zum Abspülen der Gesteinsoberflächen benutzt wurde, was bei den geologischen Aufnahmen der Fall war, war der Nachfluß in trockenen Zeiten nicht ausreichend. Druckwasser zum Spülen ließ sich dann aber in vielen Fällen auch aus den Steigleitungen der Pumpen entnehmen.

10. Beleuchtung

Da es im Grubengebäude keinerlei Gasaustritte gab, war bis zum Unfall oberhalb der 5. Sohle die offene Azetylenlampe („Carbidlampe“) im Gebrauch. Die Carbidlampe hat zwei Vor-

teile:

- a) Sie leuchtet einen größeren Raum aus.
- b) Sie ergibt ein sehr helles und weißes Licht.

Ihre Nachteile:

- a) Sie ist schlecht zu tragen und zu handhaben.
- b) Sie erlischt durch Luftzug oder Tropfwasser.

Nach dem Unfall kamen übliche mit Blei-Akkumulatoren betriebene Kopflampen zum Einsatz. Damit entfielen die Nachteile der Carbidlampen, doch lag die Schwäche jener darin, daß der ausgeleuchtete Bereich sehr begrenzt war

Vom gleichen Zeitpunkt an wurden auch Halogenstrahler auf Stativ verwendet, so daß der eigentliche Arbeitsplatz wesentlich besser ausgeleuchtet wurde.

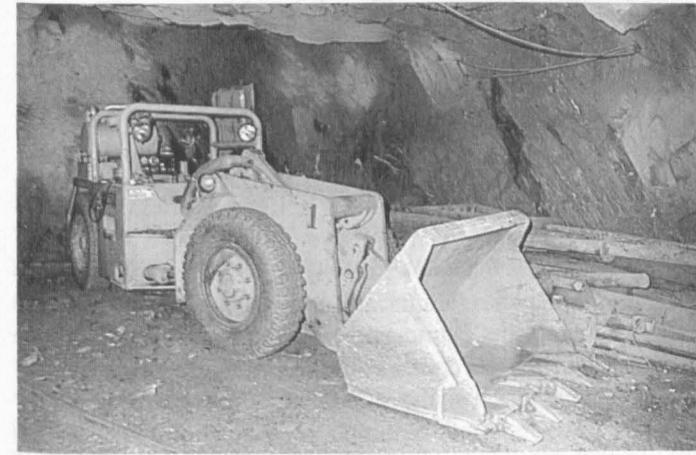
11. Untersuchung des Vorkommens

Der Schwerspatkörper war von der Oberfläche her bekannt und geht nicht auf eine gezielte wissenschaftliche oder bergmännische Tätigkeit zurück.

Daran änderte sich bis zum Erreichen der 3. Sohle nichts. Beim Auffahren dieser Sohle ergaben sich deutliche Anzeichen, daß der Schwerspatkörper nach der Teufe hin auskeilen könnte. Das war erstmals Anlaß für ausgesprochene Untersuchungsarbeiten:

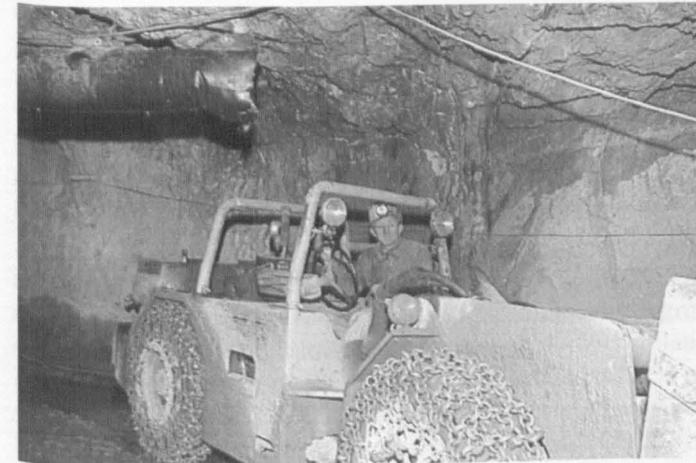
- a) Untersuchungsstrecken.
- b) Bohrungen.
- c) Geophysikalische Untersuchungen.

Im Niveau der 3. Sohle wurden sowohl nach W wie nach E ausstreichenden Grundstrecken heraus Querschläge aufgefahren, die alle ergebnislos blieben. Sie wurden zum Teil auf die Aussagen eines Wüschelrutengängers gegründet, zum Teil auch auf den Rat des Markscheiders hin, der immerhin sicher war, an einer Stelle Schwerspat zu finden, wo bereits nach der geophysikalischen Untersuchung keine Wahrscheinlichkeit vorlag. Die Untersuchung dieser ergebnislosen Stelle wurde noch durch ein Überhauen ergänzt.



Dieselgetriebener Radlader zu Beginn des Einsatzes. Hinter der Vorderachse befindet sich eine Knickbrücke, die einen engen Kurvenradius erlaubt.

Der gleiche Lader im späteren Betrieb mit Radketten. Der Fahrer ist Walter Carius. Fotos: Privat



Bohrungen wurden sowohl nach der weiteren Teufe im Bereich des Schwerspatkörpers wie auch als Horizontalbohrung im Bereich der Untersuchungsstrecken angesetzt. Ergänzt wurde das Programm noch durch Bohrungen von der Tagesoberfläche im Umkreis der Grube.

Der gesamte Aufwand war ergebnislos. Allerdings ermöglichten die Untersuchungsstrecken im E später intensive und bedeutsame geologische Untersuchungen.

Die geophysikalische Untersuchung, genauer eine Schweremesung, lieferte als einzige eine einwandfreie Aussage. Das einzige wirkliche Schwerehoch lag im Bereich des bekannten Körpers. Echte Hinweise auf weitere Körper gab es nicht.

Ich möchte allerdings anmerken, daß es nach heutiger Kenntnis der überaus komplizierten geologischen Verhältnisse damals nichts gab, was als ernsthafte Grundlage für Untersuchungsarbeiten hätte dienen können.

Die bergmännischen Auffahrungen wie die Bohrungen wurden von der Grubenbelegschaft selbst ausgeführt. Die negativen Erfahrungen auf der 3. Sohle führten in der Folge dazu, daß nur noch Bohrungen ausgeführt wurden, die die jeweilige Fortsetzung des Körpers nach der Teufe untersuchten und zwar von der 4., 5. und 7. Sohle. Die Bohrungen von der 5. und 7. Sohle wurden von Fremdfirmen ausgeführt.

Eine spezielle Geschichte ist die Auffahrung unterhalb der 6. Sohle. Aus Bundesmitteln waren lange Zeit große Beträge an bergbautreibende Firmen gegangen, um die ja mit sehr hohem Risiko behaftete Prospektion neuer Lagerstätten zu fördern. Diese Gelder waren weitgehend ohne Ergebnis geblieben. Daraufhin wurde der Einsatz der Gelder verlagert, so daß auch Arbeiten bezuschußt werden konnten, die eigentlich keine Prospektion, also Aufsuchung noch unbekannter Lagerstätten, sondern eher Ausrichtung, also die weitere Untersuchung einer bereits bekannten Lagerstätte, waren. Aus solchen Mitteln wurden auch die Auffahrungen unterhalb der 6. Sohle bezuschußt. Man kann wohl davon ausgehen, daß ein Teil der Auffahrungen

und des Abbaus auch ohne diese Gelder erfolgt wäre. Möglicherweise wäre aber doch der Aufschluß nach der Teufe, der wirtschaftlich zunehmend uninteressanter wurde, früher eingestellt worden.

Dem Ziel einer Exploration (Erkundung) entsprach die Möglichkeit, innerhalb gewisser Grenzen die als Wendel angelegte einfallende Strecke so zu führen, daß möglichst geologisch auswertbare Aufschlüsse entstanden. Von der rein technischen Seite her gesehen, hätte die einfallende Strecke ein anderes Aussehen erhalten.

Die Bohrungen auf der 7. Sohle ergaben die gesicherte Aussage, daß im Bereich der nächsten 50 m keine verwertbaren Schwerspattmengen mehr vorlagen. Trotzdem wurden, wieder durch einfallende Strecken, noch zwei Teilsohlen aufgeföhren, die das Ergebnis bestätigten.

Die Schwerspattführung war noch nicht beendet. Wirtschaftlich war die Grube am Ende. Völlig ungewisse, tieferliegende Vorräte hätten einen gewaltigen Investitionsbedarf für den völligen Umbau der Förderanlage und weiteres Schachtteufen bedeutet, die schon sehr großer Reserven bedurft hätten, um diese zu erwirtschaften.

12. Stilllegungsarbeiten

Die Stilllegung einer Grube war früher vergleichsweise einfach. Schachtöffnungen wurden verböhnt, Stollenmundlöcher wurden vermauert, die Tagesanlagen überließ man sich selbst. Wenn nach Jahren Spätschäden auftraten, war oft rechtlich niemand mehr haftbar zu machen, der gleichzeitig auch noch Geld gehabt hätte.

Heute wird bei größerem Umweltbewußtsein von Seiten der Bergaufsicht eine ordentliche Stilllegung gefordert.

In Eisen bedeutete dies:

a) Der Schacht wurde im Niveau der 3. Sohle durch eine Betonplatte verschlossen und dann bis zur Oberfläche mit Magerbeton verfüllt.

b) Der oberste Bremsberg wurde etwas unterhalb der Tagesoberfläche mit Beton verschlossen, der obere Teil abgerissen und verfüllt.

c) Alle Tagesanlagen bis auf das Büro- und Kauengebäude wurden restlos beseitigt.

d) Alles Halden- und Dammaterial wurde in den Tagebau verbracht. Dieser wurde damit zum Teil verfüllt. Die scharfen Umgrenzungen des ehemaligen Tagebaues wurden gebrochen.

Alle Flächen wurden aufgeforstet. Damit erinnert an die Grube „Korb“ lediglich noch eine flache Mulde.

Quellen:

Ich habe die Grube „Korb“ seit 1967 bis zur Stilllegung beföhren. In soweit stammt die Schilderung weitgehend aus eigenem Erleben wie auch aus Gesprächen mit der Belegschaft.

Für spezielle Angaben und das kritische Lesen des Manuskripts bedanke ich mich herzlich bei Herrn Karl Emde, dem letzten Betriebsleiter der Grube.

Die Darstellung der Förderwege ist eine Umzeichnung des markscheiderischen Seigerrisses.

Das Schießschema des Streckenausbaus stammt aus:

BANNERT, Volker: Schwerspattgrube Korb in Nohfelden-Eisen/Saar der Feldhaus Schwerspattgrube GmbH. - Vervielfältigtes Manuskript; Eisen 1985.

Weiterführend sind zu nennen:

MÜLLER, Gerhard: Die Schwerspattgrube „Korb“ bei Eisen. - Tagungsheft zur VFMG-Sommertagung 1982 in Oberthal, S. 97-115; Heidelberg 1982.

SPIES, Kurt: Chronik der Grube „Korb“ Eisen-Nohfelden. Firmenschrift, Feldhaus Schwerspattgrube GMBH; 5948 Schmallebenberg 1990

Die Firma Wolf - Geräte in St. Wendel

Die erste Industrieansiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Karl-Heinz Hönigfeld und Ulrich Eichling

Für Hobbygärtner in aller Welt stehen Qualitätsprodukte von WOLF für mehr Freude und Erfolg im Garten. Denn WOLF bietet in seinem Gartenpflege-Programm alles, was die moderne Gartenarbeit ausmacht - vom Rasenpflege-Programm über Rasenerneuerung bis hin zum Nutz- und Ziergarten-Programm. Umfassendes Know-How, aufwendige Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie die Kompetenz führender Gartenexperten rund um die Welt garantieren innovative Produkte von höchster Qualität, die keinen Vergleich zu scheuen brauchen. Dies wird von unabhängigen Testinstituten immer wieder bestätigt.

Das heutige Unternehmen WOLF-Geräte ist ursprünglich entstanden aus einer Schmiede in Betzdorf und hat mit der Entwicklung der „ziehenden Arbeitsweise“ vielen Nebenerwerbsgärtnern schon in den 20er und 30er Jahren die Gartenarbeit wesentlich vereinfacht. Gegenüber der bis dahin üblichen „schlagenden Arbeitsweise“ mit der Hacke bietet die „ziehende Arbeitsweise“ mit einem Grubber den Vorteil mühelosen Arbeitens in gerader, aufrechter Körperhaltung. Die dabei erzielte gründlichere Bodenbearbeitung brachte mit geringerem Kraft- und Zeitaufwand ein besseres Arbeitsergebnis. Schon damals wurde die heute noch geltende Philosophie des Unternehmens begründet, dem Hobby-Gärtner die Gartenarbeit zu erleichtern und ihm Ergebnisse zu ermöglichen, die vorher so nicht machbar waren.

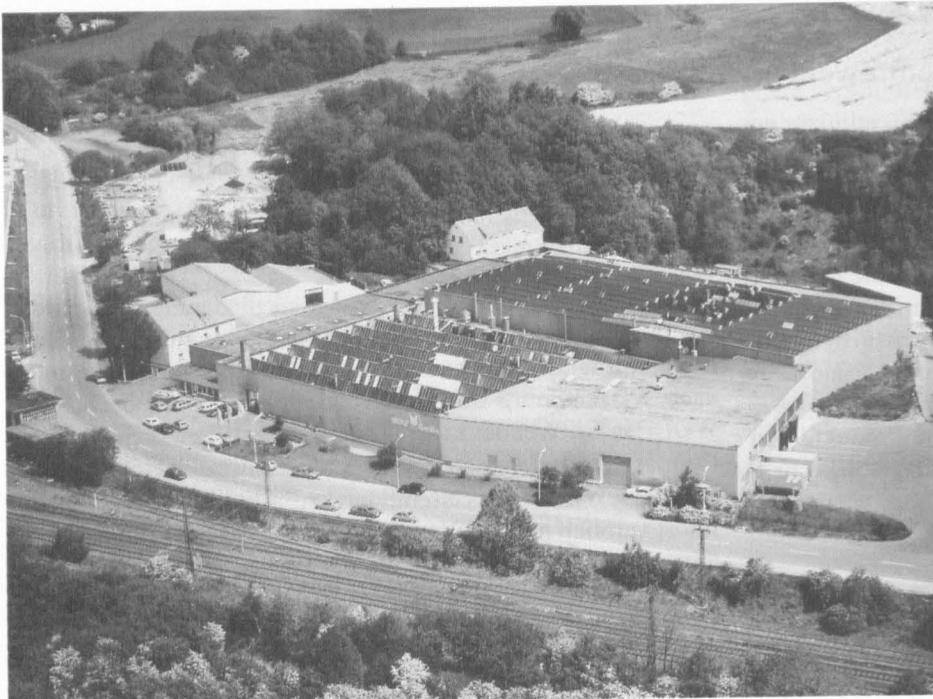
Das WOLF-Geräte-Zweigwerk St. Wendel wurde 1947 im damals französischen Besatzungs- bzw. Wirtschaftsgebiet gegründet, um die Demontage im Stammwerk Betzdorf/Rheinland-Pfalz zu verhindern. Auf einer Produktionsfläche von 1.800 qm wurden Spaten, Jäter, Hacken und Rechen hergestellt. Das Werk ist damit die erste Industrieansiedlung in St. Wendel nach dem

2. Weltkrieg. Sechs Jahre später wurde das Fertigungsprogramm um Rasenmäher und Gartenwagen erweitert.

Im Jahre 1958 wurden im Zuge der Rückgliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik die zur Herstellung des damaligen Produktprogrammes vorhandenen Produktionseinrichtungen nach Wissembourg im Elsaß verlagert. Viele der damals bei WOLF in St. Wendel beschäftigten Mitarbeiter verließen ihre Heimat, um in dem neu gegründeten Schwester-Unternehmen OUTILS WOLF in Wissembourg zu arbeiten. In St. Wendel selbst verblieb nur der Werkzeugbau mit insgesamt 14 Beschäftigten. Erst 1962 wurde hier mit der Produktion von Hand-Garten-Geräten und Scheren begonnen.

Stetig wachsende Marktbedeutung der WOLF-Produkte und die daraus resultierenden höheren Fertigungsmengen, machten in den Folgejahren Erweiterungs-Investitionen unumgänglich. Stufenweise wurde die Produktionsfläche bis Mitte der 70er Jahre auf ca. 10.000 qm erhöht. In dieser Zeit wurde das Produktionsprogramm sehr stark vergrößert. Vorübergehend wurden im Werk St. Wendel Wassergeräte, Motorvertikutierer und Fadenschneider gefertigt.

Im Jahre 1986 wurden durch erhebliche Investitionen in modernste Fertigungstechnologien der Metallverarbeitung die Produktion aller WOLF-Scheren, Garten-Handgeräte und Schneidewerkzeuge für Rasenmäher und Vertikutierer erheblich ausgebaut und konzentriert. Es kamen hochmoderne Stanzautomaten mit CNC-Technik zum Einsatz. Die herkömmlichen Werkzeuge wurden und werden Zug um Zug auf sogenannte Folgewerkzeuge umgestellt. Das heißt, daß bei einem Stanzprozeß mehrere Arbeitsschritte in direkter Folge verrichtet werden und das entsprechende Teil „fertig fallend“ von der Maschine kommt.

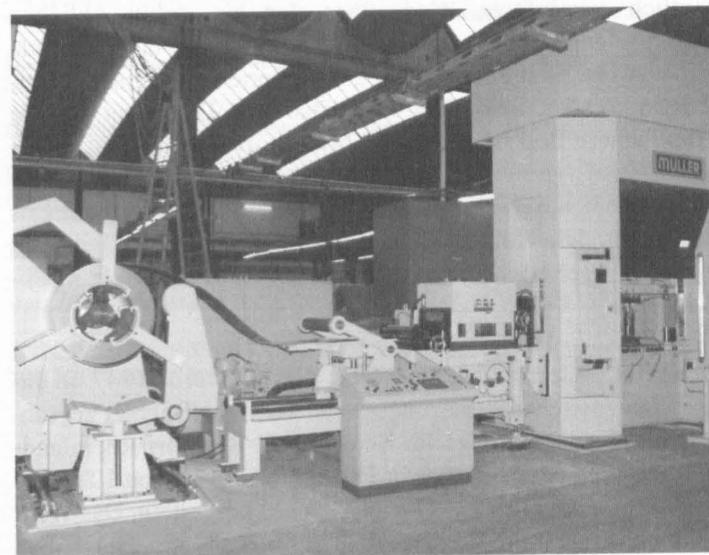
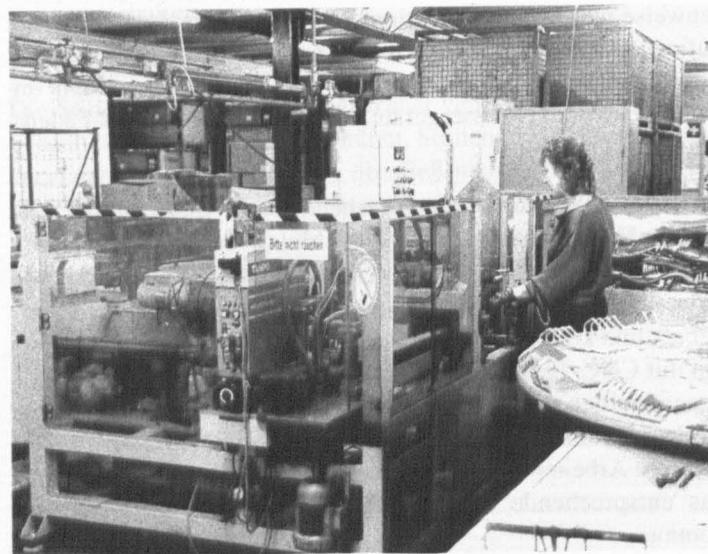


Die Firma „Wolf-Geräte“ ist die erste Industriean siedlung in St. Wendel nach dem 2. Weltkrieg. Um der Demontage zu entgehen, eröffnete die aus Betzdorf stammende Familie ein Werk in der fran zösischen Besatzungszone

Unten links: Moderner Stanzautomat mit voll automatischer Prozeßüberwachung

Unten rechts: Montageautomat für Handgeräte „Multi Star“ mit integrierter Bedruckung (Wolf-Logo) und Etikettierung.

Fotos: Wolf-Geräte



Zur Vermeidung von Werkzeugbrüchen wurden die Stanzauto maten mit elektronischen Prozeßüberwachungsgeräten ausge stattet. Damit wurde die Teileproduktion in sogenannten „Geis terschichten“ (ohne Maschinenbediener) möglich.

Frei programmierbare Schweißroboter lösten die konventionel len Handschweißgeräte ab. Neue Schweißverfahren wie das Widerstandsschweißen (Verbindung von Metallteilen durch hohen elektrischen Strom und Druck, ohne Zusatzwerkstoff) kamen hinzu. Die Kapazität der Salzbadhärteanlage wurde durch Ge hängeoptimierung deutlich erhöht. Zur Rückgewinnung von Härtesalzen und Reduzierung von entsorgungspflichtigen Spül wässern erfand ein Wolf-Mitarbeiter eine Verdampfungsanlage, die zwischenzeitlich patentiert ist. Die manuellen Schleifarbeits gänge übernahmen nach und nach halbautomatische Sonder schleifmaschinen mit integrierter Meßsteuerung. Unter Anlei tung von Wolf wurden mit externen Anlagenbauern Spezial schleifmaschinen entwickelt und gebaut. Die Verzinkungsanlage wurde vom halbautomatischen Betrieb auf einen frei programmierbaren vollautomatischen Ablauf umge stellt. In einem 2. Schritt wurde die Oberflächenversiegelung (Rostschutz) in den Verzinkungsprozeß integriert. Dadurch konnte das separate Tauchlackieren entfallen.

Die Antihafbeschichtung unserer Scherenmesser mit Hostaflon konnte ebenfalls im Zuge einer Verfahrensoptimierung qualita tiv verbessert und kapazitiv aufgestockt werden. Die dadurch erzielte Reduzierung des Reibwiderstandes führt zu einem deut lich geringeren Kraftaufwand beim Schneiden. Im Bereich der Montage übernahmen Automaten die Endmontage der Garten handgeräte Multi-Star. Die Scherenmontage wurde teilautomati siert.

Zur Verbesserung des Materialflusses wurde ein zentrales Pro duktionsteilelager errichtet mit direkter Anbindung an den Wa reneingang und die Endmontage.

Trotz aller Automatisierungsbemühungen sind die Erfahrungen der meist langjährigen Mitarbeiter der eigentliche Erfolgsgarant

für unsere hohe Produktqualität. In Arbeitsgruppen sind sie selbst sowohl für die Qualität als auch für die termin- und men gengerechte Ausbringung verantwortlich. Wir nennen dies Wolf-Produktions-System. Dieses System ist aus den Erkennt nissen, die wir bei einem befreundeten japanischen Unterneh men gewonnen haben, entstanden und hat zum Ziel, unsere Wettbewerbsvorteile durch stetiges Realisieren kleiner Verbes serungen zu sichern.

Produkte aus dem Werk St. Wendel sind in der ganzen Welt unter den WOLF-Marken „WOLF-Geräte“, „OUTILS WOLF“, „WOLF-TOOLS“ sowie unter Handelsmarken in den USA zu finden. Das Werk St. Wendel stellt heute mit ca. 300 Mitarbei tern pro Jahr über 4 Millionen Scheren und Handgeräte und ca. 3 Millionen mechanische Bauteile her.

Zur Förderung kirchlicher, gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke richtete der Inhaber der Firma WOLF-Geräte im Jahre 1972 die „Grete-Wolf-Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts ein. Aus den Erträgen der nach der Frau des Firmengründers benannten Stiftung wurden bei einem Stif tungsvermögen von 100.000 DM bis zum Jahre 1989 13 ver schiedene Einrichtungen wie Sozialstationen, Altenpflegeschule, Altenheim, Lebenshilfe für Geistigbehinderte, Rotes Kreuz und Kindergärten mit insgesamt 102.000 DM unterstützt.

Bei der Verleihung der „Grete-Wolf-Preise 1989“, die am 4. April 1989 im Sitzungssaal des Rathauses zu St. Wendel stattfand, erhöhte Herr Dieter Wolf das Stiftungsvermögen von bisher 100.000 DM auf 200.000 DM. Demzufolge werden sich in Zukunft auch die Beträge, die zur Ausschüttung kommen, in etwa verdoppeln.

Der Geschäftserfolg von WOLF ist abhängig von einer fünf- bis sechsmonatigen Gartensaison. In dieser Zeit muß das Unterneh men den Erfolg erzielen, für den andere ein ganzes Jahr Zeit haben. Daraus erwächst der Zwang zu hoher Anpassungsflexi bilität bei Personal und Maschinen, damit auf veränderte Markt situationen schnell und gezielt reagiert werden kann.

Die kleine Stadt

Von Zwergen wird sie nicht bewohnt,
wie du es meinst
vom Berg herab den Blick hinwerfend
zu ihr, die schon im Dunst der Abendlichter
verzaubert liegt, schau hin genau, du denkst ein Zauberer
begann sein Meisterstück.

Komm mit,
die Häuser stehen groß in dieser kleinen Stadt,
und deinen Schritt, den geben diese Straßen
mit hohlen Bässen wieder.

Und wenn du weißt,
daß sie schon tausend Jahre hin
die Türme in den Himmel schickt,
ein Tor hineinzustechen,
wodurch Gestorbne gehen könnten,
dann weißt du,
wie sie denken, aufwärts
von ihren kleinen Leiden weg.

Die Gärten sind im Schlaf.
Die Sterne regnen sich herab, Glühwürmchenschwarm.
Die Türen sind von Liebespaaren still bestanden.
Was wird da viel geschneht?

Hasborn

Hügelland,
vieler Pferde Rücken rundhin,
grüner Ritt durch den Sommer,
weißer Schimmelzug
durch den Winter,
wohin tragt ihr mich,
mit den anderen allen
ins Letzte?

Anmerkung zum Autor:

Johannes Kühn lebt seit Geburt 1934 in Hasborn. Er veröffentlichte mehrere Gedichtbände und Theaterstücke, zuletzt „Gehnt an Luft“ (Gedichte, 1992, herausgegeben von Irmgard und Benno Rech). Mit freundlicher Genehmigung des Verlages Carl Hanser in München/Wien veröffentlichen wir daraus diese beiden Gedichte.

Im Heimatbuch des Landkreises St. Wendel, XXIII. Ausgabe, 1989/90, S. 81-84, erschien als Beitrag von Irmgard und Benno Rech „Johannes Kühn, Ein Dichter aus dem St. Wendeler Land“. Für sein Werk wurde Johannes Kühn u. a. ausgezeichnet mit dem Kunstpreis des Saarlandes (1988) und der Ehren-gabe der Deutschen Schillerstiftung (1992).

Schaumberg - Traumberg

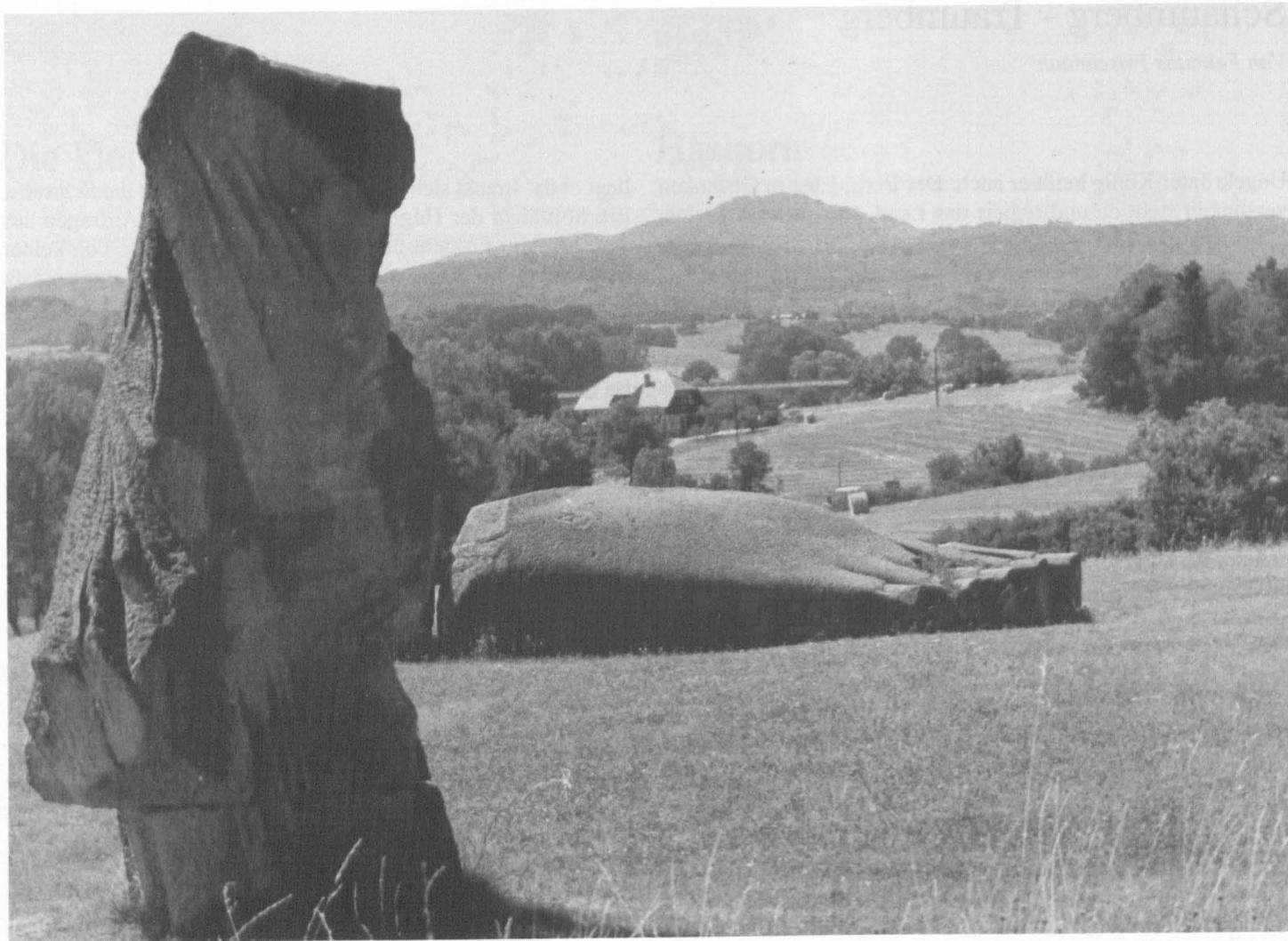
Von Felicitas Frischmuth

Ungekrönter König heißt er auch. Der Berg, ganz in Gedanken versunken steht da und regiert das Land. Das tut er mühelos, ohne Anstrengung, ohne Gewalt. Er gockelt nicht, er prunkt nicht, er stampft nicht auf, er zieht an. Der liebenswürdige Berg. Richtet sich an Freunde, Bekannte, Fremde, die Herkunft der Besucher ist ihm gleich. Unwiderstehlich wirkt er schon beim ersten Blick aus der Ferne. Er beherrscht sein Feld. Heute war er wieder einmal nicht zu sehen, wir wissen aber sicher, daß es ihn gibt. Also erinnern wir uns an ihn, erzählen von ihm, beschreiben ihn, schwärmen. Und was hat er für ein Eigenleben, der Berg? Er wird angeschaut, gesucht, besucht, bestiegen, umwandert, er gehört dazu, seit eh und je steht er da, wo wir meinen, daß er hingehört. Wir denken nicht weiter darüber nach. Wir nehmen ihn hin, bewundern, bestaunen, lieben ihn. Er wächst uns zu aus Märchenbildern, verträumten Namen. Er ist schon Teil der Sagenwelt. Ancien. Uns öffnet er sich ziemlich verschwiegen. Schaut über Land und Häuser, Menschen und Tiere, drückt sein Schweigen standhaft aus, er träumt und schäumt. Seine Daten sind festgehalten, sind nachzulesen in den Büchern, Karten, Prospekten, Wegweisern und Plänen der Region, Hinweisschilder verleihen ihm Präsenz, sichern ihm vordergründig seine Existenz. So wird er geortet, in der näheren und weiteren Umgehung festgeschrieben.

Er läßt sich das gefallen, er lächelt, er ist vermutlich stolz auf seine Attraktivität, auf seine Würde. Volle Aufmerksamkeit wird ihm zuteil. Er mokiert sich nicht. Er liebt seine Besucher und Betrachter. Die Genießer. Das wundert mich, denn er könnte ja rauchen und spucken, Überfälle planen, bersten. Heiße Masse ausschleudern, wie das einige seiner Kollegen tun, die Menschen in Angst und Schrecken versetzen. Vielleicht hegt er im Innern diesen verwegenen Wunsch. Wenn es so wäre, verbirgt er sein Geheimnis klug. Sanft wie ein gezähmtes Haustier

liegt er da, streckt sich aus, schwingt aus, bewacht die Schwelle. Ein Solitär in der Hügellandschaft, kein steiles Auffragen aus dem Massiv. Er sieht überhaupt nicht sperrig aus, von keiner Seite aggressiv, mit weicher Silhouette, nach den Seiten faßt gleichmäßig abfallend. Er herrscht im dörflichen Ambiente. Die Großstadt ist weit. Er tritt in keine Konkurrenz, er ist einmalig. Nur mit den Jahreszeiten und mit dem Wetter verbandelt er sich. Da geht er in Aktion. Je nachdem, wie heftig, theatralisch, dramatisch oder milde friedlich das Licht an ihm spielt. Wie die Wolken fliegen, die Sonne blitzt oder Nebel an ihm hängen. Das gibt ihm Funktion im Bühnenbild, das wir erleben. Unübersehbar ist er darin verankert. Bleibt trotz aller Bewegung fest, obwohl er bisweilen aufgelöst erscheint. Was seinem Namen ganz und gar entspricht, so unwirklich, Schaum-Traum zeigt er sich. Der Vulkanrücken aus Porphyrt, der Härtling vergänglich gibt er sich.

Unheimlich verlässlich eingewurzelt kokettiert er mit der Vergänglichkeit in seinem Namen, verführerisch ausgeliefert der Sonne, dem Licht, den Wolken, der Luft, dem Sturm, den Regenschauern, den Unwettern und Windgeschwindigkeiten, den Farben. Dazu den zweifelhaften Machenschaften der Menschen. Ein spannendes Stück mit ständig wechselnder Handlung. Keine Wiederholungen. Ergreifendes Spiel, das sich vor unseren Augen vollzieht. Der grüne Berg, der schwarze Berg, der graue Berg, der weiße Berg, der Berg in Flammen, der Berg im Meer, tanzt vor uns her, scheint auf, verschwindet wieder, taucht auf, ruht, verwandelt sich, taucht weg, kommt wieder, eine halbe Wolke streift ihn, rosarote Lichtzunge, schneeweiße Tulpe. Durch den Regenvorhang leuchtet seine Gestalt, durch ein Spinnennetz zeichnet er seine Konturen, hinter einer Rauchfahne ist er versteckt. Im Frühlicht schaut er durch Winterbäume. Mit dem Fernrohr holen wir Details heran, den Turm, den hellen Bu-



senknopf, der oben auf der Kuppe steht. La géométrie dans l'espace. Der alltägliche Berg, der Erinnerungsberg, der Hausberg, der Heimatberg, der Berg als Schulaufgabe. So bewegt sich der Berg in unseren Köpfen, dringt ein, stellt sich vor, verschafft sich Redeweisen, erringt sich Welt. Maler und Zeichner haben ihm gehuldigt, haben versucht, ihn auf der Fläche festzuhalten,

haben ihre Phantasie an ihm geübt, seine Erscheinungsformen ausgelotet, sich ein Bild von ihm gemacht. Für die Fotografen bleibt er ein großes Thema. Er langweilt nie. Die Zeit prallt an ihm ab, und Menschenlebensdauer interessiert ihn nicht. Er begrenzt den Blick, fängt auf, gibt Halt, er bestätigt eindrucksvoll den Horizont.

Aus vergangener Zeit

Panzersperren („Höckerlinien“)
der Westwallanlagen
bei Hofeld - Mausbach



X. Heindl 92

Ein 270 Millionen Jahre alter Fisch von Otzenhausen

Von Ulrich Heidtke

Im Frühjahr 1990 brachte Herr Wilhelm Tholey aus Namborn-Hofeld-Mauschbach eine Serie von Versteinerungen ins Pfalzmuseum nach Bad Dürkheim, mit der Bitte, seine Funde zu bestimmen. Ein erster Überblick ergab, daß es sich um Fossilien handelte, die aus dem obersten Schichtkomplex des sogenannten „Unteren Rotliegenden“ stammen. Das Rotliegend-Zeitalter markiert einen erdgeschichtlichen Zeitabschnitt, der unmittelbar auf die sog. „Steinkohle-Zeit“ (Karbon) folgt. Die Schichten des Rotliegenden werden heute mit einem Alter von 280 bis 250 Millionen Jahren angenommen. Im Bereich der nördlichen Pfalz und auch in Teilen des Saarlandes sind Ablagerungen dieser so weit zurückliegenden Zeit oberflächennah aufgeschlossen. In den geschichteten Gesteinen (Sedimenten) sind bisweilen Überreste des damaligen tierischen und pflanzlichen Lebens eingeschlossen. Damit hat heute der Fachwissenschaftler (Paläontologe) Fossilien an der Hand, die ihm die Rekonstruktion der frühen Lebensformen und auch der gesamten Fauna und Flora ermöglichen.

Diese Erkenntnisse erlauben uns die Vermutung, daß im Zeitalter des Rotliegenden unser Gebiet von einer sumpfigen Ebene bedeckt war, in der es zahlreiche kleine und große Gewässer gab. Die klimatischen Bedingungen waren eher tropisch. In dieser weiten Senke wurde der Abtragungsschutt umliegender Gebirge abgelagert und es bildete sich ein mächtiges Paket schichtartig aufgebauter Sedimentsteine, in denen die Überreste des tierischen und pflanzlichen Lebens eingeschlossen und teilweise bis heute konserviert wurden.

Von einem dieser Fundpunkte, dem Industriegebiet von Otzenhausen, legte Herr Tholey nun sein Fundgut zur Begutachtung vor. Zu diesem Zeitpunkt war der Autor mit der Neubearbeitung und wissenschaftlichen Beschreibung eines sehr altertümlichen

Fisches aus dem Rotliegenden befaßt. Dieser Fisch mit dem wissenschaftlichen Namen *Acanthodes bronni* war bereits 1832 benannt worden, die damalige Beschreibung war jedoch sehr ungenau und entsprach nicht den heutigen, wissenschaftlichen Anforderungen. Durch zahlreiche Grabungen war das Pfalzmuseum für Naturkunde in den Besitz zahlreicher Exemplare dieses Fisches gelangt. Teilweise ist die Erhaltung dieser Fossilien derart detailgetreu, daß eine große Zahl anatomischer Einzelheiten festgestellt werden konnten. In der Evolutionslinie der Fische ist die Stellung der „Acanthodier“ bis heute unklar, da diese Gruppe bereits im Erdaltertum ausgestorben ist, verwandte oder vergleichbare Fischformen existieren heute nicht mehr. So müssen Gestalt, Aussehen und Lebensbedingungen dieser Tiere mühevoll rekonstruiert werden. Einerseits besitzen die „Acanthodier“ Merkmale, die an urtümliche Haie und Panzerfische erinnern, andererseits sind auch Beziehungen zu den modernen Knochenfischen vorhanden. So gilt die Gruppe der „Acanthodier“ als Übergangsform, die zu den Knochenfischen hinführt.

Ganz allgemein besitzen die „Acanthodier“ einen langgestreckten, spindelförmigen Körper, der mit mosaikartig aneinander gereihten Schuppen bedeckt ist. Mit Ausnahme der Schwanzflosse weisen alle Flossen einen langen, festen Stachel am Vorderrand auf, so daß als deutsche Bezeichnung auch „Flossenstachel“ verwendet wird.

Der Autor war naturgemäß daran interessiert, die Fundstücke des Herrn Tholey nach „Acanthodier“ durchzumustern. Tatsächlich war ein Stück dabei, das besondere Aufmerksamkeit erregte. In einer aufgeschlagenen Gesteinsknohle waren eindeutig Umriss und Skelettreste eines „Acanthodiers“ zu erkennen, die allerdings recht deutlich von der einzigen bisher bekannten

Art aus dem saarpfälzischen Raum, *Acanthodes bronni*, abwichen.

Dem Wunsch des Autors, daß Stück näher untersuchen und gegebenenfalls bearbeiten und veröffentlichen zu dürfen, stimmte Herr Tholey freundlicherweise zu. Im Gegenzug bot der Autor an, die eventuelle neue Art nach Herrn Tholey als dem Finder zu benennen.

Um den Leser nicht mit speziellen anatomischen Besonderheiten zu langweilen, sei nur darauf hingewiesen, daß das neue Stück auffallend große Brustflossen mit einer Serie länglicher Stützstrahlen zeigt. Dies ist ein Merkmal, das bekannte „Acanthodier“ nicht besitzen. Außerdem ist eine schmale, langgezogene Bauchflosse vorhanden, ebenfalls ein unbekanntes Merkmal.

Damit war klar: Es liegt eine neue, unbekannte Art vor, *Acanthodes tholeyi* war geboren (Abb. 1 und 2). Das Fundstück wurde eingehend untersucht, vermessen und mit anderen Arten verglichen. Die weitverstreute Literatur wurde beigezogen und auf ähnliche Formen überprüft. Die festgestellten Ergebnisse konnten anschließend zusammengefaßt und in einer Fachzeit-

Das Originalstück von *Acanthodes tholeyi* (Maßstab 20 mm)

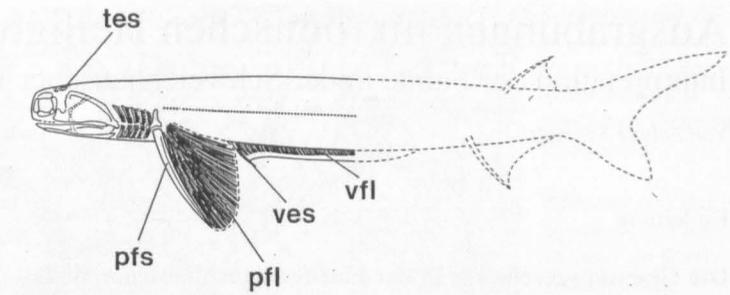
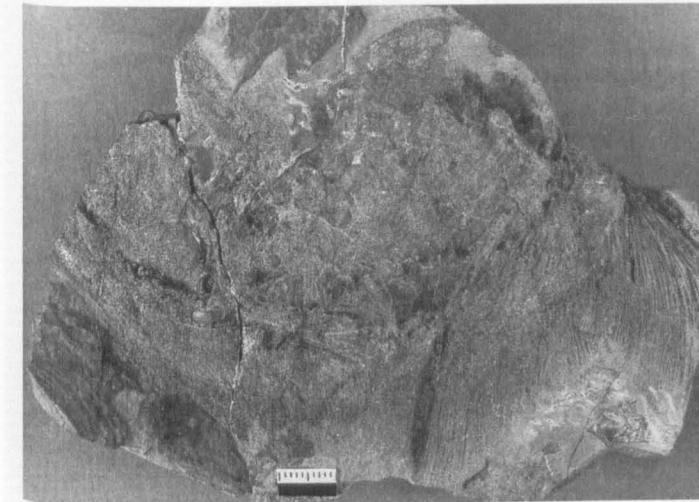
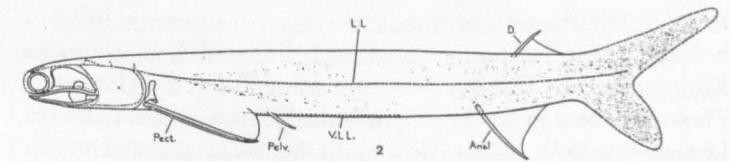


Abb. 4. *Acanthodes tholeyi* n. sp., Versuch einer Gesamtrekonstruktion, tes: Tesseræ, pfl: Brustflosse mit Ceratotrichia, ves: Stachel der Ventralflosse, vfl: Ventralflosse mit Ceratotrichia.



2) *Acanthodes bronni*, Gesamtrekonstruktion (nach WATSON 1937).
Abkürzungen: Anal = Analflosse, D = Dorsalflosse, Pect = Brustflosse, Pelv = Beckenflosse.

Die Gesamtrekonstruktion von *Acanthodes tholeyi* (aus Heidtke, 1990 C)

schrift publiziert werden (Heidtke, 1990 C). Damit war das Stück des Herrn Tholey zu einem „Holotypus“ geworden, einem Exemplar, nach dem eine weltweit neue Art definiert wurde.

Den glücklichen Schlußpunkt unter die gesamte Aktion setzte Herr Tholey selbst, indem er das wissenschaftlich hochrangige Stück dem Pfalzmuseum für Naturkunde überließ. Hierfür sei ihm an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Literatur:

- Heidtke, U. (1990 A): Studien über *Acanthodes* 1. Neubeschreibung des *Acanthodes bronni*, POLLICHIA-Buch Nr. 19, Bad Dürkheim
- Heidtke, U. (1990 B): Studien über *Acanthodes* 1. Ontogenetische Entwicklung des *Acanthodes bronni*, POLLICHIA-Buch Nr. 19, Bad Dürkheim
- Heidtke, U. (1990 C): Studien über *Acanthodes* 3. *Acanthodes tholeyi* n. sp., ein neuer Acanthodier (Acanthodii: Pisces) aus dem Rotliegenden (Unterperm) der Saar-Nahe-Senke (Südwest-Deutschland), Paläontologische Zeitschrift, 64, 3/4, S. 261-267, 4 Abb., Stuttgart

Ausgrabungen im römischen Heiligtum von Tholey

Interpretation der Funde in der Schweichhausener Wiese

Von Sabine Schmidt

Einleitung

Die Grabungsgeschichte in der Flur Schweichhausener Wiese beginnt im Jahr 1986 mit der Ausschreibung zum Neubaugebiet. Erstmals erfolgten Sondierungen mit Hilfe zweier Baggerschnitte durch Mitarbeiter des Staatlichen Konservatoramtes in Saarbrücken. Diese Sondagen erbrachten Mauerwerk und zahlreiche Kleinfunde. Mit Hilfe der Unterstützung durch die Gemeinde Tholey konnten in den beiden darauffolgenden Jahren unter der Leitung von D.V. Mäsch M.A. und J. Milles systematische Untersuchungen im Gelände durchgeführt werden. 1988/89 wurde das Gelände zum Grabungsschutzgebiet erklärt.

Der vorliegende Artikel beinhaltet in gekürzter Form die wichtigsten Ergebnisse der von mir verfassten Arbeit zur Erlangung des Magister Artium über „Die Ausgrabungen im römischen Heiligtum von Tholey, Kreis St. Wendel (1986-88)“. Die Magisterarbeit wurde nach den Unterlagen des Staatlichen Konservatoramtes in Saarbrücken am Institut für Provinzialrömische Archäologie der Ludwig-Maximilians-Universität in München erstellt und von Herrn Prof. Dr. G. Ulbert betreut.

In römischer Zeit galt der Vicus von Tholey/Wareswald als Zentrum einer ländlichen Gegend, deren Wirtschaftsformen und Bevölkerungsstruktur noch weitgehend in keltischer Tradition standen.

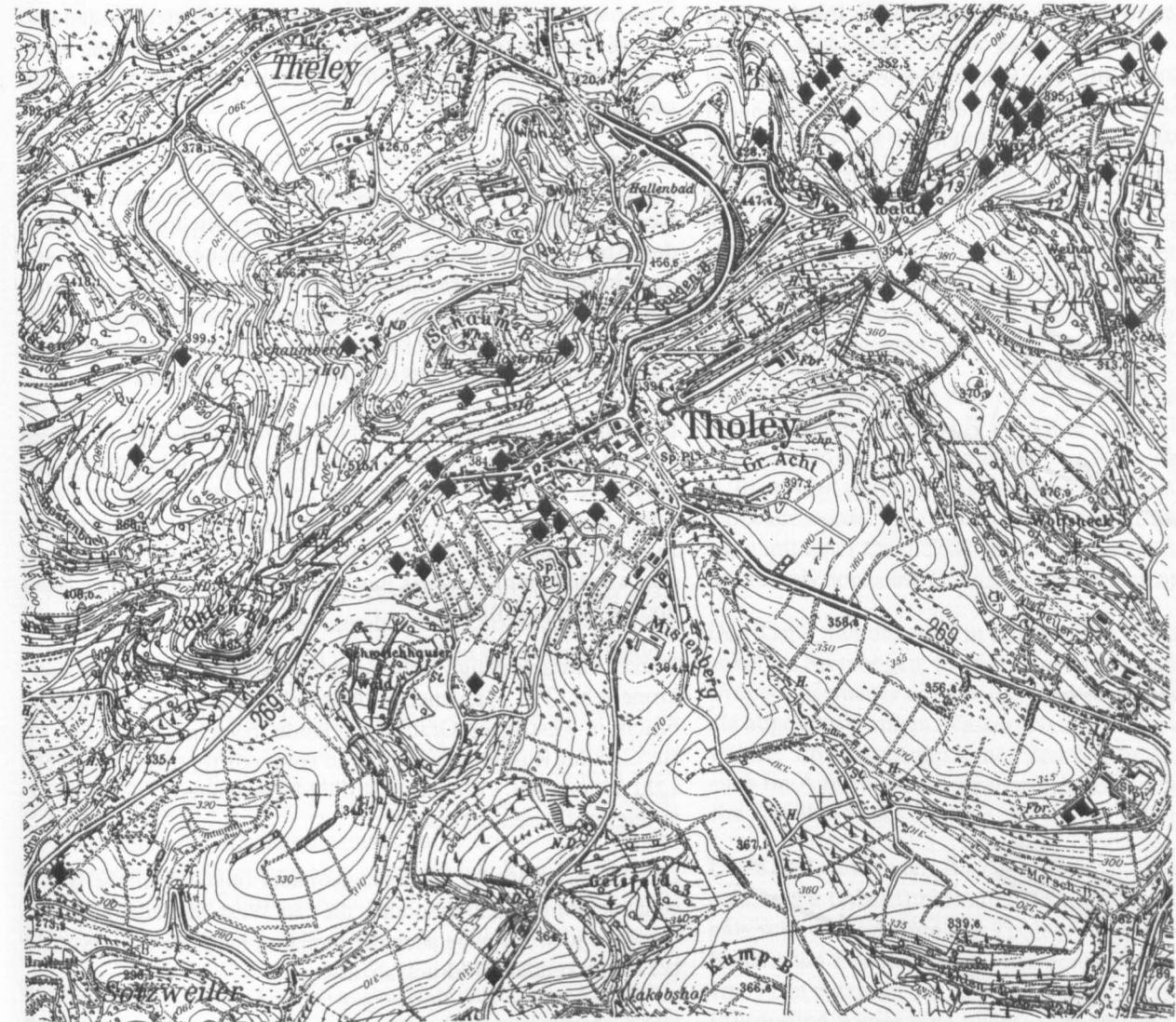
Unter römischer Herrschaft erfuhr die Landschaft durch den Ausbau der Infrastruktur offenbar einen wirtschaftlichen Aufschwung, infolge dessen sich auch der Charakter und die Schwerpunkte der Besiedlung änderten. Mit der Etablierung römischer Einrichtungen und Gepflogenheiten kristallisierten sich Ballungszentren und Foci heraus, wie die Region um Tholey zeigt. Der Kreuzungspunkt zweier römischer Fernstraßen war



Die Fundstelle auf der Schweichhausener Wiese

für die Entstehung eines Warenschlagplatzes und eines späteren Straßendorfes im Wareswald bei Tholey ausschlaggebend. Es handelt sich hierbei um die Nord-Süd-Route von Trier nach Straßburg und die Ost-West-Verbindung von Metz nach Mainz. Die Grundlage für die Existenz und die wirtschaftliche Blüte des Vicus war der Fernhandel. Zahlreiche Einzelsiedlungen an der Peripherie des Vicus gelangten anscheinend durch die Belieferung der Vicus-Mitbewohner mit Versorgungsgütern zu einem beachtlichen Wohlstand, welcher sich sowohl in der Bauweise der Villae rusticae als auch in den Gräbern der Region niederschlägt.

Bei den architektonischen Befunden in der Flur - „Schweichhausener Wiese“ handelt es sich um einen römischen Tempelbezirk, der jedoch noch nicht in seiner gesamten Ausdehnung ausgegraben ist. Weitere Gebäude zeichnen sich im Bewuchs des



nördlich an das Grabungsgelände angrenzenden Areals ab; diese sind zweifellos für die definitive Interpretation des Heiligtums und die Klärung der chronologischen Zusammenhänge von großer Wichtigkeit.

Die bisher untersuchten sakralen Bauten liegen auf einem kleinen (Abb. 2) terrassenartigen Plateau im Norden des Grabungsgeländes, von dem aus sich das Gelände sanft nach Westen neigt. Im Vergleich dazu fällt es recht stark nach Süden und

Kartierung der römischen Fundstellen im Ort Tholey; Ausdehnung des römischen Vicus im Wareswald:

Während sich das Zentrum des Vicus offenbar im Wareswald befindet, dünnt die Konzentration der Fundstellen nach Westen hin aus. Obwohl aufgrund der flächendeckenden, modernen Überbauung nur wenig über das unmittelbare Umfeld des Heiligtums in der „Schweichhausener Wiese“ bekannt ist, liegt die Vermutung nahe, daß es sich hierbei bereits um eine periphere Zone des Vicus handelt.

Süd-Westen hin ab, so daß die abgeschwemmte Erde in diese Richtungen einen massiven Druck auf die Umfassungsmauer und ihre Stützbögen ausübt. Die hangbedingte Geländeerosion und die Stratigraphie der Grabung stehen demnach in engem Zusammenhang: Während die architektonischen Befunde auf der Tempelterrasse nur ca. 10 cm unter der heutigen Oberfläche

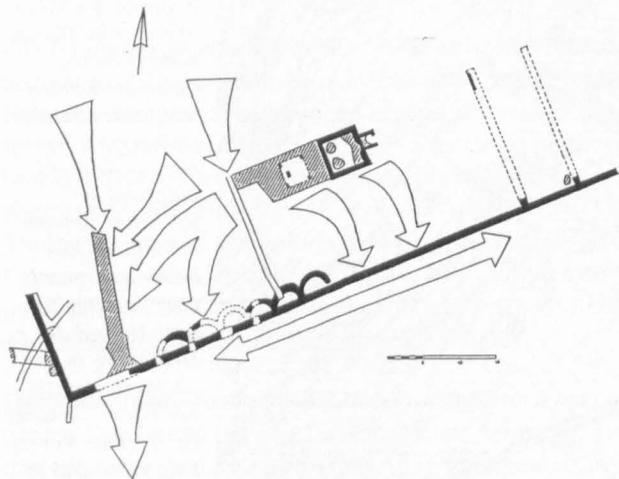
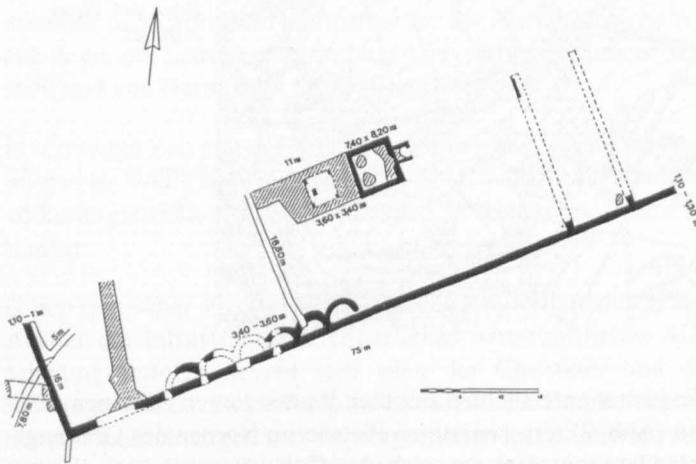


Abb. 2 : Erosionsrichtungen im Gelände



Grundriß des Heiligtums in der „Schweichhausener Wiese“

lagen, war die Umfassungsmauer von nach Westen, Süden und Südwesten hin stärker werdenden Schwemmschichten überdeckt. Ein regelrechter Zerstörungshorizont konnte nicht nachgewiesen werden.

Der sakrale Bezirk wurde durch eine Umfassungsmauer von der profanen (Abb. 3) Welt abgegrenzt. Sie besteht aus einem in Nord-Süd-Richtung und einem in Ost-West-Richtung verlaufenden Abschnitt sowie aus zwei schmalen Mauerzügen im Osten des Grabungsgeländes. Die Nord-Süd-Mauer wurde auf einer Länge von 16 m untersucht; ihre Breite schwankt zwischen 1,00 - 1,10 m. Die ergrabene Länge des Ost-West-Abschnittes beträgt 75 m. Die Breite liegt hier zwischen 1,10-1,30 m.

Die Mauern wurden in Zweischalentechnik errichtet. Das Fundament (Taf. 1.1.) besteht aus Tholeyit einem sehr witterungsanfälligen Gestein, und wurde gegen den Hang in den gewachsenen Boden gesetzt. Darüber erhebt sich das Sichtmauerwerk. In zwei schmale, aus Sandsteinquadern bestehende Schalmauern, wurde Gußmauerwerk aus unbehauenen Sandsteinen Sand und Mörtel eingefüllt.

Durch unregelmäßige Erhebungen gestaltet sich die Mauerkrone sehr (Taf. 1.2.) uneben. Abgesehen von einem Mauerausbruch im westlichen Grabungsgelände, bestehen besonders im Bereich der Rundbogensetzungen Höhendifferenzen von 0,80-1,00 m maximal. Offenbar war die Mauer längere Zeit den Witterungseinflüssen ausgesetzt.

Die für eine einfache Umfassungsmauer ungewöhnliche Breite weist darauf hin, daß besonders die Ost-West-Mauer neben ihrer begrenzenden Aufgabe auch die Funktion hatte, den von Norden her einwirkenden Erddruck abzufangen.

Die Gesamtneigung der Mauer nach Süden und der südlich außerhalb der Mauer befindliche Mauerversturz bestätigen diese Vermutung. Der Mauerversturz kommt größtenteils in und auf einer nur außerhalb der Umfassungsmauer festgestellten Entwässerungsrinne zu liegen; sie begleitet die Umfassungsmauer fast auf der gesamten Länge.

Hier wurden zahlreiche Kleinfunde des 2. und beginnenden 3. Jh. n. Chr. geborgen. Nach diesem Zeitpunkt scheint die Mauer ohne Ausbesserungsarbeiten der Witterung ausgesetzt gewesen zu sein, bis schließlich das Areal durch Erosion und Wassermassen verwüstet wurde.

Ferner wurden fünf halbkreisförmige Stützbögen erfaßt, die den Erddruck gleichmäßig auf die Umfassungsmauer verteilen. Sie erstehen aus nicht vermörtelten Tholeyiten und Hartsteinen. Diese Rundbogensetzungen sind nur teilweise in der Ost-West-Mauer verankert. Die Mauerstärke der Verbindungsstege, die die Bögen miteinander verbinden, schwankt zwischen 0,70 - 0,90 m je nach Belastung. Ebenso verhält es sich mit den Durchmesser; hier liegen die Werte zwischen 3,40 - 3,60 m. Diesen Maßen und dem Versturzmateriale nach zu urteilen, darf im Westen mit weiteren Stützbögen gerechnet werden.

Die Qualität der Stützbögen nimmt von Osten nach Westen hin ab. Nicht nur das Versturzmateriale, sondern auch eine mit Schutt angefüllte Erosionsrinne sowie ein Ausbruch der Ost-West-Mauer zeugen von der ungeheueren Zerstörungskraft der Schlamm- und Wassermassen im westlichen Grabungsgelände.

Im Westen des Grabungsareals wurde eine fundamentartige Steinsetzung auf einer Gesamtlänge von 13, 80 m festgestellt. Sie besteht aus Tholeyiten und Hartsteinen. Von Nord-Osten nach Süd-Westen verlaufend, wird sie nach 5 m von dem Nord-Süd-Abschnitt der Umfassungsmauer unterbrochen, wo sie mit einer weiteren Steinsetzung eine spitzwinklige Konstruktion bildet. Außerhalb der Umfassungsmauer setzt sich diese Steinsetzung leicht gebogen auf einer Länge von 7,80 m fort.

Südlich außerhalb der Umfassungsmauer wurde eine kanalartige Fundamentsentwässerung zur Ableitung größerer Wassermengen erfaßt. Sie besteht aus senkrecht gestellten Sandsteinplatten, die mit ebensolchen abgedeckt sind. Dieser Kanal schließt im Fundamentbereich der Ecke an, wo der Nord-Süd- und der Ost-West-Abschnitt der Umfassungsmauer aufeinander treffen. Auch hier ist die Umfassungsmauer stark beschädigt.

Innerhalb des Tempelbezirkes verläuft ein weiterer Kanal von Norden nach Süden. Seine ergrabene Länge beträgt 16,80 m. Die technischen Merkmale (Taf. 2.1.) entsprechen denen der bereits erwähnten Fundamententwässerung. Es handelt sich dabei um senkrecht gestellte Sandsteinplatten, die mit Platten aus Tholeyit abgedeckt sind. Nach Süden hin wird der Kanal tiefer; die durchschnittliche Tiefe beträgt 0,50 - 0,60 m. Im mittleren Kanalabschnitt befand sich eine massive Scherbensicht, die sich vornehmlich aus Einhenkelkrügen, Bechern und Terra Sigillatagefäßen zusammensetzte. Die Gefäßfragmente wurden m. E. aus dem nördlich an das Grabungsgelände angrenzenden Areal abgeschwemmt.

Diese Scherben geben Aufschluß darüber, daß die nördlich gelegenen Gebäude noch bis zur Mitte des 3. Jh. n. Chr. frequentiert wurden und der Wasserlauf des Kanals nach der Mitte des 3. Jh. n. Chr. durch das abgeschwemmte Material verengt bzw. blockiert wurde. Möglicherweise stand der Kanal in Zusammenhang mit einer Quelle, wobei jedoch weder der Ausgangspunkt des Kanals noch eine Quelfassung untersucht werden konnten.

Der Kanal mündet zwar in einen in der Umfassungsmauer verankerten Stützbogen, (Taf. 2.2) setzt sich jedoch außerhalb der Umfassungsmauer nicht in der ursprünglichen Form fort. Durch die abgeschwemmten Wassermassen bildete sich die bereits erwähnte Entwässerungsrinne. Sowohl in dem Stützbogen als auch im Ausschwemmungsbereich des Kanals wurden zahlreiche Kleinfunde des 2. und 3. Jh. n. Chr. geborgen.

Der Kanal steht in engem Zusammenhang mit den auf der Tempelterrasse (Abb.3) befindlichen Gebäuden. Im Osten des Kanals schließt sich eine aus Tholeyit und unausgereiftem Jaspis bestehende Pflasterung an. Sie erstreckt sich auf einer Länge von 11 m maximal bis zu einem Seitengebäude. Inmitten dieser Pflasterung wurde eine überdachte Fläche von 3,60 x 3,40 m ausgespart, deren Ecken durch vier randlich gesetzte Steinsockel markiert sind. Sie dienten offenbar als Basen für dachtragende Holzpfosten. Im Inneren befindet sich ein zentraler Sandsteinblock auf dem möglicherweise eine bekleidete Götterfigur stand. Hiervon zeugen zahlreiche Münzen und Fibeln. Während



Mauertechnik
(Umfassungsmauer)



Erhaltungszustand der
Umfassungsmauer



Kanal/
Fundamententwässerung

die Münzen zu Füßen des Götterbildes deponiert wurden, dürften die Fibeln am Gewand der Statue angeheftet gewesen sein. Die hier geborgenen Kleinfunde datieren in das 2. und 3. Jh. n. Chr.

Östlich an die Steinpflasterung angrenzend befindet sich ein annähernd quadratisches kapellenartiges Steingebäude. Es mißt 7,0 x 8,20 m und stellt zusammen mit der überdachten Fläche im Westen einen sakralen Komplex dar, obwohl die Orientierung beider Bauteile geringfügig abweicht. Die hier verehrte Gottheit ist nicht bekannt. Das Steingebäude selbst lag ebenso wie die Pflasterung nur ca. 0,20 m unter der heutigen Oberfläche. Die in Zweischalentechnik errichteten Mauern waren offenbar nur in 1 - 2 Lagen des aufgehenden Mauerwerks erhalten. Das Fundament besteht aus Tholeyit. Im Osten des Gebäudes befand sich ein Anbau, der als Eingangsbereich mit Treppenaufgang interpretiert werden darf.

Interpretation und analoge architektonische Befunde

Obwohl die römischen Mauerreste in der „Schweichhausener Wiese“ keinen überaus markanten Befund darstellen, belegen dennoch zahlreiche Vergleichsbeispiele den sakralen Charakter der Anlage.

Die Tempelbezirke des Trevererlandes sind durch eine Umfassungsmauer und mehrere sakrale Gebäude charakterisiert, die - nach den Himmelsrichtungen orientiert - wie Perlen auf einer Schnur aufgereiht zu sein scheinen. Vielerorts wurden auch Quellfassungen und Kanäle in treverischen Heiligtümern nachgewiesen³.

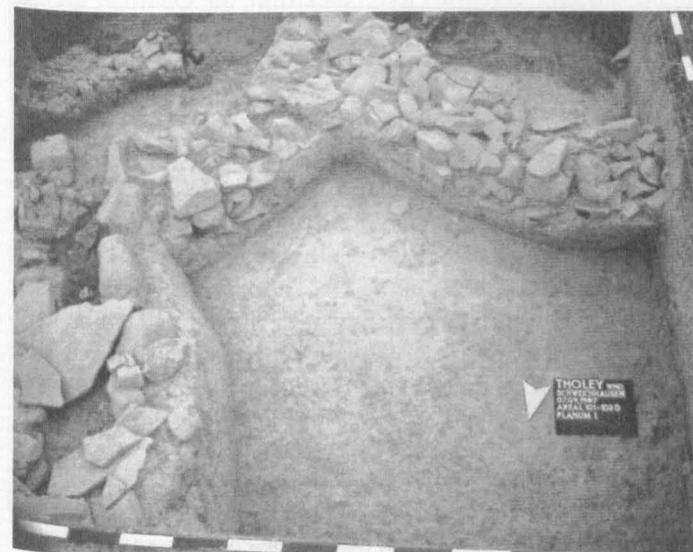
Aufgrund unzureichender Informationen über die Gesamtausdehnung des Tempelbezirkes und die benachbarten Fundstellen gestaltet sich die Ermittlung der Zugehörigkeit und die Interpretation des Heiligtums jedoch schwierig.

An vielen Orten im Saar-Mosel-Raum konnten Villae rusticae an sanft abfallenden Hängen nachgewiesen werden. Zweifellos zählen die Bodenqualitäten und die Wasserversorgung zu den



Bauweise des
Kanals

Einmündung
des Kanals in
einen
Stützbogen

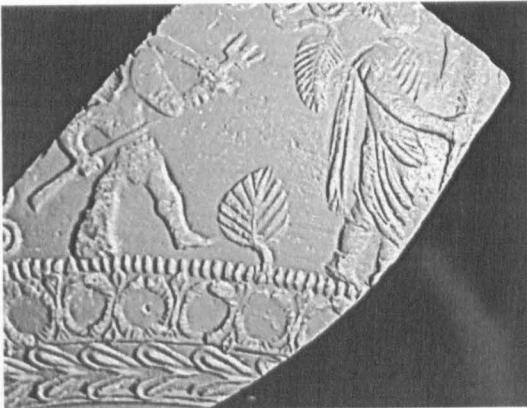


ausschlaggebenden Standortwahlfaktoren für ländliche Anwesen der keltischen und der römischen Zeit; ausgehend von denselben Lebensbedingungen darf man in ländlichen Siedlungsgebieten nicht nur mit einer Kontinuität der Besiedlung, sondern auch mit einer Beständigkeit der Traditionen und Kultvorstellungen rechnen. Die Anliegen der ländlichen Bevölkerung richteten sich an Quell- und Waldgottheiten mit breitgefächerten Aufgabenbereichen. Dies scheint nicht verwunderlich, bedenkt man, daß Quellen und Wasserreichtum die Grundlage für jeden landwirtschaftlichen Betrieb darstellen.⁴

In der Gallia Belgica, insbesondere im Treverergebiet wurden zahlreiche, vorrömische Kultplätze nachgewiesen, die als Quell- oder Waldheiligtümer gegründet wurden.⁵ Für die meisten dieser, in keltischer Tradition stehenden Heiligtümer läßt sich in römischer Zeit ein Bezug zu einer Villa rustica herstellen. Schriftliche Quellen wollen in Heiligtümern bei Villae rusticae auch regionale Sammelpunkte des religiösen Lebens sehen.⁶

Die Funde

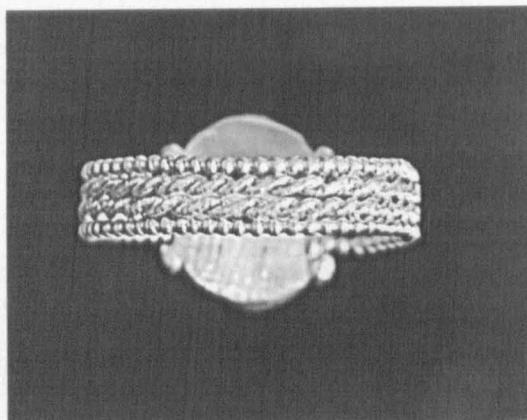
Die Auswertung der während der Ausgrabungen geborgenen Funde im Heiligtum „Schweichhausener Wiese“ lieferte zahlreiche Informationen über die Chronologie sowie über den hier betriebenen Kult. Vergleichbare Fundinventare in der Gallia Belgica weisen eine nahezu identische Zusammensetzung auf und erlauben - abgesehen von rein chronologischen Aussagen - auch Rückschlüsse auf wirtschafts- und religionsgeschichtliche Zusammenhänge. Der größte Teil der für die Chronologie relevanten Kleinfunde (Münzen, Fibeln und Terra Sigillata) datiert in die Zeit vom Ende des 1. bis in die Mitte des 3. Jh. n. Chr. Mit dem Beginn der hadrianischen Herrschaft erfuhr das Heiligtum eine Blütezeit, die unter Marc Aurel abzuklingen scheint. Eine kontinuierliche Nutzung der Sakralbauten ist bis zur Mitte des 3. Jh. n. Chr. belegt. Nach diesem Zeitpunkt wurden offenbar nur noch sporadisch Kulthandlungen durchgeführt. Die Konzentration der Funde im Ausschwemmungsbereich des Kanals und im Kanal selbst legt die Vermutung nahe, daß der hier betriebene Kult in Zusammenhang mit einer Quelle stand. Es handelt sich dabei um Krug- und Becherformen, sowie um hochwandige



Terra Sigillata
- Gefäß
Das Relief zeigt
eine Opferszene
(Datierung:
1. Hälfte des
2. Jh. n. Chr.



*Goldener
Fingerring mit
Gemme:
Darstellung des
Mars
(Datierung:
2. Jh. n. Chr.*



Rückansicht
des Goldringes*

Teller zur Aufnahme von Flüssigkeiten. Desweiteren wurden zahlreiche Terrakotta-Fragmente und Bronzegegenstände geborgen. Die Substanzen des Quellwassers eigneten sich offenbar zur Anwendung von Heilverfahren, zu denen man Stili und andere medizinische Geräte benötigte.

Wenn auch die hier verehrten Götter nicht inschriftlich oder in Form eines Götterbildes überliefert sind, so spiegeln sich dennoch in den Votivterrakotten und in den Bronzevotiven die Anliegen wider, mit den sich die ländliche Bevölkerung an ihre Schutzpatrone wendete. Die Funde bezeugen vornehmlich den Kult einheimisch-keltischer Muttergottheiten mit breitgefächerten Aufgabenbereichen. Darüberhinaus wurden Fragmente von Terrakottastatuetten der Epona, der Diana und der Minerva geborgen; auch Mars und Herkules erfreuten sich eines gebührenden Respektes. Konkrete Anhaltspunkte zur Ausübung eines speziellen Kultes für diese römischen Gottheiten sind jedoch nicht überliefert. Es handelt sich hierbei um ein römisches Pantheon, wobei jedoch jede der genannten Gottheiten ein einheimisch-keltisches Pendant mit vergleichbaren Machtbefugnissen besitzt. Die Gesamtheit dieser Machtbefugnisse umfaßt alle Bereiche des ländlichen Lebens. Kultische Handlungen an einer Quelle, das hier verehrte Götterspektrum, die Qualität, die Sujets der Votivgaben und nicht zuletzt auch die Anliegen, die sich in den Votiven widerspiegeln, beschreiben für das Heiligtum in der „Schweichhausener Wiese“ einen ländlichen Rahmen.

Die Kleinfunde entstammen nicht den lokalen Werkstätten. Vielmehr scheinen besonders die Terra Sigillata, die Terrakotten, die Fibeln und die sonstigen Bronzegegenstände als Handelswaren aus Nord- und Ost-Gallien sowie aus moselländischen Betrieben über die durch den Landkreis St. Wendel verlaufenden, römischen Fernstraßen nach Tholey gelangt zu sein. Dieser Umstand verdeutlicht die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Zentren der Gallia Belgica. Die Kulturtraditionen sind mit denen des Treverergebietes eng verwandt.

Wenn auch diese Ausführungen nur einen relativ kleinen Mosaikstein in der Geschichte Tholeys sind, so bleibt zu hoffen, daß das öffentliche Interesse daran ihre Erforschung vorantreibt.

Anmerkungen:

¹ A.Kolling, Die vor- und frühgeschichtliche Besiedlung und die Besiedlung während der römischen Zeit in: W. Zeyer (Hrsg.), Der Landkreis St. Wendel, St. Wendel 1968, S. 53-69; S. 70-86 - A.Kolling, Ausgrabungen im römischen und mittelalterlichen Tholey. 20. Bericht der Staatlichen Denkmalpflege im Saarland, 1973 S. 5-50.

² Ein in dieser Hinsicht gut vergleichbarer Tempelbezirk wurde in Serrig/Rheinland-Pfalz nachgewiesen. vergl. dazu: H. Cüppers, Die Römer in Rheinland-Pfalz. 1990.S.552.

³ „Im Regelfall gehört zu jedem Tempelbereich der Treverer eine Quelle oder ein Wasserlauf.“ aus: N.Kyll, Heidnische Weihe - und Votivgaben aus der Römerzeit des Trierer Landes. Trierer Zeitschrift 1929.S.35 f.

⁴ A. Kolling, Zum Bau- und Siedlungswesen im südlichen Teil der Provinz Belgica. Bericht der Staatlichen Denkmalpflege im Saarland 24.1978.S.29 -35.

⁵ Hierzu: A. Grenier, Manuel D'Archeologie gallo-romaine. Bd. 4 Lesmonuments d'eaux.1960: Champlieu (S. 814); Halatte (S. 815); Sablon/Metz (S. 825); Herapel (S. 826); Donon (S. 840).

⁶ Plinius Secundus, Epistulae IX, 39:„Auf eine Weissagung der Priesterschaft der Opferschauer muß ich das Ceresheiligtum auf meinem Landbesitz ausbessern und erweitern lassen..... Am dreizehnten September strömt dort nämlich aus der ganzen Gegend viel Volk zusammen“

⁷ Um nur zwei Beispiele zu nennen, seien hier die Tempelbezirke der Villen bei Niedaltdorf und Löslich erwähnt. vergl. hierzu: H. Maisant, Der Kreis Saarlouis in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Saarbrücker Beiträge zur Altertumskunde. Bd. 9, 1971, S. 191-196. H. Cüppers, Die Römer in Rheinland-Pfalz, 1990, S. 451ff.

⁸ Dieser Fall liegt beispielsweise in Großsachsen vor. vergl. hierzu: E. Schallmayer, Das römische Landgut mit Zierteich bei Hirschberg-Großsachsen. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg, 1986, S. 153-158.

⁹ Typische Pilgerheiligtümer befinden sich in Hochscheid oder Heckenmünster. vergl. hierzu: H. Cüppers, Die Römer in Rheinland-Pfalz, 1990, S. 389ff; S. 381ff.

Literaturverzeichnis:

Y. Cabuy: Les temples gallo-romains des cités des Tongeres et des Trevires, Brüssel 1991

H. Cüppers (Hrsg.): Die Römer in Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1990

A. Grenier: Manuel d'Archéologie gallo-romaine, Bd. 4. Les monuments d'eaux, Paris 1960

A. Kolling: Die vor- und frühgeschichtliche Besiedlung. Die Besiedlung während der römischen Zeit. in: W. Zeyer (Hrsg.), Der Landkreis St. Wendel, St. Wendel 1968, S. 53-69; S. 70-86

A. Kolling: Ausgrabungen im römischen und mittelalterlichen Tholey. 20. Bericht der Staatlichen Denkmalpflege im Saarland, 1973, S. 5-50

A. Kolling: Zum Bau- und Siedlungswesen im südlichen Teil der Provinz Belgica. 24. Bericht der Staatlichen Denkmalpflege im Saarland, 1978, S. 29-35

N. Kyll: Heidnische Weihe- und Votivgaben aus der Römerzeit des Trierer Landes. Trierer Zeitschrift 1929, S. 35ff

H. Maisant: Der Kreis Saarlouis in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Saarbrücker Beiträge zur Altertumskunde, Bd. 9, 1971, S. 191-196

E. Schallmayer: Das römische Landgut mit Zierteich bei Hirschberg-Großsachsen. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg, 1986, S. 153-158

Abbildungen:

Abb. 1: Kartierung der römischen Fundstellen im Ort Tholey; Ausdehnung des römischen Vicus im Wareswald. Verkleinerter Auszug aus der Deutschen Grundkarte 1:10.000 nach einer Vorlage von Dr. A. Miron und J. Schönwald (Stand: Mai 1987)

Abb. 2: Erosionsrichtungen im Gelände; Verfasserin

Abb. 3: Grundriß des Heiligtums in der „Schweichhausener Wiese“; Verfasserin

Fotos:

Taf. 1-3: Staatliches Konservatoramt Saarbrücken

Albrecht Meydenbauer

Ein großer Sohn der Gemeinde Tholey

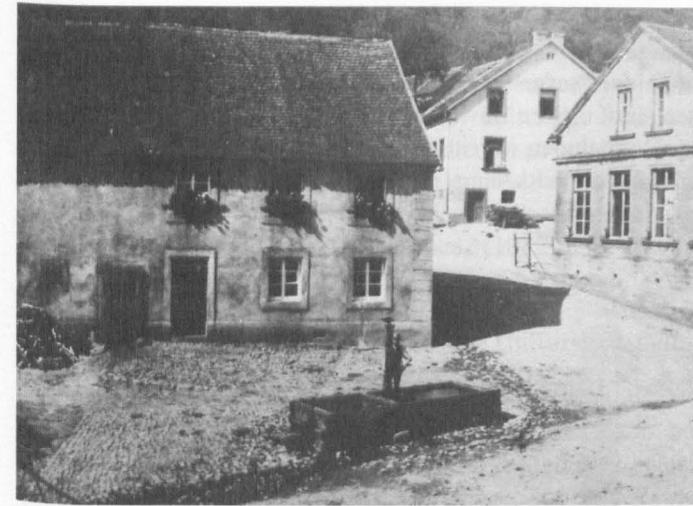
Von Franz F. Gräff

Als der Polizeidiener Johann Schwan und der Schreiber Friedrich Fuchs auf der Bürgermeisterei Tholey vor Bürgermeister Urban Scheier bezeugten, daß am 30. April 1834 Albrecht Meydenbauer (im Geburtsakt mit „i“ geschrieben) zu Tholey geboren sei, konnten sie nicht ahnen, daß aus dem jungen Erdenbürger einmal ein ebenso bekannter wie berühmter Sohn ihrer Gemeinde werden sollte. Da die Familie Meydenbauer zu den wenigen evangelischen Familien von Tholey zählte, wurde die Geburt (Taufe) auch im Familienbuch der evangelischen Kirchengemeinde Dirmingen, wozu Tholey damals gehörte, registriert. Der Vater - mit gleichem Vornamen - war wenige Monate vor der Geburt des dritten Meydenbauer-Sohnes¹, und zwar am 9. Dezember 1833, an einem Nervenleiden in Tholey gestorben. Er war am 8. Juli 1796 in Bahrendorf (Sachsen-Anhalt) geboren worden und hatte (wie uns Aloys Schneberger in den Tholeyer Nachrichten vom 6. April 1984 berichtete) Medizin an der Pepinière in Berlin studiert, aus der später die Kaiser-Wilhelm-Akademie zur Ausbildung von Militärärzten hervorging. Nachdem er als Kompanie-Chirurgus an den Befreiungskriegen gegen Napoleon teilgenommen hatte, wurde er als Militär-Arzt zum 30. Infanterie-Regiment nach Saarlouis versetzt. Weil er schließlich des Soldatenlebens überdrüssig war, erwirkte er seine Entlassung aus dem preußischen Militärdienst und ließ sich im Jahre 1825 als Distriktsarzt in dem nahe gelegenen Tholey nieder. Dort nahm die Familie Meydenbauer Wohnung in dem heute der Familie Schu-Kasper gehörenden Anwesen in der Metzger Straße. An diesem Haus wurde anlässlich des 150. Geburtstages von Albrecht Meydenbauer am 30. April 1984 eine Gedenktafel enthüllt.

Diese Feierstunde, die auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für Photogrammetrie und Fernerkundung stattfand, brachte erstmals die Erinnerung an den berühmten Sohn der Abtei-

Gemeinde in die hiesige Öffentlichkeit (s. Bericht in der Saarbrücker Zeitung vom 11. Mai 1984). Wie wenig das Lebenswerk Albrecht Meydenbauers, des Initiators der Photogrammetrie in Deutschland, bisher bei uns bekannt war, mag auch daraus zu ersehen sein, daß in dem im Jahre 1973 erschienen Heimatbuch „Tholey wie es war und ist“ sein Name nicht zu finden ist. Dabei wurde der Name „Meydenbauer“ schon 1924 im Brockhaus und 1955 im Herder aufgezeichnet.

In der großen Brockhaus-Enzyklopädie von 1971 wurden ihm sogar acht Zeilen gewidmet, wodurch die große Bedeutung seines Lebenswerkes sichtbar gemacht wird. Der Name Meydenbauer dürfte bei uns auch deshalb in Vergessenheit geraten sein, da der Vater schon in jungen Jahren verstarb und er somit nur acht Jahre bei uns praktizieren konnte. Auch dürfte die Witwe schon bald danach wegen der schulischen Ausbildung der beiden Söhne von Tholey nach Trier umgezogen sein. Der Sohn Albrecht besuchte ab 1840 in Trier die Evangelische Elementarschule und später das humanistische Gymnasium, das heutige Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. Da ihm das Gymnasium nicht zusagte, wechselte er im Oktober 1848 auf die mehr naturwissenschaftlich geprägte „Höhere Bürger- und Provinzialgewerbeschule“, das heutige Hindenburg-Gymnasium, über. In der Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Anstalt im Jahre 1922 wird Meydenbauer als Abiturient des Jahrgangs 1854 mit einer längeren Lebensbeschreibung aufgeführt. In den noch vorhandenen alten Schulakten wurden jetzt Schülerverzeichnisse der Sekunda von 1850/51 und seine Abiturarbeiten, die durch die Königlich-Wissenschaftliche Prüfungskommission in Bonn nachgesehen worden waren, gefunden. Besonders umfangreich ist seine Mathematik-Physik-Arbeit mit dem Thema: Das dioptrische Gesetz und dessen Anwendung zur Bestimmung der Bilder, welche die sphärischen Linsen für die verschiedenen Entfernun-



Das Geburtshaus Meydenbauers in Tholey

gen des Objektes erhalten werden. Diese acht Seiten umfassende Arbeit, die schon auf sein späteres Berufsziel hinweist, wurde von seinem Lehrer Hartmann mit der Note „recht gut“ bewertet, was auch in dem Bonner Prüfungsbericht bestätigt wurde. Sie trägt das Datum vom 21. Januar 1854.

Da die Mutter² sich recht und schlecht als Handarbeitslehrerin durchschlagen mußte, konnte Albrecht nur dank eines rückzahlbaren Stipendiums der „von Seydlitz-Stiftung“ und später mit Hilfe eines privaten Darlehens mit dem Studium an dem Königlichen-Gewerbe-Institut in Berlin beginnen. Vorher absolvierte er noch eine halbjährige Zimmermannslehre.

Anschließend wechselte er an die Königliche Bauakademie (die Vorgängerin der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg) über. Als er im Jahre 1858 die Akademie nach Ablegung der Bauführer-Prüfung verließ, erhielt er auf Grund seiner guten Prüfungsarbeit vom Konservator der preußischen Kunstdenkmäler den Auftrag, bauliche Aufnahmen von Teilen des Domes zu Wetzlar zu machen. Bei dieser Arbeit, die er trotz ihrer Gefährlichkeit vorbildlich erledigte, wäre er beinahe aus 20 Meter

Höhe von der Fassade des Domes abgestürzt. Nach diesem Vorfall kam ihm der Gedanke, daß solche Arbeiten doch weit besser mit Hilfe der Photographie auszuführen seien. Dieser Gedanke sollte ihn fortan nicht mehr loslassen.

Bereits im Herbst 1859 machte er in einer Denkschrift an den Konservator der preußischen Kunstdenkmäler auf die Bedeutung der photographischen Bauaufnahme aufmerksam, ohne aber Erfolg zu haben. In einer weiteren Denkschrift an den Kriegsminister im Jahre 1866 wies er auf die Wichtigkeit der Geländevermessung mittels der Photographie hin. Im gleichen Jahr hielt Meydenbauer im Berliner Architekten-Verein einen Vortrag über die Anwendung der Photographie zur Architektur- und Terrain-Aufnahme. Dieser Vortrag wurde auch im Wochenblatt des Vereins veröffentlicht. In einer weiteren Veröffentlichung im April 1867 findet zum ersten Mal der Begriff Photogrammetrie Verwendung. Ebenfalls im Jahre 1867 erfolgte nach den Angaben Meydenbauers der Bau der ersten Meßkammer, die jedoch wenig erfolgreich war. Bei einer Studienreise im Oktober 1867 nach Paris lernte er die Arbeiten des französischen Obersten Lausedat kennen, der als der Vater der Photogrammetrie zu bezeichnen ist. Meydenbauer selbst kommt das große Verdienst zu, die Photogrammetrie in Deutschland eingeführt zu haben. Ohne auf alle Stationen seines erfolgreichen Berufslebens einzugehen, sei jedoch noch darauf hingewiesen, daß er immer unbeirrt und mit großer Zähigkeit seine beruflichen Ziele verfolgte.

Von Interesse für uns dürfte sein, daß er im linksrheinischen Raum verschiedene Aufträge zu erfüllen hatte. Es waren dies u.a. 1868 Arbeiten an der Festung Saarlouis, 1871 Leitung der Vorarbeiten an der Mosel-Eisenbahn, insbesondere des Cochemer Tunnels, und schließlich 1872 die Aufnahme der romanischen St. Castorkirche in Koblenz. Bei den Arbeiten in Koblenz verwendete er mit gutem Erfolg eine von ihm entwickelte neue Kamera.

Hier lernte er auch seine spätere Frau, die Tochter eines hohen Justizbeamten aus Ehrenbreitstein, kennen, die er im November 1872 heiratete. In einem über 60 Textseiten und etwa 200 Bild-

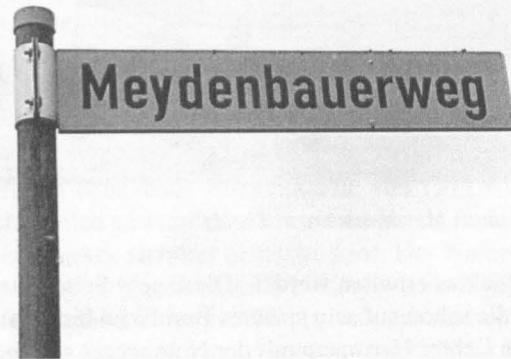


Der etwa 80jährige Geheimrat

Foto: Stadtarchiv Wetzlar

seiten umfassenden Werk würdigte Oberingenieur Rudolf Meyer aus Radebeul bei Dresden 1985 das Lebenswerk dieses bedeutenden Sohnes unserer Heimat, der in seinem langen Berufsleben eine große Zahl von Photoaufnahmen von kulturgeschichtlich wichtigen Bauwerken gemacht hat. Über 900 Baudenkmäler Europas und des Vorderen Orients hat er auf Photographien, die nach dem Meßbildverfahren hergestellt wurden, festgehalten, u.a. so weltbekannte Bauwerke wie die Akropolis

in Athen und die Ruinen von Baalbeck in Syrien. Sein Ziel war es, ein umfassendes Denkmäler-Archiv zu schaffen. Die Vielzahl seiner Aufnahmen, von denen viele in Meyers Buch zu sehen sind, mögen Beweis für seine große Schaffenskraft sein. Diese Aufnahmen waren in vielen Fällen nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges die einzigen Grundlagen für die Wie-



In Tholey ist eine Straße nach Albrecht Meydenbauer benannt.

Gedenktafel am Geburtshaus



derherstellung der unter Denkmalschutz stehenden Bauwerke in Ost- und Westdeutschland. Meydenbauer war im damaligen Preußen, ja darüber hinaus im kaiserlichen Deutschland in Fachkreisen als Begründer und langjähriger Leiter der Staatlichen Bildstelle zu Berlin weithin bekannt. Mit seinen epochemachenden photogrammetrischen Arbeiten gelangte er zu hohem Ansehen. Stationen seines Berufslebens waren die eines Kreisbau-meisters in Iserlohn (1876), in Meschede (1877) und des Kreisbauinspektors und Universitätsarchitekten in Marburg (1879). In dieser Zeit machte er auf ministerielle Anordnung Aufnahmen von der gotischen Elisabethenkirche in der Universitätsstadt.

Erst 1885, also im Alter von 51 Jahren, wurde Meydenbauer als Regierungs- und Baurat ins preußische Kultusministerium berufen und mit der Einrichtung der Meßbildanstalt, der späteren Staatlichen Bildstelle, in Berlin beauftragt. Sie war die erste photogrammetrische Anstalt und sollte auch, wie Rudolf Meyer schreibt, bis zum Jahre 1912 die einzige in der Welt bleiben. Der Auftrag zur Errichtung der neuen Anstalt, der durch gemeinsamen Erlaß des Kultusministers und des Arbeitsministers erfolgte, dürfte der Höhepunkt in seinem beruflichen Leben gewesen sein. Wenn Meydenbauer auch nicht der Erfinder der Photogrammetrie war, so entwickelte er jedoch ihre Grundlagen, entwarf die notwendigen Geräte und brachte sie erfolgreich zur Anwendung.

Nach 27 Jahren wurden seine Ideen auch von der Regierung anerkannt. Noch im gleichen Jahr verlieh ihm die Universität Marburg den Ehrentitel Dr.phil.h.c., dem 1891 die Ernennung zum Geheimen Baurat folgte. Eine besondere Auszeichnung erfuhr Meydenbauer, als er im Jahre 1903 auf Anordnung des Kaisers zum Professor ernannt wurde. Weitere Ehrungen, die eine hohe Anerkennung für seine Arbeiten sein sollten, waren 1908 die Verleihung des Dr.Ing.e.h. der Technischen Hochschule in Hannover und im Jahre 1909 die Überreichung des Roten Adlerordens. In diesem Jahr trat er im hohen Alter von 75 Jahren in den Ruhestand.

Meine kleine Abhandlung soll dazu beitragen, daß das Andenken an Albrecht Meydenbauer in seinem Geburtsort Tholey und

darüber hinaus im Landkreis St. Wendel nicht so schnell vergessen wird. In diesem Sinne ist auch zu verstehen, daß von der Gemeinde Tholey, wie bereits erwähnt, an seinem Geburtshaus eine Gedenkplakette angebracht wurde. Im Jahre 1984 beschloß der Ortsrat im Neubaugebiet Schweichhauserwald eine neue Wohnstraße Meydenbauerweg zu benennen.

In West-Berlin gibt es schon seit dem Jahre 1963 einen Meydenbauerweg, mit dem auf den Erfinder des Meßbildverfahrens hingewiesen wird. (s. R. Meyer, S. 61). Diese Wegebezeichnung in Berlin gibt Zeugnis von dem Ansehen, das Meydenbauer in der Stadt seines langjährigen Wirkens genießt. Schließlich war er, wie K. Schwidefsky 1971 schrieb, der erste in Deutschland, der ein vollständiges photogrammetrisches System entwickelt und erfolgreich angewandt hat.

Der Regierungs- und Geheime Baurat Professor Doktor Albrecht M e y d e n b a u e r (so steht in der Sterbeurkunde geschrieben), der, wie schon erwähnt, in seinem Leben viele Ehrungen und Anerkennungen erfahren hatte, starb, fast erblindet, am 15. November 1921 in Bad Godesberg im hohen Alter von 87 Jahren.

Anmerkungen:

¹ Der älteste, am 9. Juli 1930 geborene Sohn Karl Wilhelm verstarb schon am 2. Dezember 1830. Der zweite Sohn, der ebenfalls die Vornamen Karl Wilhelm erhielt, kam am 14. Mai 1832 zur Welt. Er bereitete der Mutter großen Kummer, als er 1850, im Alter von 18 Jahren, nach Nordamerika auswanderte und dort ein unstehtes Leben begann. Seine Nachfahren statteten vor wenigen Jahren der alten Heimat Tholey einen Besuch ab.

² Friederika geborene Butteny (Kirchenbuch) bzw. Boutny (Standesamt) wurde am 26. Februar 1808 in Sonnwalde (Niederlausitz) geboren.

Literatur:

R. Meyer: Albrecht Meydenbauer, Baukunst in historischen Fotografien. Leipzig: Fotokinoverlag 1985 K. Schwidefsky: Albrecht Meydenbauer, Initiator der Photogrammetrie in Deutschland. In der Zeitschrift Bildmessung und Luftbildwesen, 5/1971. Archiv des Hindenburg-Gymnasiums in Trier

Wie der Langenfelder Hof in den Besitz der Steyler Missionsgesellschaft kam

- Am 20. November 1891 wurde Cettos Hof gerichtlich versteigert -

Von Franz J. Gräff

Der Grundbesitz des heutigen Wendalinushofes (früher Langenfelder Hof) stand, wie wir von Nikolaus Obertreis wissen, im ausgehenden Mittelalter größtenteils im Eigentum der kurfürstlichen „Kellnerei“ zu St. Wendel. Sie ließ schon im 15. Jahrhundert eine für Kulturland geeignete Fläche roden, die den Namen „Langenfeld“ erhielt. Die Erbbeständer bzw. Erbpächter des Hofes waren seit dem 17. Jahrhundert Mitglieder der Familie von Hame oder d'Hame. Den Namen dieser Familie, die aus Welschbillig kam, finden wir schon, wie Bettingen schreibt, im 15. Jahrhundert in St. Wendel. Sie waren Stadtschultheiße, „Kellner“ und Amtsmänner in unserer Stadt. Franz Ernst von Hame übernahm 1718 auf kurfürstlichen Befehl den Kellnereidienst, wozu auch die Hofverwaltung gehörte. Dieser Kellnereidienst war vom Jahre 1698 ab immer mit der Amtsverwaltung verbunden.

Damian Joseph von Hame, der 1779 starb, war der letzte seiner Familie, der ein kurfürstliches Amt in unserer Stadt bekleidete. Durch Heirat seiner Tochter Anna Ursula Scholastika wechselte der Langenfelder Hof in das Eigentum des österreichischen Freiherrn von Stenz über.

Die Brüder Cetto kaufen den Langenfelder Hof

Das Ende des 18. Jahrhunderts von der französischen Verwaltung enteignete Gut ging vermutlich 1795 in den Besitz der Familie Cetto über. Im Juli 1795 versteigerte der Einnehmer der Kantonsverwaltung, Nicol. Jos. Tock, die hiesigen ehemals herrschaftlichen, nun republikanischen Güter, zu denen sicher auch der Langenfelder Hof gehörte. Da der Versteigerungstermin Carl Cetto rechtzeitig bekannt war, konnte er das Hofgut zu einem günstigen Preis erwerben. Die Brüder Carl und Philipp Cetto, die als Kaufleute in den Wirren der Revolutionskriege wohlhabend geworden waren, steigerten auch noch den Harsch-

berger Hof und die Göckelmühle. Sie waren auch Besitzer verschiedener ansehnlicher Gebäude in der Stadt. Schon wenige Jahre später (im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts) erbauten sie als neue Eigentümer des Langenfelder Hofes das heute noch stehende Gutshaus und die noch vorhandenen älteren Wirtschaftsgebäude. Auch das nun wieder instandgesetzte Hoftor an der Ausfahrt zur Ostertalstraße dürfte damals erbaut worden sein.

Carl Cetto ließ seinem Bruder Philipp nach dessen Tod im Jahre 1842 auf der Höhe des Spittelwaldes (unterhalb des heute dort stehenden Wasserbehälters) ein Denkmal errichten. Es war ein vierseitiger Obelisk, der von einer (Welt-)Kugel mit Schlange gekrönt wurde. An dem Obelisk war eine Tafel angebracht, deren Inschrift nicht bekannt ist. Das Denkmal wurde zu Anfang dieses Jahrhunderts beseitigt.

Vor hundert Jahren Zwangsversteigerung

Als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Familie Cetto in Vermögensschwierigkeiten geriet und das Bankhaus Cetto zusammenbrach, brachte der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Glocke aus Saarbrücken, die Landgüter Langenfelder Hof, groß 1247 Morgen, und Harschberger Hof, groß 350 Morgen, zum gerichtlichen Verkauf. In einer großen Anzeige des königlichen Notars Schneider aus St. Wendel wurde die öffentliche Versteigerung auf den 30. Juni 1891 im Lokal der Gebrüder Paqué anberaumt. In der Bekanntmachung wurde ausdrücklich vermerkt, daß die Landesbank der Rheinprovinz in Düsseldorf auf die „Steigobjekte“ Darlehen unter günstigen Bedingungen gewähren würde. Da trotzdem zu diesem Termin kein Gebot abgegeben wurde, mußte ein neuer Versteigerungstermin festgesetzt werden. In der Zeitung war zu lesen, daß unter einem großen Andrang von „Steiglustigen“ und Neugierigen, die das Amtsgerichtslokal nicht alle fassen konnte, die Versteigerung dann am

20. November 1891, also vor 100 Jahren, durchgeführt wurde. Während der Harschberger Hof dem Fabrikbesitzer Halseband zum Preise von 82.000 DM zugeschlagen wurde, ging der Langenfelder Hof mit Mobilien und Vieh zum Gesamtpreis von 232.000 Mark in das Eigentum des Hauptgläubigers, der Provinzialverwaltung in Düsseldorf, über.

In Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Familie Cetto dürfte auch stehen, daß der letzte Hofbesitzer, der ledige Adolf Cetto, am 16. Oktober 1891 freiwillig aus dem Leben schied. Er war ein Enkel des Bürgermeisters Carl Cetto. Die Provinzialverwaltung, die zunächst das neu erworbene Hofgut durch einen Verwalter bewirtschaften ließ, war bemüht, das landwirtschaftliche Anwesen baldigst wieder zu verkaufen, oder es wenigstens, wenn auch ohne die Waldungen, zu verpachten.

Die Steyler Patres kommen nach St. Wendel

Als im Februar 1898 das Gehöft zur Verpachtung bzw. zum Verkauf ausgeschrieben wurde, fanden sich verschiedene Interessenten zur Besichtigung ein. Unter diesen befand sich auch eine Abordnung der Steyler Missionsgesellschaft, die im Westen Deutschlands ein neues Missionshaus gründen wollte. Der aus Bliesen stammende Hospital-Pfründner (heute würde man Altenheimbewohner sagen) Peter Glauber machte den ihm bekannten Steyler Pater Michael Scholl (aus Hasborn) auf den anstehenden Verkauf des großen Hofgutes im Osten von St. Wendel aufmerksam. Da ein in Westfalen ausersehener Standort für die Errichtung eines neuen Missionshauses, es war die Stadt Letmathe (heute Iserlohn) im Sauerland, bei der preußischen Regierung in Berlin keine Zustimmung fand, wurde der ortskundige Pater Scholl mit dem fachkundigen Laienbruder Amandus zur Erkundung nach St. Wendel geschickt. Nachdem Pater Scholl seinen Generalsuperior, Pater Janssen, über seine positiven Eindrücke berichtet hatte, nahm die Ordensgesellschaft schon bald mit dem Landeshauptmann der Rheinprovinz, dem Geh. Oberregierungsrat Dr. Klein, Verbindung auf. Bei ihm stieß das Kaufinteresse der Steyler Patres offensichtlich auf großes Wohlwollen. Denn schon am 14. Juni 1898 berichtete das St. Wendeler Volksblatt, daß Generalsuperior Pater Janssen



Der Wendalinushof heute

den Hof in St. Wendel eingehend besichtigt habe und ein Verkauf zustande gekommen sei. Bereits zwei Tage später wurde in der Zeitung als Kaufpreis der Betrag von 300.000 Mark genannt. In der Festschrift von Pater Wesche aus dem Jahre 1923 steht geschrieben, daß der Kaufvertrag am 14. Juli 1898 bedingungsweise abgeschlossen wurde.

Da der St. Wendeler Dechant Michael Bourgeois die Neugründung sehr begrüßte, ließ auch die kirchliche Zustimmung durch den Bischof von Trier nicht lange auf sich warten. Als dann am 5. November 1898 die preußischen Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten gemeinsam die Genehmigung zur Errichtung einer neuen Niederlassung der Steyler Missionsgesellschaft in St. Wendel erteilten, konnten die Kaufverhandlungen abgeschlossen werden. Erwähnenswert ist noch, daß bereits im Jahre 1890 eine geistliche Gesellschaft, deren Namen nicht bekannt ist, ihr Interesse bekundet und den Hof einer Besichtigung unterzogen hatte.

Nachdem inzwischen zwei Patres und sechs Laienbrüder in St. Wendel, wo sie zunächst bei den Borromäerinnen im Hospital Unterkunft fanden, ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, fand

schon am 30. November 1898 die feierliche Einweihung des Langenfelder Hofes, der fortan „Wendalinushof“ heißen sollte, statt. An der Einweihung, die Pater Adolf Janssen persönlich vornahm, nahmen auch Dechant Bourgeois und Bürgermeister Alfred Friedrich mit vielen Stadtverordneten teil. Die offizielle Übergabe des Hofes durch die Provinzialverwaltung war schon am 24. November erfolgt. Damit ging der Langenfelder Hof oder auch „Cettos Hof“, wie er im Volksmund genannt wurde, mit allem lebenden und toten Inventar in den Besitz der Steyler Missionsgesellschaft über. Ein segensreiches Wirken nahm damit seinen Anfang.

Der notarielle Kaufvertrag wurde in Düsseldorf abgeschlossen

Der viele Seiten umfassende Kaufvertrag zwischen dem Provinzialverband der Rheinprovinz in Düsseldorf und der Missionsdruckerei in Kaldenkirchen/Rhld. wurde jedoch erst am 4. Januar 1899 vor dem Notar Wilhelm Conen in Düsseldorf abgeschlossen. Er wurde von dem schon erwähnten Landeshauptmann, Geh. Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Klein, als Verkäufer und von Pater Nikolaus Blum, Geschäftsführer der Missionsdruckerei in Kaldenkirchen, als Käufer unterzeichnet.

Der Langenfelder Hof wurde mit einer Gesamtfläche von 318 ha, 93 ar und 3 qm oder 1.272 Morgen und dem gesamten dazugehörigen toten und lebenden Inventar, Vorräten, aufstehender Frucht, kurz so wie er stand und lag, mit Wohnhaus, Hofraum und Hausgarten, Brennerei und Kesselhaus, Stallungen und Scheune, Göpelwerk, Schuppen, Wagnerei und Schmiede,

Wohnungen fürs Gesinde, sowie Gärtner- und Waldhüterwohnungen verkauft.

Die Grundstücke lagen in den Gemeinden St. Wendel, Urweiler, Werschweiler, Oberlinxweiler, Leitersweiler und Niederkirchen. Als Kaufpreis wurde für das Mobiliar 50.000 Mark, für die Immobilien auf preußischem Gebiet 279.000 Mark und für die auf bayerischem Gebiet 21.000 Mark, insgesamt also 350.000 Mark, vereinbart. Beim Vertragsabschluß wurde der Betrag von 100.000 Mark in bar gezahlt, während für den Restkaufpreis durch die Landesbank der Rheinprovinz günstige Zahlungsbedingungen gewährt wurden.

Das Missionshaus St. Wendel ließ im Winter 1925/26 den am 14. Dezember 1909 verstorbenen Peter Glauber vom städtischen Friedhof auf den inzwischen eingerichteten Missionshausfriedhof umbetten und gab ihm dort einen Ehrenplatz. So dankte man ihm für seinen Hinweis auf den Verkauf des Hofes im Jahre 1898. Abschließend sei noch bemerkt, daß die Versorgung des Hofes mit Trink- und Brauchwasser über viele Jahrzehnte hinweg Schwierigkeiten bei der Bewirtschaftung bereitete. Auch die neuen Eigentümer hatten noch lange mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Literatur:

Julius Bettingen: Geschichte der Stadt und des Amtes St. Wendel, 1865
Julius Bettingen: Geschichte der Stadt St. Wendel (Manuskript), 1865
Festschrift des Missionshauses St. Wendel (Pater Wesche), 1923
Festschrift des Missionshauses St. Wendel, 1975
Max Müller: Die Geschichte der Stadt St. Wendel, 1927
Nikolaus Obertreis: Stadt und Land des hl. Wendalin, 1927
Zeitungsbuch der Kreisstadt St. Wendel

Die Bürgermeisterei St. Wendel - Land

Von Wilhelm Pfaff

Geschichtliche Entwicklung

Die Ämter, auch früher Bürgermeistereien genannt, stammen aus der Zeit der napoleonischen Herrschaft. Sie gab es nur in der Rheinprovinz und Westfalen.

Unter der nachfolgenden preußischen Herrschaft wurden die Ämter beibehalten. Die gesetzliche Regelung war in der preußischen Landgemeindeordnung von 1845 enthalten.

Seit Einführung der Ämter gab es auch die Zivilbeurkundung, d. h. die Geburten, Heiraten und Sterbefälle erfolgten beim Standesamt, das bei den Ämtern eingerichtet wurde. Standesbeamter war der jeweilige Bürgermeister.

Die Bürgermeisterei St. Wendel-Land und die amtsangehörigen Gemeinden

Die Bürgermeisterei St. Wendel-Land, mit letztem Dienstsitz in St. Wendel, Wilhelmstraße 6, umfaßte die Gemeinden Dörrenbach, Mainzweiler, Niederlinxweiler, Oberlinxweiler, Remmesweiler, Steinbach, Werschweiler und Wetschhausen. Diese Landbürgermeisterei wurde von einem gemeinsamen Bürgermeister (m a i r e) geleitet. Seit dem Jahre 1900 waren als Bürgermeister im Amt:

Von 1900 bis 1910 Herr Springorum,

von 1910 bis 1915 Herr Gerber,

von 1915 bis Anfang des Jahres 1921 Herr Melmer,

von Mitte des Jahres 1921 bis zur Auflösung des Amtes im Jahre 1943 Herr Jakob Stoll aus Werschweiler.

(Herr Melmer war im Jahre 1921 von der damaligen Besatzungsmacht aus dem Saargebiet ausgewiesen worden.)

Unter der Leitung des Bürgermeisters Stoll wurden die Amtsge-

schäfte für sämtliche Gemeinden wie folgt wahrgenommen: Erster Bürgermeister-Sekretär war August Fuchs aus Werschweiler, dem zugleich die Haupt- und Finanzverwaltung oblag. Amtsrentmeister war Nikolaus Johann, dessen Vertreter war Heinrich Eisel aus Steinbach. Leiter der Polizeiabteilung war Jakob Schwingel aus Niederlinxweiler; ihm stand als Außenbe-



Jakob Stoll, Bürgermeister bzw. Amtsbürgermeister des Amtes St. Wendel-Land von 1921 - 1943 (geb. 21. 2. 1880 - gest. 4. 1. 1957)

amter Polizeimeister Ernst Ulrich aus Werschweiler zur Seite; Sachbearbeiter beim Standesamt war bis zu seinem Tode im Jahre 1934 Karl Würtz aus St. Wendel; die Steuerabteilung leitete Aloys Sartorius. Im Jahre 1935 wechselte Alois Sartorius zum Finanzamt St. Wendel; sein Nachfolger wurde Robert Steinmetz aus St. Wendel. Das Sozialamt, früher Fürsorgeabteilung genannt, leitete Otto Gebel aus St. Wendel.

Beigeordnete der Bürgermeisterei waren die Herren Konrad Wagner, pens. Bergmann, aus Niederlinxweiler und Conrad Kiefer, Landwirt, aus Oberlinxweiler.

Im Jahre 1935 erfolgte eine Neuordnung der Verfassung der Ämter und Gemeinden. Die bisherigen Ortsvorsteher der Gemeinden hießen jetzt Bürgermeister, und der Leiter des Amtes erhielt den Titel Amtsbürgermeister.

Amtsbeigeordnete waren nunmehr die Herren Jakob Fuchs, pens. Bergmann, aus Niederlinxweiler und Karl Neufang, Landwirt, aus Dörrenbach.

Ortsvorsteher bzw. Bürgermeister der amtsangehörigen Gemeinden waren:

Dörrenbach
Friedrich Linxweiler, Landwirt
Karl Neufang, Landwirt
Friedrich Stahl, pens. Bergmann
Mainzweiler
Jakob Volz, Landwirt
Niederlinxweiler
Ludwig Volz, Land- und Gastwirt
Heinrich Bettinger, Eisenbahnbeamter
Oberlinxweiler
Peter Schwingel, Landwirt
Adolf Bill, Landwirt
Karl Kreußel, Eisenbahner
Remmesweiler
Nikolaus König, Landwirt
Wilhelm Butz, Hüttenarbeiter

Steinbach
Friedrich Beck, pens. Bergmann,
Heinrich Neufang, Bäckermeister
Werschweiler
Karl Linxweiler, Landwirt,
Walter Müller, Landwirt
Wetschhausen
Karl Schmidt, Landwirt
Otto Stoll, Landwirt und Schäfer

Die Einwohnerzahlen betragen im Jahre 1935:

Gemeinde Dörrenbach	ca. 350
Gemeinde Mainzweiler	ca. 700
Gemeinde Niederlinxweiler	ca. 1.900
Gemeinde Oberlinxweiler	ca. 1.300
Gemeinde Remmesweiler	ca. 700
Gemeinde Steinbach	ca. 1.200
Gemeinde Werschweiler	ca. 350
Gemeinde Wetschhausen	ca. 25
Bürgermeisterei St. Wendel-Land:	ca. 6.525

In allen Gemeinden der Bürgermeisterei St. Wendel-Land wurden die polizeilichen Aufgaben von Beamten des Saarländischen Landjäger-Korps wahrgenommen.

Landjäger von 1920 bis 1935 bzw. bis 1945 waren u. a. in den Ortschaften des Amtes St. Wendel-Land:

In Dörrenbach und Werschweiler: Holderbaum; ab 1935 - 1945 für Werschweiler, Dörrenbach, Wetschhausen und Steinbach: Adam Herrmann
In Mainzweiler: Wilhelm Kausch, auch nach 1935
In Niederlinxweiler: Philipp Monzel, ab 1935 Johann Langenfeld
In Oberlinxweiler: Nikolaus Stark, auch nach 1935
In Remmesweiler: Theodor Lang, ab 1935 Johann Müller
In Steinbach: Michael Lambert, nach 1935 Adam Herrmann



Ernst Ulrich, Polizei-Meister, geb. am 23. 7. 1893, gest. am 4. 1. 1957 (Aufn. v. 1937)

Für den Landjäger Adam Herrmann, der in Werschweiler stationiert war, wurde als Dienstwohnung nach der Saar-Abstimmung am 13.01.1935 eines der drei französischen Zoll-Dienstgebäude (=letztes Haus des Doppelhauses an der alten Landstraße von Werschweiler nach Niederkirchen) nach der

Saar-Rückgliederung am 1. März 1935 hergerichtet. An das Haus wurde ein Pferdestall für 2 Pferde angebaut. Der Landjäger hatte die Ortschaften Werschweiler, Dörrenbach, Wetschhausen und Steinbach „zu Pferd“ zu betreuen. Ein Rappe und ein Brauner trugen den „gewichtigen“ Landjäger bei Tag und Nacht über Berg und Tal. Der „Gesetzeshüter“ soll gerne in „Kutschers Wirtschaft“ in Steinbach Rast gehalten haben. Am Abend, auf dem Heimweg, soll der Reiter - so wird heute noch schmunzelnd erzählt - dem Pferd die Zügel auf den Hals gelegt haben - und das schlaue Tier hätte stets seinen Reiter sicher nach Hause getragen.

Zum 1. April 1943 verlor der Kreis St. Wendel aus kriegsbedingten Gründen vorübergehend seine Selbständigkeit. Der damalige Landrat von Ottweiler, Dr. Rech, verwaltete von Ottweiler aus den Kreis St. Wendel mit. Im Zuge der Zusammenlegung von Verwaltungsdienststellen wurden - ebenfalls aus kriegsbedingten Gründen - die 3 Ämter St. Wendel-Land, Alsweiler und Namborn in St. Wendel zusammengelegt. Der gemeinsame Dienstsitz befand sich in St. Wendel, Gymnasialstraße 21, also im Amtsgebäude des Amtes Alsweiler (heutiges Rathaus II der Stadt St. Wendel mit Standesamt). Das Amtsgebäude des Amtes Namborn befand sich in der Julius-Bettingenstraße 5. Die neue Bezeichnung für die drei zusammengelegten Ämter lautete nun: „Der Amtsbürgermeister des Amtes Alsweiler zugleich für die Ämter Namborn und St. Wendel-Land.“ Amtsbürgermeister für die drei Ämter wurde Herr Rüter, der Stelleninhaber vom Amt Alsweiler gewesen war. Jakob Stoll wurde als Amtsbürgermeister zur Amtsbürgermeisterei nach Tholey versetzt.

Das Amtsgebäude St. Wendel-Land in der Wilhelmstraße 6 wurde bei einem feindlichen Bombenangriff auf St. Wendel am 2. Weihnachtstag 1944 total zerstört. Eine Zeitzeugin, die diesen Angriff im Amtsgebäude miterlebte, Frau Hilde Maul, geborene Gräßer, erzählte am 2. März 1992:

„Ich wohnte damals im Haus Wilhelmstraße 2. Am 2. Weihnachtstag 1944, die genaue Zeit weiß ich nicht mehr, zwischen 12 und 14 Uhr, gab es Fliegeralarm. Wir begaben uns in den

gut ausgebauten Luftschutzkeller des Amtsgebäudes Nr. 6. Wir waren 20 Personen in diesem Keller. Plötzlich krachte es gewaltig. Eine Sprengbombe hatte das Haus getroffen, sie detonierte in der Waschküche und ließ das ganze Gebäude einstürzen. Nur das Kellergebäude des Schutzraumes hielt der Detonation stand. Alle 20 Personen blieben - wie ein Wunder - unverletzt; wir krabbelten nacheinander durch ein heil gebliebenes Kellerfenster ins Freie. - Schräg gegenüber von unserem total zerstörten Amtsgebäude brannte ein Haus in hellen Flammen, denn neben Sprengbomben wurden auch Brandbomben abgeworfen. Es war an diesem Tage sehr, sehr kalt. Ich erinnere mich sehr genau. Die Feuerwehr bekämpfte die Flammen; aber sobald das Wasser aus dem Strahlrohr war und an der Hauswand oder vom Dach rann, fror es zu Eiszapfen.“

Das Amtsgebäude St. Wendel-Land

Lage:

Die ehemalige Bürgermeisterei St. Wendel-Land war in einem zweigeschossigen Haus in der Wilhelmstraße 6 untergebracht. Durch feindlichen Bombenangriff wurde das Gebäude 1944 total zerstört, die Bauruine wurde kurz nach dem Weltkrieg abgerissen. Das Baugelände wurde von Ing. Robert Tusch erworben, der eine Werkstätte einrichtete. In den Sanierungsplan der „Mott“ wurde das Baugelände einbezogen.

Hausbeschreibung:

Bei den Häusern Wilhelmstraße Nr. 6 und 8 handelte es sich um ein Doppelhaus. Das Haus Nr. 8 bewohnte die Familie des Viehhändlers Borg. Im Erdgeschoß Nr. 6 befanden sich 4 Diensträume. Es waren untergebracht in Zimmer 1 das Standesamt, in Zimmer 2 die Fürsorgeabteilung mit Telefonzentrale, in Zimmer 3 war das Dienstzimmer des Bürgermeisters mit Trauzimmer, der Bürgermeisterei-Sekretär saß in Zimmer 4. In einem Anbau, der durch den Flur des Erdgeschosses zu erreichen war, befanden sich 2 Diensträume, die Polizeiabteilung und das Steueramt. Im Obergeschoß war in einem Raum die Einnehmerei untergebracht, 3 weitere Räume bewohnte die Familie des Einnehmers Johann.

In dem Dachgeschoß befand sich der Aktenraum mit Archiv. Kurz vor dem 2. Weltkrieg wurde der Anbau aufgestockt. Das Dachgeschoß wurde zu einer Wohnung ausgebaut. Die Familie Johann zog aus ihrer Wohnung aus; dadurch ergaben sich folgende Änderungen: Die Polizeiabteilung erhielt beide Räume im Anbau. Das Standesamt wurde in Zimmer 4 verlegt und zugleich als Trauzimmer eingerichtet. Der Bürgermeister zog in das Obergeschoß um, ebenfalls die Steuerabteilung. Die Gemeindecinnehmerei erhielt 2 Räume im Obergeschoß. In die Wohnung im Dachgeschoß zog vorübergehend (1937) Polizeimeister Ernst Ulrich mit Familie ein. Nach deren Auszug mietete der Amtsbedienstete Neuberger die Wohnung. Nach der Zusammenlegung der Ämter im Jahre 1943 war in dem Dienstgebäude „Wilhelmstraße 6“ nur noch die Bewirtschaftungsstelle mit Lebensmittel- und Bezugsscheinausgabe untergebracht.



Willi Würtz, Oberlinxweiler und Wilhelm Pfaff, Steinbach vor dem Amtsgebäude in der Wilhelmstraße 6

Foto: Aus dem Besitz von W. Pfaff (Aufnahme von 1936)

Beruflicher Lebenslauf und Charakterzüge des Bürgermeisters Jakob Stoll

Er begann vor der Jahrhundertwende seine Lehre bei der damaligen Bürgermeisterei St. Wendel-Land, wurde dann Angestellter und anschließend in die Beamtenlaufbahn übernommen. Seiner Beförderung zum Sekretär bzw. 1. Bürgermeisterei-Sekretär folgte die Ernennung zum Einnehmer - später Rentmeister genannt - . Im Jahre 1921 wurde er im Alter von 41 Jahren zum Bürgermeister gewählt. Nach Wiederwahl übte er dieses Amt bis zum Jahre 1943 aus. Dann wurde er nach Auflösung der ehem. Bürgermeisterei St. Wendel-Land als Amtsbürgermeister zum Amt nach Tholey versetzt. Nach Kriegsende wurde er von der Besatzungsmacht entlassen. Er war dann noch kurze Zeit als Standesbeamter bei dem neuen Amt St. Wendel-Land tätig. Ende des Jahres 1945 trat er mit 65 Lebensjahren in den wohlverdienten Ruhestand.

Charaktereigenschaften

Herr Jakob Stoll war ein Mensch von ungewöhnlichem Charakter, mit vorbildlichem Pflichtbewußtsein und ein hervorragender



Ausflug von Bediensteten in Traben-Trarbach: Willi Würtz, Maria Schäfer, Walter Neuberger, Amtsbeigeordneter Jakob Fuchs, Frau Neuberger, Ewald Ulrich, Frau Elsäßer, Heinrich Schneider, Wilhelm Pfaff, Reinhold Ulrich



Ein Foto von dem gleichen Ausflug der Bediensteten. Foto: Elsäßer - Aus dem Besitz von Reinhold Ulrich

Kenner der Verwaltung. Er lebte bescheiden, war anspruchslos und als Dienstvorgesetzter gegenüber seinen Bediensteten stets gerecht. Wichtige Entscheidungen in allen Verwaltungszweigen traf er nach Rücksprache mit den Abt. Leitern in eigener Verantwortung. Auch ließ er sich wichtige Schriftsätze im „Konzept“ vorlegen. Meist nahm er handschriftliche Änderungen und Ergänzungen vor. Auch in polizeilichen Strafverfügungen, die wegen Übertretungen von der Polizeiabteilung erlassen wurden, setzte er in der Aktenverfügung die Höhe der Geldstrafe und der Ersatzhaft handschriftlich ein. Seiner Fürsorgepflicht als Dienstherr kam er vorbildlich nach. Einige Beispiele:

Bei den jährlichen Maifeiern - Tag der Deutschen Arbeit - lud er die Belegschaft zu einem Umtrunk ein. Ende September 1936 fand aus Anlaß der Einberufung von 3 Bediensteten zur Wehrmacht bzw. zum Reichsarbeitsdienst eine Abschiedsfeier im Hotel „Zur Post“ in St. Wendel statt.

Alle Kosten für Getränke und Speisen wurden von ihm persönlich getragen. Auch wurde im Jahre 1936 ein Betriebsausflug an die Mosel durchgeführt.

Die amtsangehörigen Gemeinden nach 1945

1. Die Kreisfusion Ottweiler - St. Wendel (vom 1.4.1943) bestand zunächst auch nach dem Kriegsende 1945 fort. Erst am 1. August 1945 erhielt der Landkreis St. Wendel als Verwaltungsbezirk wieder seine Selbständigkeit durch Anordnung des damaligen Regierungspräsidenten Dr. Neureuther (Saarbrücken). Die Verwaltung des Kreises war dann in 6 Amtsbezirke - ohne die Stadtbürgermeisterei St. Wendel - eingeteilt. Die Ämter Namborn und St. Wendel-Land wurden damals gemeinsam von Amtsdirektor Schwahn verwaltet, der auch kommissarisch dem Amt Türkismühle in Gonesweiler vorstand.

Die früheren selbständigen Gemeinden des Amtes St. Wendel-Land, Steinbach und Wetschhausen, wurden nach dem Krieg zu einer selbständigen Gemeinde mit eigenem Standesamt zusammengeschlossen.

Alle anderen Gemeinden des „alten“ Amtes St. Wendel-Land gehörten von 1945 bis zur Gebiets- und Verwaltungsreform am 1.1.1974 zu dem „neuen“ und größeren Amt St. Wendel-Land

mit Dienstgebäude in der Gymnasialstraße 21. Ab 1.1.1974 gehören die früher zum „alten“ Amt St. Wendel-Land gehörenden Gemeinden Dörrenbach, Niederlinxweiler, Oberlinxweiler, Remmesweiler und Werschweiler als Stadtteile zur Stadt St. Wendel. Der Ort Mainzweiler wurde bei der Gebiets- und Verwaltungsreform als Stadtteil der Stadt Ottweiler angegliedert.

Anmerkung der Schriftleitung

Der Verfasser dieses Artikels, Wilhelm Pfaff, geb. 1916 in Steinbach, trat als Verwaltungslehrling am 1.4.1932 beim Amt St. Wendel-Land seinen Dienst an. Er wurde 1940 zu den Soldaten eingezogen und kam 1948 aus russischer Kriegsgefangenschaft nach Hause. Er trat 1949 wieder in den Dienst beim „neuen“ Amt St. Wendel-Land. Im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreform kam er 1974 als Bediensteter zur Stadt St. Wendel. 1980 wurde er als Oberamtsrat von der Stadt St. Wendel in den Ruhestand verabschiedet. Wilhelm Pfaff hat also - wie auch sein früherer Amtsbürgermeister Jakob Stoll - beruflich „von der Picke auf“ gedient.

Der Kreisausschuß von 1934

Erläuterungen zu einer Gruppenaufnahme

Von Franz F. Gräff

Die Aufnahme wurde wahrscheinlich Ende 1934, Anfang 1935 im (historischen) Sitzungssaal des Landratsamtes, des früheren von 1899 bis 1901 von dem Saarbrücker Architekten Hans Weszkalnys¹ erbauten Kreisständehauses, gemacht. Sie zeigt uns in der Mitte der vorderen Reihe den damaligen Landrat Dr.

Schmitt, als geborenen Vorsitzenden, und die sechs vom Kreistag gewählten Mitglieder des Kreisausschusses, die nicht dem Kreistag angehören mußten.

Nach den Kommunalwahlen vom 13. November 1932 lud der seit Ende des Jahres 1929 in St. Wendel eingesetzte Landrat Dr. Franz Schmitt die 23 neugewählten Kreistagsabgeordneten (Zentrum 13; SPD 3; KPD 4; Bürgerliche Vereinigung 1; NSDAP 1; Vereinigung der Haus- und Grundbesitzer 1) zur konstituierenden Sitzung ins Landratsamt ein. In dieser Sitzung am 12. Dezember 1932, in der auch über die damals herrschen-

Die Mitglieder des Kreisausschusses 1934/35:

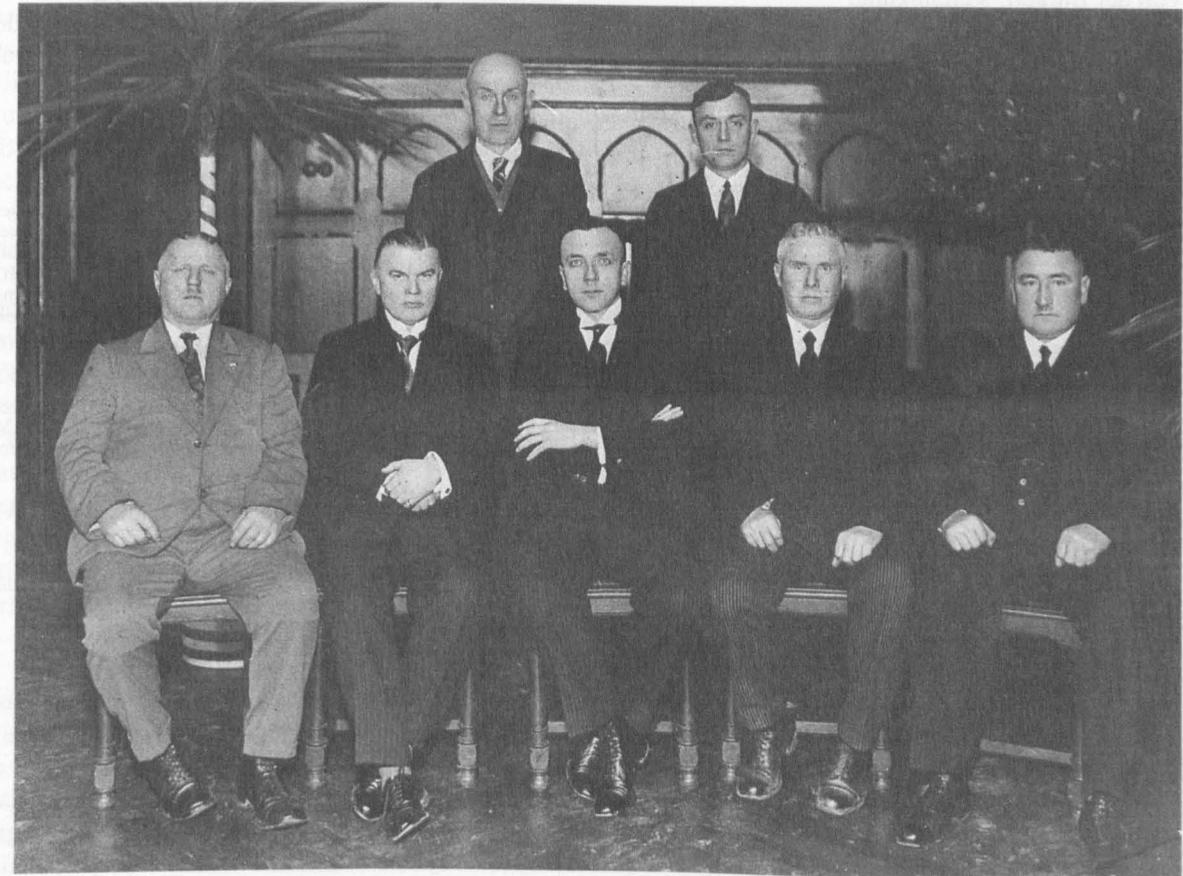
Sitzend:

Johann Neis, Dr.
Engländer, Landrat Dr.
Schmitt, Franz Klein,
Leonhard Heinz.

Stehend:

Wendel Jacob und Nikolaus Schönecker.
Schönecker ist am Ende des Jahres 1934 für den nach Saarbrücken verzogenen Kurt Weyrich als Ersatzmann nachgerückt.

Die Fotografie stellte Horst Meisberger aus Marpingen, ein Enkel von Johann Neis, der Kreisverwaltung zur Verfügung.



de große wirtschaftliche Not beraten wurde, wählte der Kreistag auf die Dauer von drei Jahren folgende Kreisausschußmitglieder:

Vom Zentrum:

1. Dr. Wilh. Heinrich Engländer, Chefarzt, St. Wendel
2. Kurt Weyrich, Gewerkschaftssekretär, St. Wendel
3. Franz Klein, Gemeindevorsteher und pens. Bergmann, Oberthal
4. Johann Neis, Bergmann und Knappschaftsältester, Marpingen

Von der Bürgerl. Vereinigung:

5. Wendel Jacob, Müller und Landwirt, Oberlinxweiler

Von der NSDAP

6. Leonhard Heinz, Bierverleger, St. Wendel

In dieser Sitzung wurden sechs Ersatzmitglieder, zu denen auch Nikolaus Schönecker gehörte, bestellt.

Organe des Kreises waren damals der aus den Kommunalwahlen hervorgegangene Kreistag und der Kreisausschuß. Gemäß §§ 75 und 76 der Kreisordnung vom 30. Mai 1887 wurde „zum Zwecke der Verwaltung der Angelegenheiten des Kreises und der Wahrnehmung von Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung ein Kreisausschuß bestellt.“

Dem Kreisausschuß oblagen somit unter dem Vorsitz des stimmberechtigten Landrats die Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten des Kreises (Kommunalverwaltung) und die Wahrnehmung der Geschäfte der allgemeinen Landesverwal-

tung (Staatliche Angelegenheiten), soweit sie ihm durch Gesetz übertragen waren. Außerdem bildete der aus Beamten und Laien bestehende Kreisausschuß in Preußen die erste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Aus dieser dreifachen Funktion ist zu ersehen, daß damals der Schwerpunkt der Aufgaben nicht beim Kreistag, sondern beim Organ „Kreisausschuß“ lag. Das wurde auch schon aus dem damaligen Briefkopf des Kreises deutlich, der lautete: „Der Kreisausschuß des Kreises St. Wendel“. Folgerichtig wurden die Beamten des Kreises auch nicht zum „Kreis-Sekretär“, sondern zum „Kreisausschuß-Sekretär“ ernannt. Nach dem staatlichen Landrat war damals der wichtigste Kreisbeamte der Kreis-Ausschuß-Oberamtmann Heinrich Born, dem auch die Protokollführung bei den Kreistagssitzungen und den Sitzungen des Kreisausschusses oblag.

Anmerkung 1:

Der Architekt Hans Weszkalnys (1867 - 1944), der im Raum Saarbrücken und darüber hinaus viele öffentliche und private Bauten, u. a. den Städtischen Saalbau, die Krankenhäuser für die Burbacher und Völklinger Hütte, das Bürgerhospital und das Krankenhaus in Idar, plante, erhielt im Mai 1899 den Auftrag für den Bau des Kreisständehauses in St. Wendel. Am 4. Mai 1901 fand die erste Sitzung des Kreistages im „Kreissaale des neuen Kreisständehauses“ statt.

Literatur:

Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (GS. S. 209 ff.); Grundriß der Verfassung und Verwaltung des Reichs und Preußens von Dr. Otto Meißner, Berlin 1922;

St. Wendeler Zeitung vom 15. November und 13. Dezember 1932 (Stadtarchiv St. Wendel)

Saarbrücker Hefte, Heft 34/1971 (Lebenserinnerungen eines Saarbrücker Architekten)

Bunker des Westwalles im Kreis St. Wendel

Von Dieter Bettinger

Planung und erste Baumaßnahmen für eine deutsche Landesbefestigung

Bedingt durch die militärgeographische Lage Deutschlands als Staat in der Mitte Europas setzten schon bald nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Überlegungen zur festungsmäßigen Sicherung der Reichsgrenzen ein. Die einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrages legten aber einer Verwirklichung von Baumaßnahmen Fesseln an. So erkannte man auf deutscher Seite zwar die Notwendigkeit einer Sicherung der Reichsgrenzen in Ost- und Westdeutschland, hielt sich in den Baumaßnahmen aber genau an die Bestimmungen des Versailler Vertrages, der dem Deutschen Reich den Bau ständiger Befestigungsanlagen im Westen nur in einem Bereich ab 50 km ostwärts des Rheines zugestand.

Die Situation änderte sich mit dem Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland am 7. März 1936. Die Inspektion der Festungen im Generalstab des Heeres legte dann bald darauf die ersten Pläne für ein Ausbauprogramm mit ständigen Festungsanlagen zwischen Mosel und Rhein und am Oberrhein vor, für deren Verwirklichung man eine Bauzeit bis zum Jahre 1942 einplante. Die Pläne wurden im Juni und Juli des Jahres 1936 von Hitler und von Blomberg, dem damaligen Oberbefehlshaber der Wehrmacht, gebilligt. Bis zum Jahresende 1936 sollte im Raum Mosel - Rhein - Oberrhein eine Gerippstellung fertiggestellt sein.¹

Im Rahmen des Aufbaues der deutschen Wehrmacht und der damit verbundenen gewaltigen Aufrüstung spielte der Festungsbau zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend knapp waren die finanziellen Mittel bemessen. Immerhin lag aber Ende 1936 ein fertiger Gesamtplan für den künftigen Ausbau mit Schwerpunkt im Westen vor. Am Saarufer entlang

waren auf einer Linie von Merzig bis Völklingen Ende 1936 22 Bunker gebaut worden, 18 weitere standen auf einer Linie von Reichenbrunn bis Dellfeld ostwärts Zweibrücken. Die Gesamtzahl der 1936 im Bereich von Merzig bis zum Isteiner Klotz am Oberrhein erstellten ständigen Anlagen belief sich auf insgesamt 156 Bauten.²

Planung und Bau der ständigen Anlagen für die Landesbefestigung lagen bis zum 28. Mai 1938 in Händen der Festungspioniere. Ihr oberster Dienstherr im Westen war die in Wiesbaden eingerichtete Inspektion der Westbefestigungen (In West). Von hier aus liefen die Befehle über die unterstellten Festungsinspektionen zu den Festungspionierstäben, die nach erteilten Aufträgen Zivilfirmen mit dem Bau der Festungsanlagen beauftragten und die Baumaßnahmen verantwortlich leiteten.

Die Festigungspioniere

Den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechend, war das deutsche Festungsbau-Offizierskorps aufgelöst worden. Im gesamten Reichsgebiet konnten nach 1920 nur sieben Festungsbau-Offiziere als Festungsbaubeamte übernommen werden. Das Personal der Festungsbauverwaltung wurde durch einige Angestellte, später auch Diplomingenieure und Geologen, und Arbeiter ergänzt. Für alle Aufgaben der Landesverteidigung bildeten die Bereiche der Festungskommandanturen die territoriale Untergliederung. Die einzelnen Wehrkreiskommandos nahmen diese Aufgaben wahr. Oberste Instanz für die Wehrkreiskommandos war das Truppenamt im Reichswehrministerium. Zuständig für den Festungsausbau, alle technischen Fragen und das Personal der Pioniere war die Inspektion der Pioniere und Festungen.



Schirrmeister, Fahrer und Fahrzeuge der „Außenstelle St. Wendel des OKH“ im Hof des Hildegardisheimes in St. Wendel an der Stelle des heutigen Postamtes
Foto: Hans Herbert Traub

Bereich des Saarlandes kam das Personal der aus Tarnungsgründen als „Außenstelle des OKH“ bezeichneten Dienststelle 1936 in die Wartburg nach Saarbrücken und bald darauf nach St. Wendel. Die „Außenstelle St. Wendel des OKH“ wurde im früheren St. Hildegardisheim unweit des Bahnhofs untergebracht. Im gleichen Haus befand sich auch das Kreiswehrrersatzamt. Den Majoren Kretschmar und Kuhn unterstanden zwei Schirrmeister und mehrere Zivilangestellte. Ihre Aufgabe war es, im Abschnitt Merzig-Saarlouis alle Brücken über die Saar zur Sprengung vorzubereiten. Ab 1937 unterhielt die „Außenstelle St. Wendel des OKH“ eine Zweigstelle in Saarlouis. Hier war ein Wallmeister für die Auslieferung des in den alten Kasematten gelagerten Sprengmaterials und dessen Überwachung eingesetzt. Die Schirrmeister wurden dem Grenz-Infanterieregiment 132 unterstellt, das auch das Sprengmaterial übernahm.

Umfangreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Landesverteidigung brachten es mit sich, daß nun auch ein eigenes Festungspionierkorps aufgebaut wurde. Die bisherige Inspektion der Pioniere und Festungen wurde zum 1. Oktober 1934 in die Inspektion der Pioniere (In 5) und die Inspektion der Festungen (InFest) geteilt. Beide unterstanden jedoch einem Inspekteur der Pioniere und Festungen, bis 1938 Generalmajor Wilhelm Förster. Ihm unterstanden die Inspektoren der Ostbefestigungen (InOst) und der Westbefestigungen (InWest). Auf der Ebene eines Regiments entstanden Festungsinspektionen, auf der Ebene eines Bataillons die Festungsbaugruppen, die am 1. März 1936 in Festungspionierstäbe umbenannt wurden. Mit gleichem Datum wurden insgesamt 16 Festungspionierstäbe gebildet, so u. a. aus der bisherigen Festungsbaugruppe Königsberg-Nord der Festungspionierstab 2, der der Festungsinspektion I in Königsberg unterstand.

Die einzelnen Dienststellen des Festungspionierkorps waren Stäbe, die im Frieden nicht über Truppen verfügten. Erst während des Krieges waren ihnen Festungsbaubataillone und Sondereinheiten unterstellt. Ihre Mitarbeiter waren fachlich vorgebildete Offiziere und Festungspionierbeamte, die in der Regel aus der Pionierwaffe kamen und in einer besonderen Pionier-

schule ausgebildet wurden. Die Festungspionierschule München, ab September 1936 als Pionierschule I in Berlin-Karlshorst, bildete auch die technischen Beamten des Pionierwesens und Wallmeister aus. Letztere waren vor allem für die Verwaltung und Pflege der fertiggestellten Befestigungsanlagen vorgesehen. Im Frieden bestand das weitere Personal der Festungspionierdienststellen nur teilweise aus aktiven Soldaten. Meist waren es Unteroffiziere, die in der Ausbildung zum technischen Beamten oder Wallmeister hier praktisch geschult wurden. Die Mehrzahl der Techniker, Schreiber, Zeichner, Kraftfahrer und Arbeiter waren im Frieden Zivilisten, die die Wehrmacht eingestellt hatte. Während des Krieges versahen Soldaten diese Dienste, weibliche Kräfte versahen Schreib- und Zeichenaufgaben.

Am 1. Juni 1936 unterstanden der Inspektion der Ostbefestigungen vier Festungsinspektionen mit insgesamt 10 Festungspionierstäben, der Inspektion der Westbefestigungen 3 Festungsinspektionen mit insgesamt 6 Festungspionierstäben. Von ihnen sollte der Festungspionierstab 14 zBV in Saarbrücken eingesetzt werden. Am 1. August 1936 wechselte die Inspektion der Westbefestigungen, InWest, ihren Dienort und kam von Berlin nach Wiesbaden.

Zum gleichen Zeitpunkt wurde der Festungspionierstab, FestPi-Stab, 17 neu aufgestellt und kam nach Homburg/Saar. Er unterstand der Festungsinspektion V in Heilbronn, ab 1. Januar 1937 in Kaiserslautern. Mit Schreiben vom 4. Januar 1937 kündigte das Oberkommando des Heeres, OKH, die Verlegung des FestPi-Stabes 2 von Königsberg nach St. Wendel/Saar an. Demnach hatten sich 1 Offizier, 1 Beamter und 2 Angestellte am 15. Januar 1937 mit PKW als Vorkommando bei der InWest in Wiesbaden zu melden. Der gesamte FestPi-Stab 2 mußte zum 1. Februar 1937 in St. Wendel eingetroffen sein. Seine Fahrzeuge wurden in der sogenannten „alten Kaserne“ aus dem Jahre 1919 in der heutigen Bungertstraße abgestellt. Eine Reihe von Mitarbeitern des Stabes blieb in Ostpreußen und wurde von den FestPi-Stäben 1 und 3 übernommen. Die technischen Angestellten des FestPi-Stabes 2 wurden offenbar vor ihrer Versetzung in das Saarland befragt, ob sie mit einem Umzug einverstanden waren.

Zusammen mit dem FestPi-Stab 17 in Homburg unterstand auch der FestPi-Stab 2 innerhalb der InWest der Festungsinspektion V in Kaiserslautern. Sein Arbeitsbereich erstreckte sich von Besseringen nach Völklingen. Von hier bis Contwig schloß sich der Arbeitsbereich des FestPi-Stabes 17 an. Der Festungsinspektion V unterstanden ab Februar 1937 insgesamt 4 FestPi-Stäbe. Bereits am 18. November 1937 unterstand der FestPi-Stab 2 mit 2 weiteren Stäben der am 12. Oktober gleichen Jahres neu eingesetzten Festungsinspektion VIII in Trier. Er war zu diesem Zeitpunkt im Lyzeum in der Wilhelm-Gustloff-Straße in St. Wendel untergebracht. Vermutlich bezog der FestPi-Stab 2 nach Fertigstellung der Kasernen in St. Wendel dort eigene Räume. Noch heute erinnert eine Inschrift an den Einsatz des Stabes.



Die Inschrift des FestPi-Stabes 2 an der Kaserne in St. Wendel.
Foto: Dieter Bettinger

Der im Landeskrankenhaus Homburg untergebrachte FestPi-Stab 17 unterstand mit 2 weiteren Stäben weiterhin der Festungsinspektion V in Kaiserslautern. Im Juni 1938 wurde die InWest neu gegliedert. Unter anderem kam die Festungsinspektion VI nach Saarbrücken. Ihr unterstanden die FestPi-Stäbe 2 in St. Wendel und 24 in Saarbrücken, beim FestPi-Stab 17 blieb es

beim bisherigen Unterstellungsverhältnis. Der InWest unterstanden damals 4 Festungsinspektionen mit insgesamt 13 FestPi-Stäben. Im Dezember 1938 befehligten Major Bläss, Hauptmann Dahlke und Major Wohlfahrt die FestPi-Stäbe 2, 17 und 24. Am 26. August 1939 war der FestPi-Stab 2 mit den Arbeitsgruppen I-IV/2 mobil. Mit dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 unterstanden die FestPi-Stäbe 2 St. Wendel, 12 Pirmasens, 17 Homburg, 20 Landau und 24 Saarbrücken den Generalkommandos IX und XII sowie dem Generalkommando der Grenztruppen Saarpfalz und mit ihnen dem vom General der Infanterie Erwin von Witzleben befehligten Armeekorpskommando, AOK, 1. Damit waren die im Westen eingesetzten AOK 5, AOK 1 und AOK 7 für den weiteren Ausbau der Festungsanlagen verantwortlich. Am 15. Oktober 1939 unterstanden

FestPi-Stab	GenKdo
2 St. Wendel	XXX. Armeekorps in Wadern
17 Homburg	XXIV. Armeekorps in St. Wendel
24 Saarbrücken	XII. Armeekorps in St. Wendel

Als die 1. Armee am 14. Juni 1940 den Angriff gegen die Maginotlinie im Raum zwischen Théding und Wittring eröffnete, waren mit den einzelnen Korps auch die unterstellten FestPi-Stäbe im Einsatz.³

Die Bauarbeiten im Westen bis Ende Mai 1938

Am 9. März 1937 verkündete die deutsche Reichsregierung das „Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen“ und schuf damit die rechtliche Grundlage für den Bau der Westbefestigungen.⁴ Die angespannte Lage auf dem Rohstoffmarkt und fabrikatorische Lieferschwierigkeiten führten im März 1937 zu einer Verschiebung des Termins für die Fertigstellung der Westbefestigungen bis zum Jahre 1952. Im Sommer des Jahres 1937 waren auf der gesamten Front von Irrel in der Eifel bis Basel Bauarbeiten im Gang. Gemessen an den gewaltigen Planungen war der Baufortschritt jedoch gering.⁵ Ende des Jahres 1937 waren im Bereich der Westbefestigungen die für einen Sperrausbau vorgesehenen Abschnitte bis auf die Pak-Stände fertiggestellt und die Stellungenabschnitte mit einem

schwachen Gerippe von Anlagen versehen. Die am stärksten gefährdeten Stellungenabschnitte waren nach Ansicht von Experten damit noch sehr unzureichend geschützt.

Am 9. März 1938 faßte Hitler den Entschluß, im Nachbarland Österreich einzumarschieren (Einmarsch am 12. März 1938) und befahl am gleichen Tag die Verlängerung der Festungsfront über Irrel hinaus nach Norden.⁶ Der entsprechende Ausbaubefehl folgte am 7. April 1938.⁷

Das Eingreifen der politischen Führung im Mai 1938.

Ende Mai 1938 griff nun Hitler ganz entscheidend in die bisher ausschließlich dem Heer übertragenen Aufgaben des Festungsbau ein. Dahinter stand eine außenpolitische Frage. Tschechoslowakische und englische Zeitungen berichteten am 20. Mai 1938 von einer Zusammenziehung deutscher Truppen gegen die Tschechoslowakei, die nun ihrerseits die Teilmobilmachung in die Wege leitete. Englische und französische Diplomaten bekundeten in den folgenden Tagen die Bereitschaft ihrer Regierungen, im Falle eines deutschen Angriffs, der Tschechoslowakei zu Hilfe zu kommen. Der Hintergrund reger diplomatischer Tätigkeit war unreal, einen deutschen Aufmarsch gab es im Mai 1938 nicht, wohl aber eine Studie, die generalstabsmäßige Vorarbeit für einen Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei, die Hitler am 21. April 1938 befohlen hatte und die im Oberkommando des Heeres „Fall Grün“ genannt wurde.⁸ Am 21. und 22. Mai 1938 kam man auf deutscher Seite zu der Überzeugung, für einen Zwei- oder gar Dreifrontenkrieg nicht gerüstet zu sein und daß die damals fertigen Teile der geplanten Westbefestigungen einen eventuellen Gegner nicht aufhalten könnten. So galt es zunächst einmal, Zeit zu gewinnen. Nach mehrtägigen Überlegungen und Besprechungen befahl Hitler am 28. Mai 1938, die Westbefestigungen entscheidend zu verstärken und ihren Ausbau erheblich zu beschleunigen. Zu den bestehenden Planungen kamen weitere 1 800 Scharnsteine und 10 000 Unterstände, die bis zum 1. Oktober 1938 fertigzustellen waren, ein Plan, den Skeptiker als undurchführbar bezeichneten und der dann auch zum geplanten Angriffstermin gegen die Tschechoslowakei am 1. Oktober 1938 trotz ungeheuren Einsatzes an Menschen und

Material nicht zu realisieren war.⁹ An den bis zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Scharnsteinen aus Beton sollte weitergebaut werden.

Das Bauprogramm „Limes“ ab Mai 1938

Den Überlegungen Hitlers zum Bau der Westbefestigungen folgte deren Konzeption: Bau einer grenznahen, vom Heer zu besetzenden und zu verteidigenden Festungs- oder Verteidigungszone und Bau einer rückwärtigen Linie, die die Luftwaffe erstellen und verteidigen sollte. In Erinnerung an den römischen Grenzwall in Germanien erhielt das Festungsbauprogramm im Westen den Namen „Limes“. Mit der verantwortlichen Oberleitung für den Ausbau der Westbefestigungen wurde der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2, General Adam, betraut. Das Heeresgruppenkommando 2 wurde am 1. Oktober 1938 als Reichswehrgruppenkommando in Kassel aufgestellt und am 16. Juni 1938 nach Frankfurt am Main verlegt. Mit Beginn der Mobilmachung am 26. August 1939 wurde aus der Heeresgruppe 2 die Heeresgruppe C.¹⁰ Dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2 unterstanden außer den Stäben und Truppen seines Befehlsbereiches:

- die InWest mit allen nachgeordneten Dienststellen,
- der Artl. Offizier West für die Landesverteidigung,
- der Reichsarbeitsführer und der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Dr. Fritz Todt, waren angewiesen, auf Anforderung ihre Organisation weitgehend für die Durchführung der dem Heeresgruppenkommando gestellten Aufgaben zur Verfügung zu stellen.¹¹

Der Bau der Luftverteidigungszone West (LVZ)

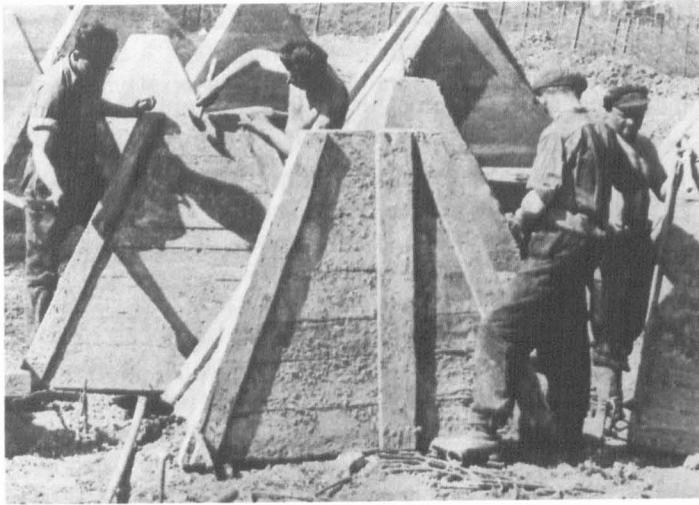
Die Organisation des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen war mit bisher bestem Erfolg beim Bau der Reichsautobahnen eingesetzt. Während beim Bau der Westbefestigungen, soweit sie das Heer betrafen, Festungspioniere und die nach ihrem Führer benannte Organisation Todt (OT) gemeinsam Baumaßnahmen durchführten, war die OT beim Bau der LVZ weitgehend alleine eingesetzt. Ab 15. Juni 1938 waren auch 20 Abteilungen des Reichsarbeitsdienstes im Abschnitt Mosel - Rhein der LVZ eingeplant. Sie unterstanden dem Ar-

beitsgauführer XXXII in Bad Münster am Stein und waren unter einem besonderen Führer zbV 3 zusammengefaßt.¹²

Unmittelbar nach einer am 28. Mai 1938 stattgefundenen Chefbesprechung setzte Reichsluftmarschall Hermann Göring für den 29. Mai 1938 eine dringende Besprechung mit den Generälen der Luftwaffe an. Bereits am 1. Juni 1938 gab dann das Reichsluftfahrtministerium umfassende Anweisungen für den Bau einer Luftschutzzone heraus.¹³ In dem am 7. Juni 1938 vom Heeresgruppenkommando 2 herausgegebenen „Befehl für die Einleitung der Arbeit“ wurde der Bau der Luftschutzzone als Maßnahme der Luftwaffe näher beschrieben. Der Bau der „Luftschutzzone“, wie die LVZ zunächst genannt wurde, sollte eine Endstärke von 60 leichten und schweren Flakbatterien in einer allgemeinen Linie Jülich - Düren - Euskirchen - Wittlich - Traben-Trarbach - Oberstein - Kaiserslautern - Neustadt - Speyer umfassen.

Der Schwerpunkt des Flakereinsatzes sollte im Abschnitt Mosel - Rhein liegen. Im Saarland verläuft die ehemalige LVZ von Hermeskeil kommend über Nonnweiler - Sötern - Türkismühle - Walhausen - Balzersweiler - Urweiler - Leitersweiler - Werschweiler, Dörrenbach in Richtung Breitenbach. Die zunächst als Luftschutzzone geplante LVZ sollte gleichzeitig als rückwärtige Stellung des Heeres mit MG-Scharnsteinen ausgestattet werden. Die Flakbatterien sollten auch für Erdabwehr, namentlich Panzerabwehr, eingesetzt werden. Westlich des Rheins hatte die Luftwaffe vier Erkundungs-Bauabschnitte zu bilden, zu denen Heeresoffiziere kommandiert wurden. Die Leitung des Ausbaus übernahm das Kommando der Luftverteidigung West in Frankfurt/M. in der Kaserne des damaligen Flak-Regimentes 29.¹⁴

Bei den einzelnen Luftgaukommandos wurden besondere Organisationen geschaffen, die sich mit dem Bau der rd 50 km rückwärts der Westbefestigungen des Heeres geplanten LVZ beschäftigten.¹⁵ Zweck und Aufgabe der LVZ war es, eine Luftsperrzone gegenüber einfliegenden gegnerischen Flugzeugen zu bilden. Man rechnete damit, daß gegnerische Flugzeuge auf eine Flughöhe von 6000 - 8000 m gezwungen wurden. Das be-



Auslassung von Betonhöckern im Bereich der deutschen Westbefestigungen; Foto: OT aus dem Buch: Das Lied vom Westwall, Stuttgart, Belsen-Verlag, 1940
Repro: Dieter Bettinger



Teile der Höckerlinie der LVZ bei Walhausen, Zustand Sommer 1983
Foto: Dieter Bettinger



Bau eines Unterstellraumes für LKW an einem Bunker des Westwalls durch die „Außenstelle St. Wendel des OKH“
Foto: Hans Herbert Traub

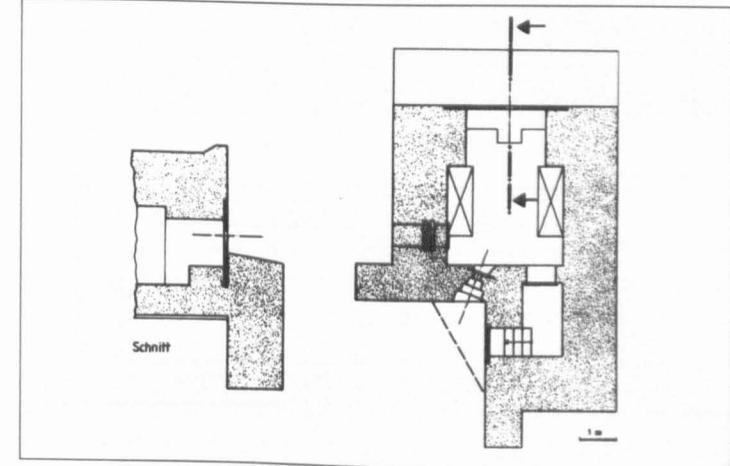
die in der Regel von einem nahegelegenen Bunker überwacht werden konnten. Vereinzelt wurden im Bereich der LVZ auch Hohlgänge angelegt, zumindest im Laufe der Ausbaurbeiten in der LVZ begonnen, wie sich das am Beispiel des Buchwaldes unweit Türkismühle belegen läßt. Ihre Zweckbestimmung ist nicht näher bekannt, doch dürften sie vermutlich als Vorratsdepots oder Sanitätsräume geplant gewesen sein. Gegenüber den Heeresbauten, der sogenannten „Limesstellung“, der vermutlich aus dem Heer der Bauarbeiter entstandene Name „Westwall“ wurde erst ab etwa Spätherbst 1938 nach und nach bekannt, war der Ausbau der anfangs „Luftschutzzone“ genannten rückwärtigen Linie ab 8. Juni 1938 als zweitrangig eingestuft worden.¹⁸

Für den Bau der LVZ wurden insgesamt 7 verschiedene Bunkertypen entworfen, die mit Buchstaben bezeichnet wurden:

1. „B“-Stand: ein MG-Schartenstand aus 182 cbm Beton für 6 Mann,
2. „F“-Stand; Führerstand aus 289 cbm Beton für 18 Mann,
3. „K“-Stand: Gefechtsstand aus 454 cbm Beton für 24 Mann,
4. „M“-Raum: Munitionsraum aus 153 cbm Beton,
5. „Pz“-Stand: Pakunterstellraum mit Kleinstglocke aus 361 cbm Beton für 15 Mann,

deutete beim Hinflug einen Zeitverlust und höheren Verbrauch an Betriebsstoff und damit einen geringeren Aktionsradius. Die zu erreichende Flughöhe schränkte die Last der mitgeführten Bomben ein und stellte eine zur damaligen Zeit außerordentliche Belastung des fliegenden Personals dar. Hatten gegnerische Flugzeuge trotz dieser Schwierigkeiten den Einflug in das Reichsgebiet geschafft, wurden sie dort von der deutschen Luftwaffe bekämpft. Für den Rückflug stellte, nach Meinung ihrer Erbauer, die LVZ dann wieder ein ernst zu nehmendes Hindernis dar, zumal beschädigte Maschinen die rettende Höhe von 8.000 m nicht mehr erreichen konnten. So rechnete man mit einer abschreckenden Wirkung der LVZ gegenüber Planungen für gegnerische Luftangriffe.¹⁶ Der Bau der LVZ war nicht ganz unumstritten. Von Seiten des Heeres verwies man vor allem auf die mit dem Bau der Befestigungsanlagen einhergehende Schwächung der Rüstungsanstrengungen für die Luftwaffe.¹⁷ Immerhin, die LVZ nahm ab Juni/Juli 1938 mehr und mehr Gestalt an und wurde entsprechend ihrer geplanten Doppelfunktion zur Flieger- und Panzerabwehr zur Aufnahme von 8,8 cm Geschützen ausgebaut. Der Panzerabwehr dienten auch betonierte Höckerhindernisse und Panzersperren in Wegen und Straßen,

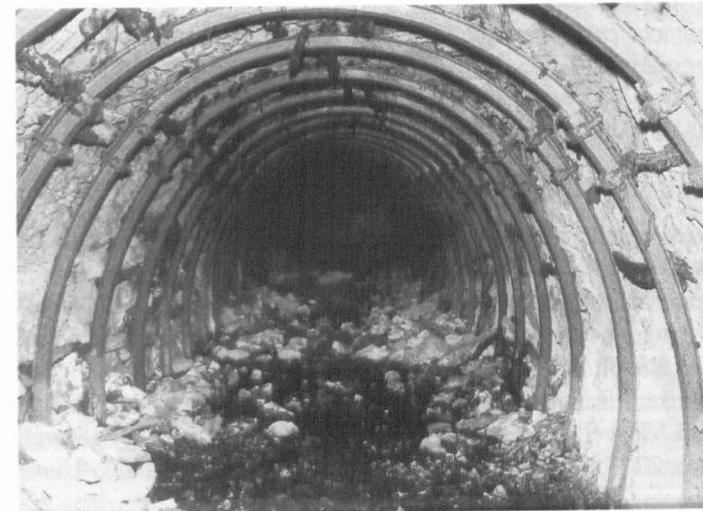
Bunkertyp B (Zeichnung: Martin Wolf)

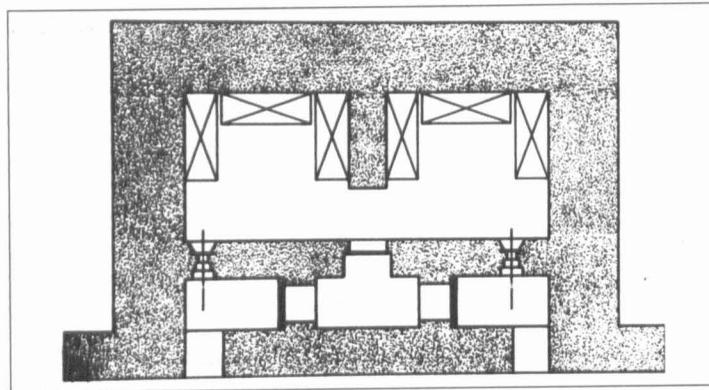


Ehemalige Panzersperre der LVZ bei Niederlinxweiler
Foto: Dieter Bettinger

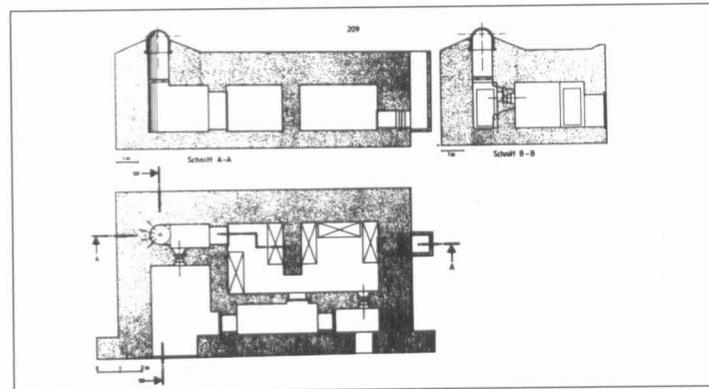


Hohlganganlage der LVZ im Buchwald bei Türkismühle, Zustand 1983
Foto: Dieter Bettinger

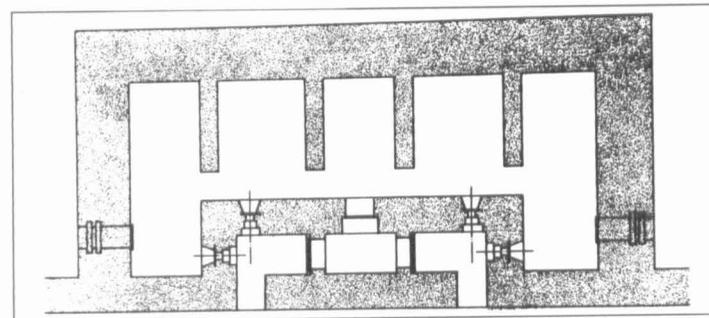




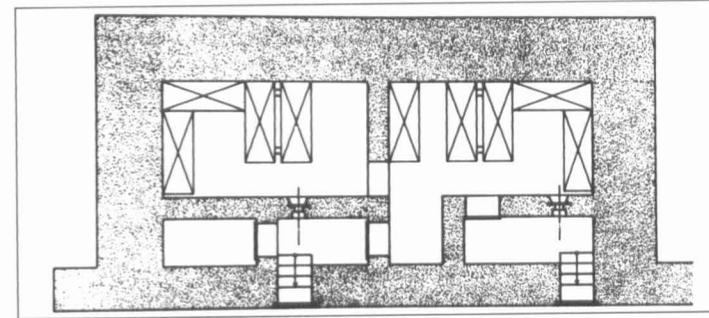
Bunkertyp F (Zeichnung: Martin Wolff)



Bunkertyp Pz (Zeichnung: Martin Wolff)

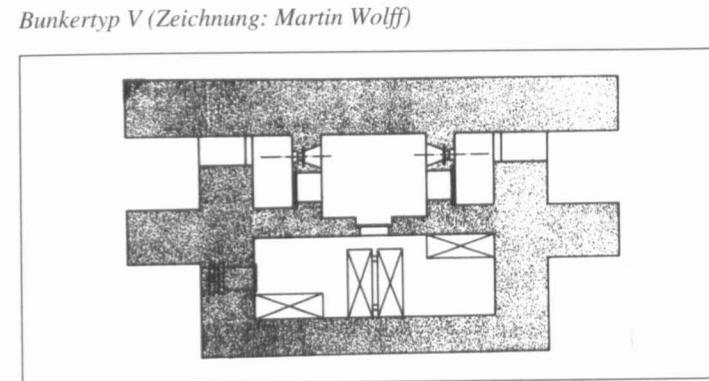


Bunkertyp K (Zeichnung: Martin Wolff)

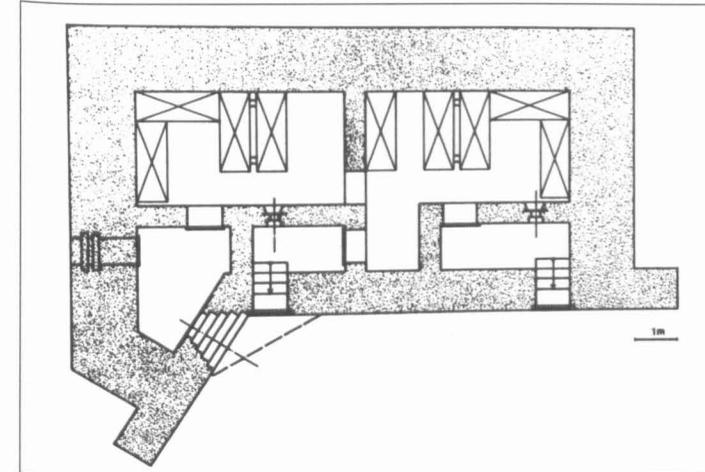
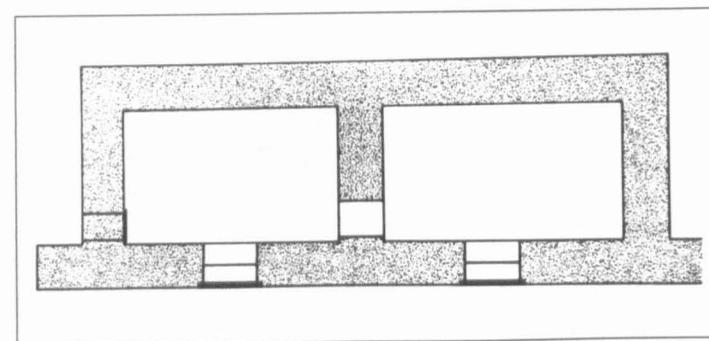


Bunkertyp U (Zeichnung: Martin Wolff)

Bunkertyp M (Zeichnung: Martin Wolff)



Bunkertyp V (Zeichnung: Martin Wolff)



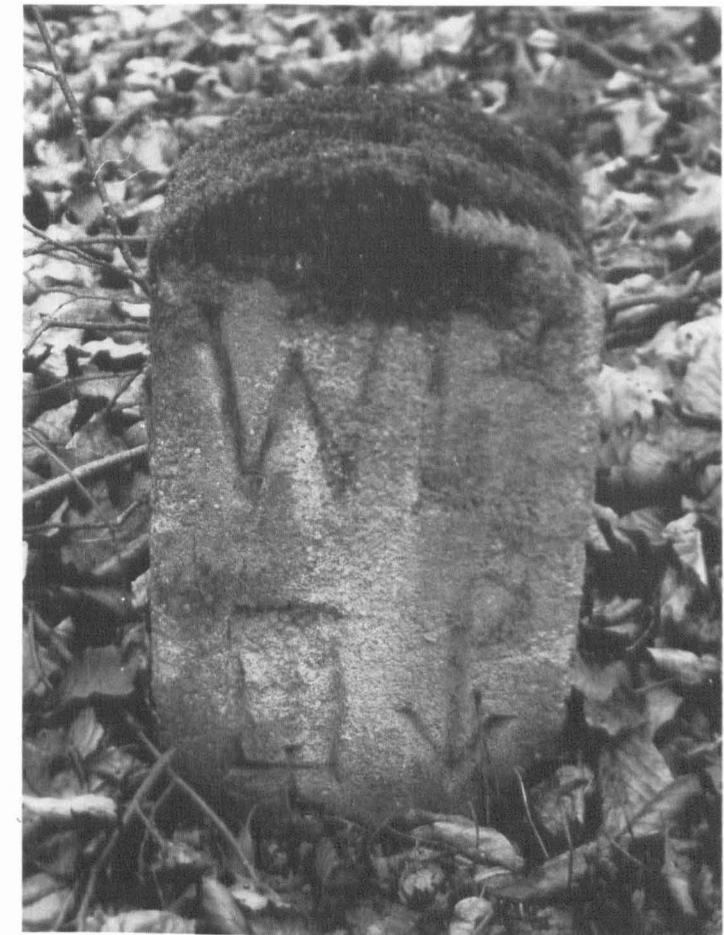
Bunkertyp U (Zeichnung: Martin Wolff)

6. „U“-Raum: Doppelgruppenunterstand aus 343 cbm Beton für 27 Mann,

7. „V“-Stand: Gruppenunterstand am Vorderhang aus 270 cbm Beton für 12 Mann.¹⁹

Die einzelnen Bunker einer Flakstellung der LVZ waren mit Wasser versorgt.

Dazu wurden eine betonierte Pumpstation und ein ebenfalls aus Beton errichteter Wasserbehälter zusätzlich zu den genannten Bautypen der LVZ errichtet. Auf dem Banngebiet von Leitersweiler ist erfreulicherweise eine vollständige Stellung, wenigstens soweit es die Bunker betrifft, erhalten geblieben. Zu den 5 Bunkern verschiedener Typen gehören auch Pumpstation und Wasserbehälter. Zu den vom Kommando der LVZ zu bauenden Bunkern sollten im August 1938 auch Betonkuppelstände treten, die der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler eigens entworfen hatte. Die einzelnen Stände sollten rückwärts der ersten Verteidigungszone im Bereich des Heeres gebaut werden. Gedacht waren 50 bis 60 derartige Bauten mit Schwerpunkt beiderseits Pfälzerwald. Das Kommando der LVZ erklärte sich bereit, 25 bis 30 dieser Bauten zu errichten, schlug aber vor, deren



Wasserversorgung Spiemont der LVZ, der Stein bezeichnet eine Quelle
Foto: Dieter Bettinger

Standorte an den vorderen Rand der LVZ zu legen, um Schwierigkeiten in den Kompetenzen zwischen Heer und Luftwaffe zu vermeiden. Vermutlich sind die für 18 Mann, 2 Unteroffiziere und 3 Telefonisten konzipierten Bunker, mit denen Stahl für die mächtigen Schartenglocken gespart werden sollte, dann doch nicht gebaut worden.²⁰ Die Bauarbeiten an der LVZ ließen sich nicht verbergen. Auf dem Bahnhof in Niederlinxweiler/Saar kamen über Wochen und Monate hin pro Tag 25 bis 30 Güter-

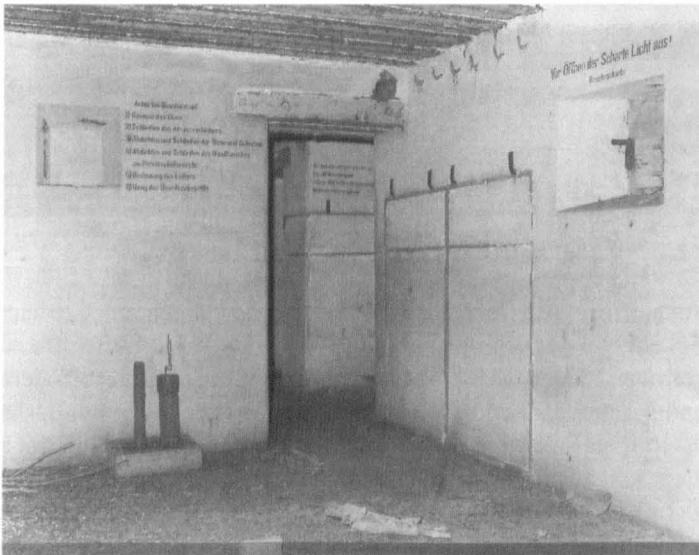


„Typ U“ der LVZ auf dem Banngebiet von Leitersweiler, Zustand 1982
Foto: Dieter Bettinger



Scharte der Eingangsverteidigung des Bunkers U 296 bei Leitersweiler, Zustand 1982
Foto: Dieter Bettinger

Bunker U 296 bei Leitersweiler, Innenansicht 1982
Foto: Dieter Bettinger



Bunker U 296 bei Leitersweiler, Innenraum mit Gewehrscharte 1982
Foto: Dieter Bettinger



Das Bauarbeiter-Lager der OT in Nohfelden,
Foto: Daniel Hinkelmann

Bauarbeiten an den deutschen Westbefestigungen; Foto Max Seidel,
aus dem Buch: Das Lied vom Westwall, Stuttgart, Belsen-Verlag 1940
Reprod. Dieter Bettinger



wagen mit Rheinkies an. Bereitgestellte LKW transportierten den Baustoff zu den steilen Hängen des Melaphyrmassivs Spiemont, wo hinter den mit Sichtblenden abgeschirmten Baustellen Tag und Nacht die Baumaschinen ratterten. Allen Maßnahmen der Geheimhaltung zum Trotz kam vom Luxemburger Rundfunksender an einem Sommerabend des Jahres 1938 die lakonische Frage, ob denn die Gartenhäuschen am Spiemont bald fertig wären.²¹

Sehr ausführlich und außerordentlich anschaulich beschrieb der aus Thallichtenberg stammende und in Nohfelden eingesetzte, ehemalige Leiter der „Dienststelle für die V-Maßnahmen“ Daniel Hinkelmann Vorbereitungen und Ausbauarbeiten für die LVZ im Bereich des nördlichen Saarlandes: „Es war zu Anfang des Monats Juni 1938, als mir an einem Abend durch den Geschäftsführer der DAF-Kreisverwaltung in Idar-Oberstein, Fr. Raber, die Anordnung überbracht wurde, mich am nächsten Morgen bei Arbeitsbeginn im Baubüro der Generalfirma Sager & Woerner in Nohfelden im Saale der Gastwirtschaft Kunz zu melden. Auf Befragen, um was es sich hierbei handele, wollte oder konnte mir Fr. Raber keine Auskunft geben. Er deutete lediglich, und zwar etwas geheimnisvoll an, daß ich die Betreuung einer „großen Baustelle“ im Raume Nohfelden übernehmen und mit den Kollegen der benachbarten Kreisverwaltung St. Wendel eine eigenen Dienststelle der DAF einzurichten habe. Befehlsgemäß meldete ich mich im Betriebsbüro der Fa. Sager & Woerner bei einem Herrn Leo Foiczik, der, wie sich später herausstellte, die Stelle des betrieblichen Sozialsachbearbeiters inne hatte. Herr F. wies mir dann in einer Ecke des Saales, der bereits mit Schreibtischen und anderem Büromaterial ziemlich vollgestopft war, mein künftiges „Büro“ an, teilte aber gleichzeitig mit, daß der Saal nur eine behelfsmäßige Unterkunft darstelle und man bereits mit dem Bau von Bürobaracken (auf dem heutigen Festplatz der Gemeinde Nohfelden) begonnen habe, in die man nach Fertigstellung in einigen Tagen umziehen wolle. Dann gab er mir zur Kenntnis, daß aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Dr. Robert Ley, und dem Generalinspekteur für das Deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, die DAF die gesamte soziale Betreuung

der am Bau der riesigen Befestigungsanlagen im Westen unseres Vaterlandes eingesetzten Arbeiter zu übernehmen habe. (Den Begriff: „Westwall“ gab es noch nicht!) Demzufolge sollten die Mitarbeiter der DAF mit ihm und dem Arbeitsamt (Nebenstelle Türkismühle mit Herrn Rudolf Bernhard aus Steinberg) gemeinsam die in Kürze mit Sonderzügen aus dem westlichen, nördlichen und östlichen Reichsgebiet eintreffenden Arbeiter in Türkismühle in Empfang nehmen, sie verpflegen und dann nach Aufteilung an die Subunternehmer mit Bussen weitertransportieren lassen. Nach wenigen Tagen stand unser Arbeitsstab, bestehend aus dem Kreisobmann der DAF, Nikolaus Woll, St. Wendel, dessen KdF - Kreiswart Martin Marmé, Neunkirchen, KdF - Ortswart Gustav Groß, Wiebelskirchen, dem Kreisamtsleiter der NSDAP, Daniel Hinkelmann, Thallichtenberg, und den Mitarbeitern Kurt Decker und Gustav Schwinn Thallichtenberg, Emil Klee, Hirstein, und Karl Weiß aus Idar-Oberstein. Wir begrenzten unseren Arbeitsbereich im allgemeinen so, daß für Vorfälle im Gebiet des Kreises Birkenfeld ich mit meinen Mitarbeitern und für das des Kreises St. Wendel der Kollege Woll bzw. dessen Beauftragte zuständig waren. Kaum hatte man mit dem Bau der Arbeitslager in Oberkirchen, Freisen, Mosberg-Richweiler, Gehweiler, Schwarzenbach und Fischbach/Nahe begonnen, da rollten schon die ersten Sonderzüge mit Arbeitern in Türkismühle an. Da eine Unterbringung in den Lagern anfänglich noch nicht möglich war, mußten sie in den Orten in der Nähe ihrer künftigen Arbeitsstelle untergebracht werden.

Hierfür standen uns die von ihren bisherigen Betrieben freigestellten und von uns eingesetzten Ortslagerführer zur Verfügung. Nach Eintreffen der Sonderzüge, für die bereits Voranmeldung vorlag, wurden die Männer in die einzelnen Lokale, die Bahnhofsgaststätte Türkismühle (K.Böhninger), Cafe Hartung, Gasthaus Rot und Schulz in Türkismühle, ferner in die Wirtschaften Weider und Kunz in Nohfelden zur Einnahme einer Mahlzeit, bestehend aus einer Erbsensuppe mit zwei nicht kleinen Fleischwürsten, eingewiesen. Auf Bons erhielten sie zwei Flaschen Bier (je 3/4 l), zwei Päckchen Zigaretten (20 Stück) oder zehn Zigarren. In den meisten Orten erhielten die Arbeiter,

wenn nicht in ihren privaten Unterkünften Gemeinschaftsverpflegung und ihre „Schichtbrote“ wie z.B. hier in Thallichtenberg in der Turnhalle durch Frau Anna Reinert. In Ortschaften mit starker Belegung bestanden auch Sanitätsstationen (z.B. auf Burg Lichtenberg), die durch den praktischen Arzt Dr. Kurt Ge-recht aus Oberkirchen, der dann auch später für die nächstgelegenen Lager zuständig war, betreut wurden. Mit Bussen wurden die Arbeiter täglich zu den betreffenden Baustellen hin und wieder zurückgebracht. Für diejenigen, die beim Betonieren eines Bunkers, der in 36 Stunden „in einem Guß“ erfolgte, der Feierabend oft nach Mitternacht eintrat, wurden für die Rückkehr Sonderfahrten eingerichtet. Die Ortslagerführer erhielten als wöchentliches Entgelt RM 60 netto bei ihren regelmäßigen Zusammenkünften am Wochenende in Nohfelden durch die Firma Sager & Woerner (kurz gesagt SAWÖ) ausbezahlt. Nach Fertigstellung der obengenannten Lager wurden die Arbeiter aus den entlegenen Orten in diese verlegt. Das Lagerpersonal bestand aus dem Lagerführer, von denen mir nur noch die Namen des von Oberkirchen, Reuter aus Koblenz, Gehweiler, Adolf Schiel aus Merzweiler/Glan und Schwarzenbach, Karl Scherer aus Idar-Oberstein, in Erinnerung sind, ferner aus einem Rechnungsführer, einem Koch mit (weiblichem Küchenpersonal) und, je nach Belieben und Größe, mehreren Barackenwärtern. Letztere erhielten neben der freien Station den Lohn eines Ortslagerführers.

Insgesamt sollen im Hauptarbeitsbereich der Firma SAWÖ, der sich, grob umrissen, auf das Gebiet von Otzenhausen - Nonnweiler-Griebelschied im Kreis Simmern - Desloch bei Meisenheim bis ins Ostertal erstreckte, an die 14 000 Arbeiter, zu denen noch aus unserem Bereich 1 000 hinzukamen, eingesetzt gewesen sein. Sofern es sich nicht um frühere Arbeitslose handelte, mußten sie zum Einsatz am Westwall von ihren bisherigen Betrieben „freigestellt“ und nach hier „dienstverpflichtet“ werden. Entgegen der bei uns im Kreisgebiet Birkenfeld üblichen Löhne von 50 Pfg. pro Stunde beim Bau des Truppenübungsplatzes Baumholder und 42 Pfg. bei 40 Wochenstunden in den Notstandsmaßnahmen des Kreises, erhielten die Hilfsarbeiter beim Westwallbau einen Stundenlohn von 60 Pfg., Angelernte

70 Pfg., Fachleute wie Mineure (unsere früheren Bergleute), Eisenbieger, Einschaler, Maurer, Zimmerleute bis zu 1,30 RM. Dabei war vielfach die Möglichkeit gegeben, über die übliche achtstündige Arbeitszeit noch Überstunden mit dem entsprechenden Zuschlag zu machen. Alles in allem kann gesagt werden, und zwar aufgrund der bei unserer Dienststelle vorgebrachten Beschwerden und von Einzelfällen abgesehen, daß die gesamte Baumaßnahme, soweit sie unser Gebiet betraf, einen guten, zufriedenen und harmonischen Ablauf nahm.

Zur besonderen Ehre unserer Arbeiter gereicht es, die aus Ostpreußen kommenden herauszustellen. Schon beim Eintreffen in Türkismühle machten sie den allerbesten Eindruck: obwohl an die 48 Stunden bei der heißen Witterung auf der Bahn gelegen, warteten sie in Geduld, was bei anderen Transporten oft nicht der Fall war, bis sie zur Esseneinnahme in den Lokalen aufgeteilt waren. Die Unternehmen, bei denen sie beschäftigt waren, schilderten sie als die fleißigsten und gewissenhaftesten, die sie je in ihrem Betrieb hatten.

Mit den letzten Transporten, die im Herbst 1938 bzw. nach Weihnachten in Türkismühle eintrafen, hatten wir und die Bau-firmen einiges Pech. Scheinbar waren im übrigen Deutschland die tüchtigsten Arbeitskräfte schon etwas rar geworden, so daß man dazu übergang, in den Großstädten Hamburg, Leipzig, Berlin usw. die Straßenecken zu räumen und die Aufgegriffenen mit dem nächsten Transportzug in den Westen abzuschleppen. Ohne geeignete Arbeitskleidung und Schuhwerk und nicht einmal im Besitz einer Invalidenkarte trafen sie bei uns ein, und das erste, was sie nach der Esseneinnahme verlangten, war die Zahlung eines Vorschusses, wenn auch nur von 5 RM. Auch ihre Arbeitslust ließ mehr als zu wünschen übrig; sie meldeten sich vielfach krank, erschienen nicht zur Arbeit und wenn schon, dann war nicht mehr von ihnen zu erwarten als Stänkereien und Streitereien mit ihren Arbeitskameraden. Mit ihnen allein mußten sich alle beteiligten Stellen herumplagen, und in Einzelfällen mußte sich der SD wegen Spionageverdacht ihrer annehmen, sofern sich nicht schon vorher untergetaucht waren. Das Gros wurde bei erster Gelegenheit wieder an ihre Entsendestellen entlassen.

Oberste Behörde in unserem Bereich waren die Oberbauleitung in St. Wendel (Wassersack) und der Festungspionierstab 2, ebenfalls in St. Wendel (Balduinstraße). Die Oberbauleitung vergab die Bauaufträge und stellte im Einvernehmen mit dem SD die Sonderausweise, ohne die keine Baustelle betreten werden durfte, aus. An sie gingen auch alle Rechnungen über die Ausstattung der Lager, besonders der Küchen, die von mir gekennzeichnet sein mußten.

Soweit ich mich erinnere, waren meine „Hauptlieferanten“ die beiden Eisenhandlungen P. M. Schaadt und Kirsch in St. Wendel, denen ich die Rechnungen, nach Überprüfung in den einzelnen Lagern auf ihre Richtigkeit abzeichnete. Als der Höhepunkt der Bauarbeiten überschritten war, errichtete die Fa. SAWö auf der Burg Lichtenberg ein Zelt für 1 000 Personen, in dem dann die einzelnen Subunternehmer und auch sie selbst für die Tausenden von Arbeitsmännern Kameradschaftsabende bei künstlerischer Unterhaltung und mehr als gastlichem Essen und Getränken in unbegrenzter Menge durchführten. Trotz starken Alkoholgenusses ist es nie zu Zwischenfällen gekommen. Man kann schon von einer guten, disziplinierten „Werkmannschaft“ sprechen. Dasselbe trifft auch für die Zusammenkünfte und Unterhaltungsabende in einem Zelt, zwischen Nohfelden und Türkismühle errichtet, zu. Als sich an einem Morgen Arbeiter bei mir auf der Dienststelle wegen des gereichten mangelhaften Essens im Werte von RM 2,50, das aber keine Mark wert war, und mir das „corpus delicti“ vorlegten, beschwerten, veranlaßte ich, trotz Einwände meiner vorgesetzten Dienststelle in Koblenz, die Abberufung des Lagerleiters von O., der scheinbar hier „ein Geschäft“ machen wollte. Für mich stellte diese unsaubere Sache einen Betrug an unseren Arbeitern dar. Im Nachsommer 1939 war es dann soweit, daß die Arbeiten hier in unserem Raum zu Ende gingen und die Fa. SAWö nebst Ihren Subunternehmern, ihre Zelte abbrachen und samt ihrer Gefolgschaft in den Raum von Ottenhöfen bei Freiburg im Breisgau und St. Märgen im Hochschwarzwald, abzog. Zuvor waren schon Transporte von Arbeitern in die Hoheifel (Prüm) und Bergzabern-Dahn /Südpfalz geleitet worden.

Abschließend kann ich behaupten, daß aufgrund der guten Zusammenarbeit mit meinen Kollegen, mit der Oberbauleitung St. Wendel, mit der Firma SAWö und ihren 14 Subunternehmern die Zeit meiner Tätigkeit am Westwall zum Wohle der dort eingesetzten Menschen, mit zu den schönsten und dankbarsten Begebenheiten meines Lebens gehört, an die mich heute noch im Alter, nach Ablauf von 37 Jahren, die Erinnerungen gerne wieder Wirklichkeit werden läßt. Ganz besonders gilt mein Andenken dem Bauleiter der Generalfirma Sager & Woerner, Herrn Veth, einem gebürtigen „Ostmärker“ (Tiroler) und sozial denkendem Manne, mit dem ich alle anfallenden Probleme an Ort und Stelle lösen konnte.²²

Im Laufe des Jahres 1938 erhielt die LVZ auch einen durch und durch neutralen Namen, der in keinerlei Beziehung die Bedeutung der Stellung verraten konnte. Im Zusammenhang mit ganz konkreten Überlegungen bezüglich „Freimachen des Kampfgebietes im Westen“ beim Ausbruch von Feindseligkeiten sprach des Heeresgruppenkommando 2 am 13. Dezember 1938 von der „Dornröschen-Stellung“. Sie war dazu ausersehen, beim Ausbruch von Kampfhandlungen Arbeitskräfte und wertvolles Baugerät aufzunehmen, die im Falle kriegerischer Verwicklungen an Ort und Stelle im Bereich der LVZ eingesetzt werden sollten und die dortigen Bauarbeiten weiterführen mußten.²³

Zum 31. Dezember 1938 schied der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2, General Wilhelm Adam, der damals schon 68 Jahre alt war, aus dem Dienst. Nachfolger wurde General Erwin von Witzleben. Am 2. Januar 1939 war die LVZ sogenannte OKH-Stellung und damit operative Defensivreserve der obersten Führung, das heißt: Teile der Stellung waren erkundet und die Ausbauergebnisse kalendermäßig festgelegt. In der Regel behielt sich die oberste Führung den Befehl zum endgültigen Ausbau vor. Ziel war jedoch am 20. Januar 1939, die LVZ zur Armierungsstellung zu erklären und damit eine zusammenhängende zweite Stellung von Stolberg - Prüm über die bisher konzipierte LVZ Mosel - Rhein zur Schwarzwaldrandstellung zu verwirklichen, die hinter den grenznahen Befestigungen eine

entsprechende Aufgabe übernehmen mußte. Armierungsstellungen waren erkundet oder zunächst unfertig ausgebaut und sollten erst in Spannungszeiten oder im Ernstfall mit dem zum Ausbau ausgelegten notwendigen Material nach einem bestimmten Ausbaukalender fertiggestellt werden. Ab 1940 sollte es im Bereich der deutschen Westbefestigungen den Begriff „Armierungsausbau“ nicht mehr geben: das Festungskampffeld hatte jederzeit kampfbereit zu sein.²⁴

Die ursprüngliche LVZ - West war von der Mosel bis einschließlich Schwarzwälder Hochwald rund 30 km lang. Verantwortliche, taktische Dienststellen waren dafür das Generalkommando der Grenztruppen Eifel und die Grenzkommandantur Trier, denen der FestPi-Kommandeur VIII und der FestPi-Stab 13 unterstanden. Der anschließende 125 km lange Bauabschnitt bis zum Rhein unterstand den taktischen Dienststellen: Generalkommando der Grenztruppen Saarpfalz, der Grenzkommandantur St. Wendel und dem Kommando der 36. Infanterie - Division (ID) mit den unterstellten Kommandanturen VI und V von den FestPi - Stäben 2, 24, 12, 17 und 20. Dem Generalkommando der Grenztruppen Oberrhein als verantwortlicher taktischer Dienststelle und dem FestPi-Kommandeur VII sowie dem FestPi-Stab 11 unterstanden die 15 km LVZ - Rhein - Schwarzwald von Leopoldshafen bis Grötzingen. Bereits am 17. März 1939 stand fest, daß die gesamte vordere leichte Flakzone (= Flieger-Abwehrkanonen-Zone) der 170 km langen LVZ am 1. Mai 1939 vom Heer übernommen und zur OKH-Stellung erklärt würde.²⁵

Zum Feiertag der Arbeit am 1. Mai 1939 erklärte Hitler bei einer Ansprache im Berliner Lustgarten vor Arbeitern u. a. „daß ihm der vom deutschen Arbeiter geschaffene Westwall ein zuverlässiger Garant unserer Freiheit sei, als eine Völkerbunderklärung“.²⁶ Damit scheint sich im Frühjahr 1939 der Name „Westwall“ für die Befestigungen im Westen allgemein durchgesetzt zu haben. Mit dem Einbau der leichten Flak in die LVZ wurde vermutlich im Frühjahr 1939 der Weiterbau infanteristischer Anlagen, die in der Flakstellung als vollendet angegeben wurden, gestoppt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Hauptbefestigungslinie des Heeres als voll verteidigungsfähig angesehen.

jede Tonne Stahl aber wurde dort für den weiteren Ausbau dringend benötigt. Von daher versteht sich auch der Baustopp für die infanteristischen Anlagen der leichten Flak-Linie.²⁷

In der Zeit vom 15. bis 19. Mai 1939 führte Hitler eine zweite große Reise zum Westwall durch. Im Gegensatz zu der Ende August 1938 durchgeführten geheimen ersten Reise waren diesmal Parteifunktionäre, Presseberichterstatter, Kameraleute usw. mit vor der Partie. Besonderes Augenmerk schenkte Hitler dem Ausbau der LVZ. In Vertretung Hermann Görings nahm Generaloberst Milch an der von General von Witzleben geleiteten Führung teil. Generalleutnant Kitzinger, der Befehlshaber der LVZ, erhielt von Hitler ein besonderes Lob für die geschickt kombinierte Anlage der Flak-Stellungen für deren Einsatz gegen Luft- und Erdziele.²⁸

Den deutschen Planungen entsprechend, sollte es zum 1. September 1939 im Gesamtbereich der LVZ die folgenden Zahlen an Bunkern geben:

Festungsinspektion	Festungspionierstab	Anlage	
IX in Köln	21 in Jülich	471	471
	22 in Düren		
	23 in Bitburg		
	19 in Trier		
VII in Trier	13 in Trier	201	213
	2 in St. Wendel	144	
VI in Saarbrücken	24 in Saarbrücken	186	213
		219	
V in Kaiserslautern	17 in Homburg	114	674
	12 in Pirmasens		
	20 in Landau		
	11 in Karlsruhe		
VII in Offenburg	18 in Offenburg	368	368
	15 in Freiburg		
		<u>2056</u>	<u>2056</u>
		40535	
		70790	²⁹

Im Ausbaubereich der LVZ von Düren bis Karlsruhe gab es am 1. März 1940 insgesamt 1544 Anlagen der LVZ.³²

Über die LVZ im Raum Dörrenbach berichtet Günter Stoll: „Im Zuge des Westwallbaues wurden 1938/39 auf der Gemarkung Dörrenbach 13 Bunker-Anlagen verschiedener Größe und Funktion errichtet. Die Bunker ostwärts der heutigen B 420 waren von August bis Dezember 1939 von Flak-Soldaten (mit 3,7 cm Flak-Geschützen) besetzt. Ein Zeitzeuge von damals - Günter Raeder - erzählte mir: Als der Westwall bestückt wurde - im Juni 1939 - wurde die 4. Batterie des Flak-Regiments 11 aus Königsberg/Ostpreußen nach St. Wendel verlegt. Es wurde die Festungs-Flak-Abt. 32 gebildet. Der Abt-Stab lag in Idar-Oberstein, eine Batterie in Birkenfeld, 2 Batterien lagen in St. Wendel (die 1. und die 4. Batterie). Unterkunft: Flak-Baracken „Am Wassersack“ in St. Wendel. Beim „Kartoffelkrieg“ (Sudetenkrise, Oktober 1938) gab es eine Mobilmachung; dabei wurden aus der „Friedens-Batterie“ (4. Batterie) 5 Reserve-Batterien gebildet, d.h. die Stamm-Mannschaften kamen aus der „Friedens-Batterie“, die weiteren Batterien wurden durch Reservisten aufgefüllt. Es wurde damit die Reserve-Festungs-Flak-Abt. 322 gebildet; und eine dieser Reserve-Batterien, die 5. Batterie (5./322). wurde im August 1939 im Raum Dörrenbach-Werschweiler aufgestellt. Ausgangspunkt war damals das Flakbeständelager in Werschweiler (die heutige „Hubertuschänke“).

Die 5. Batterie besetzte Bunkerstellungen in Werschweiler, Dörrenbach und Breitenbach mit je einem Zug. In den Dörrenbacher Bunkern der LVZ war der 2. Zug mit 3 Flak-Geschützen (3,7 cm) stationiert, je Bunker 1 Geschütz. Batteriechef war Hauptmann d. R. Boder. Er lag mit einer Befehlsstelle im Bunker im Distrikt „Jungenwald“. Zugführer war Leutnant Scheck. Er lag im Bunker „Am Heinzenberg“. Zu jeder Bunker-Besatzung gehörten: 1 Geschützführer, 3 Richtkanoniere, (1 Richtkanonier u. 2 Kanoniere, die das Flak-Visier bedienten), 1 Lade-Kanonier, 1 E-Messer (Entfernungsmesser) und 3 Munitionskanoniere. Rund um die Uhr mußte an jedem Geschütz 1 Flugmeldeposten Wache stehen. Ich kann mich nicht gut an jene Zeit 1938/1939 und an die Zeit der Bunkerbesatzung erinnern. Als Dorfbuben brachten wir den



Der „Quetschekuche“ kommt, drei Mann in schwarzen Drillichanzügen, auch „Schwarzer Max“ genannt

Foto: Günter Raeder



Beim „Quetschekuchesse“

Foto: Günter Raeder



Geschützstellung 3,7 cm-Flak auf dem Banngebiet von Dörrenbach: 1 Geschützführer, 8 Mann Geschützbedienung, unter ihnen ein Mann mit einem Entfernungsmesser (E-Messer), 1939, Foto:

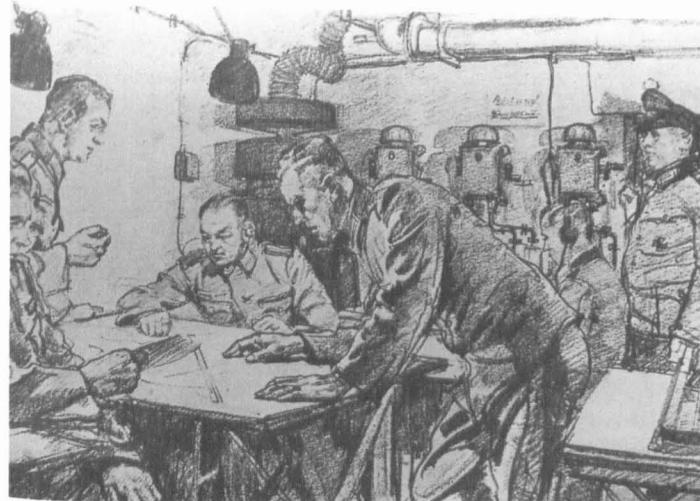
Günter Raeder Bunker-
eingang auf dem „Biehl“ in
Dörrenbach,
im Bild: Uffz
Günter Raeder,
1939

Foto: Günter Raeder



Manöver in der LVZ, Abwehr eines Tieffliegerangriffs, PK-Bild, 22.08.39, aus dem Archiv von Adam Heumüller, Rohrbach

Reprod.: Dieter Bettinger



Gefechtsstand einer Batterie im Bunker, aus dem Hilf-Mit-Buch im Archiv von Adam Heumüller, Rohrbach, Reprod. Dieter Bettinger

In einem Bunker der Westbefestigungen, aus: Die Wehrmacht, November 1938, Reprod. Dieter Bettinger

Soldaten in einem Bunker der Westbefestigungen, aus dem Hilf-Mit-Buch im Archiv von Adam Heumüller, Rohrbach, Reprod. Dieter Bettinger



Soldaten Bratkartoffeln und Zwetschenkuchen. Die Soldaten gaben uns Kommißbrot und aus Holz geschnitzte Miniatur-Modelle der damals gängigen deutschen Flugzeug-Typen.

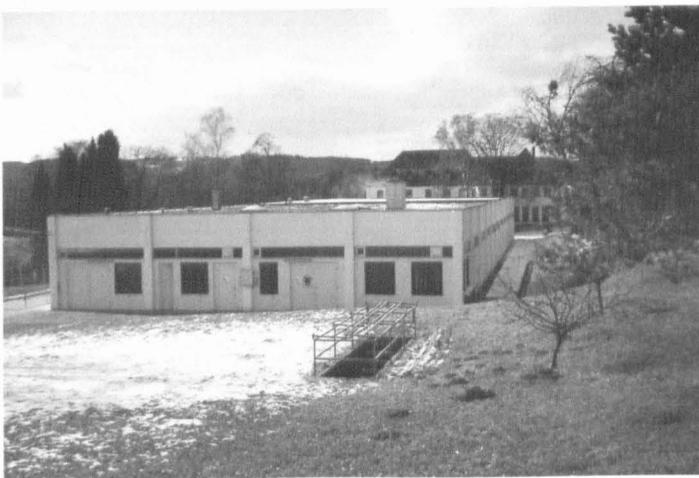
Einige Soldaten trugen das „Ehrenkreuz der Legion Condor“; sie hatten als Freiwillige am Spanien-Feldzug teilgenommen. „Günter Raeder war als Unteroffizier Geschützführer an Geschütz 1 im Bunker auf dem „hintersten Biehl“. Die Munition wurde z. T. in den Geschützstellungen und zum Teil in besonde-

ren Munitionsbunkern gelagert. Warme und kalte Verpflegung erhielten die Soldaten aus dem Flakbeständelager Werschweiler; dort waren auch die Schreibstube und Bekleidungskammer untergebracht. Mit Ausnahme der Wasserbunker auf dem „hintersten Biehl“ und in der „Ohler-Wies“ wurden alle Bunker in der Nachkriegszeit gesprengt. In den gesprengten Bunkern, aus denen zum Teil noch Armierungseisen herausragt, wohnen heute Dachs und Fuchs.“

Die Weiterführung der Bunkerlinie zum Harschberger Hof

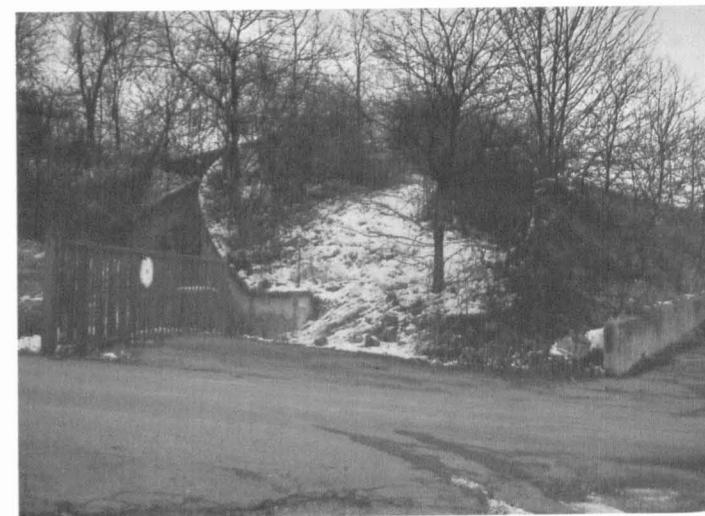
Es wurde bereits kurz auf eine Meldung des Luxemburger Senders im Sommer 1938 bezüglich der „Gartenhäuschen am Spieumont“ verwiesen. Von Dörrenbach aus ziehen sich die Bunker der LVZ in einem weiten Bogen um die Stadt St. Wendel herum, zunächst zum Harschberger Hof und dann wieder in nordostwärtiger Richtung auf Balterweiler zu. Unweit der Wurzelbacher Ziegelhütte begann eine Höckerlinie, die sich, ebenfalls in weitem Bogen am Harschberger Hof vorbei zum Wallesweiler Hof zog. Zwischen diesem Hof und der Straße Alsfassen-Bliessen schützten Panzergräben. Die Straße selber erhielt links

Gebäude der Bundeswehr auf dem unterirdischen Gefechtsstand am Harschberger Hof, im Vordergrund Ausgang des ehemalige Gefechtsstandes (Zustand 1942) Foto: Stoll



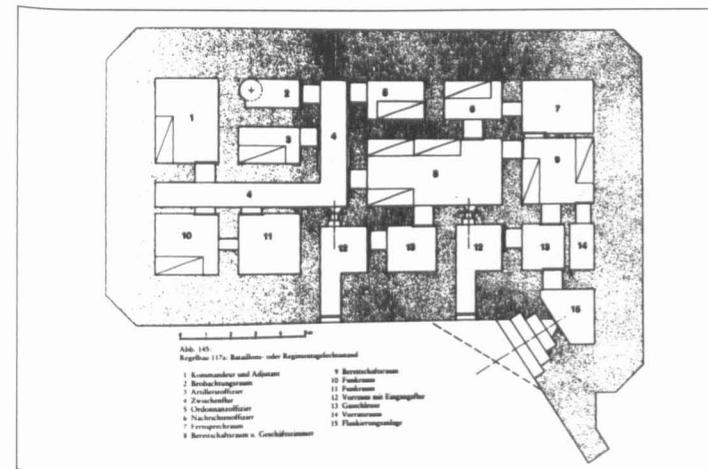
Bunker des Westwalls auf der Nordseite des Langenfelder Hofes bei St. Wendel, links von der Ausfahrt zur Ostertalstraße (Zustand 1992) Foto: Günter Stoll

Bunker des Westwalls auf der Nordseite des Langenfelder Hofes bei St. Wendel, rechts von der Ausfahrt zur Ostertalstraße (Zustand 1992) Foto: Günter Stoll



und rechts ebenfalls eine Höckerlinie, die mit Hilfe einer Panzersperre geschlossen werden konnte. Höckerlinie und Panzergräben sind teilweise bis heute erhalten geblieben. Im Bereich des Harschberger Hofes entstanden in einem Fall innerhalb des Ökonomiegebäudes an der Straße nach Winterbach Kampfbunker sowie ein unterirdischer Gefechtsstand durch Zusammenfügen zweier Regelbautypen 117 b.

Mit Hilfe der ständigen Verteidigungsanlagen konnten die Kasernen an der Straße St. Wendel - Winterbach und das im Harschberger Hof untergebrachte Generalkommando XII Armee korps (XII.AK) wirkungsvoll geschützt werden. Das Generalkommando XII.AK wurde am 1. Oktober 1936 in Wiesbaden aufgestellt und war am 26. August 1939 mobil. Es unterstand



Westwall-Regelbau 117a, Bataillons- oder Regimentsgefechtsstand. Bei Typ 117b fehlt die Eingangsverteidigung, Zeichnung: Martin Wolff

von August 1939 bis August 1940 der 1. Armee, Heeresgruppe C. Sein Hauptquartier war im Saarland zunächst der Langenfelder Hof bei St. Wendel.

Am 4. Oktober 1939 verlegte das XII.AK dann sein Hauptquartier zum Harschberger Hof. Kommandierender General des XII.AK war General der Infanterie Schroth. Bis zum 8. Juni 1940

verlegte das XII.AK nach Saarbrücken, der Gefechtsstand Harschberger Hof wurde wenige Tage vor dem Angriff der 1. Armee auf die Maginotlinie zwischen Théding und Witting am 14. Juni 1940 Stabsquartier des Armeekommandos (Oberbefehlshaber. General der Infanterie, General Erwin von Witzleben). Im Bereich des Eingangs zum Langenfelder Hof befinden sich rechts und links des Weges Bunker, die offenbar ursprünglich als Lagerräume genutzt wurden.³¹

Die Desarmierung der Westbefestigungen 1940

Bereits am 28. Juni 1940, drei Tage nach Beendigung des Westfeldzuges, begannen die Maßnahmen zu einer umfangreichen Desarmierung des Westwalls. Das galt auch für die vom Heer betreuten Teile der LVZ. Einem Wunsch Hitlers entsprechend, sollten dabei alle begonnenen Bauwerke, deren Bauzustand bis unmittelbar vor das Betonieren gebracht war, fertiggestellt werden. Aus den einzelnen Ständen wurden alle nicht festungseigentümlichen Waffen entfernt, ferner die gesamte Optik und die Inneneinrichtung der Stände. Dazu gehörten auch Lüfter, Filter, Schläuche und Ventile. Hinter der Desarmierungsmaßnahme steckte die Einsicht, daß der Westwall die ihm gestellten Aufgaben erfüllt hatte. Baustoffe und wertvolles Kulturland sollten nicht mehr weiter beansprucht werden. In seiner Gesamtlage jedoch sollte der Westwall auch weiterhin erhalten bleiben. Alle irgendwie beweglichen Teile waren den Wirtschaftshöfen der FestPi-Stäbe zuzuführen. Zur Durchführung der Desarmierung sollten Reichsarbeitsdienst oder Bauarbeiter herangezogen werden. Die einzelnen Bauten waren während der warmen Jahreszeit ausreichend zu belüften. Scharthenbleche waren anzubringen und die Eingänge durch Gittertüren zu verschließen, damit Panzertüren offen gehalten werden konnten. Alle Flächendrahthindernisse waren zurückzubauen, Hemmkurvenhindernisse zu entfernen und feldmäßige Anlagen zu beseitigen. Die auch in der LVZ eingebauten Höckersperren sollten vorläufig bestehen bleiben; für landwirtschaftliche Belange waren Lücken herzustellen oder rampenähnliche Überbrückungen zu bauen. Die ständigen Befestigungsanlagen des Heeres einschließlich der LVZ waren zu verwalten und zu bewachen, jedoch sollte hier der Personaleinsatz möglichst niedrig gehalten werden.³²

Deckenstärken im allgemeinen schwächer betoniert als die in Baustärke B = 2 m erstellten Bauten der früheren Verteidigungszone des Heeres. Die Inneneinrichtung war zu 80 %, Belüftung und Heizung waren zu 95 % fertiggestellt. Verpflegung war zu 50 % vorhanden. Waffen, Munition und Sanitätsausrüstung fehlten vollständig. Am 28. Februar 1945 war die Armierung der „Westmarkstellung“ in den Abschnitten W1 und W2 durchgeführt, Lebensmittel waren hier bereitgestellt, Lüfter und Öfen eingebaut. In anderen Abschnitten des Festungspionierkommandeurs IV wurde zu diesem Zeitpunkt noch an der Armierung gearbeitet. Für einen schnellen Ausbau der Stellung reichten die von der Gauleitung Moselland für die Abschnitte W1 und W2 bereitgestellten 2 000 Arbeitskräfte nicht aus. 1/4 von ihnen war krank, 800 bis 1 000 Mann arbeiteten ständig an der Instandsetzung von Straßen und Eisenbahn, 700 bis 800 am reinen Stellungs-ausbau. Die Zuführung der zugesagten Arbeitskräfte im Gau Westmark konnte nur sehr schleppend durchgeführt werden. In 14 Tagen wurden nur 6 000 Mann zugeführt, mit 33 000 Mann waren am 28. Februar 1945 hier nur 40 % der benötigten Kräfte eingetroffen. So war die „Westmarkstellung“ zu diesem Zeitpunkt zu 50 % bedingt ausgebaut, und das nur in den Schwerpunkten, 50 % galten als ungenügend ausgebaut, hier hatten die Arbeiten noch nicht begonnen.³⁷

Rund 3 Wochen nach Abfassung dieses Situationsberichtes hatten die alliierten Truppen den Westwall weitgehend überwunden. Wurden sie in der Verteidigungszone des Heeres verschiedentlich in erbitterte Kämpfe verwickelt, so wurde die LVZ offenbar kampfflos geräumt, falls sie überhaupt besetzt war. Die Weiterentwicklung der Waffentechnik, die deutschen Desarmierungsmaßnahmen ab Juni 1940 und die erhebliche Vernachlässigung der einzelnen Bauten waren wohl mit Hauptursachen für das weitgehende Scheitern der deutschen Westbefestigungen.

Die Zerstörung der Westbefestigungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Sieger aus den Kämpfen des Zweiten Weltkrieges taten in der Folgezeit genau das, was Sieger den Besiegten gegenüber wohl in allen Zeitabschnitten der Menschheitsgeschichte voll-

brachten, sie begannen damit, die Festungsanlagen des Gegners zu vernichten. Mit einem gewaltigen Aufwand wurde zerstört, was taktisch längst überholt war. Grundlage für die Sprengungen der deutschen Befestigungsanlagen war die Direktive des „Alliierten Kontrollrates“ Nr. 22 vom 6. Dezember 1945. Sie beinhaltete die Bestimmungen des Kontrollrates zur vollständigen Entminung und Zerstörung sämtlicher Befestigungen, unterirdischen Bauten und Militäranlagen. Die „Kohäsion des deutschen Verteidigungssystems“ war in kürzester Zeit zu brechen. Für das Zerstörungswerk wurden die Prioritäten 1 und 2 aufgestellt. Alle Arbeiten an Priorität 1 mußten in 18 Monaten, nur Priorität 2 in 4 Jahren abgeschlossen sein. Nach 5 1/2 Jahren mußten alle Arbeiten zur Beseitigung der deutschen Befestigungswerke abgeschlossen sein. Die „vollständige Zerstörung aller Flakanlagen“ gehörte mit Panzersperren und „anderen Verteidigungswerken“ zur Prioritätenliste 2. Offenbar gehörte dazu auch die LVZ.³⁸

In der ehemaligen französischen Besatzungszone begannen die Arbeiten zur Zerstörung der deutschen Westbefestigungen im Juli 1946. Zum Jahresende 1946 waren 4200 Bunker gesprengt, 64 km Panzerhindernisse, Gräben und Höckerlinien beseitigt, 330 qkm Minenfelder geräumt und 260 000 Minen entfernt.³⁹ Das in Abschnitt 3 der Direktive Nr. 22 geforderte Endziel, alle Befestigungswerke und Anlagen in kürzester Zeit zu beseitigen, konnte bis heute nicht erreicht werden. Im Saarland blieben immerhin über 500 Anlagen der ehemaligen Westbefestigungen in ihrer baulichen Substanz erhalten, nicht zuletzt dank einer Initiative des ehemaligen französischen Hohen Kommissars im Saarland, Gilbert Grandval. Mit Schreiben vom 25. August 1948 teilte dieser dem Ministerpräsidenten des Saarlandes mit, daß, wohl vor allem aus finanziellen Gründen, nach Rücksprache mit dem französischen Verteidigungsministerium die Desarmierungsarbeiten im Saarland eingestellt würden.⁴⁰ Nicht so einfach zu beseitigen sind auch die gesprengten Überreste der einstigen Befestigungsanlage. Allen Interessenten für Festungsgeschichte sind die erhaltenen Bauten Forschungsobjekte, die manche

Lücke in der schriftlichen Überlieferung schließen helfen.

Anmerkungen:

¹ Bundesarchiv - Militärarchiv Freiburg, künftig abgekürzt BM, Nr. RH 11 - III/87 und RH 2/v. 992./

² BM, Nr. RH 2/v. 992, RH 11 - III/87, RH 32/v. 2950, RH 32/v. 2953 K 3, MSG 105/73

³ Bettinger Dieter, Büren Martin, Der Westwall, Bd 1, Osnabrück 1990 Seiten 9, 41, 42, 43, 44, 45, 57, 63, 65, 79, 80, 129, 300, 393, 403, 408, 409, 411. - Tessin Georg, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS 1939 - 1945, Band 2, Osnabrück 1973, Seite 116. - Mitteilungen von Hans-Herbert Traub, Ottweiler

⁴ Thoma Hubert, Hau ruck - der Westwall steht, in: Jahrbuch Trier - Saarburg 1970, Seite 288

⁵ BM, Nr. RH 32/v. 2946, RH 32/v. 2950, RH 2/v. 992, RH 2/v. 766, MSG 105/73, MSG 105/107, RH 19 III/40, RH 11 III/186, RH 11 III/187

⁶ BM, Nr. RH 2/v. 9

⁷ BM, Nr. RH 12 - 5/v. 56

⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945 Serie D, Band 2, Seite 236. - Irving David, Hitlers Weg zum Krieg, München 1979, Seite 202. - Below Nikolaus von, Als Hitlers Adjutant 1937 - 1945, Mainz 1980.

⁹ Irving David, Hitlers Weg zum Krieg München 1979. - BM Nr. RH 2/v. 992. - Below, Als Hitlers Adjutant 1937 - 1945, Seite 115. - Krenn Walter, Allgemeine Geschichte Europas und des Nahen Ostens, Wels, 1955.

¹⁰ Tessin Georg, Verbände und Truppen Band 14 Osnabrück 1980, Seite 42. - BM, Nr. RH 19 - III/46.

¹¹ BM, Nr. RH32/v. 2271, Seite 5.

¹² BM, RH/19 - III/41.

¹³ Irving David, Hitlers Weg zum Krieg, Seite 204.

¹⁴ BM Nr. RH/32 v. 2271, Seite 8.

¹⁵ Mueller - Hillebrand Burkhard, Das Heer 1933 - 1945 Band 1, Darmstadt 1954, Seite 42.

¹⁶ BM, Nr. RH 2/v. 766, Seite 153

¹⁷ Below, Als Hitlers Adjutant, 1937 - 1945, Seiten 107, 108.

¹⁸ BM, Nr. RH 19 - III/53.

¹⁹ BM, Nr. RH 32/v.2924 und RH 19 III/64.

²⁰ BM, Nr. RH 19 - III/57.

²¹ Raßler Heinrich, Die Wehrmacht - Bunkerlinie am Südhang des Spiemont auf der Gemarkung Niederlinxweiler, unveröffentlichtes Manuskript.

²² Hinkelmann Daniel, Aus meinen Erinnerungen: Wie ich als Leiter der "Dienststelle für die W-Maßnahme" in Nohfelden den Bau des Westwalls erlebte, unveröffentlichtes Manuskript.

²³ BM, Nr. RH 19/41, Seiten 253 - 258.

²⁴ BM, Nr. Rh 2/v. 766, Seiten 134, 136; MSG 105/108, Seite 3

²⁵ BM, Nr. RH 19 - III/21, Seiten 237, 238, 239.

²⁶ Below, Als Hitlers Adjutant 1937 - 1945, Seiten 162, 163.

²⁷ BM, Nr. RH 2/v. 766, Seiten 153, 154.

²⁸ Irving David, Hitlers Weg zum Krieg, Seiten 378, 379.

²⁹ BM, Nr. RH 111 - III/170 K.

³⁰ BM, Nr. RH 19 - III/64.³³ BM, Nr. RHD 29/3, Seite 8.

³¹ BM, Nr. RH 11 - III/186 K, Kartenblatt Ottweiler Nr. 6508. - Bettinger - Büren, Der Westwall, Band 2, Seite 149. - Bettinger Dieter, Beiträge zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Bereich des heutigen Saarlandes, in: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend XXVI/1978, Seite 191 und XXVII/1979, Seite 179, Saarbrücken, 1978, 1979, Historischer Verein für die Saargegend e. V. (Hg.).

³² BM, Nr. RH 32/ v. 115, Seiten 4 - 18.

³³ Klee Ernst - Merk Otto, Damals in Peenemünde, Oldenburg 1963.

³⁴ BM, Nr. RH 12 - 2/166

³⁵ Hubatsch Walter, Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939 - 1945, Koblenz 1983, Seiten 182 - 285.

³⁶ Tessin Georg, Verbände und Truppen Band 4, Osnabrück 1975, Seite 66. - Bettinger - Büren, Der Westwall Band 1, Seite 531

³⁷ BM, Nr. RH 11 - III/205.

³⁸ Die Abschrift der Direktive Nr. 22 mit Anlage A wurde dem Verfasser von Herrn Helmut Jung, Abweiler, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

³⁹ BM: Nr. 105/113: La destruction de la ligne Siegfried; aus einem nicht näher bezeichneten französischen Buch.

⁴⁰ Akten beim Innenministerium des Saarlandes, Abteilung Kampfmittelräumdienst.

Advent

Lautlos sinkt der Wintertag
in die lange Nacht.
Aus den grauen Wolken
taumelt sacht,
federleicht die weiße Pracht.
Adveniat -
kommen wird das Kind.
Draußen weht Dezemberwind,
deckt die Wege zu.
Fluß und Bäche sind erfroren,
alles Leben scheint verloren -
wär' uns nicht das Kind geboren
und mit ihm die Ruh'
unsrer bangen, armen Herzen,
hätte nicht das Kind die Schmerzen
dieser Welt auf sich genommen.
Freue dich, denn es wird kommen,
still und ohne äuß're Pracht.

In der rauhen Winternacht
steht dein Haus
im Schnee versunken,
in der dunklen
kalten Zeit.
Doch der Himmel öffnet weit
alle seine Pforten,
und auf Erden allerorten
Menschenherzen sind bereit,
brennen Kerzen.
Wundergleich
leuchtet in dem Erdenraum
der hellsten Hoffnung
Lichterbaum.
Aus des hohen Himmels Reich
klingt von Engelsharfen leise,
feine, fromme
Weihnachtsweise.

Renate Kiefer (Juni 1992)

Nonnweiler und Hermeskeil

Historische und aktuelle Raumbeziehungen im Hochwald

Von Rudolf Müller

1. Einleitung: Spurensuche

Der folgende Beitrag begibt sich auf Spurensuche: Spurensuche nach historischen Raumbeziehungen und deren Weiterwirken in veränderten Gegenwartsbezügen. Es geht dabei um die Gemeinde Nonnweiler im nördlichen Teil des heutigen Kreises St. Wendel, eine Gemeinde, die von ihrem Umfang her weitgehend deckungsgleich ist mit dem früheren Amt bzw. der früheren Bürgermeisterei Nonnweiler, die verwaltungsmäßig bis 1946 zum Landkreis Trier gehörte und damit 130 Jahre lang - zwischen 1816 und 1946 - in einem völlig anderen räumlichen Verwaltungszusammenhang stand als heute. Seit 1946 teilt Nonnweiler ohne eigenes Dazutun, denn die administrative Veränderung seiner Verwaltungszugehörigkeit war das Werk der französischen Besatzungsmacht, das Schicksal des Saarlandes, taucht beinahe unvermittelt ein in eine andere, sich eben herausbildende historische Landschaft mit einem ausgeprägten Sonderbewußtsein, richtet sich dort ohne erkennbaren Widerstand ein und geht praktisch problemlos im Saarland auf.

Was für historische Landschaften insgesamt gilt, trifft eher noch stärker auch für Teil- oder Subregionen zu, daß nämlich politisch herbeigeführte neue Zuordnungen deren regionale Identitäten verändern. „Regionales Bewußtsein, das von einer vergangenen territorialen und staatlichen Wirklichkeit herrührt, wird verdrängt oder überlagert. Untergegangene Staatlichkeit bildet sich zur historischen Landschaft zurück.“¹

Untergegangen bzw. überlagert scheint bereits wenige Jahre nach der verwaltungsmäßigen Zuordnung zum Saarland in Nonnweiler die Erinnerung an die frühere Gemeinschaft mit dem Landkreis und dem Regierungsbezirk Trier zu sein. Obgleich die natürliche Topographie des Hochwaldes diesen Prozeß der Abnabelung sicher begünstigt hat - denn der Gebirgs-

kamm trennt die Räume Nonnweiler und Hermeskeil voneinander - dürfte doch vor allem die unausweichliche Beteiligung der Nonnweiler am Schicksalskampf des Saarlandes zwischen 1946 und der „kleinen Wiedervereinigung“ 1957 der Grund dafür gewesen sein, daß die Bindungen an den Landkreis Trier so rasch verblaßten. Je heftiger und nachhaltiger das Saarland seinen Bewohnern in den Nachkriegsjahren in der einen oder anderen Weise politische Bekenntnisse abverlangte, desto schneller verlor sich in jenen nördlichen Gebieten zwischen Perl und Oberkirchen, die erst 1946/47 dem Saarland zugeschlagen wurden, das Bewußtsein vormaliger Verwaltungszugehörigkeiten.

Im Falle von Nonnweiler wird dieser partielle Identitätenwechsel noch durch zwei weitere Faktoren zusätzlich gefördert: Das Amt Nonnweiler, das geschlossen zum Saarland überwechselte, befand sich im Landkreis Trier in einer extremen Rand- und Außenlage. Der Weg zum Kreissitz Trier war weit und selbst per Eisenbahn noch sehr zeitraubend. Er lag außerhalb des normalen Bewegungsradius. Nächstliegender Behördenort der unteren Stufe war Hermeskeil mit Katasteramt, Grundbuchamt, Arbeitsamt, Amtsgericht und Notariat.

In seinen wirtschaftlichen Beziehungen hatte sich der Raum Nonnweiler bereits vor 1946 sehr stark auf die saarländische Eisen- und Stahlindustrie ausgerichtet. Außer dem traditionellen Industriestandort Mariahütte (im Volksmund „Buß“ genannt) stellte der Raum Nonnweiler seinen Anteil am Arbeiterreservoir der saarländischen Industriekernzone zwischen Neunkirchen und Dillingen. Hier brauchten nach dem 2. Weltkrieg keine neuen Wege gesucht zu werden, denn sie waren längst vorhanden.

Dennoch hatte sich in den fünfziger Jahren die Erinnerung an die historische Zugehörigkeit des Amtes Nonnweiler zum Land-

kreis Trier noch nicht vollständig verloren. So betont beispielsweise Amtsvorsteher Edmund Becker 1958 in seinem Geleitwort zur zweibändigen Geschichte des Amtsbezirks Nonnweiler dessen damals 140-jährige Kontinuität „in unveränderter Gebietsform“² Und das Deckblatt des Verwaltungsberichts des Landkreises Trier für das Rechnungsjahr 1957 zeigt immer noch die Kreisgrenzen mitsamt den 1946 abgetrennten Ämtern Nonnweiler und Konz.³

Karte aus dem Verwaltungsbericht des Kreises Trier von 1957



Zumindest die Verwaltungen dachten also in Kontinuitäten. Doch auch das verlor sich spätestens mit dem Wirksamwerden der Verwaltungsreformen in Rheinland-Pfalz und im Saarland zwischen 1969 und 1974. In der Selbstdarstellung des Kreises St. Wendel zum Beispiel finden sich heute keine Hinweise mehr auf die ehemalige Verwaltungszugehörigkeit Nonnweilers zu Trier⁴ Eine kritischen Ansprüchen genügende umfassende Kreisgeschichte gibt es allerdings bis dato für St. Wendel ebenso wenig wie für den heutigen Kreis Trier-Saarburg als Nachfolger des alten Landkreises Trier.

So mußte denn die Spurensuche nach eventuell verbliebenen Raumbeziehungen Nonnweilers in Richtung Trier vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung seit der französischen Revolutionszeit vor rund 200 Jahren beinahe „bei Null“ ansetzen. Mehr als der historische war dabei der geographisch-landeskundliche Ansatz hilfreich, wengleich eine exakte methodische Abgrenzung hier nicht möglich ist. Gefragt wird vor allem nach den räumlichen Beziehungen zwischen Nonnweiler und Hermeskeil, denn über das 1970 zur Stadt erhobene Hochwald-Mittelzentrum Hermeskeil würden wohl noch am ehesten Trierer Einflüsse auf das saarländische Nonnweiler nachzuweisen sein, so die Ausgangshypothese. Hermeskeil könnte sozusagen die Rolle einer „Relaisstation“ zwischen Trier und Nonnweiler zufallen. Außerdem mußte Hermeskeil auch ein spezifisch eigener Einzugsbereich bis nach Nonnweiler unterstellt werden.

Arbeitsökonomische und Platzgründe erzwangen eine Beschränkung der Untersuchung auf einige ausgewählte Schwerpunkte. Dennoch ergibt sich auch so ein aussagekräftiges Mosaikbild, das die heutige Raumstruktur widerspiegelt.

2. Historische Übersicht

2.1 Vor und während der Französischen Revolution

Hier kann nur eine stark geraffte Übersicht über die Herrschaftsverhältnisse im Raum Nonnweiler beim Ausbruch der Französischen Revolution 1789 und die daran anschließende Verwaltungsneugliederung bis zum Ende der französischen Herrschaft 1814 gegeben werden.⁵ Bis heute weiterwirkende soziale Struk-

turen, beispielsweise beim Wahlverhalten eines Dorfes als Folge seiner Zugehörigkeit zum katholischen oder evangelischen Bekenntnis, machen aber diesen Blick zurück notwendig:

- Zum ehemaligen Kurstift Trier und dort zum Amt Grimburg gehörten die Orte Nonnweiler, Otzenhausen, Braunshausen, Bierfeld und Sitzerath. Otzenhausen und Braunshausen waren allerdings erst im Zuge einer Aufteilung der Herrschaft Eberswald 1748 zu Kurtrier geschlagen worden, nachdem zuvor die Herrschaft Eberswald gemeinschaftlich vom Trierer Kurfürsten und dem Freiherrn von Dürkheim verwaltet worden war.

- Zur reichsunmittelbaren Herrschaft Dagstuhl gehörten die Orte Mettnich und Mühlfeld (mit Wirkung vom 1.10.1930 zur neuen Landgemeinde Primstal zusammengeschlossen).

- Zum Herzogtum Lothringen gehörten die in einer Pfarrei zusammengefaßten Dörfer Kastel, Kostenbach, Buweiler und Rathen. Das Herzogtum Lothringen fiel bereits 1766 endgültig an Frankreich. Verwaltungsmäßig unterstand die lothringische Exklave im Löstertal dem weit entfernten Amt Busendorf an der Nied (Baillage Bouzonville).

- Der erst 1974 zur Gemeinde Nonnweiler hinzugekommene Ort Schwarzenbach gehörte zu jenem Teil der Herrschaft Eberswald, der bei der Teilung 1748 nicht an Kurtrier gefallen war.

Nach verschiedenen Zwischenstufen erreichte die französische Verwaltungsneugliederung dieses Gebietes 1802 ihre feste Form:

- Zur Mairie Hermeskeil im Kanton Hermeskeil gehörten Nonnweiler und Bierfeld.

- Die Mairie Otzenhausen im Kanton Hermeskeil umfaßte Otzenhausen, Braunshausen, Schwarzenbach, Sötern und Bosen.

- Zur Mairie Neunkirchen im Kanton Wadern gehörten Mettnich und Mühlfeld (Primstal), außerdem Sitzerath zum Kanton Wadern.

- Zur Mairie Kastel im Kanton Tholey gehörten die Orte der ehemals lothringischen Exklave Kastel, Kostenbach, Buweiler und Rathen. 1813 wurden diese Orte zum Kanton Wadern umgegliedert.

Seit dieser Umgliederung waren alle hier aufgeführten Orte dem Arrondissement Birkenfeld im Département de la Sarre (Hauptort Trier) verwaltungstechnisch zugeordnet. Durch die französische Verwaltungsneugliederung wurde Hermeskeil erstmals als Kantonsvorort und Sitz einer Mairie eine mittelzentrale Funktion im Hochwalddraum zugewiesen.

2.2 Übergang an Preußen

Wenn die Bewohner des Hochwaldes das Wetter als Maßstab für die Bewertung ihrer neuen Landesherren nach dem Ende der französischen Herrschaft hätten nehmen müssen, so wären die schlimmsten Befürchtungen am Platz gewesen, denn das Übergangsjahr 1816 war ein „Jahr ohne Sommer“⁶, ein Katastrophenjahr mit extremer Feuchtigkeit und einer entsprechenden Mißernte, welche die Menschen des Hochwaldes wie die der übrigen Mittelgebirgsregionen des Regierungsbezirks Trier in große Not stürzte. Für den Beginn der preußischen Herrschaft im linksrheinischen deutschen Südwesten war dies ein denkbar schlechtes Omen.

Nach einer mehr als zweijährigen Übergangsphase wurde im April 1816 die neue Gebietsabgrenzung im Hochwalddraum bekanntgemacht. Durch die Gebietsveränderungen aufgrund des 2. Pariser Friedens 1815 und infolge der Heraustrennung des Fürstentums Birkenfeld mußte dabei die ursprünglich vorgesehene Kreiseinteilung im preußischen Regierungsbezirk Trier verändert werden. Die ehemalige französische Mairie Otzenhausen wurde zur preußischen Bürgermeisterei Otzenhausen umgestaltet und neu zugeschnitten. Die Orte Schwarzenbach, Sötern und Bosen fielen an das Fürstentum Birkenfeld. Die Bürgermeisterei Otzenhausen umfaßte nun die Gemeinden Nonnweiler, Otzenhausen, Bierfeld, Sitzerath, Braunshausen, Kastel, Kostenbach, Buweiler-Rathen, Mettnich und Mühlfeld und erreichte damit ihren bis 1974 unveränderten Umfang.

Hätte es die künstliche Herausstrennung des Fürstentums Birkenfeld aus dem preußischen Gebiet nicht gegeben, wäre die Bürgermeisterei Nonnweiler wohl nicht dem Landkreis Trier zugeordnet worden. Wahrscheinlich wäre es in diesem Falle zu einem eigenen Hochwald-Kreis mit dem Kreissitz in Hermeskeil oder zu einem Hochwaldkreis Birkenfeld gekommen, dem dann auch Nonnweiler zugeteilt worden wäre. Durch die Angliederung an den Landkreis Trier bildete die Bürgermeisterei Nonnweiler den äußersten südöstlichen Zipfel dieses ohnehin vom Zuschnitt her übergroßen Kreises.⁷

2.3 Zur wirtschaftlichen

Bedeutung Nonnweilers im 19. Jahrhundert

Während das Land an der Saar bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in seiner geschichtlichen Entwicklung vorwiegend Objekt von Mächten und Kräften außerhalb dieses Raumes war, also eine „passive Geschichtslandschaft“ darstellte⁷, ließen die Konzentration des Kohleabbaues und die Aufwärtsentwicklung der Eisenindustrie das Saargebiet in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum drittichtigsten schwerindustriellen Ballungsraum des Deutschen Reiches nach dem Ruhrgebiet und dem oberschlesischen Industrievier wachsen. Die derart entfalteten Wirtschaftskräfte prägten nach und nach ein zuvor nicht vorhandenes Sonderbewußtsein der Saar-Bevölkerung heraus, dessen man sich infolge zweimaligem Hin-und-Her-Gerissensein zwischen Deutschland und Frankreich 1935 und 1955 auch aktiv vergewissern mußte, um letztlich als deutsches Bundesland zu einem eindeutig abgrenzbaren Landesbewußtsein zu gelangen. Das Saarland bestätigt damit, wie Hans-Walter Herrmann feststellte, „die allgemeine Erkenntnis über die bestimmende Bedeutung der Wirtschaftsstruktur und der wirtschaftlichen Lebensvorgänge für die Bildung funktionaler Raumeinheiten der Gegenwart“⁸

An diesem historischen Prozeß hatten und haben auch das Amt bzw. die Gemeinde Nonnweiler Anteil. Es erscheint deshalb sinnvoll, in einer kurzen Skizze die frühere wirtschaftsstrukturelle Bedeutung des Raumes Nonnweiler zu beleuchten.

Bereits in der frühen Neuzeit hatte sich auf dem Hochwald, bedingt durch die damalige Standortgunst - vorhanden waren Eisenerze, Wasserkraft und große Wälder zur Produktion von Holzkohle - eine umfangreiche Eisenhüttenindustrie etablieren können.⁹ Im Raum Hermeskeil/Nonnweiler betätigte sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert die aus Belgien stammende Unternehmerfamilie Hauzeur, die unter anderem ein Eisenhüttenwerk bei Züsch und ein Hammerwerk bei Nonnweiler besaß¹⁰ Von den Hauzeur-Erben erwarb Karl Gottbill(III) 1764 die von ihm sogleich vergrößerten und modernisierten Eisenwerke bei Nonnweiler und gab ihnen den Namen „Mariahütte“.¹¹ Nach dem Tod des letzten Namensträgers Gottbill ging das Eigentum an der Mariahütte im Jahre 1836 auf die Familie von Beulwitz über. Während aber die älteren Werke der Hochwälder Eisenindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts der stark expandierenden Konkurrenz an der Saar nicht mehr gewachsen waren und nach und nach den Betrieb einstellten, gelang es der Mariahütte, durch eine Spezialisierung auf Eisenguß-Produkte zu überleben.¹² 1841 beschäftigten die Gottbillschen Eisenwerke im Raum Nonnweiler immerhin rund 150 ständige Arbeiter. Abhängig von den Gottbillschen Eisenwerken war auch ein eigenständiger Berufszweig im Raum Hermeskeil: das Nagelschmiedehandwerk. In dieser Hausindustrie des Hochwaldes arbeiteten um 1860 ca. 800 Menschen.¹³ Neben der Quinter Hütte bei Trier bildete die Mariahütte im ausgehenden 19. Jahrhundert den einzigen industriellen Produktionsstandort von Bedeutung im ehemaligen Landkreis Trier. Die Zahl der in der Mariahütte beschäftigten Arbeiter stieg von 170 (1866) auf 450 unmittelbar vor dem 1. Weltkrieg an. Im selben Zeitraum verringerte sich der Arbeiterbestand der Quinter Eisenschmelze von 700 auf 500.¹⁴ Für den noch überwiegend landwirtschaftlich ausgerichteten Landkreis Trier bedeutete die Mariahütte demnach im Hochwald den Anschluß an die industrielle Moderne. Durch die lange Tradition, die die eisenverarbeitende Industrie im Hochwaldraum aufzuweisen hatte, gab es auch ein entsprechendes Reservoir an Arbeitskräften. Diese waren allerdings in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezwungen, überwiegend in die Saarindustrie abzuwandern. Erst durch die Fertigstellung der Eisenbahnverbindung Hermeskeil-Türkismühle-Wemmetsweiler

bei Neunkirchen im Jahre 1897¹⁵ wurde die Perspektive eröffnet, zwar in der Saarindustrie arbeiten, aber im Hochwaldraum weiterhin wohnen und leben zu können.

Der Rückgang der Hochwälder Eisenindustrie hatte zur Mitte des 19. Jahrhunderts nämlich unter den für die Hütten tätigen Holzhauern, Köhlern, Erzgräbern und Tagelöhnern vor allem in Hermeskeil und Umgebung zu einer extremen Verarmung geführt, die auch durch das Nagelschmiede-Handwerk nur unzureichend aufgefangen werden konnte. Als frühindustrieller Schwerpunkt hatten Nonnweiler und Hermeskeil demnach auch die negativen Auswirkungen eines rasanten Strukturwandels zu verkraften. Der Zusammenhang zwischen den beiden Teilräumen Hermeskeil und Nonnweiler bei der Bewältigung dieses Strukturwandels ist aber deutlich erkennbar, auch wenn der Nonnweilerer Teil durch die Fortexistenz der Mariahütte dabei zunächst die besseren Karten gezogen hatte.

2.4 Nonnweiler kommt unfreiwillig zum Saarland

Die Zugehörigkeit des Amtes Nonnweiler (mit Wirkung vom 1.6.1934 war das vormalige Amt Otzenhausen in Amt Nonnweiler umbenannt worden) zum Landkreis Trier fand ihr Ende nach dem 2. Weltkrieg im Zusammenhang mit den französischen Bemühungen um eine Ausgliederung des Saarlandes aus der zonalen Militärverwaltung und seine feste Anbindung an die Französische Republik. Vorbereitend dazu vergrößerte man per Anordnung der Militärregierung das vormalige Saargebiet der Völkerbundszeit um zahlreiche Gemeinden der Kreise Saarburg, Trier-Land, Birkenfeld und Kusel. Die gegen den französischen Alleingang gerichteten Proteste der westalliierten Mächte Großbritannien und USA führten lediglich zu einer Rückgliederung des größten Teils des Kreises Saarburg an das neue Land Rheinland-Pfalz Mitte 1947.

Das Amt Nonnweiler wurde zum 1. Mai 1946 vom Landkreis Trier abgetrennt und dem Kreis Wadern zugeteilt.¹⁶ Dort verblieb es jedoch nur bis zum 30. September 1946. Zwischenzeitlich war der Kreis Wadern am 20. Juli 1946 vom Regierungsbezirk Trier abgelöst und dem Regierungspräsidium Saar in Saar-

brücken unterstellt worden. Am 1. Oktober 1946 schied das Amt Nonnweiler aufgrund französischer Anordnung aus dem Kreis Wadern wieder aus und wurde nun dem Kreis St. Wendel angegliedert, dem es bis heute angehört.

Mit dem Inkrafttreten des kommunalen Neugliederungsgesetzes des Saarlandes zum 1. Januar 1974 ging das Amt Nonnweiler in die neue Einheitsgemeinde Nonnweiler über. Ihr Zuschnitt war nur leicht verändert worden: Die Gemeinden Kostenbach und Buweiler-Rathen wurden nach Wadern (Kreis Merzig-Wadern) gegliedert und wechselten dadurch auch die Kreiszugehörigkeit. Vom vormaligen Amt Nohfelden trat der Ort Schwarzenbach zur neuen Gemeinde Nonnweiler hinzu.

Im Unterschied zu den vom Kreis Saarburg 1947 abgetrennten und zum Kreis Merzig-Wadern eingegliederten Saargau-Gemeinden um Perl wurden aus Nonnweiler während der Verwaltungsreformzeit keine Rückgliederungsforderungen zum Landkreis Trier(- Saarburg) erhoben.

3. Raumbeziehungen in der Gegenwart

3.1 Bildungsverhalten

Zu den wichtigsten zentralen Einrichtungen einer Stadt gehören ihre Bildungseinrichtungen, vor allem ihre weiterführenden „höheren“ Schulen. Diese beeinflussen in vielerlei Hinsicht das Tagesgeschehen eines Ortes. Beispielsweise orientieren sich die Verkehrsbetriebe in ihren Ankunfts- und Abfahrtszeiten an den Bedürfnissen der Schulen. Während der Ferienzeiten gelten veränderte, reduzierte Fahrpläne. Einzelhandelsgeschäfte, Cafés etc. richten sich auf den Bedarf und die Wünsche der Schüler ein. Im Stadtbild treten die Schüler vor allem um die Mittagszeit augenfällig in Erscheinung. Freizeit- und Sportanlagen werden in der Nähe von Schulen oder zu ihrem vordringlichen Gebrauch errichtet, kommen aber auch den ortsansässigen Vereinen für deren Aktivitäten zugute. Die Frage nach dem Einzugsbereich von Bildungseinrichtungen kann daher auch Auskunft über den Stellenwert eines Mittelzentrums geben.

3.1.1 Gymnasium Hermeskeil

Hermeskeil ist heute Standort eines Gymnasiums, einer Realschule sowie einer Berufsbildenden Schule, welche allerdings Saarburg zugeordnet ist. Für eine Untersuchung der Verflechtung zwischen Nonnweiler und Hermeskeil eignet sich das Hermeskeiler Gymnasium besonders gut. Bereits 1913 als höhere Gemeindeschule gegründet, wurde die Schule 1960 als „Neusprachliches Progymnasium“ verstaatlicht und mit Beginn des Schuljahres 1962/63 zum Vollgymnasium mit Oberstufe ausgebaut.¹⁷ Für diesen Ausbau hatten sich seit Ende der fünfziger Jahre neben der Stadt Hermeskeil auch die benachbarten Amtsbürgermeister von Kell, Nonnweiler, Thalfang und Ruwer bei den rheinland-pfälzischen Schulbehörden eingesetzt.¹⁸

Bereits Ende der dreißiger Jahre stellte das Amt Nonnweiler knapp ein Viertel der Schüler der damaligen höheren „Zubringerschule“ Hermeskeil, nämlich 68 von rund 300 Schülern.¹⁹ Eine Aufstellung aus dem Schuljahr 1987/88 zeigt, daß von insgesamt 580 Schülern des Gymnasiums Hermeskeil immer noch über 100, nämlich genau 107, aus dem Bereich der Gemeinde Nonnweiler kommen.²⁰ Damit erfüllt das Gymnasium Hermeskeil als „höhere“ Schule für den Raum Nonnweiler eine ähnlich starke Funktion, wie das auch beim Gymnasium Saarburg für den Raum Perl/Mettlach im Kreis Merzig-Wadern der Fall ist. Auch dort wirken wie im Fall Nonnweiler alte Verkehrsbeziehungen von früher her nach.²¹

Das Gymnasium Hermeskeil bietet daher für die Vermutung nach fortwirkenden Raumbeziehungen zu Nonnweiler auch im Vergleich mit Saarburg einen guten Beleg. Die schnelle und gute Verkehrsanbindung aller Ortsteile der Gemeinde Nonnweiler - einschließlich von Primstal - nach Hermeskeil ist hierfür ein wichtiger, aber vielleicht nicht hinreichender Erklärungsansatz. Gerade beim Schulbesuch scheinen neben reinen Nützlichkeitsabwägungen bei vielen Schülern auch noch überlieferte familiäre Gewohnheiten und mentale Verflechtungen eine wichtige Rolle zu spielen, will man seine Kinder doch sicherlich stets auf die beste erreichbare höhere Schule schicken, die man kennt. Ein solches Vertrauen in eine Bildungsinstitution wächst zwar

langsam, überdauert dann aber offenbar auch die Generationen. Jedenfalls haben sich die beträchtlichen finanziellen Anstrengungen der Kreise Trier-Land und Trier-Saarburg sowie des Landes Rheinland-Pfalz beim Neubau des Hermeskeiler Gymnasiums 1960/62 und bei Erweiterungsbauten 1968 und 1983 für die Stadt Hermeskeil auch insoweit ausgezahlt, als dadurch ihre Zentralität im Bildungswesen des vorderen Hochwaldes erhalten oder sogar zurückgewonnen werden konnte. Aus Nonnweilerer Sicht kommt dem Gymnasium Hermeskeil gegen starke Konkurrenz aus Wadern, St. Wendel und Birkenfeld offenkundig eine hohe Attraktivität zu. Eine solche Bildungs-Migration wird heute von der rheinland-pfälzisch/saarländischen Landesgrenze längst nicht mehr behindert, allenfalls noch vom bundesrepublikanischen Bildungsföderalismus.

3.1.2 Realschule Hermeskeil

Einen ähnlichen Befund wie beim Gymnasium kann man auch für die Realschule in Hermeskeil hinsichtlich ihres Einzugsbereichs in den Raum Nonnweiler anführen. Obwohl erst 1969 gegründet, erlebte die Realschule seit ihrem Umzug 1973 in das moderne Schulzentrum ein expansives Wachstum der Schülerzahlen, die zweimal - 1977 und 1984 - bauliche Erweiterungen nötig machten.²² Die Schülerzahl stieg von rund 200 (1971) auf fast 1100 (1981) an, woran nicht zuletzt der anhaltende Zustrom aus dem benachbarten Saarland einen erheblichen Anteil hatte. Eine Übersicht vom August 1991 zeigt folgenden aktuellen Stand:²³

Gesamtzahl der Schüler	732
davon aus:	
- Nonnweiler	22
- Bierfeld	7
- Sitzerath	12
- Otzenhausen	24
- Braunshausen	13
- Schwarzenbach	11
- Kastel	28
- Primstal	30
zusammen	147

Weitere 17 Realschüler kommen aus Buweiler und Rathen, den bis 1974 zum Amt Nonnweiler gehörenden Dörfern. Von den übrigen Ortsteilen der heutigen Stadt Wadern stellt lediglich Wadrill mit 44 Schülern noch einen größeren Anteil am saarländischen Schülerpotential der Realschule Hermeskeil. Mit rund einem Viertel der Gesamtschülerzahl aus der Gemeinde Nonnweiler hat die Realschule das Gymnasium Hermeskeil hinsichtlich seines dortigen Einzugsbereiches heute sogar leicht übertroffen. Auch die relativ spät gegründete Realschule profitiert also von den positiven Faktoren des Schulstandortes Hermeskeil. Von den Schulleitungen wird die Verbundenheit ins benachbarte Saarland, insbesondere zu Nonnweiler, durch jährlich stattfindende, offenbar gut besuchte Schulinformationsabende für die Eltern grundschulpflichtiger Kinder aus diesen Orten bewußt gepflegt.

3.2 Gesundheitsdienstleistungen

Wesentlich älter noch als im Bildungsbereich ist die zentralörtliche Funktion von Hermeskeil im Gesundheitswesen. Bereits 1869 richteten Schwestern des Franziskus-Ordens von Waldbreitbach eine erste Krankenstation in der Hochwaldgemeinde ein.²⁴ Hieraus entstand das St. Josef-Krankenhaus, dessen erster Neubau 1904 eröffnet werden konnte. Wegen der zunehmenden Inanspruchnahme aus einem weiten Einzugsbereich um Hermeskeil wurde zwischen 1926 und 1929 ein großer Erweiterungsbau erstellt, der mit allen seinerzeit finanzierbaren Neuerungen ausgestattet war. Nach dem 2. Weltkrieg errichtete man in den Jahren 1963 bis 1971 einen vollständigen Um- und Neubau des St. Josef-Krankenhauses, das mit 245 Betten heute einen anerkannt guten Ruf als Krankenhaus der Grundversorgung genießt. Im Gefolge des Krankenhauses siedelten sich Fachärzte und Zahnärzte in Hermeskeil an. Schon 1835 öffnete die erste Apotheke ihre Tür.

Die mittlerweile über mehr als ein Jahrhundert währende Ausstrahlung Hermeskeils als Gesundheitszentrum des Hochwaldes dauert bis heute an. Obwohl nicht exakt mit Zahlen belegbar, wird von kompetenten Gesprächspartnern die Zentralität von Hermeskeil im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen, kom-

plettiert seit Juli 1992 durch das neuerbaute, mit 91 Betten ausgestattete Hochwald-Altenzentrum St. Klara,²⁵ sogar noch höher eingeschätzt als bei den Bildungsinstitutionen.²⁶ Die geringe Entfernung und zugleich gute verkehrliche Anbindung machen auch das Krankenhaus und die Ärzteschaft in Hermeskeil zum quasi natürlichen Ansprechpartner für die Bewohner von Nonnweiler. Hier wirkt das gerade in diesem sensiblen Bereich so wichtige, über die Generationen hinweg weitervermittelte Vertrauen in die Ärzteschaft und das Krankenhauspersonal ebenso nach wie die Kenntnis der entsprechenden Örtlichkeit. Nach statistischen Durchschnittswerten gerechnet umfaßt das Krankenhaus Hermeskeil einen Einzugsbereich von etwa 40.000 Einwohnern. Die Bürger der Gemeinde Nonnweiler lassen sich ganz eindeutig dazurechnen.

3.3 Wirtschaftsstandort Hermeskeil

Als Kreuzungspunkt verschiedener überregionaler Straßenverbindungen und - seit der Jahrhundertwende - auch der Eisenbahn zog Hermeskeil seit dem 19. Jahrhundert die Verkehrsströme des Umlandes auf sich. Dies war die Basis für die Entwicklung des Ortes zum ländlichen Versorgungszentrum, in dem sich Handwerker, Handel und Industrie ansiedelten. Im Schatten des Oberzentrums Trier wurde Hermeskeil für den südlichen Teil des Landkreises Trier und darüberhinaus für den angrenzenden Raum um Thalfang ein Versorgungsort mittlerer Stufe. Dem Bedürfnis der Kleinbauern aus den umliegenden Dörfern dienten die Hermeskeiler Viehmärkte. In der Tradition der gewerblichen Kreditgenossenschaften vollzog sich bereits 1886 die Gründung der Hermeskeiler „Spar- und Darlehnskasse“, der heutigen Volksbank.²⁷ Eine Zweigstelle der Kreissparkasse Trier wurde in Hermeskeil im Juni 1925 eröffnet.²⁸ Obgleich auch bereits 1890 in Nonnweiler eine „Spar- und Darlehnskasse“ ins Leben gerufen und am 14. März 1891 beim zuständigen Amtsgericht Hermeskeil ins Genossenschaftsregister eingetragen wurde,²⁹ beeinträchtigte das kaum die zentralörtliche Rolle von Hermeskeil im Wirtschaftsleben des Hochwaldes.

Die nach dem 1. Weltkrieg neu gezogene Grenze des Saargebietes verwies das Amt Nonnweiler noch stärker als zuvor auf Her-

meskeil als Versorgungsort, da Wadern als Kreissitz des gleichnamigen „Restkreises“ durch die Saargrenze ebenfalls in eine stark abseitige Position geraten war, die seine Fortentwicklung hemmte.

Erst die nach dem 2. Weltkrieg von der französischen Besatzungsmacht willkürlich nach Norden verschobene neue Grenze des erweiterten Saarlandes beraubte Hermeskeil seit 1946 seiner bisherigen Funktion, „Austauschort zwischen Flankengebieten des Hochwaldrückens zu sein“, wie eine Untersuchung dieses Mittelbereichs zur Mitte der fünfziger Jahre ergab.³⁰ Denn nun störte eine Landes- und Zollgrenze massiv die wirtschaftlichen Beziehungen Hermeskeils zu Nonnweiler. Hermeskeil geriet wegen seiner durch die Saargrenze verstärkten Randlage noch mehr in den Sog des Oberzentrums Trier, während sich Nonnweiler gezwungenermaßen nach Süden in Richtung auf Saarbrücken orientierte.

Erst die politische und später die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes zur Bundesrepublik Deutschland 1957/59 öffneten den Weg für eine erneute Wirtschaftsverflechtung des Hochwaldraumes. Doch zwischenzeitlich hatten sich sowohl die Kaufgewohnheiten als auch die Verkehrsmittel verändert und weiterentwickelt: An die Stelle der Eisenbahn trat zunächst der Omnibus und später der eigene PKW. Es bedurfte großer Anstrengungen der „Stadt“ Hermeskeil (seit 1970) vor allem auch bei der Innenstadtsanierung, um als Einkaufsort für den Raum Nonnweiler wieder an Bedeutung zu gewinnen.

Daß diese Bemühungen zumindest teilweise erfolgreich waren, zeigt eine Kundenbefragung des Hela-Verbrauchermarktes in Hermeskeil aus dem Jahre 1985: Danach kommen 14 % der Kunden dieses Marktes aus dem Raum Nonnweiler.³¹ Durch die Schaffung möglichst vieler Parkplätze im Stadtzentrum soll nach den Vorstellungen der Stadtväter eine weitere Aufwertung der Fußgängerzone erreicht und damit ein noch größerer Käuferstrom in die Hermeskeiler Innenstadt gelenkt werden.³² Unter diesen werden dann in Zukunft vielleicht noch mehr Nonnweiler sein als bisher schon.

Als gewerblich-industrieller Standort bietet Hermeskeil heute auch Einpendlern aus dem Raum Nonnweiler viele qualifizierte Arbeitsplätze an. Umgekehrt finden nicht wenige Menschen aus der Verbandsgemeinde Hermeskeil Lohn und Brot in der Gemeinde Nonnweiler, etwa im Werk der Firma Diehl. Hier gibt es zwischen beiden Teilräumen Hermeskeil und Nonnweiler einen ganz normalen Arbeitskräfteaustausch. Dank der seit 1975 in mehreren Teilabschnitten fertiggestellten Autobahn Trier-Saarbrücken bzw. Trier-Kaiserslautern mit zwei Abfahrten in Hermeskeil und gleich vier Abfahrten in der Gemeinde Nonnweiler wurde die denkbar beste Straßenverkehrsanbindung geschaffen. Dank seiner Einstufung als Förderschwerpunkt der regionalen Wirtschaftspolitik konnten die Stadt Hermeskeil allein im neuerschlossenen Industriegebiet „Grafenwald“ bis heute 22 Betriebe angesiedeln, die mehr als 700 Menschen beschäftigen. Insgesamt wurden in Hermeskeil 1990 rund 2.200 Arbeitsplätze angeboten³³, was eine für die Stadt selbst und ihr Umland dynamische Wirtschaftsentwicklung in den beiden letzten Jahrzehnten erkennen läßt. Bis heute profitieren sowohl Hermeskeil als auch Nonnweiler als B-Schwerpunktorte der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von den hohen staatlichen Fördersätzen für betriebliche Investitionen. Die Wirtschaftskraft beider Gemeinden wurde dadurch ganz entscheidend gestärkt.

3.4 Naturpark Saar-Hunsrück

Eine Kehrseite dieser positiven gewerblich-industriellen Entwicklung von Hermeskeil und Nonnweiler liegt allerdings im geringen Interesse beider Gemeinden für den Fremdenverkehr. Obwohl sich in diesem Sektor eine interkommunale Zusammenarbeit beispielsweise im Marketing geradezu aufdrängte, erweist sich hier die rheinland-pfälzisch/saarländische Landesgrenze als echtes Hemmnis, zu dessen Überwindung es bislang offenbar an der nötigen Energie fehlte.

Dabei liegen sowohl die Verbandsgemeinde Hermeskeil als auch die Gemeinde Nonnweiler zur Gänze im rheinland-pfälzisch/saarländischen „Naturpark Saar-Hunsrück“, dessen Schaffung bereits 1971 von den Landesregierungen vereinbart wor-

den war, dessen gebietliche Abgrenzung aber erst 1980 durch jeweilige Landesverordnung erfolgte.³⁴ Zu beiden Seiten der Landesgrenze gründete man je einen eingetragenen Verein „Naturpark Saar-Hunsrück“, dem die betroffenen Gemeinden und Landkreise als Mitglieder angehören. Vorsitz und Geschäftsführung werden im Wechsel ehrenamtlich von den kommunalen Verwaltungschefs wahrgenommen. Es unterblieb jedoch eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den beiden länderspezifischen Vereinen, so daß gemeinsam zu realisierende Projekte leicht am Gruppenegoismus scheitern können, wie jüngst das Beispiel des seit 1985 geplanten Naturpark-Informationszentrums zeigt.

Obwohl zunächst für den gesamten Naturpark Saar-Hunsrück geplant wurde, dividierte man sich auf der Suche nach einem geeigneten Standort bald auseinander: Während die saarländische Seite Weiskirchen favorisierte, suchte der rheinland-pfälzische Partnerverein seit 1988 einen Standort im Raum Hermeskeil, wobei vorübergehend auch noch die Verbandsgemeinde Kell ins Spiel kam.³⁵ Im April 1990 schließlich beerdigte man das gemeinsame Info-Zentrum, endgültig und so planen jetzt sowohl die rheinland-pfälzische als auch die saarländische Seite des Naturparks Saar-Hunsrück jeweils eine eigene, millionenschwere Investition.³⁶

Wenn auch Hermeskeil und Nonnweiler in diesem Ringen nur zwei Beteiligte unter vielen sind, so ging doch offenkundig bislang von ihnen kein Impuls für eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten Fremdenverkehr und Naherholung über die Landesgrenze hinweg aus.

3.5 Konfliktpunkt Wasserversorgung

Bis in die jüngste Vergangenheit war die Wasserversorgung der Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil vor allem in trockenen Sommermonaten hinsichtlich Wassermenge und -qualität ein ungelöstes Problem, da dann auf die „fließende Welle“ der Prims zurückgegriffen werden mußte, was immer wieder gesundheitliche Risiken mit sich brachte, und den Verbandsbürgermeister zeitweise in arge Bedrängnis. Eine umfassende Ab-

hilfe wäre nur durch den Anschluß der Hermeskeiler Wasserversorgung an die Primstalsperre möglich gewesen. Doch die diesbezüglichen Bemühungen aus Hermeskeil führten über Jahre hinweg nicht zum Erfolg und verursachten ein dauerndes Ärgernis.

Dabei war der Bau der Primstalsperre aufgrund der geographischen Gegebenheiten von Anfang an ein landesgrenzenübergreifendes Projekt gewesen, denn die Talsperre selbst und 2/3 ihrer Wasserfläche liegen auf saarländischem Gebiet, während 1/3 der Wasserfläche und das gesamte Wassereinzugsgebiet zum rheinland-pfälzischen Territorium gehören.³⁷ Durch den 1982 fertiggestellten Stausee, dessen Anlage die idyllischen Täler der Prims und des Altbachs stark in Mitleidenschaft gezogen hat, sollte unter anderem die Trinkwasserversorgung des Landkreises St. Wendel und der Verbandsgemeinde Hermeskeil gesichert werden. Man erwartete sich in Hermeskeil darüberhinaus als Ausgleich für den Landschaftsverbrauch des Stausees, dessen Nutzung als Freizeitzentrum die saarländische Seite aus Gründen des Wasserschutzes verhinderte, eine saarländische Beteiligung am Bau von „Schönungsteichen“ zwischen Hermeskeil und Damflos. Denn die Anlage der Primstalsperre machte den Bau eines Hauptsammlers für die Abwässer der Gemeinden Züsch und Neuhütten im Wassereinzugsgebiet der Talsperre notwendig. Die Gemeinde Damflos blieb dabei jedoch zunächst außen vor. So konnte auch die Abwasserentsorgung im Zusammenhang mit dem Bau der Primstalsperre aus Hermeskeiler Sicht nicht zufriedenstellend über die Landesgrenze hinweg gelöst werden.

Neuerdings ist allerdings eine Wasserentnahme aus der Primstalsperre für die Wasserversorgung von Hermeskeil durch die saarländische Landesregierung genehmigt worden,³⁸ und eine direkte Versorgungsleitung befindet sich in der Planung. In Nonnweiler und bei der saarländischen Landesregierung zeigte man für die Hermeskeiler Nöte aus dortiger Sicht zu wenig Verständnis, sondern zog sich vorrangig auf die eigenen Interessen zurück. Von Bürgermeister Sander aus Hermeskeil, einem gebürtigen Saarländer, stammt folgendes sarkastisches Bonmot

zur Charakterisierung dieses Zustandes: „Negative Koordination ist auch eine Form der Zusammenarbeit!“ Ob die Schuld dafür jedoch nur auf einer Seite zu suchen ist, muß hier eine offene Frage bleiben.

3.6 Medien, Vereine und Kommunikation

Über familiäre, berufliche, schulische und sonstige privat-persönliche Kontakte und Beziehungen hinaus braucht ein Raum zur kommunikativen Vernetzung ein regelmäßiges Informationsangebot und zugleich ein Feld für aktive Kommunikationsmöglichkeiten. Solches leisten üblicherweise die herkömmlichen Massenmedien (Tageszeitungen, Wochenblätter, Rundfunk und Fernsehen) sowie ein wechselseitig verflochtenes Vereinswesen. Die Konstituierung einer lokalen Öffentlichkeit mit passiver und aktiver Kommunikationsstruktur ist also die Voraussetzung für laufende politische Kommunikations- und Aktionsprozesse.³⁹ Oder einfacher gesagt: Nur wer voneinander weiß, kann auch gemeinsam und zielgerichtet handeln. Dies führt zu der Frage, ob es zwischen Nonnweiler und Hermeskeil oder auch weiteren Teilen des Hochwaldes noch gemeinsam oder wechselseitig genutzte Kommunikationsstrukturen gibt und welche Reichweite diese gegebenenfalls haben.

Ein Blick auf die Zeitungslandschaft im Saarland und in der Region Trier zeigt im Tageszeitungsbereich eine klare Abgrenzung der Einflußzonen bzw. Verbreitungsgebiete: Im Saarland dominiert seit der Übernahme der Saarbrücker Landeszeitung 1972 ganz eindeutig die Saarbrücker Zeitung (SZ) diesen Markt, während in der Region Trier seit dem Ende der Trierischen Landeszeitung 1974 der Trierische Volksfreund (TV) unangefochten dasteht.⁴⁰ Lediglich im Kreis Merzig-Wadern gibt es noch eine gewisse Überschneidung zwischen beiden Monopolisten, denn für diesen Raum unterhält der TV immer noch eine „Heimatreddaktion“ mit Sitz in der Trierer Zentrale, die täglich eine oder mehrere Lokalseiten produziert. Allerdings geht die Zahl der TV-Abonnenten im Kreis Merzig-Wadern langsam zurück, so daß diese Konkurrenzsituation sich in absehbarer Zeit zugunsten der Saarbrücker Zeitung auflösen wird, zumal eine ähnliche Entwicklung wie bei der Abonnentenzahl dem Vernehmen nach

auch beim Werbeaufkommen festzustellen ist. Im Unterschied zum Kreis Merzig-Wadern betreibt der TV für den Raum Nonnweiler nicht einmal eine publizistische „Restversorgung“. Die Zahl der TV-Abonnenten in der Gemeinde Nonnweiler wird aktuell mit nicht mehr als 30 angegeben.⁴¹ Andererseits ist auch die SZ im Raum Hermeskeil nicht stärker verbreitet. Im Bereich der Tageszeitungspresse gibt es also zwischen Nonnweiler und Hermeskeil bzw. der Region Trier eine weitgehende Kommunikationsbarriere. Man lebt publizistisch in ganz verschiedenen „Erdteilen“.

Dieser Befund bei den Tageszeitungen wird im wesentlichen bestätigt bei einer Betrachtung der übrigen Massenmedien lokaler und regionaler Provenienz. Nicht näher eingegangen wird hier auf die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten, da von diesen keine spezifischen „Hochwaldprogramme“ gesendet werden.

Die in der Tradition der 1888 in Hermeskeil gegründeten „Hochwald-Zeitung“ (eingestellt mit Kriegsbeginn 1939) stehende, seit 1958 erscheinende Wochenzeitung Rund um Hermeskeil (RuH)⁴² findet ihr Verbreitungsgebiet heute ganz überwiegend in der Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil. Seit 1987 wird RuH als amtliches Bekanntmachungsblatt kostenlos in alle Haushalte der Verbandsgemeinde Hermeskeil verteilt. Darüberhinaus gibt es ca. 600 sonstige Abonnenten, davon aktuell 35 in der Gemeinde Nonnweiler, weitere 93 im übrigen Saarland.⁴³ Rund um Hermeskeil trat 1987 auch das Erbe des im Vorjahr eingestellten Anzeigen-Wochenblattes Hochwald-Anzeiger an, das in den Verbandsgemeinden Hermeskeil und Thalfang sowie in der Gemeinde Nonnweiler verbreitet wurde. Für die Einstellung des Hochwald-Anzeigers sind sicherlich rein geschäftliche Gründe maßgebend gewesen. Nähere Auskünfte dazu waren nicht in Erfahrung zu bringen.

Rund um Hermeskeil informiert seine Leser regelmäßig über das kommunale Geschehen in der Stadt und Verbandsgemeinde Hermeskeil; nur bei außergewöhnlich interessanten Ereignissen wird auch den benachbarten Gemeinden Nonnweiler, Thalfang und Kell Platz eingeräumt. Die geringe Verbreitung von RuH in

Nonnweiler könnte auch damit zusammenhängen, daß Hermeskeiler Firmen und Geschäfte für ihre Werbeanzeigen das Amtsblatt der Gemeinde Nonnweiler nutzen und auf diese Weise den direkten Weg zu ihren potentiellen Kunden suchen. Werbliche und kommunale Informationen werden dergestalt aber voneinander getrennt; es entsteht kein umfassender Kommunikationszusammenhang und die oben dargestellte Kommunikationsbarriere wird kaum durchbrochen.

Neben den Zeitungen könnten auch Vereine eine wichtige Funktion für eine kommunikative Vernetzung übernehmen. Im Hinblick auf ein mögliches Interesse für historisch begründete Kontinuitäten in Raumbezügen sind hier insbesondere heimatkundliche und kulturhistorische Vereine und ihre Publikationen anzusprechen. Die Recherche ergab für unseren Untersuchungsraum die Existenz von vier einschlägigen Vereinen:⁴⁴

- Verein für Heimatkunde Nonnweiler e.V., gegründet 1981, gibt in unregelmäßigen Abständen die „Hochwälder Hefte zur Heimatgeschichte“ heraus, zuletzt das Heft 31 im 11. Jahrgang 1991.

- Vereinigung der Heimat- und Geschichtsfreunde im Hochwaldraum e.V., gegründet 1987, gibt die „Hochwälder Geschichtsblätter“ Nonnweiler und Hermeskeil heraus.

- Kulturgeschichtlicher Verein Hochwald e.V., gegründet 1988, gibt die Zeitschrift „Der Schellemann“ heraus, zuletzt Heft 4 im 4. Jahrgang 1991.

- Verein für Heimatkunde Wadern e.V., zuletzt Herausgeber des Jubiläumsbandes „Dagstuhler Geschichtsbilder“, erschienen 1990.

Eine Durchsicht der von diesen vier Vereinen herausgegebenen Publikationen sowie Gespräche mit mehreren führenden Vereinsrepräsentanten ließen ganz unterschiedliche Schwerpunktssetzungen in der Themenauswahl und -präsentation sowie in der räumlichen Zuordnung erkennen. Ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, muß doch festgestellt werden, daß keiner

der vier Vereine in seinen Publikationen und Aktivitäten den ganzen Untersuchungsraum grenzüberschreitend im Blickfeld hat. Während sich der „Schellemann“ vornehmlich in Hermeskeil und Thalfang tummelt, nehmen die „Hochwälder Geschichtsblätter“ den Raum zwischen Hermeskeil und Saarburg mit Abstechern nach Wadern ins Visier. Die Heimatkundler aus Wadern und aus Nonnweiler bleiben jeweils ganz ihren eigenen Subregionen verhaftet und schauen kaum einmal über die betreffende Kirchturmspitze hinaus. Laut definitiver Auskunft des Vereinsvorsitzenden der Nonnweiler Heimatkundler ist auch für die Zukunft an keine regelmäßige Zusammenarbeit mit den benachbarten heimatkundlichen Vereinen gedacht.⁴⁶ Damit fällt auch der hier betrachtete Teil des Hochwälder Vereinswesens offenkundig als Stimulanz zur Bildung eines grenzübergreifend vernetzten Kommunikationsraumes rund um das Mittelzentrum Hermeskeil weitgehend aus.

4. Zusammenfassung: Spuren verweht

Schließen wir die Spurensuche nach den historischen und aktuellen Bezügen des Raumes Nonnweiler zum Trierer Land und im besonderen zum Raum Hermeskeil mit dem Versuch einer zusammenfassenden Wertung ab. Obwohl nur durch eine methodisch repräsentative Meinungsumfrage letzte Klarheit über das heutige regionale Identitätsbewußtsein der „eingessenen“ Bewohner von Nonnweiler und Hermeskeil zu gewinnen wäre, können doch aus den erarbeiteten Befunden folgende Schlüsse gezogen werden:

Die Bürgermeisterei Nonnweiler befand sich seit ihrer verfassungsmäßigen Zuordnung zum Landkreis Trier dort in einer extremen Randlage, eingezwängt zwischen das oldenburgische Fürstentum Birkenfeld und den Kreis Merzig-Wadern. Durch die auf dem Wiener Kongreß 1814/15 vereinbarte Heraustrennung des Fürstentums Birkenfeld aus der preußischen Rheinprovinz kam es nicht zur Bildung eines eigenen „Hochwaldkreises“ mit dem wahrscheinlichen Kreissitz Hermeskeil, sondern zu einem nach Süden über den Hunsrückkamm überdehnten Landkreis Trier. Der 1850 unternommene Versuch zu einer neuen Kreiseinteilung zwecks Bildung eines Hochwaldkreises

mit dem Mittelpunkt Hermeskeil scheiterte 1855 am Beharungswillen der Mehrzahl der betroffenen Bürgermeistereiräte. Dadurch wurde eine an sich sinnvolle Revision des bei der Kreiseinteilung von 1816 gemachten „Geburtsfehlers“ endgültig zunichte gemacht und für Hermeskeil die Chance verbaut, sich bereits im 19. Jahrhundert zum eindeutigen Mittelpunkt des südwestlichen Hochwaldraumes zu entwickeln - analog etwa zu Simmern oder zu Bitburg/Eifel.

Die Wirtschaftsentwicklung sah den Raum Hermeskeil/Nonnweiler im 19. Jahrhundert zunächst noch als Standort einer frühen Eisenhüttenindustrie, von der aber bis zur Jahrhundertwende nur das Eisenwerk Mariahütte übrigblieb. Die durch den Niedergang der alten Werke freigesetzte Arbeiterschaft wanderte teils in die aufblühende Saarindustrie ab, teils verarmte sie in den Waldhütendörfern vornehmlich der Bürgermeisterei Hermeskeil oder fristete ein kärgliches Dasein in den Hausindustrien des Hochwaldes. Erst infolge des Ausbaues der Eisenbahnen wurde der Hochwaldraum um die Jahrhundertwende verkehrsmäßig an die Saarindustrie-Region angeschlossen. Seitdem orientierte sich der Raum Nonnweiler immer stärker in Richtung Neunkirchen/Saarbrücken.

Wenn auch die gebietliche Abgrenzung des Saargebietes nach dem 1. Weltkrieg das Amt Nonnweiler und den „Restkreis Wadern“ noch beim Regierungsbezirk Trier beließen, so entbehrt die Zuordnung dieser Gebiete anlässlich der zweiten Absonderung des Saarlandes durch die französische Besatzungsmacht 1946 nicht der inneren Logik. Die wirtschaftliche Verknüpfung mit den Saarkreisen war ohnehin schon stark, während die verwaltungsmäßigen Bindungen zum Kreissitz Trier immer schwach ausgeprägt gewesen waren. Die von der französischen Besatzungsmacht bewußt herbeigeführte Besserstellung des Saarlandes gegenüber der übrigen französischen Zone etwa in der Versorgung tat in der ersten Nachkriegszeit hier ein übriges zur schnellen Eingewöhnung der „Zugewinn-Saarländer“ aus dem Hochwaldraum.

Die für ein Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg auf dem Hochwaldkamm aufgerichtete Landes- und Zollgrenze durchtrennte



Hermeskeil ist ein Mittelzentrum mit 5700 Einwohnern

*Nonnweiler ist mit 8.800 Einwohnern eine sehr attraktive Wohnge-
meinde geworden*



aber auch die gewachsenen Raumbeziehungen zwischen Nonnweiler und seinem regionalen Mittelzentrum Hermeskeil. Während sich Hermeskeil als Schulstandort und Gesundheitsdienstleistungszentrum seit den fünfziger Jahren gegen die wachsende Konkurrenz von Wadern (1978 zur Stadt erhoben) behaupten konnte und aufgrund der enorm verbesserten Verkehrsanbindung und der Attraktivitätssteigerung seiner Innenstadt zum Einkaufszentrum als wirtschaftliches Mittelzentrum in den siebziger Jahren seine Zentralität im Hochwald stärkte, fehlt es bis heute offenkundig an einer kommunikativen Verflechtung zwischen Nonnweiler und Hermeskeil. Der einstmals durch den gemeinsamen Verwaltungsraum des Landkreises Trier geformte passive und aktive Kommunikationszusammenhang ist nicht mehr existent. Der hier im Jahre 1946 abgerissene Faden wurde nicht mehr neu geknüpft. Die letzten Spuren der gemeinsamen Verwaltungseinheit sind spätestens seit der Verwaltungsreformzeit 1969/74 endgültig verweht.

Insofern ist festzuhalten, daß die Gemeinde Nonnweiler (ca. 8700 Einwohner) heute eindeutig dem Bereich des Oberzentrums Saarbrücken zuzuordnen ist, wobei speziell Nonnweiler und Otzenhausen sogar als Wohnplatz für Saarbrücker attraktiv geworden sind, während Hermeskeil als „nicht voll ausgestattetes Mittelzentrum“ (rund 5700 Einwohner) jenseits der rheinland-pfälzisch/saarländischen Landesgrenze für Nonnweiler lediglich Teil-Versorgungsfunktionen wahrnimmt.⁴⁶ Seine kulturelle Ausstrahlung war und ist schwach ausgeprägt. Da in einem mittelfristig überschaubaren Zeitraum weder eine Länderneugliederung noch eine weitere umfassende Verwaltungsreform erwartet werden können, dürfte sich an den grundlegenden Rahmenbedingungen für das jetzt gefundene räumliche Verhältnis von Nonnweiler und Hermeskeil sobald nichts Wesentliches ändern.

Anmerkungen:

¹ Helmut Berding, Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus, in: Hans Patze (Hg.), Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten 1866, Marburg 1985, S.133

² 140 Jahre Amt Nonnweiler. Heimatgeschichte der Gemeinden des Amtsbezirks und ihre Entwicklung bis in unsere Tage, Band 1, Nonnweiler 1958, S. 5

³ Aufgefunden in der Stadtbibliothek Trier

⁴ So z.B. in den 1990 von der Kreisverwaltung St.Wendel herausgegebenen Führern „Bei uns im Kreis St.Wendel“ und „Kultur- und Kunstdenkmäler im St.Wendeler Land“.

⁵ Vgl. Edmund Schömer, Burg und Amt Grimburg, Hermeskeil 1984, S. 139 ff.; 140 Jahre Amt Nonnweiler, Bd. 1, a.a.O.; Die Gemeinde Nonnweiler. Heimatkundliche Lesehefte, hrsg. von der Kreissparkasse St.Wendel, 1982, S. 4-23

⁶ Vgl. Christof Dipper, Deutsche Geschichte 1648-1789, Frankfurt/Main 1991, S. 11

⁷ Vgl. Gottfried Kentenich, Die Entstehung des Landkreises Trier, Trier 1914, S. 11 f.; Franz-Josef Heyen, Der Landkreis Trier in seiner geschichtlichen Entwicklung, in: Landkreis Trier - Monographie einer Landschaft, Trautheim 1964, S. 17

⁸ Hans-Walter Herrmann/Kurt Hopstädter/Hans Klein, Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes, Bd. 2, Saarbrücken 1977, S. 540

⁹ Ebd., S. 545

¹⁰ Dazu neuerdings Hermann-Josef Braun, Das Eisenhüttenwesen des Hunsrücks. 15.bis Ende 18. Jahrhundert, Trier 1991

¹¹ Ebd., S. 248 f.

¹² Ebd., S. 255

¹³ Gert Fischer, Wirtschaftliche Strukturen am Vorabend der Industrialisierung. Der Regierungsbezirk Trier 1820-1850, Köln 1990, S. 418 ff.

¹⁴ Ebd., S. 421; vgl. auch Anton Backes/Günther Barthel/Georg Marx, Hermeskeil - Stadt im Hochwald, Hermeskeil 1970, S. 149 f.; 140 Jahre Amt Nonnweiler, Bd. 2, a.a.O., S. 16 ff.

¹⁵ Bruno Hartmann, Die wirtschaftliche Entwicklung im Gebiete des heutigen Landkreises Trier, Köln 1927, S. 133 f.

¹⁶ Dazu ausführlich Dittmar Lauer, Der Hochwald, Bd. 1, Trier 1983, S. 163 ff.

¹⁷ Vgl. Reinhold Wacker, Das Land an Mosel und Saar mit Eifel und Hunsrück. Strukturen und Entwicklungen 1815-1990, Trier 1991, S. 390 ff.

¹⁸ Als Überblick vgl. Edmund Neis, 75 Jahre Gymnasium Hermeskeil, in: Hochwälder Geschichtsblätter 1, März 1989, S. 36-39; 75 Jahre Höhere Schule Hermeskeil - Von der Rektoratsschule zum Gymnasium 1913-1988. Festschrift des Staatlichen Gymnasiums Hermeskeil, Trier 1988

¹⁹ Ebd., S. 73

²⁰ Ebd., S. 49

²¹ Zahlen aus Ebd., S. 189 ff. (mitgezählt sich die ehemals zum Amt Nonnweiler, heute zu Wadern gehörenden Orte Buweiler und Kostenbach mit insgesamt 3 Schülern)

²² Spekulationen über mögliche Auswirkungen saarländischer Schulreformen seit Mitte der achtziger Jahre auf das schulische Auspendeln nach Hermeskeil - und auch nach Saarburg - werden hier nicht angestellt, wiewohl solches immer wieder zu hören war. Auch der gute oder weniger gute Ruf einer Höheren Schule in Konkurrenz zu benachbarten Schulen bleibt hier außer Betracht, da es sich dabei um schwer objektivierbare Kriterien handelt. Ungewichtet bleibt auch die Frage, ob Englisch als erste Fremdsprache in Hermeskeil gegenüber Französisch in Wadern einen Einfluß auf das Bildungsverhalten saarländischer Schulleitern hat.

²³ Vgl. Hermeskeil gestern und heute, Hermeskeil 1981, S. 100 f.; „20 Jahre Stadt Hermeskeil“, in: Rund um Hermeskeil Nr. 27 vom 5.7.1990

²⁴ Für die Überlassung der Zahlen danke ich Rektor Karl-Heinz Dahlke, Her-

meskeil.

²⁵ Backes/Barthel/Marx, Hermeskeil, a.a.O., S. 256 ff.; Hermeskeil gestern und heute, a.a.O., S. 70 ff.

²⁶ Trierischer Volksfreund vom 27.7.1992

²⁷ Hierbei stütze ich mich unter anderem auf ein ausführliches Gespräch mit dem früheren Bürgermeister von Nonnweiler, Egon Meier, Otzenhausen, am 22.8.1992.

²⁸ 100 Jahre Volksbank Hermeskeil. 1886-1986, Trier 1986, S. 27 ff.

²⁹ Backes/Barthel/Marx, Hermeskeil, a.a.O., S. 309

³⁰ 100 Jahre Volksbank Nonnweiler. Eine moderne Bank mit Tradition, Otzenhausen 1990, S. 35

³¹ Emil Meynen/Rudolf Klöpffer/Jürgen Körber, Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen, Remagen 1957, S. 187

³² Freundliche Mitteilung der Zentralverwaltung der Distributa Verbrauchermarkt GmbH, Saarlouis vom 27.8.1992

³³ Siehe den gemeinsam von Verbandsbürgermeister Sander und Stadtbürgermeister Kampmann verantworteten Beitrag „Hermeskeil - attraktives Mittelzentrum im Hochwald“, in: Blickpunkt Wirtschaft. Nachrichten der Industrie- und Handelskammer Trier, Nr. 8, August 1991, S. 8 ff.

³⁴ „20 Jahre Hermeskeil“, in: Rund um Hermeskeil vom 5.7.1990, S. 13

³⁵ Vgl. Michael Mattar, Die staats- und landesgrenzenüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in der Großregion Saarland-Westpfalz-Lothringen-Luxemburg Trier, Frankfurt 1983, S. 344 ff.

³⁶ Detailinformationen von der Kreisverwaltung Trier-Saarburg.

³⁷ Trierischer Volksfreund vom 4.9.1992: „Naturpark-Zentrum soll nach Reins-

feld“

³⁸ Mattar, a.a.O., S. 349 ff.; Horst Kuhn, Die Primstalsperre - Wasser für das Land, in: Die Gemeinde Nonnweiler, 1982, a.a.O., S. 44-52

³⁹ Freundliche Auskunft des Hermeskeiler Verbandsbürgermeister Winfried Sander vom 3.9.1992.

⁴⁰ Vgl. Otfried Jarren, Kommunale Kommunikation. Eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sublokaler Medien, München 1984, bes. S. 135 ff.; auch Rudolf Müller, Neue und alte Medien im Trierer Raum, in: Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 1987, S. 77-81

⁴¹ Als Überblick vgl. Robert H. Schmidt, Grenzüberschreitende Publizistik in Rundfunk, Tagespresse und Zeitschriften der Großregion Saarland-Westpfalz-Lothringen-Luxemburg-Trier, Darmstadt 1978

⁴² Freundliche Mitteilung der Vertriebsleitung des TV.

⁴³ Hermeskeil gestern und heute, a.a.O., S. 111

⁴⁴ Freundliche Auskunft des RuH-Redakteurs Bernd Willems, Hermeskeil, vom 3.9.1992.

⁴⁵ Außer Betracht bleibt hier der Arbeitskreis Heimatkunde im Hermeskeiler Johanneshaus, da kein e.V.; Stand der Recherche: September 1992.

⁴⁶ Freundliche Auskunft von Robert Schuler, Otzenhausen, vom 3.9.1992. Es befindet sich aber ein Bildband „Hochwald - Landschaft und Geschichte“ unter Beteiligung von Hermeskeiler Autoren in Vorbereitung.

⁴⁷ Eine Übersichtskarte bei Heinz Fischer, Rheinland-Pfalz und Saarland. Eine geographische Landeskunde, Darmstadt 1989, S. 186

Die Kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform

Durchführung und Auswirkungen im Landkreis St. Wendel

Von Josef Mailänder

1. Ausgangslage vor der Gebiets- und Verwaltungsreform im Saarland

Die territoriale Neugliederung der Gemeinden und Landkreise (Gebietsreform) und die Neuordnung der Verwaltungszuständigkeiten (Verwaltungsreform) wurden seit 1965 in allen Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. In der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg waren erhebliche strukturelle Veränderungen mit der Fortentwicklung der Industriegesellschaft verbunden, die zu immer stärker werdenden Verflechtungen aller Lebensfunktionen nicht nur in städtischen Zentren, sondern auch in Stadt-Umland-Bereichen und in ländlichen Gebieten sowie dieser Regionen untereinander führten. Die Bodenständigkeit der früheren Agrargesellschaft wurde in der industriellen Wirtschaft durch intensive Pendlerbeziehungen und eine generelle Zunahme der Mobilität der Menschen aufgelockert. Hiermit war ein persönlicher Erfahrungs- und Informationsaustausch verbunden, der die Erwartung der Bürger aufkommen ließ, in ihrer Wohngemeinde eine gleichartige öffentliche Grundausstattung wie in der Stadt zu erhalten. Die weitere Forderung, auch wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen, setzte voraus, die Infrastruktur den in städtischen Gebieten gesetzten Maßstäben anzupassen.

Das aus dieser Erwartungshaltung der Bürger abgeleitete politische Ziel der Schaffung vergleichbarer Lebensverhältnisse in ländlichen wie in Ballungsräumen konnte nur bei gleichzeitiger Bildung größerer kommunaler Gebietseinheiten mit qualifizierten Verwaltungen und entsprechender Finanzkraft erreicht werden.

Gemessen an diesen Planungs- und Leistungsanforderungen, waren vor allem die kleinen Gemeinden nicht mehr in der Lage, das ihnen in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz und in allen Länderver-

fassungen und Gemeindeverordnungen gewährte Recht zu verwirklichen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft „im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. Parallel zu dieser Entwicklung wurde die aus der verfassungsrechtlichen Selbstverwaltungsgarantie abgeleitete „Allzuständigkeit der Gemeinden mit der quantitativen Zunahme administrativer Vollzugsaufgaben - z.B. erheblichen Kompetenzerweiterungen im sozialen Bereich (Sozialhilfe u.a.m.) immer mehr eingengt“. Durch die überwiegend aus dem 19. Jahrhundert stammenden Gebietszuschnitte der Gemeinden und Landkreise waren diesen schon in der räumlichen Planungszuständigkeit in bezug auf die gewachsenen Aufgaben zu enge Grenzen gesetzt. Die dem Gebietszuschnitt entsprechenden geringen Bevölkerungszahlen bedingten gleichzeitig eine so begrenzte finanzielle Leistungskraft, daß weder der Bau noch die Unterhaltung zentraler Versorgungseinrichtungen von einzelnen Gemeinden finanziell darstellbar war.

Die Gebietsreform war daher in allen Bundesländern von dem Bestreben geprägt, größere kommunale Gebietseinheiten zu bilden, die mit einer ihren Aufgaben adäquaten Verwaltung und einer ausreichenden Finanzkraft ausgestattet sein sollten.

Mit der territorialen Neugliederung war als wesentliches Ziel auch die Verwaltungsreform verbunden. Verwaltungszuständigkeiten sollten dabei im Interesse größerer Bürgernähe nicht nur auf die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden, sondern auch auf die Gemeinden übertragen werden.

1.1. Historische Entwicklung der kommunalen Gliederung im Saarland

Die kleinen Gemeinden im ländlichen Raum verfügten mit Ausnahme des ehrenamtlichen Bürgermeisters im allgemeinen über

kein eigenes Verwaltungspersonal. Diese Gemeinden waren bis zur Gebietsreform, also bis 31. Dezember 1973, zu Ämtern zusammengeschlossen, die ihre gebietliche und kommunalverfassungsrechtliche Grundlage in der französischen Verordnung vom 30. Juni 1802 über die Zusammenfassung mehrerer Gemeinden unter der Verwaltung eines Maire (Bürgermeister) hatten.²

Die Umwandlung dieser Mairien in Rheinische Landbürgermeistereien erfolgte nach 1816. Gemäß § 7 der Rheinischen Landgemeindeverordnung von 1845 bildeten mehrere Gemeinden für die Zwecke der allgemeinen staatlichen Verwaltung einen Verwaltungsbezirk bzw. eine Bürgermeisterei. Diese war gleichzeitig „in Ansehung solcher Angelegenheiten, welche für alle zu der Bürgermeisterei gehörigen Gemeinden ein gemeinschaftliches Interesse haben“, ein Kommunalverband mit den Rechten einer Gemeinde. Im Jahre 1868 gab es im Gebiet des heutigen Saarlandes bereits 40 Bürgermeistereien mit 288 „Spezialgemeinden“. Diese Bürgermeistereien waren zum großen Teil mit den bis 31. Dezember 1973 noch bestehenden Ämtern identisch.³

Mit der Einführung der Preußischen Amtsordnung vom 08. Oktober 1934 (GS S. 393) zum 1. August 1935 (RG Bl. I S. 1055) wurden die Bürgermeistereien in den ehemals preußischen Kreisen des Saarlandes in Ämter umgewandelt.

Durch Anordnung der Verwaltungskommission des Saarlandes vom 26. Februar 1947 (Amtsblatt S. 98) wurden die früheren Ämter in Verwaltungsbezirke übergeleitet bzw. wurden solche im ehemals bayerischen Teil des Saarlandes gebildet. Mit dem Inkrafttreten der Saarländischen Gemeindeordnung vom 10. Juli 1951 (Amtsbl. S. 995) sind diese wiederum zu „Ämtern I“ umbenannt worden. Das Kommunal selbstverwaltungsgesetz vom 15. Januar 1964 (GemO, Amtsbl. S. 123 ff.) enthielt im Teil B (Amtsbl. S. 142) als besondere Regelung die Amtsordnung.

Nach § 1 Abs. 1 AmtsO waren die Ämter „Verbände benachbarter Gemeinden eines Landkreises mit dem Rechtsstatus der Körperschaften des öffentlichen Rechts“. Sie erfüllten nach Abs. 2

die sich aus der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden öffentlichen Aufgaben mit dem Ziele, die amtsangehörigen Gemeinden in der Verwaltungsführung zu unterstützen. Ihre Angelegenheiten regelten sie nach Abs. 3 im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung. Nach 4 Abs. 1 AmtsO erfüllten sie auch die ihnen und den amtsangehörigen Gemeinden übertragenen staatlichen Aufgaben nach Weisung, also die Auftragsangelegenheiten.

Der Amtsvorsteher war gesetzlicher Vertreter des Amtes (18 Abs. 1 AmtsO) und leitete nach Abs. 2 die Verwaltung. Seine Berufung erfolgte nach § 17 Abs. 1 AmtsO hauptamtlich auf 10 Jahre. In den Ämtern, in denen bei Inkrafttreten dieser Amtsordnung die Stelle des Amtsvorstehers ehrenamtlich (so im ehemals bayrischen Landesteil) verwaltet wurde, konnte diese Regelung fortgeführt werden (§ 24 Abs. 1 AmtsO). Der Amtsrat als Beschlußorgan bestand nach § 14 Abs. 1 AmtsO aus den Bürgermeistern der amtsangehörigen Gemeinden und weiteren von den Gemeinderäten der amtsangehörigen Gemeinden zu berufenden Mitgliedern. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich viele größere amtsangehörige Gemeinden bemüht, amtsfrei zu werden. Neun Verwaltungsbezirke bzw. Ämter sind bis Ende 1973 aufgelöst worden. Hierbei wurden 31 Mitgliedsgemeinden amtsfrei.

Unabhängig von der Amtszugehörigkeit konnten die Gemeinden nach § 9 Abs. 1 GemO zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben Zweckverbände oder Arbeitsgemeinschaften bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. Für die Bildung von Zweckverbänden galt im Saarland das Reichszweckverbandsgesetz vom 06.06.1939 (RG Bl. I. S. 979) in der Fassung des Gesetzes vom 12.05.1965 (Amtsbl. S. 441) als Landesrecht fort. Das Zweckverbandsgesetz wurde erst nach der Gebietsreform durch das Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 26. Februar 1975 (Amtsbl. S. 490) abgelöst.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken war nach § 4 Abs. 4 GemO bis zur Gebietsreform die einzige kreisfreie Stadt im Saarland.

1.2 Gemeinden und engere Gemeindeverbände im Bundesgebiet

Die erläuterten Reformziele bei der Bildung größerer Gemeinden waren aus der Natur der Sache in allen Flächenstaaten der Bundesrepublik unbestritten. Dennoch blieb die frühere Struktur auf die kommunalverfassungsrechtliche Organisationsform und den Gebietszuschnitt der größeren Gemeinden nicht ohne Einfluß. Aus diesem Grunde kam es in den einzelnen Ländern nicht zu vollübereinstimmenden, aber im allgemeinen doch ähnlichen Einwohnerrichtzahlen. Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Hessen wurde der Einheitsgemeinde als Organisationsform der Vorzug eingeräumt. Zur Stärkung der Leistungskraft der kleineren ländlichen Gemeinden wurden in Teilen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz engere Gemeindeverbände nach der Gebietsreform beibehalten bzw. neu eingeführt,

LANDKREIS kreisfreie Stadt	Zahl der Gemeinden	Fläche (qkm)	Einwohner (31. 12. 73)	Bevölkerungsdichte (Einw./qkm)
Saarbrücken	41	334,13	262.312	785
Saarlouis	56	440,91	205.893	467
Merzig - Wadern	84	550,76	102.552	186
Ottweiler	35	259,48	164.071	632
St. Wendel	74	483,90	92.725	192
St. Ingbert	27	206,91	81.481	394
Homburg	27	238,52	80.238	336
Stadt Saarbrücken	1	52,94	123.006	2.324
SAARLAND	345	2.567,55	31.111.878	433

für die bundesweit als Richtmaß eine Mindestgröße von 5.000 - 7.000 Einwohner galt.

Als engere Gemeindeverbände sind dabei Zusammenschlüsse mehrerer kreisangehöriger Gemeinden bei Aufrechterhaltung ihrer rechtlichen Selbständigkeit zu verstehen. Zu unterscheiden sind die nach ihrer Gesamtstruktur und den geringeren Kompetenzen organisatorisch schwächeren Verwaltungsgemeinschaften

in Baden-Württemberg und Bayern von den Ämtern in Schleswig-Holstein, den Samtgemeinden in Niedersachsen und den Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Die engeren Gemeindeverbände sind in den Gemeindeordnungen der Länder teils als fakultative Organisationsmodelle angeboten, teils als verbindliche Gestaltungsformen für die kleineren kreisangehörigen Gemeinden vorgegeben.

1.3 Die Verbandsgemeinde als Alternative zur Einheitsgemeinde

Da die Verbandsgemeinde nach rheinland-pfälzischem Muster in der politischen Diskussion als Reformalternative zur Einheitsgemeinde in Erwägung gezogen und von Teilen der CDU-Saar sogar favorisiert wurde, sollen die wesentlichsten verfassungsrechtlichen Unterschiede dargestellt werden. Der Einheitsgemeinde mit Ortschaftsverfassung ist der umfassende Aufgabenbereich im Sinne der „Allzuständigkeit“ der Gemeinde zuge-

ordnet, wobei nur Einzelaufgaben oder besondere Aufgabengruppen mit örtlichem Bezug oder begrenzter Auswirkung der Ortschaft zur selbständigen Entscheidung oder auch nur zur Ausführung übertragen werden. Bei zweistufigen engeren Gemeindeverbänden - wie der Verbandsgemeinde - erfolgt die Aufgabenverlagerung entgegengesetzt: Ausgehend von dem umfassenden Aufgabenbereich der Einzelgemeinde ordnet der Gesetzgeber die Aufgabenübertragung auf den Gemeindeverband unmittelbar durch Gesetz an oder läßt sie durch Entscheidung der Beschlußorgane auf die höhere kommunale Stufe zu.⁵ Durch die unmittelbare Wahl der Beschlußorgane in Verbindung mit einer bedeutenden eigenen Aufgabenausstattung für den Verband ist dessen demokratische Verknüpfung mit den Bürgern der Ortsgemeinden sit-

ten in Baden-Württemberg und Bayern von den Ämtern in Schleswig-Holstein, den Samtgemeinden in Niedersachsen und den Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Die engeren Gemeindeverbände sind in den Gemeindeordnungen der Länder teils als fakultative Organisationsmodelle angeboten, teils als verbindliche Gestaltungsformen für die kleineren kreisangehörigen Gemeinden vorgegeben.

chergestellt. Dem Beschlußorgan steht der Bürgermeister als vollziehendes Organ gegenüber.

Durch Gesetz ist den Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz eine Vielzahl von Selbstverwaltungsaufgaben übertragen worden. Hinzu kommt schließlich die Erfüllung der ihnen durch die Ortsgemeinden übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben sowie die Wahrnehmung der ihnen übertragenen staatlichen Aufgaben.

Die Bildung der Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz erfolgte auch in der Überlegung, daß die zunehmenden Verpflichtungsbeziehungen bei den Bürgern der einzelnen Mitgliedsgemeinden ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugen. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte die Einheitsgemeinde als Organisationsform die Verbandsgemeinde ablösen.

1.4 Kommunale Gliederung des Saarlandes vor der Gebietsreform

Im Saarland belief sich am 31. Dezember 1973 die Zahl der amtsfreien Gemeinden auf 60, der amtsangehörigen auf 284, wobei allein die Stadt Saarbrücken kreisfrei war. Von den 345 Gemeinden hatten 12 unter 200 und 60 über 201 bis 500 Einwohner. Fast die Hälfte, nämlich 153 Gemeinden, wies 501 bis 2.000 Einwohner aus. Stark besetzt war mit 70 Gemeinden auch die Größenklasse von 2.001 bis 5.000 Einwohnern, wobei lediglich 32 Gemeinden 5.001 bis 10.000 Einwohner hatten. Nur 9 Gemeinden gehörten der Größenklasse 10.001 bis 15.000 und ebenfalls 9 der Größenklasse 15.001 bis 125.000 Einwohner an.

Die 284 amtsangehörigen Gemeinden bildeten 42 Ämter als engere Gemeindeverbände, von denen 6 nur bis 2.000 Einwohner und 4 nur 2.001 bis 5.000 Einwohner hatten. 7 Ämter gehörten der Größenklasse 5.001 bis 10.000 und 14 der Größenklasse 10.001 bis 15.000 Einwohner an. Weitere 7 Ämter wiesen 15.001 bis 20.000 und nur vier 20.001 bis 32.000 Einwohner aus. Die Bevölkerungszahl des Saarlandes belief sich am 31.12.1973 auf 1.111.878 Einwohner bei einer Gesamtfläche des Landes von 2.567,55 qkm. Auch die Struktur der Landkreise zeigte nach Anzahl der Gemeinden, Fläche, Einwohnerzahl und der Bevölkerungsdichte ein sehr unterschiedliches Bild:

1.5. Der Gebietzuschnitt des Landkreises St. Wendel vor der Gebietsreform

Der Landkreis St. Wendel (im weiteren Text nur Landkreis genannt) entstand in den Grenzen vor der Gebietsreform erst 1946 und 1947 im Zuge der Neuorganisation des Saarlandes und des Landes Rheinland-Pfalz. Die räumliche Verwaltungsorganisation innerhalb des Landkreises wurde erst 1959 mit der Ausgliederung Marpingens als amtsfreie Gemeinde aus dem Amt St. Wendel-Land vorläufig abgeschlossen.

In seinem Gebietszuschnitt vor der Reform bestand der Landkreis rund 25 Jahre, wobei die kreisangehörigen Ämter bzw. Gemeinden in ihrem geschichtlichen Werdegang über lange Zeiträume verschiedene regionale Zuordnungen auch über die Landesgrenzen hinweg erfuhren. Der Blick über die Landesgrenze beeinflusste daher auch die Planungsüberlegungen der Gebietsreform. Der Landkreis umfaßte mit seinen 92.725 Einwohnern vor der Territorialreform rund 8 % der saarländischen Bevölkerung. Von der Fläche her war er mit 483,93 qkm unter den 7 Landkreisen der zweitgrößte, wobei er der Bevölkerung nach erst die 5. Stelle einnahm.

1.6 Kommunale Gliederung des Landkreises am 31.12.1973

Mit der Kreisstadt St. Wendel und der Gemeinde Marpingen wurde der Landkreis von zwei amtsfreien und weiteren 72 Gemeinden gebildet, die sechs Ämtern angehörten. Die nachstehenden Ämtern bestanden am 31.12.1973 aus folgenden Gemeinden:

Amt Niederkirchen I.O.

6 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 27,89 qkm und insgesamt 3.886 Einwohnern: Bubach i.O., Hoof, Marth, Niederkirchen i.O., Osterbrücken, Saal

Amt Nohfelden

18 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 138,23 qkm und insgesamt 15.304 Einwohnern: Asweiler, Bosen, Eckelhausen,

Eisen, Eitzweiler, Eiweiler, Freisen, Gonneseweiler, Mosberg-Richweiler, Neunkirchen/Nahe, Nohfelden, Schwarzenbach, Selbach, Sötern, Steinberg-Deckenhardt, Türkismühle, Walhausen, Wolfersweiler

Amt Nonnweiler

9 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 70,28 qkm und insgesamt 8.896 Einwohnern: Bierfeld, Braunshausen, Buweiler-Rathen, Kastel, Kostenbach, Nonnweiler, Otzenhausen, Primstal, Sitzerath

Amt Oberkirchen-Namborn

17 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 66,26 qkm und insgesamt 14.552 Einwohnern: Baltersweiler, Eisweiler, Furschweiler, Gehweiler, Grügelborn, Haupersweiler, Heisterberg, Hirstein, Hofeld-Mausbach, Leitersweiler, Namborn, Oberkirchen, Pinsweiler, Reitscheid, Roschberg, Schwarzerden, Urweiler

Amt St. Wendel-Land

13 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 100,41 qkm und insgesamt 23.596 Einwohnern: Alsweiler, Bliessen, Dörrenbach, Gronig, Gudesweiler, Mainzweiler, Niederlinxweiler, Oberlinxweiler, Oberthal, Remmesweiler, Urexweiler, Werschweiler, Winterbach

Amt Tholey

9 Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 54,73 qkm und insgesamt 11.947 Einwohnern: Bergweiler, Hasborn-Dautweiler, Lindscheid, Neipel, Scheuern, Sotzweiler, Theley, Tholey, Überroth-Niederhofen.

Hinzu kamen die kreisfreien Kommunen St. Wendel mit 9.876 Einwohnern und einer Fläche von 13,54 qkm sowie Marpingen mit 4.668 Einwohnern und einer Fläche von 12,56 qkm.

Von den 74 Gemeinden wiesen 45 unter 1.000, weitere 15 über 1.000 bis 2.000 und nur 9 Gemeinden 2.001 - 3.000 Einwohner aus. Rund die Hälfte der Kreisbevölkerung lebte in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern. Die Bevölkerung der ein-

zelnen Ämter, die zum Teil in den Grenzen vor der Gebietsreform seit über 150 Jahren bestanden, hatte ein ausgeprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, das sowohl Verflechtungsbeziehungen wie auch Versorgungsfunktionen mitbestimmte und daher auch bei der Reform berücksichtigt werden mußte.

1.7 Interkommunale Zusammenarbeit im Landkreis vor der Gebietsreform

Die unzulängliche Verwaltungs- und Finanzkraft der kreisangehörigen Gemeinden wurde schon aufgrund ihrer Größenstruktur in besonderer Weise deutlich. Gemeinden dieser Größenordnung konnten zur Erfüllung ihres Verfassungsauftrages, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln, nicht in der Lage sein.

So waren die Gemeinden vor der Gebietsreform vielfach gezwungen, für den Bau und die Unterhaltung von Infrastrukturanlagen (z. B. Hauptschulen, Schwimm- und Mehrzweckhallen) im Rahmen wirtschaftlicher Einzugsbereiche, aber auch für Zwecke der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung oder für Aufgaben der Forstbetriebe Zweckverbände zu bilden. „Immer örtlich verstandene kommunale Aufgaben entrückten den Gemeinden immer mehr und konnten im Laufe der Zeit auch von den juristisch anders gestalteten Organisationsformen interkommunaler Zusammenarbeit (Zweckverbände u.a.) nur noch unzureichend erfüllt werden“⁷

Die durch die Kommunalverfassung vor der Gebietsreform vorgegebenen organisatorischen Unzulänglichkeiten der Verwaltung und die durch den Gebietszuschnitt der Gemeinden begrenzte Veranstaltungs- und Finanzkraft zeigten sich in ihrer ganzen Bandbreite auch im Landkreis.

2. Zielsetzung und Grundsätze der Reform im Saarland

Die entscheidende Phase der Gebiets- und Verwaltungsreform begann im Saarland als einzigem Bundesland mit der Diskussi-

on eines Vorschaltgesetzes, das zur Sicherung einer einheitlichen Neugliederung die wesentlichsten Ziele und Grundsätze festlegen sollte.

Unmittelbar vor der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes war die politische Diskussion von dem Bemühen der CDU-Mehrheitsfraktion des Landtages geprägt, mit der SPD-Opposition eine interfraktionelle Übereinstimmung hinsichtlich der Grundsätze über eine Gebiets- und Verwaltungsreform zu erzielen. Im Verlaufe dieses Abstimmungsprozesses wurde die von Teilen der CDU favorisierte Verbandsgemeinde als Regelorganisationsform oder doch zumindest als Kann-Lösung für die neuzubildenden Gemeinden im ländlichen Raum aufgegeben. Von den Sozialdemokraten wurde der Einheitsgemeinde von Anfang an der Vorrang eingeräumt, wobei die Verbandsgemeinde allenfalls als vermeidbarer Umweg hierzu bewertet wurde.

In den CDU-Entwurf zum Vorschaltgesetz wurden nach Abstimmung der Fraktionsspitzen noch andere für die SPD-Opposition wesentliche Punkte übernommen, wie z.B. die verbindliche Verknüpfung der Funktionalreform mit der Gebietsreform in Abs. 2. Die SPD zeigte sich unter anderem darin kompromißbereit, daß ihr Reformkonzept einer Regionalkreislösung mit den drei Regionen - Großraum Saarbrücken, Westsaar und Ostsaar im Vorschaltgesetz keine Berücksichtigung fand (siehe 2 Abs.2 GVRG). Zur Begründung ihres Regionalkreisvorschlags verwies die SPD unter anderem auf die Länderneugliederung, nach der die drei Regionen des Saarlandes mit starken Wirtschaftsregionen anderer Bundesländer wettbewerbsfähig sein sollten. Nachdem sich, abgesehen von den drei von der SPD gewünschten Regionalkreisen für das Saarland, die beiden Landtagsparteien in den meisten Grundsätzen über eine Gebiets- und Verwaltungsreform geeinigt hatten, wurde das Vorschaltgesetz am 17. Dezember 1970 im Landtag von allen Parteien verabschiedet.

2.1 Die Formulierung der Reformziele im Vorschaltgesetz

Die oben aufgezeigten Beweggründe und Notwendigkeiten der Gebietsreform, die im gesamten Bereich der Bundesrepublik

Deutschland zwischen den Parteien unbestritten waren, wurden im Gesetz Nr. 928 zur Vorbereitung der kommunalen Gebiets- und der Verwaltungsreform im Saarland (GVRG) vom 17. Dezember 1970 (Amtsbl. S. 852 ff.) wie folgt konkretisiert:

§ 1 - Zielsetzung

(1) Das Gebiet der Gemeinden und Landkreise ist durch Gesetz (Neugliederungsgesetz) neu zu gliedern mit dem Ziel, größere leistungsfähigere Verwaltungseinheiten zu schaffen, um das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Bevölkerung entsprechend den Erfordernissen der modernen Industrie- und Leistungsgesellschaft nachhaltig zu fördern und zu sichern. Dabei sind die Erfordernisse der Raumordnung, insbesondere die Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen des zu gliedernden Gebietes zu berücksichtigen. Daneben sind überregionale Gesichtspunkte einer gemeinsamen Raumordnung in die Überlegungen mit einzubeziehen.

(2) Die Zuständigkeiten der öffentlichen Verwaltung sind gleichzeitig neu zu ordnen. Hierbei sind grundsätzlich die Einheit, die Einräumigkeit und die Ortsnähe der Verwaltung anzustreben“.

Nach §2 Abs. 1 GVRG war der Großraum Saarbrücken so neu zu gliedern, daß die Landeshauptstadt die wachsenden Aufgaben als Wirtschafts-, Verwaltungs- und Kulturzentrum des Landes erfüllen könne. Das Gebiet der Kreise war nach Abs. 2 „so neu zu gliedern, daß sie unter Berücksichtigung des neuen Größenzuschnitts der kreisangehörigen Gemeinden ihre überörtlichen öffentlichen Aufgaben erfüllen und dabei insbesondere ihrer Ausgleichsfunktion als übergemeindlicher Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturträger gerecht werden können“.

Nach Abs. 3 waren bei der Neugliederung der Gemeinden Einheitsgemeinden zu bilden. Sie sollten, „um ihre Verwaltungskraft als Träger der öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft voll umsetzen zu können, in der Regel mindestens 8.000, im Verdichtungsraum in der Regel mindestens 15.000 Einwohner haben.“

Zentrale Orte und zentralörtliche Verflechtungsbereiche

Zentraler Ort und Gemeinden des Verflechtungsbereiches	Zahl der Einwohner am zentralen Ort	Zahl der mitversorgten Einwohner	Zahl der Einwohner des Verflechtungsgebietes	Verhältnis Spalte 2 zu Spalte 3
Marpingen (Grundzentrum) mit Alsweiler, Berschweiler, Urexweiler	4.631	6.213	10.844	1 : 1,3
Nohfelden-Türkismühle (Grundzentrum) mit Amt Nohfelden (außer Schwarzenbach, Eiweiler, Selbach, Freisen)	2.098	8.373	10.471	1 : 4
Nonnweiler-Otzenhausen (Grundzentrum) mit Bierfeld, Otzenhausen, Schwarzenbach, Brauns- hausen, Kastel, Eiweiler, Primstal	2.121	6.270	8.391	1 : 2,9
Oberkirchen-Freisen (Grundzentrum) mit Schwarzerden, Reitscheid, Haupersweiler, Osterbrücken	5.344	1.950	7.294	1 : 0,4
Oberthal (Grundzentrum) mit Bliesen, Güdesweiler, Gronig, Selbach	3.197	6.570	9.767	1 : 1,2
Tholey-Theley (Grundzentrum) mit Hasborn-Dautweiler, Bergweiler, Sotzweiler	4.809	4.697	9.506	1 : 0,9
St. Wendel (Mittelzentrum) mit Amt Nohfelden (außer Schwarzenbach und Eiweiler), Amt Niederkirchen-Namborn, Amt St. Wendel-Land (außer Mainzweiler), Amt Tholey (außer Neipel, Scheuern, Lindscheid und Überroth-Niederhofen, Marpingen, Berschweiler	10.030	70.374	80.404	1 : 7,0

Notwendige Folge war die Auflösung der Ämter (4 GVRG). Zur Förderung der Teilnahme der Bürger an der Verwaltung in den größeren Gemeinden war in 3 GVRG die Bildung von Ortsräten vorgesehen. Freiwillige Gebietsänderungen konnten

bis zum Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes durchgeführt werden, wenn sie der Zielsetzung des Vorschaltgesetzes nicht widersprachen. Derartige territoriale Neugliederungen kamen aber nicht zustande. Durch die Bildung von Einheitsgemeinden durfte die Entwicklung von zentralen Orten nicht beeinträchtigt werden (2 Abs. 3 GVRG).

2.2 Der Raumordnungsteilplan „Zentrale Orte (Dienstleistungszentren)“

Im Vorgriff auf die Gebietsreform und wohl zur Strukturierung der politischen Diskussion des Entwurfes des Neugliederungsgesetzes brachte der Minister des Innern mit Schreiben vom 26.08.1971 den Entwurf des Raumordnungsteilplanes „Zentrale Orte (Dienstleistungszentren)“ bei den Landkreisen und Kommunen in die Anhörung.

Mit diesem Plan sollte die räumliche Verteilung der Dienstleistungen nach Schwerpunkten festgelegt werden. Räumlich erstreckte er sich auf das gesamte Saarland und sachlich auf öffentliche Dienstleistungen wie öffentliche Dienststellen und Anstalten des öffentlichen Rechts, Krankenhäuser, Bildungsstätten, Sportstätten, Verkehrseinrichtungen und Gerichte sowie auf private Dienstleistungen wie Handel, Kreditinstitute, Versicherungen und sonstiges privates Dienstleistungsgewerbe.

Wegen der im Plan selbst erläuterten Bindungswirkung und in Ansehung der Regelung des 2 Abs. (3) S. 3 GVRG, nach der die Bildung von Einheitsgemeinden die Entwicklung zentraler Orte nicht beeinträchtigen durfte, wurde generell der vorgenannte Raumordnungsteilplan als Vorwegnahme der gesetzlichen Neugliederung bewertet. Der Minister des Innern setzte wegen dieser Bedenken das weitere Verfahren für den Erlaß des Planes aus, der bis heute nicht verabschiedet wurde.

Da die im Raumordnungsteilplan entworfenen raumordnerischen Vorstellungen dennoch wesentliche Planungsgrundlagen für die Gebietsreform waren, soll der Inhalt des Raumordnungs- teilplanes für den Landkreis hier wiedergegeben werden.

Die Differenzierung der Versorgungsorte in „Selbstversorgungsorte“ und „Zentrale Orte“ wurde im Plan von dem überörtlich wirksamen Bedeutungsüberschuß der Dienstleistungen abhängig gemacht. Je nach Häufigkeit, Qualität und Verschiedenartigkeit der angebotenen Dienstleistungen bzw. Waren wurde unterschieden in:

- Grund- und Unterzentren (mit einem Nahbereich als Veflechtungsbereich)
- Mittelzentren (mit einem Nah- und einem Mittelbereich als Verflechtungsbereiche)
- Oberzentren (mit je einem Nah-, Mittel- und Oberbereich als Verflechtungsbereiche).

Als Einwohnerrichtzahlen einschließlich der Versorgungsbereiche wurden bei Selbstversorgungsorten und Grundzentren jeweils mindestens 8.000, bei Unterzentren 15.000, bei Mittelzentren 40.000 und bei Oberzentren 250.000 Einwohner angenommen. Die zentralen Orte und ihre zentralörtlichen Versorgungsbereiche im Landkreis wurden in Anlage 6 des Planes ausgewiesen: (siehe Tabelle auf der folgenden Seite)

Der Kreistag des Landkreises hatte in seiner Sitzung am 24. September 1971 unter Vorsitz von Landrat Werner Zeyer zu dem Entwurf eines Raumordnungsteilplanes Stellung genommen. Hierbei bestand Einvernehmen, daß der Versorgungs- bereich des Mittelzentrums St. Wendel möglichst das gesamte Kreisgebiet umfassen müsse und es daher nicht angehe, die Gemeinden Eiweiler und Schwarzenbach des Amtes Nohfelden mit dem gesamten Amt Nonnweiler dem Mittelzentrum Wadern, die Bohnentalgemeinden Neipel, Scheuern, Lindscheid und Überroth-Niederhofen dem Mittelzentrum Lebach sowie die Gemeinde Mainzweiler aus dem Amt St. Wendel-Land dem Mittelzentrum Ottweiler zuzuordnen. Hierbei wurde auch darauf hingewiesen, daß die Landesgrenze nicht die Grenze des Versorgungs- bereiches des Mittelzentrums St. Wendel darstelle, da diese bis in die Kreise Kusel und Birkenfeld hineinreiche. Sowohl der Zuschnitt der Versorgungsbereiche der im Plan ausgewiesenen Grundzentren wie auch deren zum Teil bipolare Be- zeichnung (z. B. Tholey-Theley) wurde in dieser Sitzung kon-

trovers diskutiert. Der Minister des Innern wurde schließlich ge- beten, die Ausweisung weiterer Grundzentren im Ostertal und im Bereich Namborn zu prüfen und keine die Gebietsreform bindenden Regelungen mit dem Plan vorwegzunehmen.

2.3. Der Schlußbericht der Arbeitsgruppe beim Minister des Innern

Noch bevor der Raumordnungsteilplan „Zentrale Orte“ im Herbst 1971 in die Anhörung gegangen war, hatte der Minister des Innern eine Arbeitsgruppe berufen, die einen Modellentwurf zur Kommunalen Gebietsreform im Saarland zu erarbeiten hatte. Diese traf sich am 30. März 1971 zu ihrer konstituieren- den Sitzung und setzte sich wie folgt zusammen:

Ministeraldirektor Kurt van Recum, als Vorsitzender und
Ständiger Vertreter des Ministers des Innern,
Staatssekretär Dr. Anton Merz, Chef der Staatskanzlei,
Prof. Dr. Roman Schnur und Prof. Dr. Frido Wagener,
Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer,
Prof. Dr. Bruno Tietz,
Universität des Saarlandes, Saarbrücken,
Leitender Ministerialrat Alois Weyrath,
Leiter der Abteilung Landesplanung und Städtebau
im Ministerium des Innern.

Zur Sicherung einer einheitlichen Konzeption der Neugliede- rung im gesamten Landesbereich wurden von der Arbeitsgruppe allgemeine Grundsätze sowie Grundsätze für die Gemeinden und die Landkreise aufgestellt. Die Grundsätze wurden teilwei- se auch in die Begründung des Neugliederungsgesetzes (Lan- desdrucksache 6/1279 vom 31. August 1973, S. 12 ff.) wörtlich wie folgt übernommen:

2. Allgemeine Grundsätze

2.1 Durch die kommunale Gebietsreform sollen die kom- mu- nalen Verwaltungseinheiten so neu gegliedert werden, daß sie einerseits den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Anfor- derungen und andererseits den modernen administrativen Erfor- dernissen für mehrere Jahrzehnte gewachsen sind.

2.2. Die Einheit der Verwaltung auf Kreisebene (Eingliederung) ist anzustreben für die Katasterämter, die Gesundheitsämter, die Veterinärämter und die Schulämter. Die Einräumigkeit der Ver- waltung auf Kreisebene ist anzustreben für die Finanzämter, die Forstämter und die Amtsorte.

2.3. Die kommunale Gebiets- und die Verwaltungsreform soll auch die Neugliederung von Gebietskörperschaften nach der Länderreform mit berücksichtigen.

3. Maßstäbe für Gemeinden

3.1. Gemeinden in ländlichen Gebieten sollen in der Regel min- destens 8.000 Einwohner haben.

3.2. Gemeinden in Verdichtungsräumen sollen in der Regel min- destens 15.000 Einwohner haben.

3.3. Die Einwohnerzahl einer kreisangehörigen Gemeinde soll in keinem Fall mehr als ein Drittel der Einwohnerzahl des Kreises ausmachen.

3.4. Es sollen Gemeinden gebildet werden, deren Finanzkraft es ohne Gefährdung ihrer Veranstaltungskraft gestattet, eine haupt- amtliche Verwaltung von mindestens 20 Bediensteten zu tragen.

3.5. Gemeindeverwaltungen sollen nicht weiter als 10 Straßen- kilometer von dem äußeren Ende des Gemeindegebietes entfernt liegen.

3.6. Als Sitz der Gemeindeverwaltung soll der Ort vorgesehen werden, der am besten ausgestattet sowie am verkehrsgünstig- sten gelegen ist und die besten Entwicklungsmöglichkeiten hat. Hierfür wird sich im Regelfall der zentrale Ort anbieten.

3.7. In der Regel sollen die Grenzen der Nahbereiche die neuen Gemeindegrenzen bilden. Im Bereich von Selbstversorgungsorten und um Mittelzentren sind der städtebauliche Zusammen- hang und die Entwicklungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

4. Maßstäbe für Landkreise

4.1. Landkreise in überwiegend ländlichen Gebieten sollen in der Regel mindestens 150.000 Einwohner haben.

4.2. Ein Landkreis soll 8 bis 15 Gemeinden umfassen.

4.3. Landkreise sollen so groß sein, daß sie auch als Planungsraum für eine Kreisentwicklungsplanung geeignet sind.

4.4. Landkreise sollen in ihrem Gebiet eine finanzielle und strukturelle Ausgleichsmöglichkeit haben.

4.5. Der Sitz der Landkreisverwaltung soll nach der besten Erreichbarkeit für die Bevölkerung unter Berücksichtigung der vorhandenen Ausstattung bestimmt werden.

4.6. Landkreisverwaltungen sollen nicht weiter als 30 Straßenkilometer vom Mittelpunkt einer kreisangehörigen Gemeinde entfernt liegen.

4.7. Das Gebiet eines Landkreises soll möglichst mit dem Gebiet eines oder mehrerer Mittelzentren und ihrer Versorgungsbereiche übereinstimmen.

Die Arbeitsgruppe hielt die Neugliederung des Großraumes Saarbrücken für das Kernstück der Reform und machte für den Neuzuschnitt der Landeshauptstadt als dem unbestritten einzigen Oberzentrum des Landes drei Vorschläge, die im Schlußbericht als Modelle A, B und C dargestellt sind.⁹ Sie entschied sich schließlich im Grundsatz für die Bildung von 5 Kreisen im Saarland. In dem Umlandkreis Saarbrücken sollten im wesentlichen die nach den vorbeschriebenen Modellvorschlägen A bzw. B verbleibenden Gemeinden in den bisherigen Kreisen Saarbrücken und St. Ingbert mit der neuzubildenden Gemeinde Gersheim zusammengeschlossen werden.

Der Raum Neunkirchen-Ottweiler und Homburg sollte provisorisch den Kreis Neunkirchen-Homburg bilden, dessen Zusammenschluß nach der Länderneugliederung mit dem Raum Zweibrücken ins Auge gefaßt war. Die Kreise Saarlouis, Merzig und St. Wendel sollten, geringfügige Grenzkorrekturen ausgenommen, bestehen bleiben. Der Fortbestand der beiden letztgenann-

ten Kreise auch ohne Erreichen der von der Arbeitsgruppe mit 150.000 festgesetzten Einwohnerzahl wurde entscheidend mit dem Hinweis auf die Möglichkeit von Zusammenschlüssen nach der Länderneugliederung mit benachbarten Gebieten in Rheinland-Pfalz begründet.

Professor Dr. Wagener machte einen Alternativvorschlag zur Bildung von vier Landkreisen. 10 Dieses Vier-Kreise-Modell sah vor:

1. Kreis Saarlouis mit den Mittelbereichen Dillingen, Saarlouis, Lebach (ohne die Einheitsgemeinde Eppelborn) und Völklingen,

2. Kreis Neunkirchen mit den Mittelbereichen Neunkirchen (ohne die Einheitsgemeinden Illingen und Ottweiler sowie die Gemeinden Fürth und Lautenbach), Homburg, Blieskastel (zuzüglich der Gemeinde Bliesmengen-Bolchen) und der Einheitsgemeinde St. Ingbert,

3. Kreis Merzig mit den Mittelbereichen Merzig und Wadern sowie

4. Kreis St. Wendel mit dem Mittelbereich St. Wendel (zuzüglich der Einheitsgemeinden Eppelborn, Illingen und Ottweiler). Die genaue Abgrenzung der Kreise setzte die Erarbeitung des Vorschlags, welche Gemeinden im einzelnen künftig jeweils zu Einheitsgemeinden zusammengefaßt werden könnten, voraus. Für die Einheitsgemeinden des Kreises St. Wendel konkretisierte die Arbeitsgruppe unter TZ 6.511. ihren Vorschlag wie folgt:

42. Leitersweiler, Niederlinxweiler, Oberlinxweiler, Remmersweiler, St. Wendel, Urweiler, Winterbach

43. Bliesen, Gronig, Güdesweiler, Oberthal, Steinberg-Deckenhardt

44. Baltersweiler, Eisweiler, Furschweiler, Gehweiler, Heisterberg, Hirstein, Hofeld-Mauschbach, Namborn, Pinsweiler, Roschberg

45. Asweiler, Eitzweiler, Freisen, Grügelborn, Haupersweiler, Oberkirchen, Reitscheid, Schwarzerden

46. Bubach, Dörrenbach, Fürth, Hoof, Lautenbach, Marth, Niederkirchen, Osterbrücken, Saal, Werschweiler

47. Alsweiler, Bergweiler, Hasborn-Dautweiler, Sotzweiler, Theley, Tholey

48. Berschweiler, Marpingen, Urexweiler

49. Bierfeld, Braunshausen, Eiweiler, Kastel, Nonnweiler, Otzenhausen, Primstal, Schwarzenbach

50. Bosen, Eckelhausen, Eisen, Gonnweiler, Mosberg-Richweiler, Neunkirchen/Nahe, Nohfelden, Sötern, Türkismühle, Selbach, Walhausen, Wolfersweiler

Zur Versachlichung der Diskussion der Reform im Landkreis und zur Absicherung einer optimalen Entwicklungsplanung hatte Landrat Werner Zeyer mit Zustimmung des Kreistages bereits am 14.5.1971 dem Institut für Städtebau, Siedlungswesen und Kulturtechnik der Universität Bonn den Auftrag erteilt, ein Strukturgutachten zu erstellen. Nach einer Befragung aller Haushalte im Landkreis im Juli 1971 sollten von dem Institut unter Berücksichtigung der neuesten Strukturdaten der Volkszählung vom 27.5.1970

1. die zentralörtlichen Verflechtungen im Landkreis und - soweit möglich - über die Kreisgrenze auch nach Rheinland-Pfalz erfaßt,

2. die Entwicklungsziele in den Bereichen Industrie und Gewerbe, Fremdenverkehr, Infrastruktur und Verkehr

3. und Vorschläge zur künftigen Abgrenzung zentralörtlicher Verflechtungen ausgearbeitet werden.

Der Kreistag des Landkreises beriet in seiner Sitzung am 12.5.1972 bereits in Kenntnis vorläufiger Ergebnisse der Strukturuntersuchung den Schlußbericht der Arbeitsgruppe. Der Vorsitzende, Landrat Werner Zeyer, merkte zu dem Schlußbericht

kritisch an, daß dieser sich fast ausschließlich mit der Gebietsreform befaße und entgegen der Vorgabe des 1 Abs. 2 des Vorschaltgesetzes keine Angaben zur Funktionalreform enthalte. Die Vorstellungen der Arbeitsgruppe über die Abgrenzung zentralörtlicher Verflechtungen unterschieden sich teilweise ganz erheblich von den Ergebnissen des Strukturgutachtens. Dies sei umso unverständlicher, als der Vorentwurf des Gutachtens der Landesplanung bereits im Februar 1972 zugeleitet worden sei und dessen Feststellungen durch eine Befragung der Haushalte gesichert seien. Der Kreistag erwarte daher, daß die Ergebnisse der Strukturuntersuchung bei der Fertigung des Regierungsentwurfes zum Neugliederungsgesetz berücksichtigt würden.

Der Zuschnitt der neuen Einheitsgemeinde St. Wendel genüge nicht, um die von diesem starken Mittelzentrum ausgehenden Wachstumsimpulse nachhaltig zu fördern. Mit der Nichtzuordnung von Bliesen zu St. Wendel setze sich die Arbeitsgruppe zu ihrer eigenen Feststellung, daß St. Wendel auch für die Grundversorgung der Gemeinde Bliesen zentralörtliche Bedeutung habe, in Widerspruch.

Nach der Bekanntmachung über Schwerpunkte in regionalen Aktionsprogrammen vom 1.3.1971 (Bundesanzeiger Nr. 47 vom 10.3.1971) sei St. Wendel ausdrücklich mit Bliesen und Oberlinxweiler als übergeordneter industrieller Schwerpunkt ausgewiesen und erfordere daher in diesem Zuschnitt auch eine einheitliche Bauleitplanung. Die Stadt sei auch im Interesse der von ihr mitversorgten Orte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf diese Industrieflächen angewiesen. Auch Baltersweiler gehöre zum Versorgungsbereich von St. Wendel. Den Vorstellungen der Arbeitsgruppe, einzelne Gemeinden vom Landkreis abzutrennen, könne nicht gefolgt werden.

Die Zuordnung der Bohnentalgemeinden Überroth/Niederhofen, Lindscheid, Scheuern und Neipel zu Schmelz sei nicht sachgerecht, da nach dem Strukturgutachten in Tholey-Theley und Hasborn-Dautweiler doppelt so viele Berufseinpender in diesen Gemeinden arbeiten würden als in Schmelz und Lebach. Die schulische Orientierung der Bohnentalgemeinden zu der im

Sommer 1970 eröffneten Haupt- und Realschule in Theley sei eindeutig, so daß diese der neuen Einheitsgemeinde Schaumberg zuzuordnen seien.

Auch die Zuordnung von Mainzweiler zur Einheitsgemeinde Ottweiler entspreche weder den tatsächlichen Gegebenheiten noch dem Willen der Bevölkerung, wie sich aus der Stellungnahme der Gemeinde selbst ergebe. Schließlich müßten auch Sitzerath, Buweiler-Rathen und Kostenbach dem Amt Nonnweiler zugeordnet bleiben, da dies in Stellungnahmen dieser Gemeinden und des Amtrates gewünscht werde.

Die CDU-Kreistagsfraktion schloß sich im wesentlichen den Forderungen des Landrates an und begrüßte ausdrücklich, daß die Existenzberechtigung des Landkreises von der Arbeitsgruppe anerkannt worden sei, auch wenn die angenommene Regelgröße von mindestens 150.000 Einwohnern nicht erreicht werde. Ihr Fraktionsvorsitzender Robert Wagner empfahl daher, die Forderungen bezüglich des Zuschnittes des Landkreises zum Gegenstand einer gemeinsamen Entschließung zu machen und von einer Diskussion über die Zuordnung von Gemeinden zu Unterzentren Abstand zu nehmen.

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Hugo Sersch, erklärte hierauf, daß nach Auffassung seiner Partei, eine Neugliederung der Region Saar - also des Saarlandes - optimal in drei Kreisregionen erfolgen solle, wie sie im Entschließungsentwurf des SPD-Landesverbandes dargelegt werde. Eine Zusammenfassung des Verdichtungsraumes Saarbrücken habe zwingend zur Folge, daß zur Ausgewogenheit der Größenordnung annähernd gleichgroße und leistungsstarke Kreisregionen gebildet würden. Die Chancengleichheit für die Bürger im St. Wendeler Raum sei daher allenfalls durch das von Prof. Wagener vorgeschlagene 4-Kreis-Modell gewahrt, das mit 142.000 Einwohnern die in den Grundsätzen geforderte Mindestgröße noch nicht erreiche. #

Seine Partei halte daher als Minimalforderung der Gebietsreform am Entwurf des 4-Kreis-Modells fest. Den im 5-Kreis-Modell für die Stadt St. Wendel vorgesehenen Zuschnitt mit 20.000

Einwohnern erachte seine Fraktion für ausreichend. Bei einem größeren Kreiszuschnitt sei aber auch eine Vergrößerung der Stadt sinnvoll.

Nach einer Sitzungsunterbrechung erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, seine Fraktion werte das Fünf - Kreise - Modell „als eine im wesentlichen den Interessen des Kreises St. Wendel gerecht werdende Diskussionsgrundlage. Der vorgesehene Zuschnitt der Kreisstadt St. Wendel reiche nicht aus, um die von diesem Mittelzentrum ausgehenden notwendigen Wachstumsimpulse nachhaltig zu fördern“. Mit der Forderung nach der Regionalkreislösung habe sich die SPD-Kreistagsfraktion der Entscheidung des SPD-Landesvorstandes gebeugt. Dieser Vorschlag gipfele „in der Liquidation des Kreises St. Wendel und der Verlagerung des Kreissitzes nach Neunkirchen“. Die Sitzung endete mit einem Eklat, nachdem die CDU-Mehrheitsfraktion zum Ausdruck ihres Protestes den Sitzungssaal verlassen hatte.

2.4. Das Strukturgutachten und die Erörterung des Schlußberichts im Kreistag

Da in den Landtagsfraktionen und den Parteien auf Landesebene die Diskussion der Gebiets- und Verwaltungsreform Ende 1972 neu entfacht wurde, befaßte sich der Kreistag des Landkreises nach Fertigstellung des Strukturgutachtens in seiner Sitzung vom 8.2.1973 erneut mit dieser Frage. Unter Vorsitz des am 23.12.1972 in sein Amt eingeführten neuen Landrates Gerhard Breit stellten Prof. Dr. Ing. Edmund Gassner als Leiter und Dipl.- Ing. Dr. Josef Stegt als der für die Strukturuntersuchung zuständige Hauptsachbearbeiter des beauftragten Institutes dem Kreistag, den Amtsvorstehern und Behördenvertretern des Landkreises sowie mehreren Vertretern der Landesministerien die von ihnen erarbeitenden Vorstellungen für die Entwicklungsplanung des Landkreises und seiner Gemeinden im allgemeinen und im besonderen bezüglich der kommunalen Neugliederung vor.

Entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des Landkreises wurde im Gutachten dem weiteren Ausbau der Kreisstadt

St. Wendel beigemessen. Diesem Mittelzentrum sollten, bezogen auf den damaligen Kreiszuschnitt, als neue Einheitsgemeinden die Nahbereiche der sechs Unterzentren St. Wendel, Freisen/Oberkirchen, Nohfelden/Türkismühle, Nonnweiler/Otzenhausen, Tholey/Theley und Marpingen zugeordnet werden. Zum Mittelbereich St. Wendel sollten nach Auffassung der Gutachter auch Wadern und Ottweiler gehören, die als benachbarte „Mittelzentren mit Teilfunktion“ bzw. Grundzentren ihre Versorgungsfunktionen nicht in ausreichendem Maße erfüllen könnten, da ihre Einzugsbereiche zu klein seien und auch in absehbarer Zeit eine angemessene Größenordnung nicht erreichen würden.

Die Zuordnung von Mainzweiler zum Nahbereich Ottweiler und der Gemeinden Buweiler-Rathen und Kostenbach zum Nahbereich Wadern im Schlußbericht der Arbeitsgruppe wurde durch die Gutachter bestätigt. Diese stellten aber auch fest, daß den Nahbereichen der vorgenannten Unterzentren auch noch Gemeinden jenseits der Kreisgrenzen aus Rheinland-Pfalz zuzuordnen seien.

Bezüglich des Kreiszuschnittes räumte das Strukturgutachten dem im Schlußbericht der Arbeitsgruppe von Prof. Wagener vorgeschlagenen Vier - Kreise-Modell den Vorrang ein. Es ging hierbei davon aus, daß nach diesem Zuschnitt eine Größenordnung des künftigen Landkreises erreicht werde, die einmal an die in den Grundsätzen der Arbeitsgruppe verlangte Mindestgröße von 150.000 Einwohnern heranreiche und daher auch eher die Chance einer optimalen Kreisentwicklungsplanung und einer echten Verbesserung der Verwaltungsstruktur biete.¹²

Die Kreistagsfraktionen hatten sich bereits vor dieser Sitzung darauf verständigt, zu den von den Gutachtern festgestellten Nahbereichen der sechs vorgeschlagenen Unterzentren erst nach Vorlage des Entwurfes zum Neugliederungsgesetz Stellung zu beziehen. Dagegen hatten sie eine gemeinsame Resolution zur Gebiets- und Verwaltungsreform verfaßt, die der Kreistag auch einstimmig verabschiedete.

Der Kreistag wies in dieser Entschließung mit Nachdruck darauf hin, daß das Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingun-

gen und -chancen für die Bevölkerung der Region St. Wendel nur erreicht werden könne, wenn St. Wendel Kreissitz bleibe. Die Zentralität der Stadt Neunkirchen sei dagegen auch gesichert, ohne daß sie Kreissitz werde. Bei einer Verlegung des Kreissitzes würden die strukturell bedingten Nachteile des St. Wendeler Raumes gegenüber dem Ballungsgebiet Neunkirchen auch in die Zukunft fortgeschrieben. Dem Kreissitz St. Wendel komme auch in einem Kreis St. Wendel/Ottweiler eine geografisch zentralere Lage als Neunkirchen zu. Schließlich müsse auch aus landespolitischer Sicht dem Kreissitz St. Wendel der Vorzug eingeräumt werden, da die Verflechtungsbeziehungen dieser Stadt über die Landesgrenzen in das Birkenfelder und Kuseler Land bei einer Verlagerung des Kreissitzes nach Neunkirchen entscheidend geschwächt würden.

2.5. Das Drei-Kreis-Modell als „großer Wurf“

Politischer Hintergrund dieser Resolution, die sich bewußt auf die Forderung nach dem Erhalt des Kreissitzes St. Wendel beschränkte, war ein Beschluß der CDU-Landtagsfraktion vom 16.12.1972, Saarbrücken als Einheitsstadt auf 350.000 - 400.000 Einwohner zu vergrößern und das restliche Landesgebiet in einen Saar-West bzw. Saar-Ost-Kreis zu gliedern. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion bezeichnete diesen Vorschlag als „großen Wurf“ bzw. „Vorwärtsstrategie“, die bei der Reform durchgehalten werden könne. ¹³ Dieses Modell, das im wesentlichen mit dem Regionalkreismodell der SPD deckungsgleich war, führte umgehend zu erheblichen innenpolitischen Auseinandersetzungen bei der CDU. Innenminister Schnur stellte bereits am 23.12.1972 bei der Einführung des neuen Landrates Breit in St. Wendel klar, daß er gegen die Fraktionsmehrheit votiert habe.

Bereits in einer gemeinsamen Sitzung von CDU-Landesvorstand und Landtagsfraktion am 18. Januar 1973 wurde mehrheitlich dem Stadtverbandsmodell für Saarbrücken der Vorzug gegeben, wobei nunmehr drei Kreise und zwar der bisherige West-Kreis mit Saarlouis und Merzig-Wadern sowie ein zweiseitiger Ostkreis geplant wurde. Die Landkreise St. Wendel und Ottweiler sollten dabei einen Nord-Ost-Kreis und die bisherigen

Kreise St. Ingbert und Homburg den Saar-Pfalz-Kreis bilden. In einem Nord-Ost- und erst recht einem Ostkreis stand die Frage der Verlegung des Kreissitzes von St. Wendel nach Neunkirchen an. Mit seiner Resolution vom 8.2.1973 wollte der Kreistag den Erhalt des Kreissitzes St. Wendel rechtzeitig als unabdingbare Forderung des Landkreises bei der Kreisreform deutlich machen.

3. Der Referentenentwurf für ein Neugliederungsgesetz

Ein Jahr nachdem die Arbeitsgruppe ihren Schlußbericht fertiggestellt hatte, legte der Minister des Innern im März 1973 den Referentenentwurf für ein Neugliederungsgesetz vor. Die von der Arbeitsgruppe erarbeiteten allgemeinen Grundsätze und Neuordnungsmaßstäbe für die Neugliederung der Gemeinden und Kreise wurden, wie oben bereits ausgeführt, im wesentlichen unverändert auch dem Referentenentwurf zugrunde gelegt. Während hierbei die Vorschläge zur Gemeindereform weitgehend in den Entwurf übernommen wurden, erarbeitete das Innenministerium für die Kreisreform von den Modellen der Arbeitsgruppe abweichende eigene Vorstellungen.

Nach § 52 des Entwurfes war ein Stadtverband Saarbrücken, bestehend aus der Landeshauptstadt und dem ehemaligen Landkreis Saarbrücken, vorgesehen. Die Landkreise Homburg und St. Ingbert sollten nach § 53 zu einem Kreis Homburg zusammengefaßt werden. Die Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern, ergänzt um die Gemeinde Nonnweiler, sollten nach § 54 einen neuen Landkreis Saarlouis bilden. Alternativ hierzu war die Zuordnung des gesamten Mittelbereiches Lebach mit den Gemeinden Lebach, Schmelz und Eppelborn zum neuen Landkreis Neunkirchen in Erwägung gezogen. Eine weitere Alternative bestand in der Zuordnung nur der Gemeinde Eppelborn aus dem Mittelbereich Lebach. Die dritte Alternative beließ den Mittelbereich Lebach ganz beim Landkreis Saarlouis und ordnete lediglich die Einheitsgemeinde Nonnweiler dem neuen Landkreis Neunkirchen zu.

Kreissitz des neuen Landkreises sollte nach § 55 Abs. 2 entsprechend seiner Namensgebung die Stadt Neunkirchen werden. Mit

dem Hinweis in der Begründung zu § 55, daß von den rd. 223.000 Einwohnern dieses Landkreises ca. 160.000 im Ballungsraum Neunkirchen angesiedelt seien, wurde in einer geografisch zentraler gelegenen Kreisstadt St. Wendel keine Alternative gesehen. Der Kreissitz St. Wendel war nach dem Entwurf „nur akzeptabel, wenn sich für die Stadt Neunkirchen eine andere Konzeption empfehlen würde“.14 Nach mehrfach geäußelter Auffassung des Innenministers Schnur wäre die Stadtverbandslösung auch für den Ballungsraum Neunkirchen ein denkbares Modell gewesen.

Der Zuschnitt der neuen Einheitsgemeinden St. Wendel, Oberthal, Namborn, Freisen, Niederkirchen, Marpingen und Nonnweiler im Bereich des ehemaligen Landkreises St. Wendel wurde entsprechend dem unter Ziffer 2.4. erläuterten Vorschlag der Arbeitsgruppe ohne Änderung in den § 44 bis § 49 des Referentenentwurfes festgelegt. Lediglich im Zuschnitt der Gemeinden Tholey und Nohfelden wurde in den § 50 und § 51 insoweit eine geringfügige Änderung ausgewiesen, als der Ort Selbach räumlich nicht mehr ganz der neuen Gemeinde Nohfelden zugeordnet wurde. Die geänderte Zuteilung des Hofgutes Imsbach mit genauer Bezeichnung der betreffenden Flurstücke mit einer Fläche von 2,83 qkm und rd. 40 Einwohner wurde mit der geringeren Entfernung zur Grund- und Hauptschule Theley und zu dem Verwaltungssitz Tholey gegenüber Türkismühle bzw. Nohfelden begründet. Als kleinere Grenzkorrekturen waren nach der Begründung zu § 55 auch eine Zuordnung der Gemeinde Eiweiler zur Einheitsgemeinde Nohfelden statt zu Nonnweiler sowie eine Zuordnung der Bohnentalgemeinden Lindscheid, Scheuern und Über-roth/Niederhofen zur Einheitsgemeinde Tholey statt zu Schmelz denkbar.

Der Kreistag des Landkreises St. Wendel nahm in der Sitzung vom 7.6.1973 zu dem Referentenentwurf eingehend Stellung. Hierbei konnten sich die Kreistagsfraktionen von CDU und SPD auf die gemeinsame Forderung verständigen, daß das bisherige Gebiet des Landkreises St. Wendel ohne räumliche Abstriche in einen neuen Nord-Ost-Kreis integriert und St. Wendel Kreisstadt dieses Kreises werden müsse.

Die CDU-Fraktion begründete ihre weitere Forderung nach Eingliederung der Einheitsgemeinde Oberthal mit der neuen Größenordnung des vorgesehenen Nord-Ost-Kreises, die adäquat eine Stärkung der Attraktivität und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des übergeordneten Schwerpunktes St. Wendel verlange. Mit nur rd. 20.000 Einwohnern sei St. Wendel als Kreissitz des Nord-Ost-Kreises zu klein. Die SPD-Fraktion hielt die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Eingliederung der Einheitsgemeinde Oberthal für unbegründet und lehnte sie ab, wenn sie auch einräumte, daß der unveränderte Zuschnitt der Gemeinden in Ansehung der größeren Kreiszu-schnitte nicht mehr aufeinanderpasse.

Auch der weiteren Forderung der CDU-Kreistagsfraktion, den Ballungsraum Neunkirchen mit den Einheitsgemeinden Schiffweiler, Spiesen und Merchweiler als eigenen Stadtverband aus dem Nord-Ost-Kreis herauszulösen, stimmte die SPD-Fraktion nicht zu. Die CDU-Fraktion begründete diese Forderung mit der unterschiedlichen Struktur des Ballungsraumes Neunkirchen, dessen Probleme im Bereich der Montanindustrie eine weitere erfolgreiche Umstrukturierung der ehemals einseitig landwirtschaftlich geprägten Kreisregion St. Wendel eher hemmen als fördern würden.

Demgegenüber sah die SPD-Fraktion in dem Zuschnitt des Nord-Ost-Kreises eine ausgewogene Ergänzung zwischen Ballungsraum und ländlichen Strukturen und wies daraufhin, daß dieser Kreis ohne den Ballungsraum Neunkirchen allenfalls den von ihr früher vertretenen Mindestvorstellungen entspreche, die sich nunmehr die CDU zu eigen mache.

Auf einem Sonderparteitag der CDU zur Gebiets- und Verwaltungsreform am 24.6.1973 gelang es den Delegierten aus dem Raum Merzig-Wadern, die im Referentenentwurf vorgeschlagene Kreislösung erneut umzustößen. Der Landesparteitag empfahl mehrheitlich die Schaffung eines Stadtverbandes Saarbrücken mit einer auf ca. 220.000 Einwohner vergrößerten Landeshauptstadt und die Bildung von vier Landkreisen, eines Nord-Ost-Kreises, eines Saar-Pfalz-Kreises, eines Landkreises Saarlouis und eines Landkreises Merzig-Wadern.

Dagegen fanden die Delegierten des Kreises St. Wendel, die sich mit ihrem Kreisvorsitzender Dr. Hans Maurer auf diesem Parteitag entschieden für den Erhalt der Selbständigkeit auch ihres Kreises einsetzten, keine Mehrheit. Eine letzte Möglichkeit für den Erhalt des Kreises einzutreten, sahen daraufhin die CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Maurer und der Amtsvorsteher des Amtes St. Wendel Land, Landtagsabgeordneter Jakob Feller, in der öffentlichen Erklärung, dem Neugliederungsgesetz im Landtag ihre Zustimmung zu verweigern.15 Regierung und CDU-Landtagsfraktion lenkten daraufhin ein und beschlossen am 22.8.1973 eine Fünf-Kreise-Lösung, welche die Selbständigkeit der Landkreise St. Wendel und Ottweiler erhalten sollte und den Plan eines Nord-Ost-Kreises damit aufgab. Unmittelbar nach diesem Beschluß wurde der Regierungsentwurf vom 31.8.1973 - Landtagsdrucksache 6/1279 - zum Neugliederungsgesetz erstellt.

4. Der Regierungsentwurf für ein Neugliederungsgesetz

Der Regierungsentwurf regelte in § 50 zur Integration des Großraumes Saarbrücken die Bildung eines Stadtverbandes mit der Landeshauptstadt Saarbrücken und den Einheitsgemeinden im Bereich des ehemaligen Landkreises Saarbrücken. Daneben waren 5 Landkreise, und zwar der Saarpfalz-Kreis, bestehend aus den Landkreisen Homburg und St. Ingbert in § 51 sowie der Fortbestand des Landkreises Saarlouis in § 52, des Landkreises Merzig in § 53, des Landkreises Ottweiler in § 54 und des Landkreises St. Wendel in § 55 jeweils mit den einander entsprechenden Grenzkorrekturen vorgesehen.

Der Landkreis setzte sich nach § 55 des Regierungsentwurfes aus der Stadt St. Wendel und den Gemeinden Freisen, Marpingen, Namborn, Nohfelden, Nonnweiler und Tholey zusammen. Die Stadt St. Wendel wurde gegenüber dem Referentenentwurf in § 43 um die geplante Einheitsgemeinde Oberthal ohne Steinberg-Deckenhardt und die geplante Einheitsgemeinde Niederkirchen i.O. ohne die dem Landkreis Ottweiler zugehörigen Gemeinden Fürth und Lautenbach vergrößert.

Steinberg-Deckenhardt wurde mit der Gemeinde Eiweiler, die im Referentenentwurf der Einheitsgemeinde Nonnweiler zuge-

ordnet war, im § 49 des Regierungsentwurfes der Einheitsgemeinde Nohfelden zugeteilt.

Der neuen Gemeinde Marpingen wurde im § 46 auch die bisher der Einheitsgemeinde Tholey zugeteilte Gemeinde Alsweiler zugeordnet.

Die Bohnentalgemeinden Lindscheid, Scheuern und Überroth-Niederhofen mit Ausnahme von Neipel, das der Einheitsgemeinde Schmelz zugeteilt blieb, wurden in § 47 in die Einheitsgemeinde Tholey integriert.

Sitzerath wurde in § 48 wieder der Einheitsgemeinde Nonnweiler zugeordnet, wobei die Gemeinden Buweiler-Rathen und Kostenbach wegen ihrer im Entwurf festgestellten größeren Orientierung nach Wadern weiter in dieser Gemeinde eingegliedert blieben.

Auch der Regierungsentwurf änderte den bereits von der Arbeitsgruppe in ihrem Schlußbericht vorgeschlagenen Zuschnitt der Gemeinden Namborn in § 44 und Freisen in § 45 nicht.

Dagegen wurden durch mehrere nachgehende Erlasse des Ministers des Innern noch Änderungen im Gebietszuschnitt der Einheitsgemeinden St. Wendel, Nohfelden und Tholey vorgenommen und die endgültige Bildung einer neuen Einheitsgemeinde Oberthal vorgesehen. Mit Erlaß vom 26.10.1973 betreffend die in den vorgenannten § 43 und § 49 festgelegten Räume der Stadt St. Wendel und der Gemeinde Nohfelden wurde durch Einfügung eines neuen § 50 die Gemeinde Oberthal mit Gronig, Gudesweiler und Steinberg-Deckenhardt ohne Bliesen zu einer Einheitsgemeinde zusammengeschlossen

Der Gebietszuschnitt der Kreisstadt St. Wendel wurde gleichzeitig in § 43 um die Gemeinden Oberthal, Gronig und Gudesweiler verringert. Ebenso mußte Steinberg-Deckenhardt aus dem Gebiet der neuen Gemeinde Nohfelden wieder herausgetrennt werden. Mit dem vorbeschriebenen Gebietszuschnitt hatten die acht neuen Einheitsgemeinden des Landkreises St. Wendel die auch der späteren gesetzlichen Regelung entsprechende endgültige

festlegung erfahren. Die Bildung dieser neuen Gemeinde Oberthal entsprach letztlich dem Willen der Bürger im oberen Bliestal. Gleichzeitig wurde auch dem Wunsch der Gemeinde Bliesen, der Stadt St. Wendel zugeordnet zu werden, Rechnung getragen.

Im Rahmen der Anhörung hatte der Kreistag des Landkreises in seiner Sitzung vom 14.11.1973 letztmals zum Regierungsentwurf Stellung genommen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wagner, stellte fest, daß mit der Erhaltung des Landkreises das Wesentliche erreicht sei. Der Landkreis habe bereits seine Lebensfähigkeit bewiesen und werde auch in Zukunft eine gute Entwicklung nehmen. St. Wendel behalte den Kreissitz und entgehe damit Zentralitätsverlusten, die sich bei einer andersartigen Entwicklung zum Nachteil für die Bürger des gesamten Bereichs eingestellt hätten.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Sersch, erklärte, daß seine Fraktion sich immer für den Kreissitz St. Wendel ausgesprochen habe, auch wenn sie einem größeren Nord-Ost-Kreis nach wie vor den Vorzug gebe, da die geringfügigen Grenzkorrekturen nicht den Anspruch einer Kreisreform erheben könnten.

Einen Antrag der SPD-Fraktion auf Schaffung einer Einheitsgemeinde im Ostertal, bestehend aus den Gemeinden des Amtes Niederkirchen sowie den Gemeinden Werschweiler und Dörrenbach, stimmte die CDU-Fraktion nur mit der Ergänzung zu: „Sofern alle beteiligten Gemeinden dies mehrheitlich für geboten halten und die Gesamtkonzeption der Gebiets- und Verwaltungsreform dadurch nicht gestört wird“.

In dieser Formulierung zielte der Antrag nach Auffassung der SPD-Fraktion auf eine Ablehnung hin, wogegen die CDU-Fraktion in dem Wortlaut den besten Schritt sah, um eine Gemeinde Ostertal zustande zu bringen. Bezüglich der Forderung, daß alle ehemaligen Kreisgemeinden dem Landkreis zugeordnet bleiben müßten, bestand weiterhin politisches Einvernehmen.

Das Gesetz Nr. 986 zur Neugliederung der Gemeinden und Landkreise des Saarlandes (Neugliederungsgesetz - NGG)

wurde vom Landtag am 19.12.1973 verabschiedet und trat mit Wirkung vom 1.01.1974 in Kraft. Nach § 56 Abs. 1 besteht der neue Landkreis St. Wendel aus der Stadt St. Wendel und den Gemeinden Freisen, Marpingen, Namborn, Nohfelden, Nonnweiler, Oberthal und Tholey. Die Stadt St. Wendel bleibt nach Abs. 2 Sitz der Kreisverwaltung.

Die Gebietskorrekturen beschränken sich auf eine Ausgliederung der Gemeinden Buweiler-Rathen und Kostenbach in den Kreis Merzig-Wadern und von Mainzweiler in den Kreis Neunkirchen, wobei allein Berschweiler aus dem ehemaligen Kreis Ottweiler der neuen Gemeinde Marpingen und dem Landkreis zugeordnet wurde. Der räumliche Zuschnitt sowie die Namen der neuen acht Einheitsgemeinden sind in den §§ 43 - 50 des Neugliederungsgesetzes - wie vorstehend eingehend beschrieben - festgelegt. Die Kreisgemeinden waren nach der Gebietsreform wie folgt strukturiert:

Stadt/ Gemeinde LANDKREIS	Fläche in qkm	Einwohner		Einwohner pro qkm	
		1.1.74	31.12.91	1.1.74	31.12.91
Freisen	48,04	8.123	8.503	169	177
Marpingen	39,67	10.882	11.332	274	286
Namborn	26,00	7.433	7.502	286	289
Nohfelden	100,70	10.299	10.984	102	109
Nonnweiler	66,76	8.525	8.785	128	132
Oberthal	23,86	6.556	6.569	275	275
St. Wendel	113,53	27.879	27.267	246	240
Tholey	57,56	11.966	12.967	208	225
ST. WENDEL	467,13	91.663	93.909	193	197

Tabelle 1: Statistische Berichte A 1 I/A12 vj. 4/73 und 4/91 - Tabelle 2: Statistisches Jahrbuch 1976 sowie Stat. Berichte A-1/A12vj 4/81 -¹ seit 1.1.1982 13 bzw. 52 Gemeinden (Bous, Ens Dorf aus Schwalbach)

Der Stadtverband Saarbrücken und die fünf Landkreise zeigten nach der Gebietsreform folgende Struktur:

Durch die Zusammenlegung der Landkreise Homburg und St. Ingbert zum Saar-Pfalz-Kreis hat sich die Zahl der vormals 7 Land-

Stadtverband Landkreis	Fläche in qkm	Zahl der Gemein- den	Wohnbevölkerung am		Einwohner pro qkm	
			1.1.74	31.12.91	1.1.74	31.12.91
Saarbrücken	409,99	10	389.717	361.613	951	881
Merzig-Wadern	554,69	7	102.414	102.673	185	184
Neunkirchen	250,39	7	158.967	149.915	635	602
Saarlouis	458,79	11 ¹	213.271	212.935	465	464
Saar-Pfalz-Kreis	417,69	7	155.834	155.834	373	371
St. Wendel	476,00	8	93.909	93.909	193	197
Saarland	2.567,55	501	1.111.878	1.076.879	433	197

kreise auf 5 zuzüglich des Stadtverbandes Saarbrücken reduziert.

Allein die Landkreise St. Wendel und Merzig-Wadern blieben um rund ein Drittel oder ca. 50.000 Einwohner unter der von der Arbeitsgruppe empfohlenen Mindesttrichtzahl. Diese Mindestgrenze sollte die Ausgleichsfunktionen der Landkreise in entsprechend großen Planungsräumen verbessern. Wenn auch das überregionale Raumordnungsziel der Kreisreform nicht erreicht wurde, die Existenzberechtigung dieser Kreise in der Größenordnung von ca. 100.000 Einwohnern wurde jedoch nach der Gebietsreform nicht ernsthaft in Zweifel gezogen.¹⁶

Die Zahl der 345 Gemeinden des Saarlandes wurde durch die Bildung der Einheitsgemeinden auf 50 reduziert, wobei generell in den Bundesländern, die im Zuge der Verwaltungsreform ausschließlich die Einheitsgemeinde einführen, (wie in Nordrhein-

Westfalen, in Hessen und im Saarland) die Zahl der selbständigen Gemeinden am stärksten abnahm. Hier bestanden am 30.06.1977 zusammen nur noch 869 gegenüber 5308 Gemeinden am 30. Juni. 1968.¹⁷

Die in der Regel geforderte Mindesteinwohnerzahl wurde im Saarland in ungewöhnlichem Maße berücksichtigt, da nur 5 neue Ge-

meinden - im Landkreis St. Wendel die Gemeinden Oberthal und Namborn - am 1. Januar 1974 unter 8.000 Einwohner hatten, und das Saarland nach der Reform das einzige Bundesland ohne Gemeinden unter 5.000 Einwohner ist.¹⁷

Zu Beginn der Gebietsreform am 30.06.1965 bestanden in den Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 24.444 amts- und kreisangehörige, kreisangehörige sowie kreisfreie Gemeinden. Bis zum 30. Juni 1990 sind daraus 8.415 neue Gemeinden entstanden. Diese Zahl gliedert sich auf in 91 kreisfreie Städte, 2.397 kreisangehörige Einheitsgemeinden und 1.037 engere Gemeindeverbände, die 6.011 Ortsgemeinden umfassen.¹⁹

5. Die kommunalverfassungsrechtliche Regelung für die Einheitsgemeinde, ihre Änderungen sowie die Ergebnisse der Funktionalreform

Im Neugliederungsgesetz war mit der Festlegung der Einheitsgemeinde als kommunalverfassungsrechtliche Regelorganisationsform auch bereits eine wesentliche Vorgabe für die Verwaltungsreform gemacht. Außerdem wurde im Neugliederungsgesetz die Auflösung der Ämter (§ 59) sowie die Rechtsnachfolge der aufgelösten Gemeinden (§ 57) und Ämter (§ 60) geregelt. Für die neuen Gemeinden bestellte der Minister des Innern bis zur Ernennung der neuen Bürgermeister Beauftragte, die die Aufgaben der Bürgermeister wahrnahmen. Weiter wurden für die Einheitsgemeinden in den neuen Landkreisen von den Landräten, im Stadtverband Saarbrücken und im neuen Saar-Pfalz-Kreis vom Minister des Innern Beauftragtengremien bestellt, welche bis zur Neuwahl die Aufgaben der Gemeinderäte ausübten. Die kommunale Neugliederung sowie die Verlagerung von Aufgaben auf untere Verwaltungsebenen machten entsprechende gesetzliche Regelungen erforderlich. Der Landtag verabschiedete daher im Rahmen der ersten Reformphase 1973 drei weitere Gesetze und zwar:

- Das Gesetz zur Änderung des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes vom 13. Dezember 1973 (Amtsbl. S. 829). - abgekürzt GemO 1973.

- Das Kommunalwahlgesetz vom 13. Dezember 1973 (Amtsbl. S. 841) -
- Das Gesetz über die Funktionalreform vom 5. Dezember 1973 (Amtsbl. 1974, S. 33) -.

Da das Kommunalwahlgesetz kein eigenständiges Reformziel verfolgte, beschränkt sich die weitere Darstellung auf die wesentlichen Änderungen im Kommunal selbstverwaltungsrecht bzw. Funktionalreformgesetz.

5.1 Das Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes vom 13.12.1973

Die am 1. Januar 1974 in Kraft getretene GemO 1973 unterschied nunmehr zwischen kreisangehörigen und stadtverbandsangehörigen Gemeinden und regelte die Verleihung der Rechtsstellung als Mittelstadt bzw. kreisfreier Stadt (§ 4). Von letzter Möglichkeit wurde nach der Gebietsreform kein Gebrauch gemacht.

Die Leitung der Verwaltung und die gesetzliche Vertretung der Einheitsgemeinden wurde in der GemO 1973 ausschließlich hauptamtlichen Bürgermeistern bzw. hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Beigeordneten vorbehalten. Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete bekamen den Status der Beamten auf Zeit und werden vom Gemeinderat mit einfacher Mehrheit für eine Amtszeit von 10 Jahren gewählt. Ihre Wiederwahl ist möglich. Dagegen endet die Amtszeit der ehrenamtlichen Beigeordneten mit der Wahlperiode des Gemeinderates. Der Bürgermeister kann mit Zweidrittelmehrheit abgewählt werden. Er führt den Vorsitz im Gemeinderat. Die Gemeinden haben grundsätzlich ein bis zwei Beigeordnete, deren Zahl sich je nach Einwohnerzahl bis zu sieben Beigeordnete bei Gemeinden mit mehr als 100.000 erhöhen kann.

Als teilweiser Ausgleich für den Wegfall der Gemeinderäte in den vielen kleinen Gemeinden und zur Stärkung der Bürgernähe wurde die Zahl der Ratsmitglieder gegenüber der Gemeindeordnung von 1968 beträchtlich erhöht. Die Zahl der Ratsmitglieder beläuft sich nach § 30 Abs. 2 GemO 1973 bei Gemeinden bis 10.000 Einwohner auf 27 und erhöht sich je

nach Größenklasse auf 63 bei mehr als 100.000 Einwohner. Unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe sind die Bürgermeister nach § 18a GemO 1973 verpflichtet, die Einwohner über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu unterrichten und für ihre Bürger eine Sammlung aller Rechtsquellen zur Einsicht vorzuhalten.

Zur Förderung der Selbstverwaltung in Gemeinde- und Stadtbezirken führte die GemO 1973 die Ortschaftsverfassung ein. Die Einrichtung von Orts- und Bezirksräten sollte nach Wegfall der Vertretungskörperschaften in den ehemals selbständigen Gemeinden den Einwohnern auf örtlicher Ebene ein Mitwirkungsrecht einräumen, dem eine Verbindungsfunktion zwischen der örtlichen Gemeinschaft und der Verwaltung bzw. dem Beschlußgremium der Einheitsgemeinde zugeordnet war (§ 67 GemO). Für jeden Gemeinde- bzw. Stadtbezirk ist ein Orts- oder Bezirksrat zu bilden, dessen Mitgliederzahl in einem gesetzlich festgelegten Rahmen im Einzelfall durch Satzung festgelegt werden kann. Der Ortsvorsteher führt im Ortsrat den Vorsitz (§ 71a GemO 1973). Die Amtszeit des Ortsrates ist mit der des Gemeinderates identisch (§ 69 Abs. 1 GemO 1973).

Dem Ortsrat kommt nach der GemO 1973 zu allen das Gebiet seines Gemeindebezirkes betreffenden Angelegenheiten ein Vorschlags- und Anhörungsrecht zu. Weiter darf er zu allen Fragen Stellung nehmen, die ihm Bürgermeister, ein Ausschuß oder der Gemeinderat vorlegen (§ 70 Abs. 1). Entscheidungskompetenz ist ihm nur in ausdrücklich zugewiesenen Angelegenheiten des Gemeindebezirkes eingeräumt, insbesondere wenn sie die in § 70 Abs. 2 aufgezählten Belange mit lokal begrenzter Bedeutung betreffen.

Während für die erste Amtszeit der Gemeinderäte in den Einheitsgemeinden alle bisherigen Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnern als Gemeindebezirke verbindlich festgelegt waren, sollte ab der zweiten Amtsperiode die Einteilung des Gebietes einer Gemeinde in Gemeindebezirke durch Satzung des Gemeinderates möglich sein. Die zur Disposition des Gemeinderates gestellte Einteilung des Gemeindegebietes in Gemeindebezirke wurde in den Änderungsgesetzen des Kommunal selbstver-

waltungsgesetzes vom 1. September 1978, 25. November 1981 und 9. März 1989 jeweils neu geregelt, bis sie in § 70 der letztgültigen Neufassung des Gesetzes vom 18. April 1989 (Amtsbl. S. 557 ff.) wieder im wesentlichen der Regelung des § 67 GemO 1973 entsprach.

Die wenigen territorialen Veränderungen zwischen den Landkreisen und ihre als Gemeindeverbände im wesentlichen gebliebenen Aufgaben machten nur wenige Neuerungen (z. B. die Erhöhung der Zahl der Kreistags- und Kreisausschußmitglieder) der Landkreisordnung erforderlich.

5.2 Die Ergebnisse der Funktionalreform

Die nach § 1 Abs. 2 Vorschaltgesetz mit der Gebietsreform gleichzeitig vorgeschriebene Verwaltungsreform wurde im Saarland mit dem Gesetz über die Funktionalreform, das am 1. Juli 1974 in Kraft trat, begonnen. Die Herstellung der Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung sollte dabei die Neuverteilung der Verwaltungsaufgaben erleichtern.

Die Deckungsgleichheit der Versorgungsbereiche der Veterinär-, Schul- und Gesundheitsämter mit den Kreisgrenzen ist hergestellt. Auch die Amtsgerichts- und Arbeitsgerichtsbezirke sind in ihren Zuständigkeitsbereichen mit den Kreisgrenzen abgestimmt. Ebenso wurden die Arbeitsamtsbezirke - im Landkreis die Gemeinde Nonnweiler betreffend - mit den Kreisgrenzen deckungsgleich gemacht. Schließlich umfassen auch die Verwaltungsbezirke der Forst-, Kataster-, und Finanzämter bis auf wenige Ausnahmen mehrere Gemeinden desselben Landkreises bzw. Stadtverbandes. Die Einräumigkeit der Verwaltung ist daher gewährleistet.

Demgegenüber wurde die Einheit der Verwaltung, die auf Kreisebene für die Kataster-, Gesundheits-, Veterinär- und Schulämter angestrebt wurde, erst bei der Fortführung der Reform und dabei nur für die Veterinär- und Schulämter durch das beide verbindende Amt des Landrates erreicht (§ 24 Landesorganisationsgesetz, § 55 Schulordnungsgesetz).

Die Aufgabenverlagerung nach unten wurde vom Minister des Innern auf der Grundlage von einheitlichen Kriterien, die für oder gegen eine Übertragung zu berücksichtigen waren, überprüft. Diese Einzelprüfung bezog sich auf die Verlagerungsfähigkeit von ca. 200 Aufgaben auf die Gemeinde- und von ca. 70 auf die Landkreisebene.²¹ Da teilweise auch die rechtlichen Voraussetzungen fehlten, wurden unter Berücksichtigung des Prüfergebnisses durch das Gesetz über die Funktionalreform zum 1. Juli 1974 zunächst nur 5 Einzelaufgaben auf die Kreise und 30 auf die Gemeinden verlagert. Dieses recht bescheidene Ergebnis der Verwaltungsreform verband der Innenminister mit der weiteren Prüfbemerkung, daß diese für die Zukunft als Daueraufgabe verstanden und deshalb die sich ändernden Aufgaben fortlaufend auf ihre Verlagerungsfähigkeit untersucht werden müßten.

Durch die Fortführung der Reform im Jahre 1978 (Neufassung des KSVG vom 1. September 1978, Amtsbl. S. 801 ff.) sollte der durch die Gebietsreform eingetretene Verlust an demokratischer Substanz weiter ausgeglichen werden. Zudem sollte die notwendige Integration innerhalb der neuen Gemeinden verbessert und eine größere Bürgernähe erzielt werden.

So wurden z. B. nach § 20 a KVSg 1978 der Bürgerantrag eingeführt, der von mindestens 15 von Hundert der Bürger der Einheitsgemeinde unterstützt sein muß, und für Ausländer nach § 50 KSVG 1978 auf entsprechenden Beschluß des Gemeinderates erstmals ein Anhörungsrecht eingeräumt. Weiter wurde die Einteilung der Gemeinde in Gemeindebezirke modifiziert (§ 69 KSVG 1978) und die Stellung der Ortsräte gestärkt. Hierzu wurde die enumerative Aufzählung der Aufgaben des Ortsrates in § 72 Abs. 2 KSVG 1975 ersetzt durch:

- ein generelles Vorschlags- und Anhörungsrecht für Angelegenheiten des Gemeindebezirkes
- eine allgemeine Informationspflicht des Bürgermeisters über die Ergebnisse von Vorschlägen des Ortsrates und
- die Möglichkeit auf Beschluß des Gemeinderates im Einzelfall

und für bestimmte Angelegenheiten, die sich ohne Beeinträchtigung der Entwicklung der gesamten Gemeinde innerhalb eines Gemeindebezirkes erledigen lassen, tätig werden zu können.

Zur stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in die Tätigkeit der Ortsräte dürfen diese künftig öffentlich tagen (§ 73 KSVG 1978). Außerdem erfuhren die Ortsvorsteher auch eine Stärkung ihrer persönlichen Stellung durch die Verleihung der Bezeichnung „Ehrenbeamte“ (§ 75 Abs. 2 KSVG 1978).

5.3. Untersuchungsergebnisse und Änderungsvorschläge der Sachverständigenkommission

Auf Beschluß des saarländischen Ministerrates vom 8. April 1980 wurde vom Minister des Innern eine Sachverständigenkommission mit dem Auftrag berufen zu prüfen, ob die der Gebietsreform von 1974 zugrunde gelegten „Grundsätze“ mittlerweile änderungsbedürftig und danach alternative Lösungen des Gebietszuschnittes möglich bzw. erforderlich seien oder ob Änderungen des Kommunalverfassungsrechtes im Interesse einer größeren Bürgerbeteiligung und Bürgernähe angestrebt werden sollten. Der Sachverständigenkommission gehörten neben Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr als Vorsitzender, dessen Ständiger Vertreter, Ministerialdirektor Gerhard Breit (der ehemalige Landrat des Landkreises St. Wendel) sowie die Professoren Dr. Joachim Burmeister, Saarbrücken, Dr. Günter Püttner, Tübingen, und Dr. Frido Wagener, Speyer an.²²

Als Ergebnis dieser Überprüfung traf die Kommission in ihrem Bericht vom Mai 1981 folgende Feststellungen:

- Die kommunale Gebietsreform im Saarland habe sich grundsätzlich bewährt. Anhaltspunkte für eine Notwendigkeit grundlegender Korrekturen seien nicht ersichtlich (Bericht S. 31).
- Insbesondere die erfolgte Neuordnung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Saarland stehe im Einklang mit den durch die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz und Art. 117 Abs. 3 Saarländische Verfassung festgeschriebenen Grenzen der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit (Bericht S. 35).

- Zu einzelnen Gebietsreformplänen schlägt die Kommission die Bildung einer neuen Gemeinde „Bous“ aus der Gemeinde Schwalbach sowie einer neuen Gemeinde „Ostertal“ aus den ehemaligen Gemeinden Bubach i. O., Hoof, Niederkirchen i. O., Osterbrücken, Saal, Dörrenbach, Werschweiler, Fürth und Lautenbach vor (Bericht S. 102 ff.). Die jetzige Gemeinde Rehlingen soll lediglich einen neuen Namen und zwar „Rehlingen-Siersburg“ erhalten, jedoch nicht aufgegliedert werden.

- Überzeugende Gründe, von den Einheitsgemeinden, die im Zeitpunkt der Prüfung sieben Jahre lang landeseinheitlich bestanden hatten, wieder abzugehen und alternativ die Verbandsgemeinden oder eine andere Form der engeren Gemeindeverbände einzuführen, bestünden nicht,²³

- Dagegen sei eine weitere Stärkung der bisherigen Rechtsstellung der Ortsräte erforderlich und zwar bereits durch eine gesetzliche Übertragung von normierten Entscheidungszuständigkeiten in bestimmten Angelegenheiten im Rahmen der im Haushaltsplan der Gemeinde bereitgestellten Mittel. Dies verlange die Einführung der unmittelbaren Ortsratswahl durch die Bevölkerung. Den Ortsvorstehern sollten durch Gesetz originäre Kompetenzen bei der inneren und äußeren Repräsentation des Ortsbezirkes und der Erfüllung von Hilfsfunktionen für die hauptamtliche Verwaltung verliehen werden.²³

5.4. Weitere Änderung des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes

Die vorstehenden Empfehlungen der Kommission fanden überwiegend auch Eingang in das am 25. November 1981 vom saarländischen Landtag verabschiedete Gesetz zur Neugliederung von Gemeinden und zur Änderung des Kommunal selbstverwaltungsgesetzes (Amtsbl. S. 945).

Aus der Gemeinde Schwalbach wurde nach § 1 dieses Gesetzes die Gemeinde Bous und über die Vorschläge der Kommission hinausgehend nach § 2 die Gemeinde Ens Dorf ausgegliedert. Dagegen wurde dem Vorschlag auf Bildung einer neuen Gemeinde Ostertal in dem vorbeschriebenen Zuschnitt mit dem Verwaltungssitz in dem einwohnerstärksten Gemeindeteil Fürth nicht gefolgt, obschon der Referentenentwurf des Ministers des

Innern vom Juni 1981 sowohl die Ausgliederung auch dieser neuen Gemeinde wie auch die Neubenennung der Gemeinde Rehlingen mit dem Doppelnamen „Rehlingen-Siersburg“ vorsah. Die Verleihung des Namens „Rehlingen-Siersburg“ erfolgte erst durch Gesetz vom 15.07.1987 (Amtsbl. S. 1026).

Der Vorschlag zur Bildung einer neuen Ostertalgemeinde bezog sich auch auf eine Fragebogenaktion in den ehemaligen Gemeinden des Amtes Niederkirchen sowie Werschweiler und Dörrenbach, wobei sich im März 1980 zwei Drittel der Haushaltungen zu 88,6 v. H. für eine selbständige Gemeinde Ostertal aussprachen. Dagegen hatte der Stadtrat von St. Wendel am 18. Dezember 1980 eine Beschlußfassung „über die Durchführung einer Abstimmung in den Stadtteilen des Ostertales zur Feststellung des Bürgerwillens über die Selbständigkeit dieser Stadtteile“ abgelehnt (Bericht S. 124). Der Vorschlag der Kommission ging wie der der Arbeitsgruppe im Jahre 1972 davon aus, daß „die neue Ostertalgemeinde auf diese Gemeinden (Fürth und Lautenbach) unabdingbar zur Aufstockung der Einwohnerzahl angewiesen“ sei (Bericht S. 127). In diesen Gemeinden wurde der Bürgerwille bezüglich einer neuen Ostertalgemeinde noch nicht näher erfragt. Auch die Herstellung eines Einvernehmens der Bürger der Ostertalgemeinden bezüglich der Wahl des Verwaltungssitzes dürfte auf Schwierigkeiten stoßen. Zur Zeit sind weder Bestrebungen auf parteipolitischer noch auf Regierungsebene zur Schaffung einer neuen Ostertalgemeinde bekannt.

Durch das Gesetz vom 25. November 1981 wurde die Einteilung der Gemeinden in Gemeindebezirke erneut modifiziert (§ 69 KSVG 1981) und die unmittelbare Wahl der Mitglieder des Ortsrates durch die Bürger eingeführt (§ 70 KSVG 1981). Das Vorschlags- und Anhörungsrecht des Ortsrates wurde in wieder enumerativ aufgeführten Angelegenheiten gestärkt und seine Entscheidungskompetenz unter bestimmten Voraussetzungen in im Gesetz aufgezählten Angelegenheiten näher geregelt (§ 72 KSVG 1981).

Erwähnenswert scheint in diesem Zusammenhang auch eine „plakative“ Restaurierung der ehemaligen Gemeindennamen, da

nach einem Erlaß des Ministers des Innern ab 1. Januar 1982 die Gemeinden gehalten sind, die Ortstafeln an den Straßen so zu gestalten, daß „der vor der Gebietsreform 1974 geltende Gemeinename der einzelnen Orts- bzw. Stadtteile wieder mehr zur Geltung“ kommt.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Kommunalselfverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze vom 11. Juni 1989 (Amtsbl. S. 526 ff.) wurde unter anderem auch die politisch lange diskutierte „Kommunalisierung“ der Landräte vollzogen. Die Landräte werden danach nicht mehr vom Minister des Innern mit Zustimmung des Kreistages berufen bzw. auch ohne dessen Zustimmung von diesem wieder abberufen, sondern vom Kreistag für die Dauer von 10 Jahren als Beamte auf Zeit gewählt. Damit finden auf den Landrat die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Rechtsstellung, die Ausschreibung und Besoldung, die Wahl, die Wahlanfechtung und die Abwahl des Bürgermeisters entsprechende Anwendung (174 KSVG 1985). Nach Artikel 3 dieses Gesetzes, das am 1. Juli 1986 in Kraft trat, war innerhalb von 6 Monaten eine Wahl durchzuführen. Wählte ein Kreistag nicht den im Amt befindlichen Landrat, so konnte ihn die Landesregierung ohne Anhörung des Kreistages in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Der damalige Landrat Dr. Waldemar Marnier wurde in der Sitzung des Kreistages des Landkreises am 26.09.1986 als erster „kommunaler“ Landrat gewählt.

Die vorläufig letzte Änderung erfuhr das Kommunalselfverwaltungsgesetz durch das Gesetz vom 18. Januar 1989 (Amtsbl. S. 321 ff.). Hiernach haben Gemeinden insbesondere die Aufgabe, „das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Wohl der Bürger zu fördern. Hierbei haben sie die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu wahren und die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen (5 KSVG 1989)“. Diese Regelung beinhaltet eine Präzisierung von Aufgaben, die bei rechtlich richtigem Verständnis der kommunalen Aufgaben von den Gemeinden ohnehin wahrzunehmen waren. Außerdem wurde in § 50 a KSVG 1989 die verfassungsrechtlich umstrittene Möglichkeit zur Bildung von Ausländerbeiräten eingeführt. Die Einteilung der Gemeinde durch Satzung in Gemeindebezirke wurde

erneut modifiziert und außerdem der Bürgernähe insoweit weiter Rechnung getragen, als für einen oder mehrere Gemeindebezirke eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung (Verwaltungsstelle) eingerichtet werden kann (75 KSVG 1989).

6. Zusammenfassung

Eine abschließende Würdigung der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform dürfte selbst in dem zeitlichen Abstand von nunmehr über 18 Jahren nicht möglich sein. Zusammenfassend kann jedoch festgestellt werden, daß die Integration der Bürger der ehemaligen Gemeinden in den neuen Einheitsgemeinden nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Wegen der historischen und kommunalverfassungsrechtlichen Vorgegebenheiten sowie der Siedlungsstruktur wird die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls eher eine langfristige Aufgabe bleiben.

Die bürgerschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Einheitsgemeinde sind organisationsbedingt schwächer als in der Verbandsgemeinde ausgeprägt, was in dem ständigen Bestreben nach Stärkung der Mitwirkungsrechte des Ortsrates deutlich wird.

Ob letztere Organisationsform für den ländlichen Raum eine behutsamere und erfolgversprechendere Alternative für den Zusammenschluß der vormals selbständigen Gemeinden gewesen wäre, kann heute dahingestellt bleiben. Die Einheitsgemeinde hat in den über 18 Jahre lang ihre Bewährungsprobe bestanden und die Reformziele der Stärkung der Verwaltungs- und Veranstaltungskraft sowie der Konzentration der Finanzkraft erreicht. Eine verbesserte Finanz- und Investitionsplanung ermöglicht eine angemessene Berücksichtigung zentralörtlicher Aufgaben und Erfordernisse. Die Gefahr eines zu engen Nebeneinander von Infrastruktureinrichtungen ist zumindest vermindert.

Mit dem verbesserten und abgestimmteren Leistungsangebot ist als Kehrseite in den neuen Verwaltungseinheiten die Tendenz verbunden, die Gebühren aufgabenbezogen und kostendeckend zu erhöhen und auch die Steuern nach oben anzupassen. Vor allem für die Bürger kleinerer eingemeindeter Kommunen erga-

ben sich hieraus erhebliche Mehrbelastungen. Mit der Vergrößerung der Gemeinden wächst automatisch auch der Aufgabenstand, mit dem Ergebnis, daß Personaleinsparungen nach der Gebietsreform ausblieben.

Die bürgerschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten beziehen sich in den neugebildeten Gemeinden auf einen größeren Raum und haben sich durch die Stärkung der Bürgerbeteiligung in der Ortschaftsverfassung verbessert. Von diesen rechtlich erweiterten bürgerschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten wird aber dann nicht der wünschenswerte Gebrauch gemacht, wenn die zunehmende Größe der Verwaltungseinheiten zu einer Zunahme der Anonymität zwischen Bürger, Verwaltung und Entscheidungsträger führen und die Mehrung der Aufgaben von deren geringerer Überschaubarkeit begleitet sein wird. Die Fortentwicklung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger zu einer optimal ausgestalteten Selbstverwaltung wird daher die Diskussion hierüber nicht verstummen lassen.

Anmerkungen:

¹ so Klaus Walker, „Das Jahrhundertwerk“, Stadtverband Saarbrücken im Selbstverlag, Saarbrücken 1982.

² siehe Hermann Lehné, Saarländisches Kommunalrecht, Kommentar, Anm. 1.2., zu §1 KSVG.

³ siehe Bericht der Sachverständigenkommission bei dem Minister des Innern, Überprüfung der kommunalen Gebiets- und der Verwaltungsreform im Saarland, Saarbrücken, im Mai 1982, S. 20, in weiteren Anmerkungen mit „Bericht“ abgekürzt.

⁴ so Kommentar von Henn/Köth, Kommunalrecht des Saarlandes, Anm. 2 zu § 9 GemO.

⁵ so Bericht, a. a. O. S. 15.

⁶ siehe für die nachstehenden statistischen Zahlen zum Stand 31. 12. 1973 den Bericht des Statistischen Amtes vom 9. April 1974, A I 1/AI 2.

⁷ so Klaus Walker, Das Jahrhundertwerk, a. a. O. S. 2

⁸ siehe Schlußbericht der Arbeitsgruppe, Saarbrücken, März 1972, im weiteren Text mit „Schlußbericht“ abgekürzt.

⁹ Schlußbericht S. 9, 10

¹⁰ Schlußbericht S. 11

¹¹ Schlußbericht S. 13

¹² Strukturgutachten S. 219-223

¹³ siehe Saarbrücker Zeitung vom 18.12. 1972

¹⁴ Referentenentwurf des Neugliederungsgesetzes S. 199

¹⁵ Saarbrücker Zeitung vom 18./19. 8. 1973

¹⁶ Schlußbericht S. 13

¹⁷ Oskar W. Gabriel, Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft, Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland - Pfalz 1979, S. 146 ff.

¹⁸ G. Endrweit, Ziele und Erfolge der Kommunalreform, in: Saarländische Kommunalzeitschrift, 1980, S. 241.

¹⁹ siehe Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966, S. 36.

²⁰ siehe Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1991, S. 87.

²¹ Funktionalreform im Saarland, herausgegeben vom Minister des Innern, Saarbrücken 1973.

²² Bericht S. 6

²³ Bericht S. 55 ff

²⁴ Bericht S. 89 ff

Winteranfang

Wolkenfetzen,
von schwerem Sturm gepeitscht,
jagen sie,
schwarzen Vögeln gleich,
über erschrockenen Himmel.
Die Erde kauert
in der
Dunkelheit.
Wie Todeshand
so kalt,
wie schleierdicht
der Regen rauscht.
Von braunen Blättern hängt
ein letztes noch
am Baum.
Anschwellend braust
der Sturm heran.
Höllengeistern gleich
so tobt's
verwüstend über
finst'res Land.

Still,
still der graue Morgen.
Der Wald im Frosteshauch
erstarrt.
Verstummt
des Vogels letztes Lied.
Im Rauhreif letztes Grün
erfroren.
Es klirrt das Eis.
An Fensterscheiben
blühen weiß
die wachsenden Kristalle.
Und vereinzelt
schneit es
erste Flocken.

(Renate Kiefer, Juni 1992)

Chronik 1990/91

Zusammengestellt von Markus Frey

6. Januar 1990:

In Urexweiler beginnen in der Mehrzweckhalle die Feierlichkeiten zum 750-jährigen Jubiläum des Ortes mit einem Festakt.



8. Januar 1990:

Der Kreisverband des Deutschen Roten Kreuzes verabschiedet bei seinem Neujahrsempfang im Foyer des Landratsamtes Frau Brigitte Bläs, zwischen 1971 und 1989 Kreisbereitschaftsführerin des DRK, aus ihrem Amt. Landrat Dr. Marnier dankte ihr für ihre Verdienste bei der Neugliederung der Bereitschaften Anfang der 70er Jahre, für die Aufgaben des Katastrophenschutzes sowie die Ausbildung und Organisation der Bereitschaftskräfte im Kreis. Ihre Nachfolgerin wird Judith Marx aus Urweiler.

9. Januar 1990:

In St. Wendel geht eine Spendenaktion des Vereins zur Förderung des Deutschtums im Ausland zu Ende. Ärzte und Apotheker hatten Medikamente und Hilfsmittel im Wert von rund 20000 DM gespendet, um zwei Städte in der Nähe der rumänischen Stadt Temesvar mit dringend benötigten Hilfsgütern zu

versorgen. Mit einem Fahrzeug der Karlsberg Brauerei wurden die 800 Pakete auf ihre 1200 km lange Reise geschickt.

11. Januar 1990:

„Leben, wohnen, einkaufen und parken in der Innenstadt“ nennt sich das Projekt, das Bürgermeister Klaus Bouillon anlässlich des Neujahrsempfanges der Stadt im Saalbau ankündigt. Neben zahlreichen anderen städtebaulichen Investitionen sieht das geplante Projekt im Bereich Hospitalstraße/Dreieck den Bau eines Parkdecks und eines mehrgeschossigen Wohnhauses mit 30 Wohnungen vor.

Wohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt besichtigt auf Einladung von Bürgermeister Hans Dieter Frisch und des CDU-Kreisvorsitzenden Hans Ley in Tholey-Hasborn das vom Bund mit 1,34 Millionen DM geförderte Modellvorhaben zur Dorferneuerung und überreicht anschließend die Preise eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs.

15. Januar 1990:

Umweltminister Klaus Töpfer verkündet im Alten Rathaus in St. Wendel, daß die Oster im Rahmen eines Erprobungs- und Entwicklungsprogramms mit 5,3 Millionen DM gefördert wird. Davon sollen die Projektkosten in Höhe von 2,9 Millionen DM und das wissenschaftliche Begleitprogramm mit 2,4 Millionen DM finanziert werden. Damit soll ein bundesweites Vorzeigemodell verwirklicht werden. Zuvor war die Renaturierung der Oster im Rahmen des Gewässerrandstreifenprogrammes gescheitert.

21. Januar 1990:

Ein Schwerlastzug der Karlsberg Brauerei transportiert 17 Tonnen Lebensmittel und Medikamente im Gesamtwert von über

100 000 DM, die aus Spenden von Apothekern und Geschäftsleuten aus dem Landkreis stammen, nach Rumänien.

Landrat Dr. Marner verabschiedet den bisherigen Leiter der VHS Theley und Bürgermeister a.D., Toni Schäfer. Sein Nachfolger wird Helmut Reiter.

25. Januar 1990:

Insgesamt 36 Einsätze hatten die Feuerwehren des Kreises aufgrund der verheerenden Stürme im Landkreis.

Aus der Hand von Innenminister Friedel Läßle erhält Edmund Hubertus Marpingen einen Tag vor Vollendung seines 65. Geburtstages das Bundesverdienstkreuz. Hubertus war zwischen 1974 und 1984 für die CDU Mitglied des Kreistages.

26. Januar 1990:

Nach fast 44jährigem aktiven Dienst in der Feuerwehr Winterbach wird Hauptbrandmeister Paul Brill mit dem Erreichen der Altersgrenze verabschiedet. Brill gilt als „Vater der Jugendfeuerwehren im Landkreis St. Wendel“.

28. Januar 1990:

Bei der Landtagswahl erreicht die SPD in St. Wendel mit 47,8 Prozent eine deutliche Mehrheit vor der CDU, die sich mit rund 42 Prozent zufrieden geben muß. Im Kreis erzielt die SPD mit über 50 Prozent sogar rund 10 Prozent mehr als die CDU. Einzige Ausnahme ist die Gemeinde Tholey, wo weiterhin die CDU stärkste Partei bleibt. Gewählt werden die Kandidaten Dr. Richard Dewes, Armin Lang (beide SPD) sowie Hans Ley und Helmut Rauber (beide CDU).

2. Februar 1990:

Beim Landratsamt St. Wendel wird die neue EDV-Anlage in der Kfz-Zulassungsstelle in Betrieb genommen.

3./4. Februar 1990:

Stürme mit Orkanstärke verursachen im gesamten Kreis Waldschäden in Millionenhöhe. Die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk müssen in über 200 Fällen Bergungshilfe leisten.

7. Februar 1990:

Als einzige Kommune im Saarland verzichtet die Stadt auf eine Erneuerung der Konzessionsverträge mit der VSE und damit auf rund 1,5 Millionen DM Konzessionsabgabe für 1988 und 1989.

9. Februar 1990:

Der Marpinger Bürgermeister Hermann Neis kündigt in einer Gemeinderatssitzung zum 31. Mai 1990 seinen Rückzug in den Ruhestand an.

12. Februar 1990:

Der Kreistag begrüßt die Ausrichtung einer Leistungsschau 1991 in St. Wendel, bei der sich die Unternehmer und Gewerbevereine des Landkreises vorstellen können.

15. Februar 1990:

Die St. Wendeler Aktionsgemeinschaft „In St. Wendel tut sich was“ startet ein Pilotprojekt, das dem öffentlichen Nahverkehr neue Impulse geben soll. Ziel ist es, die Besucher der Stadt bei ihrem Einkauf zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.

19. Februar 1990:

Bürgermeister Klaus Bouillon verteidigt den über fünf Jahre laufenden Kooperationsvertrag der Stadt mit der „Neue Arbeit Saar“, die die berufliche und soziale Integration ungelernter Arbeitskräfte beabsichtigt.

Einstimmig beschlossen wird im Kreistag der Kreishaushalt für 1990. Einem Verwaltungshaushalt von rund 49,1 Millionen DM stehen Investitionen in Höhe von rund 6,5 Millionen gegenüber. Die Kreisumlage erhöht sich auf 25,8 Prozent. Zur Finanzierung des Etats ist eine Kreditaufnahme von 2,74 Millionen DM nötig.

20. Februar:

Der Landtagsabgeordnete Dr. Richard Dewes (SPD) will sein Landtagsmandat niederlegen und meldet Anspruch auf den SPD-Unterbezirksvorsitz an.

21. Januar 1990:

Mit Astrid Meyer und Erika Engel werden in St. Wendel als Kinderbeauftragte vorgestellt, die ersten in einer saarländischen Kommune.

1. März 1990:

Der fünfte Sturm innerhalb von vier Wochen verursacht im ganzen Landkreis Schäden noch nie dagewesenen Ausmaßes. Nach Schätzungen sollen dem Sturm allein im Bereich Türkismühle zwischen 80000 und 100000 Kubikmeter Holz zum Opfer gefallen sein. Von den 2200 Feuerwehrleuten des Landkreises waren rund 1500 im Einsatz.



3. März:

Das THW beginnt auf Verfügung von Staatssekretär Richard Dewes vom Sozialministerium in der Turnhalle des Cusanus-Gymnasiums mit der Einrichtung von 100 Schlafplätzen für Übersiedler aus der DDR.

SZ vom 7. März 1990:

Norbert Sebastian wird zum neuen Vorsitzenden des Vereins zur Förderung von Städtepartnerschaften gewählt. Er ist Nachfolger von Alfred Neef, der dieses Amt sechs Jahre ausgeübt hatte.

6. März 1990:

Als Kronzeugen einer gelungenen Ansiedlungspolitik bezeichnet Landrat Dr. Marner anlässlich des 2. Unternehmertreffs die Firmengruppe Hörmann bei einer Besichtigung der Produktionsstätten in Eckelhausen und Freisen.

19. März 1990:

Der Vorstandssprecher der Saar Ferngas AG, Hermann Josef Munkes, bestätigt vor dem Kreistag die ausführliche Planung einer neuen Gas-Hochdruckleitung von Baumholder nach St. Wendel.

22. März 1990:

Die Steigenberger Consulting aus Frankfurt legt ein im Auftrag des Landkreises erstelltes Gutachten zur Entwicklung der Fremdenverkehrsregion „St. Wendeler Land“ vor. Das Gutachten empfiehlt u.a. die Erschließung neuer Zielgruppen und warnt vor neuen Großprojekten. Stattdessen sollten die begrenzten Mittel gebündelt eingesetzt werden.

24. März 1990:

Landrat Dr. Marner wirft dem saarländischen Innenminister Friedel Läßle Verstöße gegen die Landesbauordnung vor. Als Grund nennt er die personell unterbesetzte Untere Bauaufsichtsbehörde beim Landratsamt in St. Wendel.

SZ vom 1. April 1990:

Bei einer Unterbezirkskonferenz der SPD in Nonnweiler fordert deren neuer Vorsitzender Dr. Richard Dewes den Rücktritt des WWV-Geschäftsführers. Dewes übernimmt das Amt von Helwin Peter, MdE, der nicht mehr kandidierte.

7. April 1990.

In Tholey findet die dritte Leistungsschau des Gewerbevereins „Schaumberg“ mit 40 Ausstellern statt. 15000 Besucher werden an zwei Tagen gezählt.

17. April 1990:

Nach langwierigen Verhandlungen übernimmt der schwedische LB-Invest-Konzern die Euro-Haus-GmbH in Bliessen mitsamt der 250köpfigen Belegschaft. Die LB-Invest gilt als eine der größten Fertighaus-Firmen Schwedens mit einem Stamm von 1100 Mitarbeitern bei einer jährlichen Kapazität von 2200 Häusern.



19. April 1990:

Mit klarer Mehrheit beschließt die SPD-Fraktion in Marpingen, Werner Laub zum Kandidaten für die anstehende Bürgermeisterwahl zu bestimmen.

18. April 1990:

Unmut gibt es in der Sitzung des Kreisausschusses darüber, daß die veranschlagten Gesamtkosten für den Erweiterungsbau des Kunstzentrums Bosener Mühle von 665000 DM auf 815000 DM geklettert sind. Um die restliche Finanzierung sicherzustellen, werden die Sanierungsarbeiten an der Kreisonderschule in St. Wendel und der Ausbau eines kreiseigenen Gebäudes in der Mommstraße zurückgestellt.

21. April 1990:

300 Teilnehmer umfaßt das Starterfeld der ersten St. Wendeler Mountain-Bike-Tour, die über 35 Kilometer führt.



27.-29. April 1990:

In St. Wendel findet die Neuauflage des dreitägigen WND-Jazz-Festivals große Resonanz.

27. April 1990:

In Marpingen löst Werner Laub (SPD) den aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Amt scheidenden Hermann Neis (CDU) ab. Neis war acht Jahre als Bürgermeister tätig. Auf Laub entfielen erwartungsgemäß alle 18 Stimmen der SPD-Fraktion, während CDU-Kandidat Bernd Müller 13 Stimmen auf sich vereinen konnte. Zwei Stimmen entfielen auf Eberhard Wagner, den Vertreter der Grünen im Marpinger Gemeinderat.

28. April 1990:

Die erste Kreishobby-Ausstellung in Theley stand im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft mit der Partnerschaftsgemeinde Basse Goulaine, die mit 70 Besuchern vertreten war.

30. April 1990:

Im Kreistag findet eine eine Generaldebatte über die Wasserversorgung im Landkreis St. Wendel statt.

Ferner einigt man sich darauf, bei einer Gegenstimme, kein weiteres „Spaßbad“ mitzufinanzieren. Stattdessen hält man an dem Konzept eines Freizeit-Erlebnis- und Gesundheitsbades in Tholey fest. Im Haushalt werden dafür Zuschußmittel in Höhe von 400000 DM bereitgestellt.

1. Mai 1990:

Tödliche Verletzungen erleidet ein 19jähriger in Selbach bei einer Feier in der Hexennacht. Er wird von einem 130 Kilogramm schweren Holzstück erschlagen.

3. Mai 1990

Nach einjähriger Bauzeit wird in Hoof ein neues Feuerwehrgerätehaus seiner Bestimmung übergeben. Die Baukosten beliefen sich auf 260000 DM.

4. Mai 1990:

Insgesamt 80 Feuerwehrleute sind in Marpingen mehrere Stunden im Einsatz, um einen großflächigen Waldbrand zwischen Berschweiler und Urexweiler zu bekämpfen.

9. Mai 1990:

Landrat Dr. Marner kritisiert vor Vertretern der acht Landkreisgemeinden eine Verordnung der Landesregierung, wonach die in Übergangwohnheimen untergebrachten Aus- und Übersiedler nicht auf die neue Zuteilungsqoute für die einzelnen Gemeinden angerechnet werden sollen.

12. Mai 1990:

Die 2. Nonnweiler Gewerbeschau wird im Beisein von Wirtschaftsminister Hoffmann und Landrat Dr. Marner eröffnet.

18. Mai 1990:

In Tholey feiert der Landkreis das 20jährige Bestehen der Kreislehrwerkstätte, die zusammen mit der zweiten Lehrwerkstätte in Freisen die berufsqualifizierende Fortbildung von Arbeitslosen und berufstätigen Fachkräften fördert.

19. Mai 1990:

Die beiden Bürgermeister André Court und Vinzenz Becker unterzeichnen im Freisener Kolpinghaus offiziell die Urkunden, mit denen die Partnerschaft zwischen der Gemeinde Freisen und der elsässischen Gemeinde Mutzig besiegelt wird.

24. Mai 1990:

Nach 33 Jahren stellt Franz Gräff sein Amt als Vorsitzender der St. Wendeler Volkshochschule zur Verfügung. Zum seinem Nachfolger wird Bürgermeister Klaus Bouillon gewählt.

28. Mai 1990:

Der Koordinator der Partnerschaft zwischen dem Landkreis St. Wendel und Lane County, Jack Lindstrom, wird während seines einwöchigen Aufenthaltes im Landkreis von Landrat Dr. Waldemar Marner im Historischen Sitzungssaal empfangen.

2. Juni 1990:

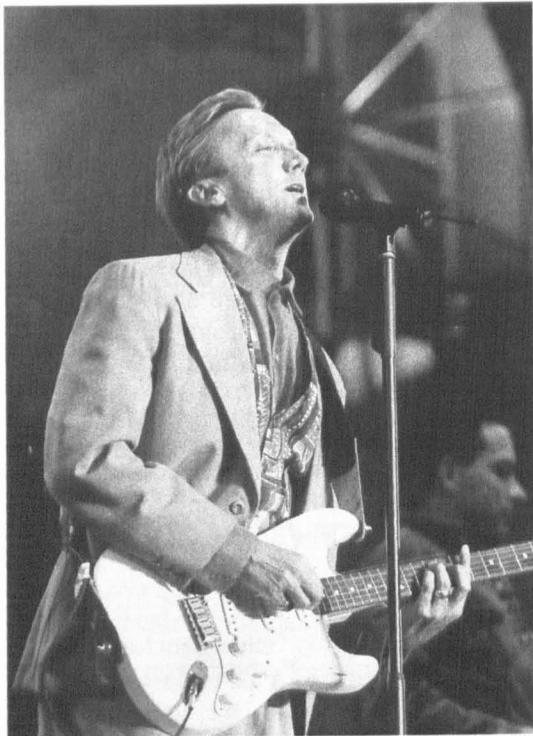
In Urexweiler beginnen die dreitägigen Feierlichkeiten zum 750jährigen Jubiläum.

3. Juni 1990.

20000 Zuschauer erleben bei strömenden Regen in St. Wendel das 7. St. Wendeler Open Air Festival mit Marius Müller Westernhagen als Stargast.

8. Juni 1990:

Mit den Stimmen von CDU, der Grünen und der FDP wird in Losheim Reinhard Reis zum neuen Bürgermeister gewählt. Der aus Niederkirchen stammende Reis war zuvor als Dezernent der staatlichen Abteilung im Landratsamt St. Wendel tätig.



Westernhagen war Stargast beim Open-Air 1990

Der Kreisfeuerwehrtag fand 1990 in Oberthal statt.



10. Juni 1990:

An einem Festzug anlässlich des Kreisfeuerwehrtages in Oberthal nehmen 2000 Feuerwehrleute aus allen 70 Löschbezirken des Landkreises St. Wendel teil.

11. Juni 1990:

Einen Eklat löst bei der Kreistagssitzung der Beschluß der CDU aus, den Zuschuß in Höhe von 100000 DM für die Erweiterung des Hauses Buchwald in Nohfelden zu streichen. Anlaß war die beharrliche Weigerung des Innenministeriums, einen Teil der vom Kreistag festgesetzten Kreditsumme für den Kreishaushalt zu genehmigen.

Die WWV und die VSE führen Gespräche über gemeinsame Konzepte der Wasser- und Energieversorgung des Landkreises. Geplant ist u.a. eine Umgründung der WWV in eine „Ver- und Entsorgungsgesellschaft Nordsaar“.

1. Juni 1990:

Als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung bezeichnet der CDU-Fraktionsvorsitzende Roberet Wagner im Kreistag die Entscheidung des saarländischen Innenministers, einen Teil der Kreditsumme zur Finanzierung des Haushaltes nicht zu genehmigen.

Der Verein „Miteinander leben lernen“ eröffnet in St. Wendel eine neue Arbeitsstelle für Integrationshilfen von Lernbehinderten.

25. Juni 1990:

2200 Komparnen, 273 Wagen und Gruppen, davon 30 aus dem Landkreis St. Wendel und 10000 Zuschauer am Straßenrand sind beim zweiten Saarlandtag in Saarlouis auf den Beinen. Landrat Dr. Marner führt hoch zu Roß den Zug des Landkreises an.

Den Bahngolfern des Bliesener Freizeitclubs gelingt in Traben - Trarbach der Aufstieg in die erste Bundesliga.

25. Juni 1990:

Einmütig spricht sich der Kreistag für die geplante Erweiterung des Hauses Buchwald in Nohfelden aus. Die Zuschußsumme über 100000 DM soll im Kreishaushalt des nächsten Jahres ausgewiesen werden.

SZ vom 26. Juni 1990:

In der Mitgliederversammlung des Vereins „Deutsch Amerikanischer Freundeskreis Lane County“ wird Egon Hörner zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von Wolfgang Vogt, der sein Amt aus beruflichen Gründen zur Verfügung gestellt hatte.

29. Juni 1990:

Veterinärdirektor Karl Berrang scheidet nach 25 Jahren aus seinem Amt als Kreistierarzt aus.

3. Juli 1990:

In der Europäischen Akademie findet eine Feier zur 5000. Veranstaltung der am 21. Mai 1954 gegründeten Akademie statt. Mit ihren Veranstaltungen will die EAO interessierten Bürgern Einblick in die Notwendigkeit der europäischen Integration verschaffen.

7. Juli 1990:

In Urexweiler wird das Naherholungsgelände zwischen Ober- und Unterdorf eingeweiht. Die Kosten belaufen sich auf 750000 DM, die zum Teil durch das Städtebauförderungsprogramm bezuschußt werden.

8. Juli 1990:

In St. Wendel feiern Tausende auf den Straßen den Gewinn des Weltmeistertitels durch die deutsche Mannschaft in Rom.

14. Juli 1990:

Doppelten Anlaß zur Freude in der Bosener Mühle: gleichzeitig mit seinem zehnjährigen Bestehen wird der mit einem Kosten-



aufwand von rund 800000 DM vom Landkreis erstellte Erweiterungsbau übergeben. Bei einem Tag der offenen Tür gibt der Förderverein der Bevölkerung Gelegenheit, die neuen Räumlichkeiten zu besichtigen. Am Wochendende erlebt der Bostalsee mit rund 40000 Besuchern einen neuen Rekordbesuch.

16. Juli 1990:

In der St. Wendeler Grabenstraße bezieht der Naturschutzbund Deutschland seine neue Geschäftsstelle für den Landesverband Saar. Das Gebäude war mit Hilfe der „Neue Arbeit Saar“ saniert worden.

28. Juli 1990:

In Tholey wird der gallo-römische Weg seiner Bestimmung übergeben. Er ist der neunte „Saar-Lör-Lux-Kulturwanderweg“ im Saarland.

31. Juli 1990:

Die Freisener THW-Jugend gewinnt in Heilbronn den Bundeswettbewerb der THW-Jugend. Landrat Marner überreicht den Jugendlichen bei einem Empfang im Landratsamt als Anerkennung für ihre Leistung ein Geldgeschenk und eine Medaille.

10. August 1990:

In Marpingen wird die zweitgrößte Filiale der St. Wendeler Kreissparkasse eröffnet.

19. August 1990:

13000 Zuschauer erleben auf dem 2,7 Kilometer langen Rundkurs beim St. Wendeler Motorrad-Renntag. Die 1982 wieder ins Leben gerufene Veranstaltung ist vom tödlichen Sturz eines Rennfahrers überschattet.

In Tholey feiert die Wacholder-Brennerei Eckert ihr 100jähriges Bestehen.

30. August 1990:

Angesichts weitreichender Abrüstungsmaßnahmen und den Folgen der davon im Landkreis betroffenen wehrtechnischen Unternehmen fordert Landrat Dr. Marner alle Betroffenen zu gemeinsamen Handeln auf.

16. September 1990:

39 Teilnehmer nehmen an der Bürgerreise des Deutsch-Ameri-

kanischen Freundeskreises nach Lane County teil. Die Bürgerreise dauert vom 17. September bis zum 2. Oktober.

22. September 1990:

Innenminister Friedel Läßle übergibt das neue Feuerwehrgerätehaus in Steinberg-Deckenhardt seiner Bestimmung.

25. September 1990:

Im St. Wendeler Heeresinstandsetzungswerk erfolgt die Kommandoübergabe an den neuen Leiter, Oberstleutnant Klaus-Jörg Heyner. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft verabschiedet Oberst Thies den bisherigen Leiter des Werks, Oberst Egon Hörner.

30. September 1990:

Zwei Asylanten aus dem Iran sterben in Marpingen, nachdem sie sich zuvor mit Benzin übergossen und angezündet hatten. 6. Oktober 1990:

Die mit einem Kostenaufwand von acht Millionen in einer Bauzeit von sieben Jahren entstandene Fußgängerzone in St. Wendel wird von Bürgermeister Bouillon offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Maßgeblichen Anteil an der Konzeption der Fußgängerzone als großzügig dimensionierter Lebens- und Aktionsraum hatte Professor Leo Kornbrust. (Bild nächste Seite)

10. Oktober 1990:

Bei einem Brand in einem zweigeschossigen Wohnhaus in Dörrenbach kommen zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren ums Leben.

15. Oktober 1990:

Die Gemeinde Oberthal unterzeichnet einen Konzessionsvertrag mit der Südwestgas.

16. Oktober 1990:

Bei einem Besuch in St. Wendel vereinbaren Helmut Hettmann, der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Tourismus im Landkreis Cottbus-Land, und der Landkreis St. Wendel, daß



zehn Auszubildende aus Cottbus ein Praktikum in der Tholeyer Lehrwerkstätte absolvieren.

19. Oktober 1990:

Trotz verkürzter Saison weist die Bilanz des Freizeitzentrums eine Gesamtbesucherzahl von 648000 auf. Nur der Sommer 1982 hatte eine noch höhere Besucherzahl aufzuweisen.

In Anwesenheit von über 100 Gästen werden die neuen Räume des Adolf-Bender-Zentrums in St. Wendel, ihrer Bestimmung übergeben.

SZ vom 22. Oktober 1990:

Der Kommunalpolitiker Karl Lang (SPD) erhält von Innenminister Friedel Läßle in Osterbrücken das Bundesverdienstkreuz am Bande.

23. Oktober 1990:

Der Kreistag bewilligt dem Schützenkreis St. Wendel für das Schießleistungszentrum in Winterbach 26000 DM Zuschuß.

27. Oktober 1990:

Als Anerkennung für ihre Verdienste in der Kommunalpolitik er-

halten Robert Gard (SPD), Rudolf Henkes (CDU) und Heinz Guth (SPD) von Innenminister Friedel Läßle die Freiherr vom Stein-Medaille.

30. Oktober 1990:

Der Präsident der Wehrbereichsverwaltung IV, Wilhelm Seibert, verabschiedet nach 18jähriger Amtszeit Dr. Lothar Schreiber als Leiter des St. Wendeler Kreiswehrratsamtes. Sein Nachfolger wird Bernhard Schmitz.

8. November 1990:

Überraschung bei der Bürgermeisterwahl in Oberthal: Obwohl die SPD mit einer Stimme Mehrheit im Gemeinderat vertreten ist, erringt Sigrid Morsch als Kandidatin der CDU die Mehrheit, weil ein Ratsmitglied aus den Reihen der SPD dem SPD-Kandidaten Günter Steffen die Unterstützung versagt.

14. November 1990:

Bürgermeister Klaus Bouillon meldet beim Bundesfinanzministerium für den Fall eines Abzugs der französischen Garnison in St. Wendel Interesse an dem Kasernengelände und dem Truppenübungsplatz an, um damit Platz für neue Gewerbegebiete zu schaffen.

22. November 1990:

Der Stadtrat beschließt die Gründung von Gesellschaften und Eigenbetrieben zum Aufbau einer selbständigen Energieversorgung in der Stadt.

Im Mia-Münster-Haus überreicht Bürgermeister Bouillon Anneliese Scherer Haßdenteufel posthum den 1983 geschaffenen und mit 5000 DM dotierten Mia-Münster-Preis. Den Preis nimmt stellvertretend ihr Sohn Karl-Joseph Scherer entgegen.

23. November 1990:

Als Reaktion auf die mißlungene Bürgermeisterwahl in Oberthal und nach massivem Druck aus den eigenen Reihen legt Ortsvorsteher und SPD-Gemeindevorsitzender Willibald Herz seine Gemeinderatsmandat nieder. Herz bleibt allerdings Ortsvorsteher von Steinberg-Deckenhardt.

Nach Aussage von Staatssekretär Dr. Richard Dewes (SPD) plant das Sozialministerium in Marpingen die Einrichtung eines Seniorenzentrums.

26. November 1990:

Im St. Wendeler Saalbau gehen die dreitägigen Frauenkulturtag des Landkreises mit einer großen Schlußveranstaltung zu Ende.

2. Dezember 1990:

Die Ergebnisse der Bundestagswahl im Landkreis St. Wendel zeigen, daß die SPD im allgemeinen geringere Stimmenzuwächse verbucht als im Landesdurchschnitt, die CDU hingegen geringere Verluste. Die SPD liegt im Kreis mit 30373 Stimmen knapp hinter der CDU, die 31030 Stimmen auf sich vereinen kann. Auf die übrigen Parteien entfallen 4168 Stimmen. CDU-Kandidat Johannes Ganz verfehlt im Wahlkreis 247 ein Direktmandat und gelangt nur über einen Listenplatz wieder in den Bundestag. Sein SPD-Kontrahent Hans-Georg Wagner gewinnt mit 72413 Erststimmen gegenüber 65143 Stimmen das Direktmandat.

8. Dezember 1990:

Der Jugendpreis des Landkreises geht an die Naturschutzjugend Hasborn und die Jugendgruppe des Pflanzenschutzvereins Otzenhausen.

Mit der Stimmenmehrheit der CDU beschließt der Tholeyer Gemeinderat die Erweiterung des Panoramabades Schaumberg zu einem Freizeit- Erlebnis- und Gesundheitsbad. Geplant sind Investitionen von 19 Millionen DM in den nächsten vier Jahren.

11. Dezember 1990:

In Hasborn wird der neue Lyrikband „Meine Wanderkreise“ von Johannes Kühn vorgestellt. Sein Buch „Salzgeschmack“ hatte bereits 1984 für großes Aufsehen in deutschen Literaturkreisen gesorgt.

17. Dezember 1990:

Der Kreistag beschließt, einen Altenhilfeplan für den Landkreis St. Wendel beim Institut für Sozial- und Umweltforschung (isuf) in Wadern in Auftrag zu geben.

18. Dezember 1990:

Die Mörder des am 19. April 1990 zwischen Sötern und Schwarzenbach aufgefundenen Rainer Schmitt aus Bernkastel-Kues sind gefaßt. Es handelt sich um drei junge Männer im Alter von 21, 19 und 17 Jahren, die nach monatelanger Fahnung einer Sonderkommission der Kriminalpolizei St. Wendel ermittelt werden.

19. Dezember 1990:

Der Leiter des St. Wendeler Postamtes, Arnold Thome, wird verabschiedet. Thome hatte 1975 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Sein Nachfolger wird Ferdinand Kömen.

31. Dezember 1990:

Zum Ende des Jahres scheidet Peter Klein als Leiter des Freizeitentrums Bostalsee und des Fremdenverkehrsamtes St. Wendeler Land aus seinem Amt aus. Klein war maßgeblich an der Entwicklung des Fremdenverkehrs im Landkreis St. Wendel beteiligt. Seine Nachfolgerin wird am 1. Juli 1991 die Diplom-Geographin Martina Scheer.

Chronik 1991

3. Januar 1991

Nach zwei Wochen kehren die sechs Lastwagen des THW mit 16 Freiwilligen eines Hilfskonvois für die Ukraine nach Freisen zurück. Sie hatten insgesamt 6000 Kilometer zurückgelegt und dabei 3000 Lebensmittelpakete transportiert.

6. Januar 1991:

Scharfe Kritik kommt aus den Reihen der CDU an der vom saarländischen Innenministerium geplanten Strukturreform der

Polizei. Im Landkreis sollen danach von 18 bestehenden Polizeidienststellen 13 geschlossen werden.

31. Januar 1991:

Im Rahmen eines angestrebten Kooperationsvertrages willt die VSE mit einer Kapitalbeteiligung von 20 Millionen DM 26 Prozent der Anteile an der Wasserversorgungs-GmbH des Kreises St. Wendel (WVW) erwerben. Weitere acht Millionen DM soll die Südwestgas einbringen.

4. Februar 1991:

Vor Beginn der Haushaltsberatungen im Kreistag verläßt die SPD-Fraktion geschlossen die Sitzung. Grund ist die Ablehnung eines von Oppositionsführer Helwin Peter eingebrachten Antrags, die Beratungen zu vertagen, weil ihm die nötigen Unterlagen zum Haushaltsentwurf erst wenige Tage zuvor zur Verfügung gestanden hätten.

9. Februar 1991:

Nach 35jähriger aktiver Kommunalpolitik wird in Marpingen der erste Beigeordnete der Gemeinde, August Schu (SPD), verabschiedet.

10. Februar 1991:

Tragisches Ende einer Urlaubsreise: ein Bus mit 40 belgischen Wintersportlern verunglückt auf der A 62 zwischen Freisen und Birkenfeld. Dabei kommt eine Frau ums Leben, weitere 30 Personen werden verletzt.

13. Februar 1991:

Als Nachfolger von Hans-Georg Wagner, der das Bundestagsmandat im Wahlkreis 247 gewonnen hatte, gelangt Erwin Volz aus Nohfelden als zweiter SPD-Abgeordneter aus dem Landkreis in den saarländischen Landtag.

22. Februar 1991:

Als erster saarländischer Landkreis gibt der Kreis St. Wendel eine Broschüre heraus, die Bauherren Hilfe bei Neu- und Umbaumaßnahmen geben soll.

1. März 1991:

Der langjährige Kreisbeauftragte des Technischen Hilfswerks (THW), Josef Schütz, legt sein Amt nieder. Nachfolger von Schütz wird Arnold Schön, zuvor Anführer des Bergungszuges des THW-Ortsverbandes St. Wendel.

4. März 1991:

Gegen die Stimmen der SPD verabschiedet der Kreistag den Haushalt für das Jahr 1991. Der Verwaltungshaushalt beläuft sich auf 54 Millionen DM, der Vermögenshaushalt auf rund 5,9 Millionen DM. Davon fließen 100000 DM als Zuweisungen an die Gemeinden, um damit fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen zu unterstützen.

12. März 1991:

Das Fremdenverkehrsamt St. Wendeler Land stellt ein neues Verkehrsleitsystem vor, das den Besuchern des Freizeitentrums Bostalsee die Orientierung rund um die 120 Hektar große Wasserfläche des Bostalsees erleichtern soll.

15. März 1991:

In Tholey wird die neue Reitsportanlage im Schweichhauser Wald fertiggestellt.

25. März 1991:

Nur knapp einer Katastrophe entgeht die St. Wendeler Innenstadt. Beim Nachfüllen der Tankstelle des Globus-Handelshofes gelangen rund 4620 Liter bleifreies Benzin in die Kanalisation. Dem schnellen Einsatz von Polizei und freiwilliger Feuerwehr ist es zu verdanken, daß es zu keiner Eskalierung der Situation kommt. Noch Stunden nach dem Unglück bestand in der Innenstadt aufgrund der hohen Gaskonzentration akute Explosionsgefahr.

Ende März 1991:

Die Gemeinderäte von Nohfelden und Tholey fordern in inhaltlich gleichlautenden Anträgen das Innenministerium auf, das bisherige Polizeirevier in Türkismühle zu erhalten und es nicht, wie geplant, in eine Polizeiinspektion umzuwandeln.

SZ vom 2. April 1991:

Beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ erringen vier Teilnehmer aus dem Kreis St. Wendel den Landessieg. Christian Troß (Freisen), Trompete in Altersstufe 2, Peter Jung (St. Wendel), Trompete, Altersstufe 4, Michael Keller (Freisen), Tuba, Altersstufe 3 und Martina Münster (Namborn), Querflöte, Altersstufe 4 nehmen damit am Bundessiegerwettbewerb in Kiel teil.

12 April 1991:

In Beisein von Bürgermeister Bouillon gibt Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer den Startschuß zur „Abfallbilanz St. Wendel“. Ziel ist die Einsparung und die Vermeidung von Abfall aller Art. Bei einem Ortstermin wird das Projekt der Renaturierung eines 4 Kilometer langen Teilstücks der Oster vorgestellt. Das rund 7 Millionen DM kostende Projekt wird durch ein bis 2003 laufendes wissenschaftliches Begleitprogramm ergänzt.



Das Blechbläserensemble der Kreismusikschule wurde beim Wettbewerb „Jugend musiziert“ Landessieger.

17. April 1991:

Das Naturschutzgebiet auf dem Dollberg bei Otzenhausen wird auf Betreiben des saarländischen Umweltministeriums von 2,6 auf 29 Hektar Fläche vergrößert.

18. April 1991:

In Bliesen startet eine neugegründete Eurohaus-GmbH im Werk Bliesen mit 115 Beschäftigten. 14 Tage zuvor hatte das Bliesener Fertighaus-Unternehmen beim Amtsgericht St. Wendel Konkursantrag gestellt. 800000 DM werden im Rahmen eines Sozialplanes für arbeitslos gewordene Mitarbeiter bereitgestellt. Vor Vertretern der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Bürgermeistern aus dem Landkreis fordert Landrat Dr. Marner das Innenministerium auf, die Polizeidirektion in St. Wendel zu erhalten, daneben ein zweites, auch nach 22 Uhr besetztes Revier in Türkismühle und einen Polizeiposten in jeder Gemeinde.

19. April

Bürgermeister Bouillon eröffnet in Osterbrücken ein neues Heim für Aus- und Übersiedler im ehemaligen Landhotel Müller. Das Heim, das 60 Personen Platz bietet, verursacht Kosten in Höhe von 600000 DM.

Mit einem Festabend begeht die VHS Theley ihr 20jähriges Jubiläum.

27. April 1992

Die zweite Kreishobbyausstellung in der Liebenburghalle Namborn ist ein großer Erfolg.

28. April 1991:

Landrat Dr. Marner empfängt im Sitzungssaal des Landratsamtes eine Abordnung amerikanischer Soldaten aus Baumholder. Der Empfang gehört zu einem Besichtigungsprogramm durch das St. Wendeler Land, zu dem der Deutsch-Amerikanische Freundeskreis Lane County aufgeladen hatte.

3. Mai 1991:

Zehn Auszubildende aus Cottbus absolvieren ein zweimonatiges Praktikum als Industriemechaniker in der Kreislehrwerkstätte Freisen. Dies ist das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen dem Landkreis St. Wendel und Cottbus-Land.

5. Mai

In St. Wendel werden zehn französische Austauschpraktikanten verabschiedet, die sich auf Initiative des Aus- und Fortbildungsfördervereins St. Wendel während eines dreiwöchigen Aufenthalts im Technisch-gewerblichen Berufsbildungszentrum und in der Kreislehrwerkstatt in Tholey mit deutscher CNC-Technik vertraut gemacht haben.

6. Mai 1991

Der Kreistag fordert Bildungsministerin Marianne Granz dazu auf, erst dann über die Errichtung einer integrierten Gesamtschule in Türkismühle zu entscheiden, wenn eine endgültige Entscheidung über die Neuordnung der Sekundarstufe I gefallen ist. Des Weiteren billigt die CDU-Mehrheit einen Beschluß



antrag zur Polizeireform, in dem neben der neuen Polizeiinspektion St. Wendel die Einrichtung von zwei weiteren im nördlichen Kreisgebiet gefordert wird, davon eine im Raum Bostalsee.

11. Mai 1991:

Im St. Wendeler Hospital stellt Bürgermeister Bouillon die neue Kurzzeitpflegeeinrichtung mit insgesamt zehn verfügbaren Plätzen der Öffentlichkeit vor.

20. Mai

Als Weltmeister kehren Hilbert Wagner, Anja Schrecklinger und Rudi Becker von der Kegel-Weltmeisterschaft in Italien nach Oberthal zurück. (Bild nächste Seite)

21. Mai 1991:

Als erste saarländische Schule schließt das Kaufmännische Berufsbildungszentrum St. Wendel eine Partnerschaft mit einer berufsbildenden Fachschule aus Polen.

12. Juni

Günter Stoll tritt nach 21 Jahren als Direktor der Kreisrealschule St. Wendel in den Ruhestand. Darüber hinaus war der 1927



geborene Stoll über zwei Jahrzehnte hinweg für den Aufbau der Kreisvolkshochschule mitverantwortlich.

13. Juni 1991:

In Türkismühle wird der Leiter der Realschule im Schulzentrum Türkismühle, Hans Holzapfel, in den Ruhestand verabschiedet.

17. Juni 1991:

Im Kreistag findet eine Diskussion über die bevorstehende Neuformierung des öffentlichen Personennahverkehrs und deren Auswirkungen auf den Landkreis statt.

Der Kreistag erklärt grundsätzlich sein Einverständnis zur 26prozentigen Beteiligung der Vereinigten Saar-Elektrizitätswerke (VSE) an der Wasserversorgung Kreis St. Wendel (WVW).

24. Juni 1991:

Mit einer 350000 DM teuren Holzempore wartet das Bosaarium bei seiner Wiedereröffnung auf.

Der Kreistag spricht sich einstimmig für das Projekt „Betreuende Grundschule“ aus. Ziel ist es, an den Grundschulen der kreisangehörigen Gemeinden außerhalb des Unterrichts eine Betreuungsmöglichkeit anzubieten.

26. Juni 1991:

3,6 Mio DM investiert die Bosenberg-Klinik in St. Wendel für 21 behinderten- und rollstuhlgerechte Krankenzimmer.

1. Juli 1991:

Zwei Jahre vor Erreichen der Altersgrenze tritt der Direktor der St. Wendeler Kreissparkasse, Toni Buschauer, in den Ruhestand.

Der Caritas-Verband Schaumberg-Blies eröffnet einen sogenannten „ambulanten psychiatrischen Dienst“ im Kreis. Eine eigens für diesen Zweck eingestellte diplomierte Sozialarbeiterin soll psychisch Kranken oder deren Angehörigen Unterstützung bei der Lösung alltäglicher Probleme geben.

8. Juli 1991:

Einen Kooperationsvertrag schließt die Wasserversorgung Kreis St. Wendel (WVW) mit der Vereinigten Saar-Elektrizitäts-AG (VSE). Die VSE erwirbt 26 Prozent an der WVW und bringt 19,5 Millionen DM ein.

22. Juli 1991:

Eine Gruppe mit Helfern des Technischen Hilfswerkes aus dem Kreis St. Wendel kehrt von einem vierwöchigen Hilfseinsatz in einem Kurdencamp auf iranischem Gebiet zurück. Sie hatten für die Aufrechterhaltung der Trinkwasserversorgung in einem Flüchtlingslager gesorgt.

9. August 1991:

Das Hofgut Imsbach gerät wegen undurchsichtiger Finanzie-

rungsmethoden ins Kreuzfeuer der Kritik. Laut Untersuchungen des saarländischen Rechnungshofes ist nicht auszuschließen, daß vereinzelt Maßnahmen mehrfach bezahlt wurden.

10. August 1991:

Der saarländische Inneminister Friedel Läßle überreicht Horst Seibert aus Nohfelden das Bundesverdienstkreuz am Bande.

15. August 1991:

Als Reaktion auf den Zwischenbericht des Betriebsausschusses Bostalsee, der für 1991 nur eine durchschnittliche Saison konstatiert, fordern Ausschußmitglieder von CDU und SPD neue Ideen zur Attraktivitätssteigerung des Freizeitentrums.

30. August 1991:

Verärgerung herrscht bei der Kreisfischereivereinigung St. Wendel, weil Landrat Dr. Marner ein geplantes Königsfischen auf dem Bostalsee untersagt. Marner verweist auf den reinen Wettbewerbscharakter der Veranstaltung, der somit jeglicher Grund zum Fangen von Fischen im Sinne des Tier- und Naturschutzrechtes fehle.

9. September 1991:

Der Kreistag fordert in einem einstimmig verabschiedeten Antrag Bundesrat und Bundesregierung auf, eine Pflegeversicherung im Rahmen der Sozialversicherung einzuführen. Der Antrag der SPD-Fraktion erinnert daran, daß allein im Kreis St. Wendel rund drei Millionen DM für 500 ambulant betreuten Pflegegeld-Empfänger bezahlt.

Strikt abgelehnt wird von der CDU-Fraktion die von der Landesregierung angestrebte Übertragung der zwei staatlichen Gymnasien in St. Wendel in die Verantwortung des Landkreises. Dadurch ergibt sich für den Kreishaushalt eine jährliche Mehrbelastung von 1,4 Millionen DM.

15. September 1991:

Gartenbauingenieur Anton Wickenbrock wird zum Vizepräsident der Obst- und Gartenbauvereine Saar-Pfalz gewählt.

16. September 1991:

Landrat Dr. Marner spricht sich anlässlich einer Tagung mit französischen Tourismusexperten für eine grenzüberschreitende Kooperation im Tourismusbereich mit konkreten Pauschalprogrammen aus.

17. September

Bürgermeister Bouillon kehrt vom über 229 Kilometer führenden Öztal-Radmarathon zurück. Ein Sponsorenring hatte ihm für jeden gefahrenen Kilometer 50 DM in Aussicht gestellt. Außer Bouillon waren noch acht weitere Teilnehmer für St. Wendel an den Start des Marathons gegangen, darunter Franz Josef Schumann, und Harry Hauch, der Leiter der Kreisvolkshochschule.

20. September 1991:

Im Beisein von Umweltminister Klaus Töpfer und dem Vorsitzenden der Handwerkskammer, Winfried Frank, eröffnet Landrat Dr. Marner in St. Wendel die zweite Kreisleistungsschau. An fünf Tagen präsentieren sich auf rund 7000 Quadratmeter Ausstellungsfläche insgesamt 107 Aussteller mit ihren Angeboten aus Handel, Handwerk und Dienstleistung.

1. Oktober 1991:

Josef Alles tritt die Nachfolge des aus Altersgründen ausgeschiedenen Kreissparkassenvorstandsmitglieds Anton Buschauer an.

5. Oktober 1991:

Landrat Dr. Marner spricht sich dafür aus, daß Asylbewerber künftig von den Gemeinden zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden.

15. Oktober 1991:

Für Verärgerung sorgen die Pläne des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn, das Kreiswehrrersatzamt in St. Wendel entgegen wiederholt gemachter Versprechen doch zu schließen. Das Konzept ist Teil der Pläne zur „Reduzierung der territorialen Wehrverwaltung“.



Die Leistungsschau des Landkreises im Bosenbachstadion war ein voller Erfolg.

22. Oktober 1991:

Fünf Männer haben sich bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist für die ausgeschriebene Stelle des Landrates im Landkreis St. Wendel beworben

26. Oktober 1991:

Der Kreistag appelliert an den Bundesminister der Verteidigung, das Kreiswehrrersatzamt in St. Wendel nicht zu schließen.

Die Bürgermeister des Kreises sprechen sich einmütig gegen die vom Land geplante Herabstufung von Landstraßen II. Ordnung zu Gemeindestraßen aus.

28. Oktober 1991

Der SPD- Unterbezirk St. Wendel und die SPD-Kreistagsfraktion wählen Horst Backes aus Theley zum Kandidat für das Amt des Landrates im Kreis St. Wendel.

Innenminister Friedel Läßle zeichnet in St. Wendel vier Kommunalpolitiker mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille aus. Neben Gisela Hoffman (CDU) aus St. Wendel nehmen Robert Bard aus Theley, Arnold Graf (CDU) aus Lindscheid und August Schu (SPD) aus Marpingen die begehrte Auszeichnung entgegen.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer sagt der Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe 1,5 Millionen DM im Rahmen eines Drei-Jahres-Projektes zu. Das Geld soll weiterhin der engeren Verknüpfung der sozialen Dienste dienen und einen mobilen Rehabilitationsdienst ermöglichen.

Bürgermeister Klaus Bouillon nimmt aus der Hand von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in Köln eine Auszeichnung entgegen, die insgesamt 64 Preisträgern für Initiativen zur Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik verliehen werden.

In St. Wendel beginnen die dritten Frauenkulturtag des Landkreises mit einer Großveranstaltung im Saalbau.

4. November 1991:

Die CDU-Fraktion im Kreistag beschließt, sich bei der bevorstehenden Wahl des neuen Landrates geschlossen für ihren Kandidaten Franz Josef Schumann auszusprechen.

6. November 1991:

Werschweiler und Selbach qualifizieren sich durch eine Silber- und Bronzemedaille beim Kreiswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ für den Landesentscheid.

8. November 1991:

In St. Wendel startet eine von der Stadt und der Aktionsgemeinschaft unterstützte Kampagne zur Abfallvermeidung.

9. November 1991:

Im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung im St. Wendeler Saalbau übergibt der JU-Vorsitzende Hermann Scharf an die



Werschweiler und Selbach hatten sich 1991 für den Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ qualifiziert. In Selbach gefiel der Kreisjury unter der Führung des Kreisbeigeordneten Arnold Merscher besonders die Gestaltung des Dorfplatzes.

Vorsitzende der Andheri-Hilfe in Bonn einen Scheck über 50050 DM.

11. November 1991:

Einzigster Tagesordnungspunkt der öffentlichen Kreistagssitzung im St. Wendeler Saalbau ist die Wahl des Nachfolgers von Dr. Waldemar Marner, der Ende Februar 1992 aus seinem Amt ausscheiden wird. Gegenkandidat des 1948 in St. Wendel geborenen Franz Josef Schumann (CDU), Verwaltungsdirektor im St. Wendeler Landratsamt, ist der aus Theley stammende 39jährige Diplomvolkswirt Horst Backes (SPD), stellvertretender Abteilungsleiter im saarländischen Innenministerium. Die von einigen der rund 400 Zuschauer erwartete Sensation bleibt aus. Auf Schumann entfallen erwartungsgemäß 14 Stimmen, Horst Backes kann 13 Stimmen auf sich vereinigen, ein Ergebnis, das genau den Mehrheitsverhältnissen im Kreistag entspricht. Schumann setzt auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des von Dr. Marner beschrittenen Weges. Schwerpunkte seiner Arbeit sieht er vor allem im Fremdenverkehr, in der Wirtschaftsförderung und einer aktiven Ansiedlungspolitik.

20. November 1991:

Bürgermeister Klaus Bouillon setzt sich erneut für den Erhalt der französischen Garnison in St. Wendel ein. Er spricht sich für die Stationierung des deutsch-französischen Armeecorps in der Stadt aus.

23. November 1991:

Christoph Rudolphy heißt der neue Vorsitzende des JU-Kreisverbandes der CDU. In Primstal wird er zum Nachfolger von Hermann Scharf gewählt.

28. November 1991:

Umweltminister Jo Leinen zeichnet die Nonnweiler Firma Diehl in der Sparte „Unternehmen und Firmen“ mit dem Saarländischen Umweltpreis aus.

3. Dezember 1991:

Das vom Landkreis mit der Altenhilfeplanung beauftragte Insti-

tut für Sozial- und Umweltforschung (Isuf) in Wadern legt den Zwischenbericht vor.

4. Dezember 1991

Im St. Wendeler Hospital wird im Beisein von Sozialministerin Christiane Krajewski das mit 3,5 Millionen DM umgebaute Altenheim seiner Bestimmung übergeben. Es soll eine Lücke in der Kurz- und Tagespflege im Landkreis schließen.

6. Dezember 1991:

In Nohfelden wird das neue Rathaus von Innenminister Friedel

Läpple seiner Bestimmung übergeben. Zu den Gesamtkosten in Höhe von 5,7 Millionen DM erhält die Gemeinde Zuschüsse in Höhe von 2,278 Millionen DM.

9. Dezember 1991

Die CDU-Mehrheit im Kreistag beschließt, Verfassungsklage gegen die Änderung des Schulordnungsgesetzes durch die Landesregierung einzureichen. Grund ist die Übertragung der Schulträgerschaft für zwei Gymnasien in der Stadt St. Wendel auf den Kreis, ohne daß das Land dafür einen finanziellen Ausgleich gewährt.